



INTERN

**Dokumentation des 23. Parteitags der DKP  
28.02.-01.03.2020 in Frankfurt**

**Teil I**

## Inhaltsverzeichnis

Referat Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP .....	3
Grußworte – auf dem Parteitag gehalten.....	21
Grußwort von Johanna Scheringer-Wright, Partei Die Linke .....	21
Grußwort von Ramon Ripoll Diaz von der Kubanischen Botschaft.....	25
Grußwort von Beate Körsgen für "Büchel ist überall. Atomwaffenfrei.jetzt" .....	26
Grußwort von Lena Kreymann, Bundesvorsitzende der SDAJ.....	29
Grußwort von Robert Griffith der Kommunistischen Partei Britanniens.....	32
Grußwort von Hans Bauer, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden .....	33
Grußwort von Zissis Lymperidis, KKE .....	35
Grußworte – weitere.....	37
Grußwort der VVN-BdA.....	37
Grußwort der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung GRH .....	38
Grußwort des Bundesausschusses Friedensratschlag .....	39
Grußworte international.....	40
Wahlen.....	42
Wahlordnung.....	42
Wahlergebnisse.....	43
Kongressformalitäten.....	45
Mandatsprüfungsbericht .....	45
Geschäftsordnung.....	47
Niederschrift .....	49

**Unkorrigiertes Manuskript.**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

## **Referat Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen mehr vom Kapitalismus reden. Wir müssen nicht über seine Krisen reden und darüber dass er die Krise ist. Wir sprechen von der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Wir dürfen das nicht mit seiner Schwäche verwechseln. Das wäre so falsch, wie Lenins Aussage, dass der Imperialismus faulend und parasitär ist zum Anlass zu nehmen uns in die Ecke zu setzen, Däumchen zu drehen und zu warten bis er weg gefault ist.

Nein, es ist schlimmer, die allgemeine Krise, das Parasitäre, das Faulende kosten täglich tausende von Menschenleben, erzeugt Leid, Hunger, Armut, Krankheit, Perspektivlosigkeit, treibt Menschen in Selbstmord und Wahnsinn, demütigt, nimmt Hoffnung, unterdrückt.

Selbst Brzeziński, Ex-US-Sicherheitsberater, Kriegstreiber, schätzt die Anzahl der Kriegsoffer im vergangenen Jahrhundert auf 187 Millionen, das ist 20-mal die Bevölkerung von Berlin oder 374 mal die Bevölkerung meiner Heimatstadt Essen. Auch für die neuesten Kriege gibt es Zahlen. Für Afghanistan wird mit etwa 2 Millionen Toten gerechnet; im Sudan mit 1.5 Millionen; in Ruanda mit 800.000; in Angola mit 300.000; in Bosnien mit 230.000; in Guatemala mit 200.000; in Liberia mit 130.000; in Burundi mit 230.000; in Algerien mit 73.000. Im Krieg gegen Syrien ist von mehreren

hunderttausend Opfern auszugehen. Der Krieg gegen Libyen forderte 2011 zehntausende Opfer und seit der faktischen Zerstörung der Staatlichkeit weitere zehntausende. Der Anteil von Zivilopfern hat sich seit dem ersten Weltkrieg von durchschnittlich 5 % auf heute durchschnittlich 95 % erhöht.

Kriege fallen nicht vom Himmel, Kriege haben ihre Ursachen im Imperialismus, der nicht existieren kann, ohne den Kampf um Rohstoffe, Absatzmärkte, Arbeitskräfte – der nicht existieren kann, ohne den Kampf mit anderen Imperialisten, der diesen Kampf mit allen Mittel führt – ökonomisch, militärisch, ideologisch. Wer die Geisel des Krieges endgültig beseitigen will, muss um die Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus kämpfen.

Diese Kriege, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und sozialen Perspektiven verursachen Flucht, Flucht endet oft im Elend von Lagern oder dem Tod im Meer oder der Wüste. Die Zahl der vom UNHCR gezählten Flüchtlinge stieg von 2015 mit 65,5 Millionen auf mehr als 70 Millionen in 2018, die höchste erfasste Zahl seit dem 2. Weltkrieg.

Wer Flucht mit Elend und Tod als Massenerscheinung beseitigen will, muss um die Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus kämpfen.

Hanau, ein rassistischer Täter erschießt 10 Menschen und sich selbst. Das künftige Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und frühere SPD-Vorsitzende Gabriel kommentiert: „Es lässt sich nicht abstreiten, dass linke Chaoten auf Polizisten eindreschen, Autos und Mülltonnen in Brand setzen und immer wieder hohe Sachschäden verursachen. Alles schlimm genug und nicht zu verharmlosen.“ Gut, dass er noch nachschiebt: „Aber so richtig gefährlich wird es für die Demokratie gerade von rechts.“

Horkheimer hatte recht: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“. Auch das Irrationale von Sigmar Gabriel und das Irrationale der kruden Theorie, die der Täter in seinen Botschaften verbreitet hat, haben etwas mit Kapitalismus zu tun. Und, wenn jetzt nicht klar ist, was es für einen Skandal darstellt, dass der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll, dann weiß ich auch nicht. Wer über Hanau Trauer, Empörung, Bestürzung anzeigt und bei diesem Anschlag auf die älteste Organisation der Antifaschistinnen und Antifaschisten bleibt, der heuchelt – Solidarität mit der VVN-BdA.

Am Rosenmontag der Schock in Volkmarshausen. Möglicherweise hat dieses Verbrechen keinen politischen Hintergrund. Aber die Normalität von Gewalt, die Killerspiele an Computern, das Kriegsspielen mit Paintball-Waffen, das Handeln mit Gewalt, das führt doch zu solchen Ereignissen. Auch Gewalt ist Ware und Normalität im Kapitalismus, Kapitalismus ist Gewalt – er zerstört Menschlichkeit, er muss weg.

Im Jahr 2000 beschlossen 189 Mitgliedsstaaten der UN einen Katalog verpflichtender Zielsetzungen für die Armutsbekämpfung, die Friedenserhaltung und den Umweltschutz. Die Bilanz im Jahr 2015 fiel durchaus positiv aus, so wurde die Anzahl der Menschen, die weltweit weniger als einen US-Dollar pro Tag zum Leben haben, von 1,9 Milliarden auf 0,83 Milliarden mehr als halbiert – rechnet man hier aber die VR China, die Sozialistische Republik Vietnam, das sozialistische Kuba raus, sieht es für den Rest der Welt viel schlechter aus und vor allem, in einer vom Kapitalismus, dominierten Welt lebten 2015 eben noch immer 836 Millionen Menschen in dramatischster Armut – die Zahl

der Hungernden nahm seit 2014 wieder von 775 Millionen auf 821 Millionen 2017 zu. Das ist eine Steigerung um 46 Millionen oder knapp 6 %. Mehr als 10 % der Menschheit hungert.

Etwa 3 Milliarden Menschen, das sind knapp 40 % der Weltbevölkerung, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

In den reichen USA hungern 10,8 Millionen Menschen. Aber Hunger darf es in den USA nicht geben, man spricht dort von Menschen mit „sehr geringer Nahrungssicherheit.“ Auch in Deutschland gibt es Hunger offiziell nicht. Aber die Tafeln unterstützen regelmäßig mehr als 1,6 Millionen Menschen, davon 30 Prozent Kinder und Jugendliche, 26 Prozent Senioren, 44 Prozent Erwachsene. In Essen, Großstadt in einem der reichsten Länder der Erde, sind 35 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren auf Hartz IV und Sozialhilfe angewiesen. Sie sind arm und ausgeschlossen von wesentlicher Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Im Essener Norden, den armen Stadtteilen liegt dieser Prozentsatz bei über 50 %, trifft also mehr als jedes zweite Kind. Bundesweit liegt der Prozentsatz der Kinder, die für mindestens 5 Jahre in Armut leben bei 21 %.

Die Durchschnittsrente in Deutschland lag 2018 bei 906 € im Monat, das ist der Durchschnitt und das bedeutet Millionen Rentner leben in Armut. Die jetzt beschlossene Grundrente wird möglicherweise schlimmste Armut etwas lindern. Aber man kann sich das Beispiel ansehen, mit dem die SPD ihren „Erfolg“ bewirbt. Das Beispiel geht von einer Friseurin aus, die 40 Jahre gearbeitet hat, die ohne Grundrente auf eine Rente von 528,80 Euro kommt, mit Grundrente auf 933,66 €. Ja, das ist ordentlich mehr, aber es reicht doch in Deutschland nicht zum Miete bezahlen und Leben. Wen wundert die Zahl derer, die Flaschen sammeln, die betteln, um leben zu können.

Nicht vergessen: Diese Grundrente soll 2021 gerade mal 1,3 Milliarden kosten, das ist weniger als ein Drittel der Erhöhung der Rüstungsausgaben von 2018 auf 2019 oder anders ausgedrückt, etwas über 2 % der Rüstungsausgaben. Da wissen wir doch was wir den Regierenden wert sind.

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: »Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.«“  
Kapitalismus produziert Armut und Kapitalismus nutzt Armut. Wer Armut dauerhaft beseitigen will, muss den Kapitalismus beseitigen.

Armut produziert Krankheit: Der Anteil der Kinder, die bei der Schuleingangsuntersuchung eine Gesundheitsstörung in schulrelevanten Bereichen hatten, ist in Essen von 36,3 Prozent in 2014 auf 44,5 % in 2018 gestiegen, d.h. fast jedes zweite Kind ist gesundheitlich angeschlagen, krank, wenn es in die Schule kommt. In einem der reichsten Länder der Erde.

Weltweit ist jedes siebte Kind unter 5 Jahren untergewichtig. (Stand 2014) und jedes vierte ist chronisch unterernährt (Stand 2012). Unterernährung trägt jährlich und weltweit zum Tod von 3,1 Millionen Kindern unter fünf Jahren bei.

Kapitalismus tötet – Kapitalismus ist ein verbrecherisches System.

Die Bundesregierung preist ein Beschäftigungswunder. Tatsächlich hat die Anzahl der abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2018 von 31,38 Millionen auf 33,72 Millionen zugenommen. Der Anstieg stellt sich bei genauerer Ansicht aber als Anstieg der prekären Beschäftigung dar. Die prekären

Beschäftigungsverhältnisse stiegen in diesem Zeitraum von 5,1 Millionen auf 7,9 Millionen – 23,4 % aller Beschäftigungsverhältnisse, also fast jedes vierte, sind prekär. Besonders stark sind Jugendliche betroffen. Ein Leben in prekären Beschäftigungsverhältnissen bedeutet in der Regel Altersarmut.

Stellenabbau: 15.000 bei Daimler-Benz, Commerzbank 4.300, Bosch alleine in Deutschland über 2.000. Werksschließung bei Thyssen in Duisburg, Stellenabbau bei Thyssen über 9.000, Handelskette Real vor der Zerschlagung, Fusion von Kaufhof und Karstadt, Angriff auf Gehälter und Arbeitsbedingungen. Die Deutsche Bank streicht 18.000 Stellen. Das alles, ohne dass die Konjunktur in Deutschland bereits wieder in einer zyklischen Krise steckt. Es deutet vieles darauf hin, dass diese vor der Tür steht. Und manche, auch das zeigt doch die Perversion des Kapitalismus, machen sich doch angesichts des Corona-Virus mehr Sorgen um die Aktienkurse als um die Gesundheit der Menschen.

Die Automobilindustrie, Leitindustrie in Deutschland, weltweit in einer drastischen Überproduktion, einem massiven Konkurrenzkampf, verbrämt ihre Versuche neue Felder der Kapitalverwertung zu erschließen ökologisch. Dabei ist E-Mobilität versus Verbrennungsmotor mehr die Ablösung einer Umweltsau durch die andere. Aber, es soll keiner auf die Idee kommen das profitable System des Individualverkehrs, das zwar die Umwelt kaputt macht, aber eben Profite bringt, in Frage zu stellen. Und ihr „Green Deal“, lässt sich doch gut verkaufen, die Kosten lassen sich durch Personalabbau senken, den Umbau kann man sich von den Massen bezahlen lassen – CO<sup>2</sup> -Bepreisung sei Dank. Dabei liegt das letzte Konjunkturpaket noch gar nicht lange zurück – es hieß: „Schafft den Diesel ab, wegen der Stickoxide – kauft Benziner für die Umwelt.“ Dass

die mehr CO<sup>2</sup> produzieren, darüber wird kaum geredet.

Neben einer wohl bevorstehenden zyklischen Krise, haben wir es mit einer strukturellen Krise der „Leitindustrie“ zu tun.

Wer ein System will, dass solche Krisen vermeidet und natürliche Lebensgrundlagen erhalten kann, der muss das Privateigentum an Produktionsmitteln überwinden, braucht gesamtgesellschaftliche Planung.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus äußert sich auch in der Pervertierung anderer Lebensbereiche. So wird eine neue Form der sexistischen Fleischschau geschaffen, die öffentlich kaum kritisiert wird. Die Sendung heißt „Der Bachelor“ – die NRZ beschreibt das, wie folgt: „In der RTL-Fernsehshow sucht ein Junggeselle nach einer Partnerin. (...) Im Laufe der Sendung lädt der Bachelor die Kandidatinnen zu Einzel- und Gruppendates ein. In der Nacht der Rosen müssen die Frauen die Sendung verlassen, denen der Bachelor keine Rose gibt.“ Über das Ausscheiden einer Kandidatin aus Essen berichtet dieselbe NRZ: „Doch dann kam es zu dem verhängnisvollen Einzeldate, bei dem Linda dem Bachelor Sebastian den Kuss verweigerte und auch nicht mit ihm im Hotel übernachten wollte.“ Gleichberechtigung wird reduziert auf den Streit der weiblichen Kader der Bourgeoisie um genügend Plätze in den Aufsichtsräten, In Medien ist die Frau Ware, am Arbeitsmarkt Reservearmee und dank schlechterer Bezahlung Druckpotential im Klassenkampf.

Wer die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Geldbeutel und Herkunft will, der muss für Sozialismus und Kommunismus kämpfen.

Völkerrecht, bürgerliche Rechtsnormen werden zerstört. Der Drohnenmord an einem iranischen General, der zu einem offiziellen Besuch im Irak war, brach vielfach das Völkerrecht – bleibt ungesühnt.

Gleichzeitig wird Julian Assange der Isolationsfolter unterzogen, sein Leben ist akut bedroht. Bei einer Auslieferung in die USA droht ihm eine Haftstrafe länger als lebenslang, weil er die Wahrheit über US-Kriegsverbrechen veröffentlicht hat. In Hamburg ist klar, dass unter Olaf Scholz die Justiz Cum-Ex-Betrügereien verjähren lies, das kostete die Hamburger mindestens 47 Millionen €, das entspricht rund 109.000-mal dem Regelsatz für Hartz IV-Empfänger. Im Fall der Verkäuferin Emily ging es um Pfandbons im Wert von 2,60 €. Der Krimi-Autor Wolfgang Schorlau kommentierte damals zu Recht: „Im Sommer 2009 sah es so aus, als wollte die herrschende Klasse testen, wie weit sie es treiben könne, als solle in einem riesigen gesellschaftlichen Experiment untersucht werden, wie viel Ungerechtigkeit die Gesellschaft ertragen könne.“

Imperialismus und Kapitalismus zerstören Recht und Völkerrecht – Freiheit für Julian Assange. Wir müssen Imperialismus und Kapitalismus überwinden – womit? Mit Recht!

Diese allgemeine Krise des Kapitalismus prägt die jetzige Epoche der Menschheitsgeschichte – sie hat nur zwei mögliche Richtungen, entweder der Übergang zum Sozialismus oder die Barbarei mit Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltzerstörung und weltweite Ausbeutungsverhältnisse.

Diese allgemeine Krise ist Ausdruck dessen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte in solch einem Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen stehen, dass sie objektiv nach anderen Produktionsverhältnissen, nach sozialistischen verlangen. Objektiv ist die

Zeit reif – das Hindernis ist der subjektive Faktor, die Stärke des Imperialismus und die Schwäche der Ausgebeuteten.

Beides beruht darauf, dass das Monopolkapital weltweit und in Deutschland in einer anhaltenden Offensive ist. Und es basiert darauf, dass es dem Monopolkapital bislang meistens gelingt der Arbeiterklasse, den Werktätigen zu vermitteln, dass man „gemeinsam“ die Probleme überwinden könne. Mit dem Leitantrag hatten wir uns das Ziel gesetzt Felder zu bestimmen, in denen es gelingen kann diese Offensive zu bremsen. „Die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive zu befreien und die Offensive des Monopolkapitals“ in einzelnen Feldern zu durchkreuzen. Das setzt eine Analyse der Strategie der herrschenden Klasse voraus.

Die Strategie des deutschen Imperialismus ist militärisch ein Dreiklang. Wissend, dass an der militärischen Überlegenheit des US-Imperialismus längere Zeit nicht zu rütteln sein wird, geht man bewusst die Rolle des Juniorpartners ein, vor allem im Kriegsbündnis NATO. Dabei wird das NATO-Ziel, dass alle Mitgliedsländer 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aufwenden sollen, ausgenutzt, um die eigene Rüstung voranzutreiben. Das tut man mit Riesenschritten und leider zu wenig Protest dagegen. Allein von 2018 auf 2019 wurde der Rüstungshaushalt um 5 Milliarden oder 10 % erhöht. Die dritte Seite dieses Dreiklangs ist die europäische Militarisierung, ist PESCO. Hier gibt es Interessenskonflikte mit dem zweiten Großen in der EU, mit Frankreich. Man darf sicher sein, dass es dabei auch um die Frage der Atomwaffen geht, ohne die man eben nicht ganz oben mitmischen kann. Deshalb Konflikte, wie auch bei der Siko in München, deshalb die nukleare Teilhabe und die Bomben in Büchel. Wir sagen Abrüsten statt Aufrüsten und wir werden in Büchel

wieder Sand ins Getriebe streuen. Das stört sie, polizeimäßig haben sie aufgerüstet, gespürt haben wir das schon letztes Jahr – zeigen wir ihnen, dass wir die Mobilisierung auch hochfahren können – auf nach Büchel – dichtmachen – Anreise am 9. Juli.

Ökonomisch hat der deutsche Imperialismus keine Rolle als Juniorpartner nötig. Die Annexion der DDR war auch ökonomisch ein Glücksfall. Mit dem Kahlschlag dort, konnten Überkapazitäten in der Alt-BRD vermieden, ein innerer Hinterhof zur Spaltung der Arbeiterklasse geschaffen werden. Das war die Grundlage, um die Amandagesetze durchzusetzen, auch Schaufenster musste man ja nicht mehr sein. Und das war eine der Grundlagen, um die Führung in der EU zu übernehmen, denn im Verhältnis zur riesigen Produktivität war und ist Deutschland Niedriglohnland. Niedriglohnland plus Zollunion und Euro, das war die Grundlage für die Exportwalze unter der nicht nur die schwächeren Ökonomien der EU zu leiden hatten. Ökonomisch kann man am Weltmarkt mitspielen – gut die Konflikte mit dem US-Imperialismus werden dabei härter, die VR China ist der politische Feind, aber in der Konkurrenz zum US-Imperialismus ist man hin- und hergerissen, genauso, wie gegenüber der russischen Föderation mit ihrem Rohstoffreichtum. Die VR China ist für den deutschen Imperialismus von der Gesellschaftsordnung her ein Feind, den man gemeinsam mit den anderen führenden Imperialisten bekämpfen muss. Militärisch durch Einkreisung, ideologisch durch Instrumentalisierung aller sich bietenden Fragen, angefangen bei Hongkong über die Uiguren bis hin zum Corona-Virus und eigentlich auch ökonomisch. Beim letzten ist man aber hin- und hergerissen, weil Handel mit China natürlich auch Profit verspricht, weil Nutzung chinesischer Technologie Unabhängigkeit vom amerikanischen Konkurrenten ermöglicht.

Ähnliches gilt auch für die Russische Föderation. Mit deren Gesellschaftssystem hat man kein Problem, das ist Kapitalismus – aber Russland ist aufstrebender Konkurrent. Seine Ökonomie ist stark durch die Erdöl- und Erdgasförderung und den Export geprägt. Erdöl, Erdgas wecken Begehrlichkeiten und man braucht diese Rohstoffe, um nicht in die Abhängigkeit des Konkurrenten USA zu geraten. Das ist der Hintergrund für die Auseinandersetzung um North Stream 2. Militärpolitisch hat der deutsche Staat als ideeller Gesamtkapitalist eine einheitliche Linie der herrschenden Klasse hergestellt – es geht um die militärische Einkreisung der Russischen Föderation und der VR China gemeinsam mit US-Imperialismus und NATO. Dazu gehört der Krieg gegen Syrien, bei dem die Strategie der Imperialisten dank russischer Hilfe nicht aufging. Stoppt den Krieg, stoppt den Angriff der Türkei auf Idlib. Dazu gehört auch die aktuelle Entwicklung des Bündnisses der USA mit Indien. Das ist heute die Hauptkriegsgefahr – dazu gehören die Drohungen gegen den Iran und damit, wegen der Erdölvorkommen, verbunden auch die Drohungen gegen Venezuela. Hauptkriegstreiber sind heute der US-Imperialismus und das von ihm geführte Kriegsbündnis NATO. Unser Hauptfeind ist das Monopolkapital, seine NATO- und seine EU-Strategie.

Ökonomisch Konkurrent und militärisch bewusster Juniorpartner, das führt politisch zu einer Art Zwitterhaltung. Wie drückt sich diese aus:

Man drückt in vielem auch eine gewisse Distanz zum US-Imperialismus aus, sei es, indem man Trump belächelt, lächerlich macht. Nun gut, er gibt Angriffsfläche, aber die Verarschung ist doch hierzulande nicht kleiner, wenn man daran denkt, dass Flinten-

Uschi uns weiß machen will, dass ihr Handy aus Versehen gelöscht worden wäre.

Auf der anderen Seite ist die NATO-Integration Staatsdoktrin, genauso, wie die Unterstützung der Apartheidpolitik des Staates Israel.

Einerseits arbeitet man an der militärischen Stärkung Deutschlands.

Andererseits gibt die herrschende Klasse bewusst Souveränitätsrechte an die NATO und auch an das US-Militär ab.

Diese Zwitterhaltung gibt es auch gegenüber der EU. Auch an die EU werden bewusst Souveränitätsrechte abgegeben. Okay, sie ist mehr oder minder ohnehin „deutsch“ und es hilft, die Ausgebeuteten vom eigentlichen Gegner abzulenken. Statt Monopolkapital ist es dann die EU-Bürokratie.

Aber diese EU steckt selbst in der Krise. Die ökonomische Krise Griechenlands konnte man abfangen und zur Ausplünderung Griechenlands und des griechischen Volkes nutzen. Italien oder Spanien könnten dafür zu groß sein – aber die herrschende Klasse Deutschlands will die EU erhalten, mindestens eine Kern-EU. Das alles ist nicht einfach, es gibt die deutsch-französische Konkurrenz – ist euch auch schon aufgefallen, dass der Sonnyboy Macron heute medial wesentlich schlechter beurteilt wird, als vor einem Jahr. Das hat nichts damit zu tun, dass die Medien dem berechtigten und vorbildlichen Protest der französischen Arbeiterklasse Sympathien entgegenbringen würden – nein, das ist Machtkalkül in der Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus. Das betrifft übrigens auch den Umgang mit dem sogenannten Brexit und Boris Johnson. Glaube doch keiner, dass sich Medien, Politik und Kapital ernsthaft Sorgen darum machen, wie es der Arbeiterklasse in



Großbritannien gehen wird – das interessiert sie nicht.

Wir haben verschiedentlich festgestellt, dass die Aggressivität des deutschen Imperialismus nach außen zunimmt. Das wird ja von den Herrschenden nicht einmal abgestritten, sondern in die Floskel verpackt, Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen. Hier gibt es keinerlei Vertun zwischen CDU und SPD, ja eigentlich gibt es eine große Koalition von AfD bis Grüne. Regelmäßig werden führende Sozialdemokraten vorgeschickt, wenn es um das Weitertreiben dieses Kurses geht, denken wir nur an die Auftritte von Gauck und Steinmeier bei den Kriegskonferenzen in München.

Aggression nach außen forciert Aggression nach innen. Diese erleben wir als zunehmenden Militarismus. Massiv wird daran gearbeitet, dass Militär im öffentlichen Raum zur Normalität gehört. Das betrifft die Werbung der Bundeswehr, die mich sehr an die Vorbereitung von Angriffskriegen erinnert und die wir, ich wiederhole mich, viel zu oft hängen lassen. Dazu gehört die Freifahrt in Uniform.

Militarisierung ist aber nur ein Aspekt der Aggression nach innen. Es werden auch die Waffen geschaffen für eine Zeit, in der die Integration der Massen in die Strategie des deutschen Imperialismus brüchig wird. Das sind die neuen Polizeigesetze, dafür steht die Aufrüstung der Repressionsorgane und Geheimdienste, dafür steht die Rechtsentwicklung.

Ich glaube, dass wir bei der Analyse der Rechtsentwicklung und der Entwicklung von Gegenstrategie noch großen Nachholbedarf haben. Das gilt für uns, das gilt für die

gesamte Arbeiterbewegung, für alle Kräfte des Fortschritts.

Sicher bin ich mir, dass wir mit einer Feststellung, die in der antifaschistischen Bewegung umstritten ist, richtig liegen. Die AfD ist ein Ergebnis und ein Instrument aber keineswegs das Wesen der Rechtsentwicklung. Deshalb ist auch unsere Aussage richtig, dass eine antifaschistische Strategie keinesfalls auf den Kampf gegen die AfD reduziert werden darf, der aber natürlich dazu gehört. Für mich hat der Ursprung der Rechtsentwicklung dieses Landes zwei wesentliche Eckpunkte. Ich meine damit die Selbstermächtigung zu Angriffskriegen, mit dem Jugoslawienkrieg und zweitens die Agendagesetze.

Die Rechtsentwicklung ist politische, ideologische Absicherung dieser Aggression nach innen und außen, und die Rechtsentwicklung ist Vorgriff auf den von der herrschenden Klasse befürchteten Punkt, an dem die Integration der Massen mit „netten“ Mitteln nicht mehr klappt. Dafür hält man faschistische Parteien, wie „Die Rechte“ vor, dafür schaut man bei faschistischem Terror weg oder initiiert ihn. Dafür braucht man eine nationalistische, rassistische AfD, die von den Ursachen ablenkt, die Spaltung in die Ausgebeuteten trägt, die Klassenfrage im Nebel von Rassenwahn und Chauvinismus versteckt. Natürlich ist deren Aufgabe alles nach Rechts zu führen – die anderen bürgerlichen Parteien, den Diskurs, das „was man doch mal sagen dürfen wird“.

Das Wesen der Rechtsentwicklung ist aber der Aggressionskurs des deutschen Monopolkapitals. Damit bestimmt sich auch die anzustrebende Bündnisbreite, sie umfasst alle nicht monopolistischen Klassen und Schichten, damit umfasst sie natürlich auch viele Mitglieder der bürgerlichen Parteien. Und jetzt wird es etwas komplex, denn diese bürgerlichen

Parteien sind gleichzeitig zentrale, politische Instrumente dieser Aggressionspolitik. Antifaschistischer Kampf muss deshalb diese Aggressionspolitik angreifen und muss gleichzeitig darum ringen viele Mitglieder dieser bürgerlichen Parteien einzubeziehen, um sie in den Widerspruch zu dieser Aggressionspolitik zu bringen.

Erschreckend ist in diesem Zusammenhang, wenn ein Linker sich berufen fühlt, eine von ihm gesehene Staatskrise zu lösen, erschreckend ist es, wenn er das mit der Partei des Monopolkapitals, der CDU, und durch Zugeständnisse an diese schaffen will. Nein lieber Bodo Ramelow, das ist keine linke Politik, das ist keine sozialistische Politik, das ist bürgerliche Politik und dient der Sicherung der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse, das ist der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Natürlich war das Verhalten von CDU und FDP in Thüringen ein Skandal, aber ich muss doch kein Prophet sein, um zu sagen, dass dies nicht der Letzte war. Und auch die jetzige Führungskrise der CDU, dreht sich doch um die Frage nach der Geschwindigkeit des Marsches nach Rechts – das Wort „Mitte“ kann ich nicht mehr hören. Diese Skandale verhindert man nicht dadurch, dass, wie es jetzt geplant ist, gemeinsam mit CDU, SPD, Grüne und Linkspartei ein Landeshaushalt für 2021 beschlossen wird – man darf sicher sein, das wird kein Haushalt des Sozialen, das wird ein Haushalt der Umverteilung nach oben. Das wird kein Haushalt des Fortschritts, das wird ein Haushalt der Mittel für Antikommunismus, der Hetze gegen die DDR. Wie die Linkspartei dieses Vorgehen mit dem Satz überschreiben kann: „Wir, DIE LINKE, bauen die Brandmauer zur faschistischen AfD wieder auf!“ – ist mir schleierhaft.

Es liegt klar auf der Hand, dass ein zentrales Moment des ideologischen Kampfes der Rechten der Antikommunismus ist. Wie widerlich war die Propaganda um den 9. November, des angeblichen „Tags des Mauerfalls“. Die Verleumdung der DDR hat für die Herrschenden zentrale Bedeutung. Es geht um mehr als Rückbesinnung – es geht darum, dass die DDR zeigt: „Ein anderes Deutschland war möglich.“ Diese Möglichkeit aus dem Bewusstsein der Menschen zu tilgen, das ist der Grund der Anti-DDR-Propaganda. Dass es sich lohnt für dieses andere Deutschland zu kämpfen – das zu vermitteln ist unsere Aufgabe und liebe Genossinnen und Genossen der Linkspartei, der Kampf gegen Antikommunismus, das ist eine tatsächliche Brandmauer gegen Faschismus.

Eine zweite Variante dieser Konterpropaganda wird in diesem Jahr wieder zur Hochform auflaufen. Ein Vorgeschmack war im letzten Jahr das Jubiläum der Landung der Alliierten in der Normandie. Die Sowjetunion, die Rote Armee – man hatte den Eindruck die hätte es nicht gegeben. Die Landung in der Normandie war plötzlich die Wende im zweiten Weltkrieg – der Sieg der Rote Armee in Stalingrad 1 ½ Jahre zuvor, existierte nicht. Dieser Skandal wurde noch getoppt durch die widerlich antikommunistische Entschließung des EU-Parlaments, in der der Sowjetunion eine Mitschuld am 2. Weltkrieg gegeben wird, also dem Land, das die Befreiung vom Faschismus mit 27 Millionen Menschenleben bezahlt hat. In dieser Linie liegen die Verbotsdrohungen gegen Schwesterparteien, z.B. in Polen. Direkt Anfang nächster Woche wird es in Polen zu einem Prozess kommen – ich schlage vor, dass wir ausgehend von unserem Parteitag unseren Protest formulieren. Solidarität mit der KP Polens. Antikommunismus bleibt Grundtorheit und ist ein offenes Tor für Kriegspropaganda.

Zum ideologischen Klassenkampf gehört übrigens auch, dass Kritik an der Politik Israels immer mehr als Antisemitismus diffamiert wird. Umgekehrt wird ein Schuh draus, die Apartheidspolitik Israels, die Unterdrückung der Palästinenser, der Annexionsplan von USA und Israel – all das führt zu und ist Antisemitismus. Gerade weil wir Antisemitismus bekämpfen, finden wir uns mit der imperialistischen Aggressionspolitik Israels nicht ab.

Dieser Kapitalismus hat die Mechanismen seiner Machterhaltung perfektioniert. Besonders widerwärtig ist, wie es ihm immer wieder gelingt Probleme, Katastrophen, die er selbst verursacht, dazu zu nutzen die Ausbeutung zu erhöhen, Profite zu machen, seine Herrschaft zu stabilisieren. Seine Kriege, die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen und sozialen Existenzen zwingen Millionen zur Flucht in die Migration – genutzt wird das zum Bau der Festung EU, zum billigen Import von ausgebildeten Fachkräften, zur Erhöhung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten. Solange es Kapitalismus/Imperialismus gibt wird es Kriege, Flucht und Migration geben, das ist auch Teil der Allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Profitmacherei, Konkurrenzprinzip sind die Grundlagen dafür, dass sich der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse im Verhältnis von Mensch und Natur zerstörerisch, ja gattungsbetrohend auswirken. Die ökologische Krise, das Artensterben, die Klimaveränderung, die Verschmutzung der Meere, kurz die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreit nach gesellschaftlicher Planung im globalen Maßstab. Es schreit nach Überwindung des Kapitalismus. Aber der Kapitalismus

instrumentalisiert die Krise um den Ausgebeuteten mit der CO<sup>2</sup> - Bepreisung das Fell über die Ohren zu ziehen, um die Kosten der Umrüstung der Automobilindustrie die Arbeiterklasse bezahlen zu lassen. Die Krise wird genutzt, um Entwicklungsländer abzuhängen, die ihre CO<sup>2</sup> - Zertifikate verkaufen müssen, anstatt die Grundstoffindustrie aufbauen zu können. Sie wird genutzt, um eine Verzichts-ideologie zu verbreiten, die davon ablenken soll, dass das Problem die Produktionsverhältnisse und nicht die Konsumtion ist. Sie wird genutzt, um Wahlkampf für die Grünen, die FDP im Ökogewand zu machen, da reist dann Greta auch mal zum Bürgerschaftswahlkampf nach Hamburg – Ökobilanz hin oder her. Auch die ökologische Krise ist Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Selbst das Tierwohl wird genutzt, um den sogenannten kleinen Leuten das Fell über die Ohren zu ziehen – 40 Cent mehr pro Kilo Fleischerzeugnis, das ist nichts anderes als eine neue Massensteuer zum Wohl von Agrarindustrie und Großbauern, zum Nutzen der AfD. Wir sagen: Hoch mit den Löhnen, Gehältern und dem Mindestlohn, weg mit den Agendagesetzen statt Steuern im Interesse der Agrarindustrie und Großbauern.

In diesen Fragen gibt es eine große Übereinstimmung in unserer Partei. Unterschiede und Streit hatten wir allerdings in der Frage, wie wir mit Bewegungen umgehen sollen, die sich an solchen Widersprüchen des Kapitalismus entzünden und die die herrschende Klasse versucht für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Dass die herrschende Klasse dies versucht ist nichts Neues. Bewegungen sind unter den Bedingungen des Imperialismus/Kapitalismus immer umkämpft. In der Friedensbewegung der achtziger Jahre wurde immer versucht eine antikommunistische, antisowjetische Stoßrichtung zu verankern. Sie

wurde instrumentalisiert, um in der DDR eine sogenannte Friedensbewegung aufzubauen, deren Stoßrichtung objektiv antisozialistisch war. Darf uns das aber hindern in solche Bewegungen mit unseren Inhalten hineinzuwirken? Nein im Gegenteil und in der Regel geht das am besten, indem wir uns mit unseren Inhalten, vor allem mit der Klassenanalyse in diese Bewegungen einbringen. Um diese Fragen hatten wir einen Streit im PV - ihr konntet das nachlesen – der PV teilte diese Position mit großer Mehrheit. Leider waren und sind diese Meinungsunterschiede für 3 Genossen der Anlass gewesen, nicht wieder für den kommenden Parteivorstand zu kandidieren. Eine erfolgreiche Gegenkraft kann es ohne die Arbeiterklasse nicht geben. Sie muss der Kern einer Gegenbewegung sein, die sich gegen das Monopolkapital, als dem strukturbestimmenden Element des Imperialismus richtet, sein.

Das erfordert die Einheit der Arbeiterklasse, das erfordert die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Das wissen die Herrschenden und tun alles, instrumentalisieren alles um diese zu verhindern.

Das ist die eine Form der Entwaffnung der Arbeiterklasse. Die andere ist das Gift der Sozialpartnerschaft, der Illusion vom gemeinsamen Boot mit den Ausbeutern. Diese Illusion aufrechtzuerhalten lässt man sich etwas kosten. Ja man macht Teilen der Arbeiterklasse Zugeständnisse oder greift sie zumindest weniger stark an, wie ihre Klassengenossen z.B. in Griechenland. Damit kann man dann auch suggerieren, dass das Kernstück der Europastrategie des deutschen Imperialismus, die EU, Wohlstand bedeute. Da ist ja auch was dran, denn die imperialistischen Extraprofite, die sich das deutsche Monopolkapital aus der EU holte,

waren die Grundlage, um Teile der Arbeiterklasse nicht so scharf anzugreifen und trotzdem konkurrenzfähig zu bleiben.

Ich bin mir recht sicher, dass die Illusion der Sozialpartnerschaft auch eine Grundlage der aktuellen Herangehensweise der IG Metall an die Tarifrunde ist. Ich fürchte, dass die Überschrift, „Einladung zur Nullnummer“, die unsere Genossin Christa in der UZ wählte, treffend ist. Ich fürchte auch, dass die Hoffnung man könnte partnerschaftlich vereinbaren, wie mit Umstrukturierung, mit Produktivitätssprüngen, mit Produktivkraftentwicklung umgegangen wird, also, wie die IGM sagt mit #FAIRWANDEL an die TRANSFORMATION zu gehen, dieser Illusion entspringt. Das zeigt doch die Reaktion der Kapitaleseite, die darauf mit der unverschämten Forderung nach einer 5 jährigen Laufzeit reagiert.

Es bleibt dabei Sozialpartnerschaft ist Illusion – die Realität ist Klassenkampf und gegen den von Oben hilft nur der von Unten. Das heißt aber auch, wer die Illusion der Sozialpartnerschaft verbreitet, hilft die Arbeiterklasse im Klassenkampf zu entwaffnen.

Diese Problematik verbindet sich mit dem strukturellen Problem der deutschen Gewerkschaftsbewegung, dass für die Meinungsbildung innerhalb der Gewerkschaften die Betriebsräte großer Betriebe von herausragender Bedeutung sind. Das ist einerseits logisch, da die Belegschaften der Großbetriebe nach wie vor so etwas wie die Flaggschiffe der Arbeiterbewegung sind – auf der anderen Seite erschwert es eine Grundaufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die Konkurrenz in der Klasse zurückzudrängen, vor allem, wenn gleichzeitig der ausgegrenzte Teil der Klasse kaum eine Rolle spielt.

Ideologisch konnten wir im EU-Wahlkampf ein weiteres Problem erleben. Die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes ist nahezu völlig in die EU-Strategie der herrschenden Klasse integriert – Die Lüge von den 70 Jahren Frieden in Europa und durch die EU wurde genauso übernommen, wie der Unsinn, dass die EU für Wohlstand stünde oder ein Bollwerk gegen Rechts sei.

Ja, das war für unseren Wahlkampf auch frustrierend. Es zeigte aber auch, wie notwendig wir sind. Denn die Integration wesentlicher Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in die NATO- und EU-Strategie des Monopolkapitals ist zentrales Moment der Schwäche der Arbeiterbewegung. Wie wichtig ist da die friedenspolitische Debatte in den Gewerkschaften – sie nimmt offensichtlich etwas Fahrt auf – sehr gut die gewerkschaftlichen Beschlüsse gegen Defender 2020.

Arroganz, Hochnäsigkeit, Abgehobenheit gegenüber der Einheitsgewerkschaft, gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, den Einzelgewerkschaften und dem DGB ist grundfalsch. Die Probleme müssen uns vielmehr zur Selbstkritik führen. Es ist die Pflicht von Kommunistinnen und Kommunisten in den Gewerkschaften, wo immer es geht, aktiv mitzuarbeiten und um eine Politik zu kämpfen, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert. Hinein in die Gewerkschaften des DGB, aktiv werden, sie waren und sind die Schulen des Klassenkampfes.

Sozialpartnerschafts-Illusionen und fehlender Internationalismus sind eine gefährliche Mischung für die Entstehung von Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus, also die weitere Verschärfung der Spaltung der Klasse. Der Internationalismus ist im Bewusstsein der

Arbeiterklasse unseres Landes leider kaum mehr vorhanden. Dem entgegenzuwirken ist eine zentrale Aufgabe der kommunistischen Partei. Das ist tagtäglich zu tun, wenn Medien und herrschende Politik die nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse gegeneinander ausspielen, wenn sie gegen unsere Klassengenossen in Griechenland, Portugal oder sonst wo hetzen. Da geht es gegen die Kriegshetze, die sie mit Russophobie und Propaganda gegen die VR China ideologisch begleiten. Da geht es um internationale Solidarität, derzeit vor allem um Solidarität mit den Kämpfen in Lateinamerika. Imperialistische Putsch in Brasilien und Bolivien, Angriffe auf Nicaragua, die Marionette Guaido in Venezuela. Das zielt auf die Völker dieser Länder und es geht gegen das revolutionäre Kuba, seinen sozialistischen Weg. Welche Hoffnungen hatte der Imperialismus 1989, welche Träume hatte er als unser Genosse Fidel starb, das Volk Kubas, die kommunistische Partei, die Massenorganisationen, die Streitkräfte Kubas ließen diese Träume platzen.

In Venezuela lässt sich das Volk nicht vom Kurs der boliviarischen Revolution abbringen, unsere Schwesterpartei die PCV spielt eine wichtige Rolle in diesem Prozess. Die Solidarität zwischen Kuba und Venezuela ist für Kuba und die boliviarische Revolution entscheidend, aber auch für die Kämpfe der Fortschrittskräfte in Lateinamerika. Deswegen schlagen wir Euch zwei konkrete Projekte der Solidarität vor. In Absprache mit dem Zentralkomitee der PCC wollen wir den Aufbau eines Studienzentrums, das Fidel Castro dem Comandante en Jefe gewidmet ist, mit 10.000 € unterstützen und wir wollen 10.000 € für die Unterstützung des Kampfes unserer Schwesterpartei in Venezuela sammeln. Beides wollen wir bis zum Jahresende schaffen. Hoch die internationale Solidarität.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Rolle und Bedeutung der kommunistischen Partei ergibt sich aus ihrem grundsätzlichen Wesen als Partei der Arbeiterklasse, ihrer Anforderung an sich selbst, Träger und Nutzer der wissenschaftlichen Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus zu sein und mit und in der Arbeiterklasse den Klassenkampf von unten gegen den Klassenkampf von oben zur Überwindung des Kapitalismus hin zum Sozialismus als notwendigem Übergang zum Kommunismus zu führen. Damit ist klar, die kommunistische Partei ist eine Partei der Theorie und der Praxis. Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis, damit ist aber auch klar, ohne revolutionäre Praxis verkümmert die Theorie. Andere mögen sich zur Klärung von theoretischen Fragen Auszeiten nehmen – wir sagen „Heran an die Klasse“ und „Heraus auf die Straße“ – Seminar marxisten gibt es schon genug.

Da sind wir kleine Schritte vorangekommen, das gilt vor allem für das Gesundheitswesen. Wir haben aber auch das große Problem der mangelnden Verankerung in der Industrie. Die Stuttgarter Genossinnen und Genossen versuchen Schritte zu gehen im aktuellen Kampf gegen Stellenabbau in der Automobil- und Zulieferindustrie, wir hoffen auf erste Erfahrungen in den Diskussionen des Parteitags, wir hoffen auf Erfahrungen aus Braunschweig und Osnabrück.

Ran an die Klasse, das bedeutet immer Aktionseinheitspolitik, also Bündnispolitik im Maßstab der Klasse. Da haben wir es immer mit Kolleginnen und Kollegen zu tun, die mehr oder minder reformistisch geprägt sind, die SPD, CDU, Grüne oder auch die Linke, in der Regel nicht uns wählen. Wir haben es vor allem aber damit zu tun, dass sie den Klassenwiderspruch im Betrieb konkret

erleben, ihn oft aber nicht als solchen wahrnehmen. Das ist unsere Aufgabe und das geht vor allem, wenn es gelingt, gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Bewegungen für ihre Interessen, in Arbeitskämpfe zu kommen.

Ran an die Klasse, das bedeutet auch, ran an die Kommunalpolitik. Denn in den Kommunen, da wohnt die Klasse, da lebt sie, da vollzieht sich die Reproduktion der Klasse. Und auch da ist das entscheidende, dass wir mit und in ihr in Bewegung kommen für die Interessen der Klasse. Weder im Betrieb, noch in der Kommune dürfen wir uns vom Gift der „Stellvertreterpolitik“ infizieren lassen. Wir predigen eben nicht, dass man seine Stimme abgeben soll und alles wird besser, wir sagen lasst uns gemeinsam die Stimme erheben, gemeinsam kämpfen und dabei erkennen, dass das Problem im System liegt. Mandate sind uns dabei nicht egal, wo Kommunistinnen und Kommunisten in Parlamenten sind nutzen sie dies um Bewegung zu initiieren und zu stärken. Deswegen unterstützen wir den Endspurt der Genossinnen und Genossen in Nordbayern, vor allem auch in Nürnberg, unterstützen wir den Kommunalwahlkampf in NRW, dort haben wir u.a. mit Gladbeck und Bottrop Wichtiges zu verteidigen und unterstützen wir die Genossinnen und Genossen in Hessen, die im Frühjahr 2021 unter anderem in Reinheim wieder kandidieren.

Dabei machen wir nicht nur Bündnispolitik im Maßstab der Klasse, wir machen Bündnispolitik mit all denen, die objektiv im Widerspruch zur gefährlichen Politik des Monopolkapitals stehen. Die Kleingewerbetreibende, der Lehrer, die Wissenschaftlerin, der Ingenieur, der Kleinbauer, sie haben kein Interesse an Hochrüstung und Krieg – manche mögen bestochen sein, weil Krümel vom Tisch der Bourgeoisie fallen. Auch denen müssen wir deutlich machen, dass es

eben Krümel sind und zwar vergiftete, die heute zu Kriegen und Flucht führen und morgen dazu, dass das Monopolkapital uns noch besser das Fell über die Ohren ziehen kann.

Bündnis- und Aktionseinheitspolitik sind Kernstück kommunistischer Politik. Sie verlangen danach mit Partnerinnen und Partner ehrlich, offen und respektvoll umzugehen. Dazu gehört aber auch, dass wir mit unseren Positionen nicht hinter dem Berg halten. Es ist kein Kompromiss, wenn wir unsere Inhalte nicht einbringen, es ist vielmehr die Gefahr von Nachtrabpolitik.

Bündnis- und Aktionseinheitspolitik sind unverzichtbar und gleichzeitig kompliziert. Wir haben in der vergangene Periode im Parteivorstand mehrfach darüber intensiv diskutiert, manchmal auch gestritten, ich erinnere an Fragen wie „Aufstehen gegen Rassismus“ oder „Fridays for Future“ – ich habe aus diesen Debatten immer Erkenntnisgewinn geschöpft und trotzdem stellen wir selbstkritisch fest, dass es uns nicht immer gelungen ist die Meinungsunterschiede produktiv zu machen. In gewissen Phasen hat darunter unsere Leitungsarbeit insgesamt gelitten, zu viel Kraft wurde durch den Streit gebunden, manchmal ging uns aktuelles durch. Das produktive Führen von Debatten müssen wir verbessern, ich hoffe wir machen bei unserem Parteitag Fortschritte. Das produktive Führen von Debatten hat aber nichts mit Zulassen von Dogmatismus oder Opportunismus zu tun. Für Opportunismus halte ich die Versuche, die mehrfach von der Partei verworfenen sogenannten „Thesen“ wiederzubeleben; für Dogmatismus halte ich die Aussagen in Anträgen eine „Zentrale Parteikontrollkommission“ einzuführen, die die Einheit und Reinheit der Partei schützt, gegen einen angeblichen revisionistischen

Kurs in der Parteidiskussion, der in der antimonopolistischen Strategie und der Position zur imperialistischen Russischen Föderation zum Ausdruck käme.

Ich hoffe, dass dieser Parteitag sowohl opportunistische, als auch dogmatische Positionen zurückweist und gleichzeitig einen produktiven Meinungsstreit führt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

für unsere Bündnis- und Aktionseinheitspolitik gibt es viele Ansätze, ich nenne einige:

Das Gesundheit zur Ware wird, dass das den Menschen schadet, dass ahnen alle, die sich keine Komfortstation leisten können. Das spüren vor allem die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Gleichzeitig geht die Privatisierung weiter, liegt das Bertelsmann-Gutachten zur Zerschlagung einer wohnortnahen Versorgung mit Krankenhäusern auf dem Tisch. Die bisherigen Kämpfe um Personalbemessung haben Erfolge gezeigt aber noch keineswegs die Strategie von Privatisierung, Kahlschlag und Profitmacherei gestoppt.

Solidarität mit den kämpfenden Belegschaften bei Ameos. Kampf gegen die Kahlschlagpläne bei den Krankenhäusern, Kampf für mehr Personal im Gesundheitswesen. Gesundheit als Ware, wie krank ist das denn. Nutzen wir die Broschüre zum Gesundheitswesen und das aktuelle Gesundheitsinfo für viele DKP-Aktionen an und in Krankenhäusern z.B. zum internationalen Frauentag.

Die Mieten und Nebenkosten, vor allem in größeren Städten explodieren. Wir sagen: Wohnen ist ein Menschenrecht und darf keine Ware sein. Immer mehr Menschen sehen, dass der Markt es nicht richtet, sondern die Sicherung

von erschwinglichem Wohnraum eine gesellschaftliche Aufgabe sein muss. Ja, wir sind für die Enteignung der großen Wohnungsbaukonzerne, es geht aber um Enteignen und nicht um Abkaufen. Sie haben sich lange genug eine goldene Nase verdient. Wir fordern das Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grund und Boden, von Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und die Vergesellschaftung privater Wohnungsgesellschaften. Der soziale Wohnungsbau muss massiv vorangetrieben werden. Die Wohnungen müssen dauerhaft der Sozialbindung unterliegen und in öffentlichem Eigentum verbleiben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere organisationspolitische Entwicklung zu bilanzieren ist schwierig. Wir haben zu Recht keine zentrale Mitgliederdatei, deswegen haben wir außerhalb der Mitgliedsbuchneuausgaben keine verlässlichen Zahlen, was unsere Mitgliederentwicklung angeht. Die letzte Neuausgabe war 2013. Der neue PV wird entscheiden müssen, wann die nächste sinnvoll ist. Wir wissen, dass die Partei neue Mitglieder aufnimmt, unser Eindruck ist sogar einige. Wir vermuten aber, dass dies angesichts unserer altersmäßigen Zusammensetzung nach wie vor nicht ausreicht, um unsere Verluste auszugleichen. Wir haben das große Problem unserer Verankerung in der Klasse und das große Problem unserer Schwäche im Osten. Letzteres führt auch dazu, dass wir die Lebenswirklichkeit der Klasse nur teilweise reflektieren und es führt dazu, dass Konflikte schneller ganze Strukturen der Partei lähmen können. Mit der Beschlussfassung dieses Parteitags wollen wir hier die Grundlage legen dies zu verändern. Wissend auch, dass es vor

allem bei Menschen mit DDR-Biografien durchaus viele mit Sympathien für uns gibt. Wir rufen auf: Wandelt Eure Sympathien in Mitgliedschaft um, helft die kommunistische Partei aufzubauen – werdet Mitglied der DKP. Wir brauchen mehr Jugend und deswegen eine bessere Zusammenarbeit mit der SDAJ.

Zu einer detaillierten organisationspolitischen Bilanz fehlt uns weiter ein genauer Überblick über den Zustand unserer Gruppen. Wir können nicht exakt bestimmen, wie viele Gruppen tatsächlich Kampfgemeinschaften sind, die in ihrem Wirkungsbereich nach außen gehen, die Politik entwickeln, die für die Mitglieder politische Heimat und Kollektiv des gemeinsamen Lernens unserer Weltanschauung sind. Hier erhoffen wir uns mehr Infos auch im Erfahrungsaustausch dieses Parteitags und durch den Rücklauf der Fragebögen, die wir in die Partei gegeben hatten. Allerdings merkten wir dabei einmal mehr ein weiteres Problem. Wir haben Probleme mit dem Informationsfluss aus den Gruppen zum PV und umgekehrt. Beides benötigt oft viel Zeit, teilweise gehen Informationen verloren oder Orientierungen versanden. Seit mehreren Jahren orientieren wir darauf, dass Leitungsarbeit sich vor allem daran messen muss, wie sie die Gruppen der Partei unterstützt. Wir haben beim letzten Parteitag im Referat von Wera recht schonungslos bilanziert und entsprechend orientiert.

Vor einigen Monaten haben wir im PV eine erste Bilanz gezogen, wir sprachen dort von einer labilen Konsolidierung. Konsolidierung machten wir erstens an der besser gewordenen Kampagnenfähigkeit fest. Die sahen wir bei unserem tollen Ergebnis in der Unterschriftensammlung für Abrüsten statt Aufrüsten und im Kampf um die Absicherung unserer Kandidatur zu den EU-Wahlen. Vor allem bei Abrüsten statt Aufrüsten mussten wir aber trotz des Erfolges bilanzieren, dass dies noch viel



zu wenig das Ergebnis einer kollektiv geplanten und kollektiv umgesetzten Arbeit der Gruppen unserer Partei war, oftmals waren diese tollen Ergebnisse das Werk von Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfern.

Zur labilen Konsolidierung gehören die neuen Branchentreffen, Branchengruppen, die wir in einigen Städten im Gesundheitswesen gründen konnten. Ähnliche Ansätze haben wir im Bereich Bildung und Erziehung.

Es ist uns gelungen den Gruppen mit Material den Einstieg in die Aktionstätigkeit zu erleichtern, damit meine ich z.B. die Friedens-, Umwelt- und Gesundheitsinfos, die Handlungshilfe für Betrieb und Gewerkschaft und zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung.

Große Fortschritte haben wir in der Bildungsarbeit gemacht. Mit den Bildungszeitungen ist es uns gelungen wieder eine gleichzeitige Beschäftigung vieler unserer Gruppen mit weltanschaulichen Diskussionen zu verankern. Auch in der Beschickung der Grundlehrgänge an der Karl-Liebknecht-Schule haben wir Fortschritte gemacht.

Wir hören aber auch immer wieder, dass wir die Partei überfordern und zu wenig Spielraum für die Entwicklung vor Ort lassen. Wir hören, dass das dazu führt, dass inhaltliche Debatten zu wenig geführt werden können oder die Gruppen gar nicht in der Lage sind sich mit allem auseinanderzusetzen, was von Seiten des PV auf sie einprasselt. Das nehmen wir ernst, wir wollen versuchen die Schlagzahl etwas herunterzufahren. Politisch ist das gar nicht so einfach. Ich nehme ein konkretes Beispiel. Im kommenden Jahr werden Bundestagswahlen sein, falls die große Koalition nicht vorher zerbricht. Bezüglich der Stimmabgabe sehe ich keine Alternative zur Eigenkandidatur – Bündnismöglichkeiten sind von den Wahlgesetzen her nahezu ausgeschlossen. Mit unseren heutigen Strukturen ist die

Absicherung einer flächendeckenden Kandidatur mit Landeslisten aber kaum schaffbar, vor allem im Osten sind 2.000 Unterschriften, die wir in den meisten Bundesländern sammeln müssten, kaum zu schaffen und auch im Westen ist das vielerorts verdammt schwer. Wir müssen uns also eine Meinung erarbeiten, wie wir mit diesem Widerspruch von politischer Notwendigkeit und organisationspolitischer Möglichkeit umgehen. Der Wahltermin wird vermutlich im September 2021 liegen, spätestens um unser Pressefest herum werden wir entscheiden müssen.

Wir glauben, dass eine wesentliche Voraussetzung um solche Probleme zu lösen, die intensivere Debatte mit den Leitungen der Bezirke darstellt, die wiederum eine engere Debatte mit den Gruppen und Kreisen benötigen.

Und die Zeit bis zum Pressefest wird uns fordern. Die Aktivitäten gegen die Kriegsvorbereitung Defender 2020 haben begonnen – in den verschiedensten Regionen haben breite Bündnisse die Arbeit aufgenommen, nach unserem Stand immer mit Beteiligung der DKP. Aus den Leipziger Treffen hat sich so etwas wie eine bundesweite Koordinierung, in der wir mitarbeiten, herausgebildet. Regional gab es die ersten Aktivitäten, wie kürzlich in Bremerhaven. Ein bundesweiter Aktionshöhepunkt soll das Wochenende 3./4./5. April werden. Und ein Höhepunkt wird unsere Demonstration am 25.4. in Torgau, zu dem nun auch der Arbeitsausschuss des Aktionsbündnisses „Stopp Defender 2020“ aufruft. Herzlichen Dank an die Genossinnen und Genossen, in Torgau, Berlin und Sachsen für die Vorbereitung.

Defender 2020 – das ist Kriegstreiberei pur – 37.000 Soldaten mit schwerem und leichtem Gerät – aufmarschierend an der russischen Grenze pünktlich zum 75. Jahrestag der

Befreiung – das ist unerträglich. Wo Kriegstreiber aufmarschieren ist Widerstand Pflicht – wir müssen das öffentlich machen, wir müssen das anprangern – es braucht Widerstand und zivilen Ungehorsam. Wir brauchen Aktionen an Autobahnen, Flughäfen, Bahnhöfen und Häfen. Die Gefährlichkeit dieser Kriegstreiberei wird noch deutlicher durch die gestrige Meldung, dass die USA letzte Woche eine Militärübung durchgeführt haben, die einen "begrenzten" Atomkrieg mit Russland simulierte. Die Stoßrichtung wird noch klarer, durch ein gleichzeitig laufendes Manöver im Pazifik. Diese Drohung gegen die VR China und die Russische Föderation soll sich nun jährlich wiederholen. Wir sagen Frieden mit Russland und der VR China – Raus aus der NATO – Stoppt Defender 2020.

Unsere Gegenaktionen wollen wir mit unseren Aktivitäten zum 75. Jahrestag der Befreiung verbinden. Wir wollen, dass alle Gruppen versuchen eine Aktion, eine Veranstaltung zu machen – die Handlungshilfe der Geschichtskommission gibt viele Anregungen und wir wollen am 9. Mai in Berlin sowohl eine öffentliche Aktion in der Nähe des Treptower Ehrenmals, als auch eine Veranstaltung des Parteivorstands durchführen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ab Mitte des Jahres stehen Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an. Es ist Verdienlich diese Tarifrunden bundesweit zeitlich zu bündeln. Gerade im Zusammenhang mit der dringend notwendigen Verkehrswende, weg vom Individualverkehr, halten wir diese Tarifrunde für weit bedeutender als einen „normalen“

Tarifikampf. Verkehrswende erfordert Stärkung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Verkehrswende heißt Mobilität muss eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Verkehrswende heißt, die Systeme des Nah- und Fernverkehrs gehören ausgebaut und vor allem gehören sie in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle. Solche Fragen können und müssen in die Tarifrunde hineingetragen werden. Auch deshalb, weil das Gejammer und die Propaganda des Gegners sein wird, dass kein Geld da ist. Diese Propaganda wird auch die desolote Finanzlage vieler Kommunen als Argument benutzen. Wir müssen deutlich machen, dass diese Finanzlage Ergebnis der Umverteilung des Klassenkampfes von Oben ist und müssen deutlich machen, dass genügend Geld da ist, wenn man aufhört die Profite und Interessen der Automobilindustrie wie eine heilige Kuh zu betrachten. Diese Tarifrunde verlangt von uns also weit mehr als „herkömmliche“ Solidarität. Unsere Inhalte, die Entwicklung und Präzisierung unserer Positionen zur Verkehrswende ist gefragt – im Leitantrag haben wir damit begonnen. Ich denke, dass der Bereich des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs Bedeutung und Potential hat, neben dem Gesundheits- und dem Bildungswesen zum dritten Branchenstandbein unserer Orientierung „Heran an die Klasse“ zu werden.

Mit diesen Aktivitäten wollen wir unser Pressefest vorbereiten. Ein Wochenende im August. Zehntausende feiern, diskutieren, singen, stoßen an auf Erfolge, reden über Gründe für Niederlagen und den Weg zum Sozialismus – wundern sich, wie die kleine DKP das hinbekommt, freuen sich darüber, sind vielleicht ein bisschen neidisch. Gegen Neid hilft DKP-Mitgliedschaft. Gigantisch was wir jetzt schon für das Pressefest auf die Beine gestellt haben 60129,- Euro an Spenden und Zuschüssen liegen vor, nochmal fast 4.000,- € mehr als Ende letzter Woche, ein tolles Ergebnis - danke.

Jetzt bin ich beim danken und mache auch weiter. Was werden wir beneidet. Was sind Gäste aus dem In- und Ausland immer wieder beeindruckt, wenn sie erleben, was wir für Freundinnen und Freunde haben – ja, sie ist beeindruckend die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, unsere SDAJ. Unsere Gemeinsamkeit am LL-Wochenende, wir bei den Pfingstcamps, beim Festival der Jugend – ein Jungbrunnen. Der Jugendbereich beim Pressefest und vor allem der gemeinsame Kampf auf der Straße, in und an Betrieben. Aber es gibt nichts, was nicht noch besser werden könnte. Zu oft reden unsere Leitungen noch zu selten miteinander – hier ist die Partei gefordert, das ist der beste Dankeschön an uns und an die SDAJ – denn SDAJ und DKP tun den Monopolen weh.

Bedanken möchten wir uns bei den Machern des Solidnet und bei den Gastgebern der Internationalen Meetings der kommunistischen und Arbeiterparteien. Es ist keine einfache Zeit. Aber gerade das macht den Erfahrungsaustausch, die Diskussion über Fragen, Standpunkte, Meinungen notwendig. Wir sind froh und stolz Teil der kommunistischen Weltbewegung zu sein – Proletarier aller Länder vereinigt Euch.

Bedanken wollen wir uns bei unseren Freunden von der Partei der Arbeit Belgiens, der Kommunistischen Partei Luxemburgs, der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande für die Zusammenarbeit mit der 4-Parteien-Konferenz. Wir gratulieren der Partei der Arbeit Belgiens zu ihrem erfolgreichen Kampf um den Einzug in die Parlamente Belgiens und das EU-Parlament. Leider haben wir da auch ein weinendes Auge, denn diese neuen Arbeitsfelder führen dazu, dass die belgischen Genossinnen und Genossen Ressourcen umorientieren. Sie

haben uns informiert, dass die Weiterführung der 4-Parteien-Konferenz für sie nicht mehr möglich ist. Die bilateralen Beziehungen werden intensiv weitergehen, dafür soll auch die Verankerung im EU-Parlament genutzt werden. Mit den Genossen aus Luxemburg und den Niederlanden, wollen wir diese Konferenzen fortführen.

Woche für Woche eine kommunistische Zeitung, das ist eine großartige Leistung der Partei. Das ist vor allem auch ein Riesenverdienst von Redaktion und Verlag. Wenn Woche für Woche die Zeitung rauskommen muss, dann kann man sich auch nicht um Positionierung rum drücken – natürlich eckt man dabei an – Kritik hagelt es schnell, Lob weniger – darum jetzt ein großes, dickes Dankeschön an Verlag und Redaktion der UZ – der kommunistischen unter den Roten.

Was wäre unsere Bildungsarbeit ohne unsere Karl-Liebknecht-Schule. Unser Dank allen die bei der Durchführung von Lehrgängen und Seminaren aktiv sind. Unser Dank der Schulleitung und der Kulturvereinigung Leverkusen. Dank der großen Spende eines Freundes, dank vieler Spenden aus der Partei konnten wir ein großes Sanierungsprojekt beginnen – das würde aber alles nicht gehen ohne die riesige Bereitschaft zu Arbeitseinsätzen zu Subbotniks. Das schweißt zusammen, das bringt neben viel Arbeit und Muskelkater offensichtlich auch Freude und Veränderung – aus Freunden und Freundinnen von KLS und Partei werden Genossinnen und Genossen. Einen Riesendank an alle, die dabei waren, sind und sein werden.

Bedanken möchte ich mich bei den Marxistischen Blättern – kein Parteiorgan und trotzdem kommunistisch. Die Heftthemen am Puls der Zeit, Streitbar, konstruktiv und lebendig. Herzlichen Dank. Wir müssen die Ausstrahlung

ein solch Streitbares Organ an unserer Seite zu haben mehr nutzen.

Herzlichen Dank auch der Marx Engels Stiftung, die uns mit ihren Veranstaltungen begleitet. Wir als Partei begleiten wahrscheinlich ihre Veranstaltungen oft zu wenig und lassen uns was entgehen, auch die spannenden Debatten mit Marxistinnen und Marxisten, die nicht oder noch nicht unser Parteibuch haben.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass die kommunistische Partei in bürgerlichen Medien totgeschwiegen wird. Wir geben ja jetzt doch häufiger Erklärungen ab – die aber geflissentlich ignoriert werden – bis hin zum nd. Neben unseren eigenen Medien gibt es nur eine Zeitung, die anders verfährt – die einzige marxistische Tageszeitung dieses Landes die junge welt. Dafür möchten wir uns bedanken, genauso wie für die erfolgreiche Zusammenarbeit bei den jährlichen Rosa-Luxemburg-Konferenzen.

Und zuletzt der Dank an uns alle – wir haben die kommunistische Partei in der Illegalität erhalten und in die Tradition des antifaschistischen Kampfes, von Karl, Rosa und Teddy gestellt. Wir haben die kommunistische Partei in die Legalität geführt. Wir haben 40 Jahre den Sozialismus in der DDR erbaut und ihn 40 Jahre im Imperialismus der BRD verteidigt.

Wir haben die Konterrevolution erlebt und die Partei erhalten.

Da ist sie aber immer noch die Kommunistische Partei – die DKP – machen wir sie stark – die Arbeiterklasse braucht sie und dieser verfluchte Imperialismus hat sie verdient.

## **Grußworte – auf dem Parteitag gehalten**

Die Reihenfolge der Dokumentation richtet sich nach der Reihenfolge beim Parteitag.

### ***Grußwort von Johanna Scheringer-Wright, Partei Die Linke***

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freundinnen und Freunde von der DKP,

ich freue mich, heute hier bei euch zu sein und ich danke für die Einladung und ich überbringe euch die besten Wünsche meines Parteivorstandes, der Partei Die Linke. Ich bin auch froh, dass ich heute hier bin, weil wir morgen in Kassel unsere linke Strategiedebatte führen, morgen und übermorgen. Und ich finde es wichtig, dass wir uns im Vorfeld auch noch mal im linken Spektrum der Gesellschaft vergewissern. Und da geht es nicht um kuscheln, wie mein Vorredner vielleicht am Anfang angemerkt hat, sondern es geht eigentlich darum: Wo steht man und was braucht dieses Land? Denn Linke und auch die Partei Die Linke braucht den Austausch und den Input von anderen linken Kräften. Es ist wichtig, zu diskutieren: Wie kann das linke Lager, das echte linke Lager gestärkt werden? Wie können Kommunisten, Sozialisten, auch Trotzlisten und Anarchisten zusammenarbeiten, um Druck aufzubauen für Abrüstung, für die Sicherung des Friedens, für Klimaschutz, für bessere Arbeitsbedingungen, für eine Beendigung des ausbeuterischen Hartz-IV-Systems und die Einführung einer Grundsicherung, die ein würdevolles Leben ermöglicht? So eine Zusammenarbeit wird immer wichtiger, weil sich die politische Agenda immer weiter nach rechts verschiebt.

Seit der politischen Niederlage und dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder wurde der Kapitalismus als Wirtschaftssystem fast überall auf der Welt durchgedrückt. Parallel dazu wurden und werden auch die Herrschaftsinstrumente und Unterdrückungsmechanismen angewendet, die den Kapitalismus und die Macht der Konzerne sichern. Die Einschränkung der demokratischen Freiheiten, die Verschärfung der Polizeigesetze, all diese Maßnahmen stehen täglich auf der Agenda in unserem Land. Und inzwischen gibt es eine neofaschistische Partei in allen bundesdeutschen Landtagen, die offen auf Rassismus, völkische Ausgrenzung und Gesellschaftsspaltung setzt. Die Antwort der Bundesregierung und der Landesregierungen ist bislang nicht, diesen rechten Stimmenfängern den sozialen Nährboden zu entziehen, sondern im Gegenteil, sie führen ihren neoliberalen Kurs fort und treten in Wettbewerb mit dem Abbau von demokratischen Rechten und Menschenrechten. Als Beispiel sei hier nur der weitere Abbau des Rechts auf Asyl genannt oder ebenso alarmierend die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN. Vor diesem Hintergrund ist es so wichtig, dass die linken Kräfte, dass wir zusammenarbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich aber auch hier offen sagen, was ist, so wie ich das auch in meinem Parteivorstand oder

in meinen Parteiorganisationen mache. Und ich tue das nicht, wie mir manchmal vorgehalten wird, weil ich meiner Partei eins reinrücken will, sondern ich tue das, weil ich fest davon überzeugt bin, dass es unserer gemeinsamen Sache nur dienen kann, wenn wir ehrlich und glaubwürdig sind. Alles andere schürt Illusionen.

In der Partei Die Linke wird sich inzwischen viel zu stark mit der Frage beschäftigt, wie man in eine Regierung kommen kann. Regierungsbeteiligung wird als Gestaltungsoption definiert. Und dann wird so getan, als wäre eine Gestaltungsoption, sprich eine Regierungsbeteiligung schon gesellschaftlicher Fortschritt an sich und würde den Kapitalismus erschüttern. Falls der Begriff Kapitalismus überhaupt verwendet wird in diesen Debatten. Das Gegenteil ist der Fall. Das kann man und konnte man insbesondere an den Ergebnissen der Regierungsbeteiligung in Thüringen, Berlin und Brandenburg sehen. Da gibt es zum Beispiel in Thüringen den wahnsinnigen Anpassungszwang der Linken an die Koalitionspartner SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dass die DDR im Koalitionsvertrag 2014 und jetzt wieder im Koalitionsvertrag 2020 als Unrechtsstaat festgeschrieben wird, zeigt, wie weit sich die Linke der antikommunistischen, antisozialistischen Meinung unterworfen hat. Dass die Linken-Verhandlungsführer unter Bodo Ramelow dies immer wieder aktiv tun, zerreißt viele Mitglieder der Partei Die Linke, auch mich. Wenn zusätzlich in der praktischen Regierungsarbeit auch noch eine Annäherung, ja Anbietung an CDU- und FDP-Politik stattgefunden hat, dann, bin ich überzeugt davon, schadet das meiner Partei Die Linke, aber es unterminiert auch alle linken Kräfte in dieser Gesellschaft. Wie kann es sein, dass nach dem NSU-Skandal mit dem Verfassungsschutz in Thüringen so umgegangen wird, dass die Ämter - auch in Brandenburg, Berlin - dass die Ämter fast genauso weitermachen wie zuvor? Und wie kann es sein, dass unter einem Linken-Ministerpräsidenten die Kommunistische Plattform der Partei Die Linke, die DKP und die Rote Hilfe vom Verfassungsschutz überwacht werden? Da ist es kaum verwunderlich, dass die Mainstreammedien in Thüringen so zufrieden mit dieser Regierungsarbeit von Bodo Ramelow sind. Im Endeffekt muss man feststellen, dass neoliberale Regierungspolitik gemacht wurde, so wie in den Nachbarländern Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Hessen. Und ihr wisst, wer da regiert.

Ich möchte es nur mal kurz an einem Beispiel illustrieren. Nach fünf Jahren Rot-Rot-Grün ist Thüringen im Bundesländervergleich bei der Exportquote auf Platz 4 geklettert. Beim Lohnniveau jedoch verharrt Thüringen trotz florierender Wirtschaftslage immer noch auf dem vorletzten Platz. Nur Mecklenburg-Vorpommern liegt hinter uns. Da stellt sich doch die Frage: Auf welcher Seite steht Die Linke dort? Natürlich sind die Unternehmer mit dieser Entwicklung zufrieden. Aber viele Menschen im Land sind es nicht. Viele Menschen sind im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt. Sie müssen täglich um ihr berleben im Niedriglohnjob, mit Niedriglohn kämpfen. Es gibt keinen flächendeckenden ÖPNV, um zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Arzt zu kommen. Gerade in den ländlichen Regionen hat sich viel Wut aufgestaut während der fünf Jahre Rot-Rot-Grün. Und da komme ich dann zu dem Thema, über das zu berichten mich euer Vorsitzender gebeten hat: dem Wahleklat in Thüringen, im Thüringer Landtag.

Dieser Wahleklat hat Thüringen nun einen zurückgetretenen FDP-Ministerpräsidenten beschert. Nach fünf Jahren Rot-Rot-Grün hat bei den Landtagswahlen Die Linke 31 Prozent eingefahren und Bodo Ramelow als Spitzenkandidat hat proklamiert, er werde die rot-rot-grüne Koalition

fortsetzen. Die SPD hat jedoch massiv verloren und erzielte nur noch 8,2 Prozent. Und Bündnis 90/Die Grünen haben auch ein bisschen verloren und standen bei 5,2 Prozent. Die CDU, und das war interessant, hat auch unheimlich verloren und ist auf 21 Prozent gesunken. Nach Wählerwanderungsanalysen war das dem geschuldet, dass einerseits Die Linke Stimmen aus dem konservativen Lager einheimsen konnte, natürlich auch von der SPD, und zudem die AfD Stimmen der CDU auf sich verzeichnen konnte. Und die ist mit 23,4 Prozent zweitstärkste Kraft geworden. Die haben ihr Ergebnis verdoppelt. Die FDP rutschte mit 107 absoluten Stimmen über der Fünf-Prozent-Hürde geradeso in den Landtag. Bodo Ramelow und Die Linke feierten sich als Sieger, obwohl klar war, dass diese Koalition nicht fortzuführen ist. Ordentliche Wahlanalysen und Auswertungen wurden meiner Ansicht nach nicht durchgeführt. Im Gegenteil, Bodo Ramelow sonnte sich immer wieder in seinem beschworenen Beliebtheitsgrad und setzte auf seine Wiederwahl als Ministerpräsident im Landtag. Nach der Thüringer Verfassung ist es so: Es gibt drei Wahlgänge. Wer in den ersten beiden Wahlgängen keine Mehrheit erringen kann, und es hat keiner die Mehrheit errungen, der tritt nochmal an im dritten Wahlgang. Im dritten Wahlgang ist der gewählt, der die meisten Ja-Stimmen hat. Andere Stimmen zählen nicht. Das Ergebnis des Wahlgangs, auch des dritten, zeigte aber, dass sich die Anbiederung des Linken-Spitzenpersonals an die CDU und FDP nicht ausgezahlt hatte. Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten der CDU ließ sich nicht in Haftung nehmen, um Rot-Rot-Grün den Ministerpräsidenten zu sichern. Im Gegenteil, dass die FDP im dritten Wahlgang ihren Spitzenkandidaten Kemmerich aufstellte, um mit den Stimmen von CDU und AfD - die AfD hatte einen eigenen Kandidaten, einen No-Name-Kandidaten, der im dritten Wahlgang null Stimmen erhielt - dass Kemmerich dann mit diesen Stimmen 45 Ja-Stimmen, gegenüber Bodo Ramelows mit 44, auf sich vereinen konnte, zeigt, dass es den bürgerlichen Fraktionen und Parteien trotz allem ernst war, Rot-Rot-Grün abzuwählen. Mehr noch, was da passiert ist, ist, dass der faschistoiden AfD dieser Coup die Möglichkeit geboten hat, sich in Thüringen als Retter der bürgerlichen Mitte aufzuspielen.

Das ganze Szenario war in gewisser Hinsicht auch vorauszusehen. Nicht nur wegen der Zählungsverhältnisse. CDU, FDP und, ja, auch die AfD sind kapitaltragende Parteien, und denen wird es immer darauf ankommen, klar und eindeutig die kapitalistischen Verhältnisse zu sichern, egal wie. Was folgte, war ein Aufschrei und eine Erschütterung der öffentlichen Meinung. Der Testballon, den die AfD aufsteigen ließ, hat dieses Mal noch nicht getragen. Möglicherweise auch deshalb nicht, weil die AfD sich gleich nach der Landtagssitzung selbst verbal disqualifiziert hat. Zum anderen, denke ich, weil wir in Deutschland und der EU eben gegenwärtig doch noch nicht wieder so weit sind, dass eine faschistische Partei vollständig die politischen Fäden ziehen kann. Zu schwer wirken die politischen Morde der jüngsten Zeit. Man denke nur an die Erschießung des Regierungspräsidenten Lübcke, der ja von der CDU war. Und auch die Geschichte Thüringens, wo 1929 durch die Konservativen der erste NSDAP-Minister etabliert wurde und in die Regierung aufgenommen wurde, wirkt natürlich nach.

Leider muss ich nun feststellen, dass offenbar in der Linken in Thüringen, zumindest beim Führungspersonal, kein Umdenken bezüglich der CDU stattfindet. Anstelle nach dem Rücktritt Kemmerichs unverzüglich Neuwahlen durchzusetzen, was durch die öffentlichen Proteste auch gestützt würde, haben sich Bodo Ramelow und sein Team einmal mehr in Verhandlungen mit der CDU begeben. Es soll auf Teufel komm raus eine Übergangsregierung gebildet werden, obwohl für

2020 ein Haushalt vorliegt und das Land geführt werden kann. Nun soll am 4.3.2020 im Landtag Bodo Ramelow doch noch zum Ministerpräsidenten gewählt werden, mit einigen Stimmen der CDU. Und dann erst im April 2021 Neuwahlen durchgeführt werden. Bis dahin will man also so weiterwurschteln. Noch offener die neoliberale Politik weiterführen und offenbar, anders kann ich mir das nicht erklären, der CDU Zeit geben, sich neu aufzustellen und Kraft zu sammeln, um dann gestärkt in Wahlen zu gehen. Da stellt sich für mich eine Grundsatzfrage: Was wollen Bodo und sein Team? Leider ist dieser Kurs auch bei meinen Parteivorsitzenden und der Mehrheit meines Parteivorstandes mehr oder weniger akzeptiert. Und das wiederum finde ich mehr als bedenklich. Wird denn nicht realisiert, dass es nicht nur die CDU gerade zerreißt, sondern auch Die Linke, wenn so eine Politik gemacht wird? Denn ist es nicht eine Bankrotterklärung für alle, die für gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung, im Sinne der von Armut Betroffenen, der Benachteiligten, Ausgegrenzten, Geflüchteten streiten? Und vor diesem Hintergrund möchte ich wieder auf meine Ausgangsthese im Grußwort zurückkommen. Es ist unabdingbar, dass die wirklich linken Kräfte in dieser Republik zusammenarbeiten, um Druck von links zu machen. Wenn wir das nicht schaffen, dann wird die Partei Die Linke immer weiter in die sogenannte Mitte, aber eigentlich nach rechts, getrieben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor diesem Hintergrund freue ich mich wirklich, dass ich hier bei euch bin und wünsche euch einen erfolgreichen Parteitag. Venceremos!



## ***Grußwort von Ramon Ripoll Diaz von der Kubanischen Botschaft***

Kommunistische Partei Kubas / Zentralkomitee  
Havanna, 13. Februar 2020

Botschaft an den 23. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei

Im Namen der Kommunistischen Partei Kubas möchten wir unsere aufrichtige Grüße und Wünsche für Erfolg in den Diskussionen und in den von diesem Parteitag ausgehenden Ergebnissen übermitteln. Genauso wie ihr prangern wir die aktuelle Weltordnung an, die durch den Neoliberalismus, die Fortschritte des Faschismus und antikommunistische Haltung gekennzeichnet ist. Gleichsam verurteilen wir den Wachstum des Militarismus und des Einflusses der NATO.

Angesichts dieser komplexen Szenerie erkennen wir als grundlegende Herausforderung, die Artikulation und den Zusammenschluss der linken Kräfte zu verstärken sowie die ideologische Arbeit so zu stärken, dass ermöglicht wird, den ominösen vom Imperialismus entfalteten Strategien des Kulturkriegs der Herrschaft vor unseren Völkern zu entlarven.

Gerade Einheitbildend ist für Kubaner die Determinante zum Sieg über die andauernden Versuche immer gewesen, die kubanische Revolution zunichte zu machen. Prioritäten der Arbeit unserer Partei sind in der Gegenwart der wirtschaftliche Kampf, die Nationalverteidigung und die ideologische Bildung.

Unser Volk, das sowohl die erhöhte subversive Aktivität, als auch eine zu Unrecht seit 60 Jahren bestehende völkermörderische Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade bedrückt, welche unter der aktuellen Trump-Regierung mit der Implementierung des Helms-Burton-Gesetzes verschärft wird, bestätigt erneut unseren Freunden der DKP, dass wir diese neue aggressive Eskalation besiegen und eine souveräne, unabhängige, demokratische, sozialistische, erfolgreiche und nachhaltige Nation als treue Anhänger des unbesiegten Kommandanten Fidel weiter aufbauen werden.

Wir nutzen diesen Anlass, um uns für die historische Solidarität der Deutschen Kommunistischen Partei mit unserer Revolution zu bedanken. Zugleich möchten wir das Interesse unserer Partei an der weiteren Förderung unserer historischen bilateralen Identitäts-, Solidaritäts- und Kooperationsbindung erneut übermitteln.

Mit brüderlichen Grüßen  
Abteilung für Internationale Beziehungen

## **Grußwort von Beate Körsgen für "Büchel ist überall. Atomwaffenfrei.jetzt"**

In Vertretung für Marion Küpker, *Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Versöhnungsbundes*, den sie im Kampagnenrat der Trägerkreisorganisation Atomwaffen abschaffen-bei uns anfangen! vertritt. Im Trägerkreis ist Marion Sprecherin der Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt (Aachener Friedenspreis 2019).

*Marion Küpker: „Bitte entschuldigt meine Abwesenheit aufgrund eines familiären Krankheitsfalles. Beate Körsgen vom Versöhnungsbund und von unserer Kampagne vertritt mich gerne. Ihr kennt sie bereits aus Büchel vom Internationalen Friedens-Jugend-Workcamp.“*

### **Liebe Kommunisten und Kommunistinnen des 23. Parteitages**

Ich, (Marion Küpker), bedanke mich sehr für Eure Einladung und grüße Euch alle im Namen der Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt, die ich als Sprecherin vertreten darf. Ihr habt bereits vier Mal - also von Anfang an (seit dem Jahr 2016) - an unserer jährlichen 20-wöchigen Aktionspräsenz in Büchel teilgenommen. Darin habt Ihr regionale Veranstaltungen sowie Unterschriften-Sammlungen für den Atomwaffen-Verbotsvertrag und für Abrüsten statt Aufrüsten organisiert und habt internationale Kundgebungen am Haupttor des Bundeswehr Fliegerhorstes Büchel abgehalten. Mutig habt Ihr mehrfach die Zufahrts-Tore des Atomwaffen-Stützpunktes mit gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams blockiert. Damit habt Ihr gezeigt, dass es auch Euch sehr wichtig ist, die gesetzes- und völkerrechtswidrige Stationierung der zirka 20 Atombomben, nicht widerstandslos hinzunehmen.

Ihr habt bedeutend daran mitgewirkt, den Atomwaffen-Standort Büchel bundesweit bekannt zu machen. Büchel ist heute zum Symbolort für unseren Kampf für ein atomwaffenfreies Deutschland und eine Welt ohne Atomwaffen geworden!

### **Aachener Friedenspreis**

Für unsere Bücheler Kampagne durfte ich am 01. September 2019 den Aachener Friedenspreis entgegennehmen. Ausgezeichnet wurde auch die besondere Kooperation der unterschiedlichsten Gruppen, die sich unter unserem Aktionskonsens zu vielfältigen Protestformen in Büchel zusammen gefunden haben. Damit ist die DKP Teil des Aachener Friedenspreises 2019!

Ich freue mich mit der ganzen Kampagne auf die weitere Zusammenarbeit während der kommenden 20-wöchigen Aktionspräsenz!

### **2020 ist das Jahr, indem die Widersprüche kaum größer sein können**

Da ist der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und da sind auch die 75. Jahrestage der ersten Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Mit dem Beginn dieser neuen Waffengeneration, stieg und steigt die Gefahr der Vernichtung gerade in Krisenzeiten, wie es auch die Klimakrise darstellt. Nicht umsonst stellten die US WissenschaftlerInnen, denen 17 NobelpreisträgerInnen angehören, den Zeiger der Weltuntergangsuhr (genannt Doomsday Clock)

am 24. Januar 2020 auf 100 Sek. vor 12. So nah vor Zwölf stand sie bisher noch nie in der Geschichte. Atomstaaten stehen sich hochgerüstet gegenüber, anstatt miteinander über neue zukunftsweisende, (ökologische wie faire) Visionen zu diskutieren. Wir brauchen für unsere globale Zukunft diese Kommunikation auf Augenhöhe. Wir brauchen einen globalen Waffenstillstand und auch einen globalen Waffen-Produktionsstillstand!

### **Die Zivilgesellschaft hat mit der Kommunikation bereits begonnen**

Weltweit strebt die Zivilbevölkerung – gemeinsam mit ihren StädtevertreterInnen und mit den Nicht-Atomwaffenstaaten - ein internationales Atomwaffenverbot an. Demgegenüber kämpft unsere derzeitige Regierung für die Aufrechterhaltung der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO.

Gemeinsam mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) haben wir bereits allein in Deutschland über 525 Abgeordnete gewinnen können. Sie erklären, mit ihrer Unterschrift die Befürwortung der Unterzeichnung des Internationalen Atomwaffen Verbotsvertrages durch unsere Regierung.

Auch haben 82 Städte den Städteappell in Deutschland unterschrieben. Die BürgermeisterInnen dieser Städte repräsentieren bereits zirka 30% unserer Gesamtbevölkerung und wollen mit dem Städteappell den Atomwaffen-Verbotsvertrag durch unsere Regierung unterzeichnet und ratifiziert sehen. Mit ICAN Germany will unsere bundesweite Kampagne genügend Abgeordnete für den Atomwaffen-Verbotsvertrag noch vor der kommenden Bundestagswahl im Jahr 2021 gewinnen. Damit dieser hoffentlich bald auch von Deutschland unterzeichnet wird, müssen wir den Druck weiter erhöhen. ICAN rechnet noch in diesem Jahr mit der Ratifizierung des Verbotsvertrages durch 50 Länder, d.h. danach müsste der Verbotsvertrag spätestens im ersten Quartal 2021 in Kraft treten.

Demgegenüber weigert sich unsere Regierung nach wie vor hartnäckig, den Vertrag zu unterzeichnen. Das Verteidigungsministerium will ganz aktuell eine Entscheidung zur Nachfolge für das Kampfflugzeug Tornado erwirken. Die Rede ist hier von mindestens zehn Milliarden Euro für 85 Kampfflugzeuge. Der Tornado ist das einzige Trägersystem für die in Rheinland-Pfalz stationierten Atombomben der nuklearen Teilhabe.

Die Modernisierung des nuklearen Trägersystems zusammen mit der geplanten Stationierung von neuen B61-12 Atombomben in Büchel ist die erste nukleare Aufrüstung in Deutschland seit Ende des Kalten Krieges. Zudem ist sie eine teure und fragwürdige Entscheidung zugunsten des Militärs, anstatt zugunsten der zivilen Friedenssicherung und Konfliktverhandlungen.

### **Atomare EU Militarisierung setzt dem Ganzen die Krone auf**

Pünktlich im Vorfeld zur Münchner Sicherheitskonferenz wurden Stimmen für eine zusätzliche EU Atomkraft laut: Anfang Februar berichteten die Medien über den Vorstoß des französischen Präsidenten Macron: Frankreich als weltweit drittgrößte Atomkraft strebt eine führende Rolle in der Atom-Strategie der EU an, die es mit anderen europäischen Ländern teilen möchte. Hierüber sprach Macron mit seinen EU-BündnispartnerInnen auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

Der CDU-Politiker Johann Wadephul forderte am 3. Febr. 2020 diese Atompartnerschaft mit Frankreich – ich zitiere aus Zeit online - : "Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Frankreich sie unter ein gemeinsames Kommando der EU oder der Nato stellen." Und er sagte weiter: „Die Realität ist, dass wir eine atomare Abschreckung benötigen. Es wäre klug, das auch mit Frankreich zu versuchen“.

Das würde bedeuten, dass Deutschland gemeinsam mit Frankreich der Aufstieg zur **nuklearen** EU-Militärmacht gelingt! Deutschland hätte diese nukleare EU-Militärmacht dann **zusätzlich** zu den Bücheler US-Atombomben der nuklearen Teilhabe der NATO. Bei Letzteren liegt die Befehlshoheit beim US-Präsidenten. Frankreich ist als eigene Atommacht nicht in der nuklearen Planungsgruppe der NATO vertreten. Der französische Präsident Macron hat keinerlei Interesse sein Kommando der NATO zu unterstellen. Er soll Deutschland mehrfach aufgefordert haben, mehr Europa zu wagen und möchte das Kommando für die EU Atommacht unter EU Kommando stellen. Frankreich und Deutschland sind starke Kriegswaffen- Wirtschaftspartner. Gemeinsam haben sie z.B. das Atomwaffenträger-Kampfflugzeug Eurofighter entwickelt.

Für eine zusätzliche nukleare EU Militärmacht bedarf es der Anschaffung eines weiteren Atomwaffen-Kampfflugzeuges. Der F/A-18 Jet aus den USA wird voraussichtlich für die neuen Bücheler B61-12 Atombomben der USA gekauft. Der Eurofighter (EADS: dt./franz.) würde dann mit französischen Atomwaffen unter EU Kommando Atomwaffenträger-Kampfflugzeug.

Der neue Aachener Vertrag, der ein Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland ist, regelt die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Beim zukünftigen Bündnisfall wird dieser Vertrag zur atomaren Gefahr für den europäischen Frieden und die Sicherheit der europäischen Bürger und Bürgerinnen.

Eine zusätzliche nukleare Aufrüstung Deutschlands ist das falsche Signal an die Staatengemeinschaft. Letzte Rüstungskontrollverträge wie INF und START wurden gekündigt bzw. drohen ohne klare Verlängerungsaussichten auszulaufen. Deutschland ist aktuell mehr den je gefragt deeskalierend zu wirken und aktiv abzurüsten, anstatt mit Atomwaffen zu drohen.

Unsere Regierung muss den Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnen!

Wir sagen als Friedensbewegung NEIN zur EU Militärmacht  
und auch NEIN zur EU Atommacht!  
Egal unter wessen Kommando!

**Grußwort von Lena Kreymann, Bundesvorsitzende der SDAJ**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich überbringe euch die herzlichsten Grüße der SDAJ und wünsche euch einen erfolgreichen Parteitag. Ich freue mich sehr, dass ich an diesem Wochenende daran teilhaben darf, wie die Kommunistische Partei dieses Landes darüber diskutiert und darum ringt, wie sie am besten in den Klassenkampf eingreifen kann, wie sie stärker und schlagkräftiger werden kann.

In dieser Partei sammelt sich die Erfahrung der Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte in diesem Land. Und diese Erfahrung ist mindestens genauso notwendig wie Bücherwissen und ergänzt die eigenen Kampferfahrungen. Die Kenntnis der eigenen Bewegung gehört genauso zur politischen Entwicklung wie die Erfahrungen, die wir täglich machen. Dass diese Erfahrungen der Kommunisten und Kommunistinnen in diesem Land, dass dieses Wissen in der DKP zusammenkommt, macht sie zu etwas Außergewöhnlichem – eben zur Kommunistischen Partei in diesem Land.

Das sage ich nicht – oder zumindest nicht nur – weil das das in einem Grußwort ganz gut klingt. Das tut es hoffentlich auch, denn ich bin ehrlich stolz darauf, heute mit euch hier sein zu dürfen. Ich erzähle das aber auch, um zu zeigen was für eine große Verantwortung ihr uns gegenüber habt. Ihr wisst selbst am besten, vor welche riesigen Herausforderungen im Klassenkampf wir stehen und wie klein und schwach wir uns angesichts dieser Herausforderungen fühlen.

Beispielhaft sei hier genannt: die Klimabewegung rund um Fridays for Future. Wohl genauso polarisierend wie präsent und immerhin die größte Jugendbewegung der letzten Jahrzehnte. Als Jugendorganisation ist die SDAJ in dieser Bewegung aktiv. Dabei stellen wir fest: die Bewegung ist nicht homogen, ähnlich wie schon die Bildungsstreiks vor 10 Jahren. Unter anderem deshalb brauchen wir die Unterstützung der DKP: Wir brauchen den Austausch mit euren realen Erfahrungen in der kommunistischen Bündnispolitik innerhalb demokratischer Bewegungen. Wir brauchen euch an unserer Seite, wenn wir innerhalb dieser Bewegung um Inhalte streiten und Bewusstsein schaffen wollen, die sich dazu gegründet hat, die Umsetzung der internationalen Klimaziele einzufordern. Wir müssen uns austauschen, wie wir gegen die Instrumentalisierungsversuche der Herrschenden vorgehen können, die versuchen FFF zum Träger für ihr antisoziales CO2-Bepreisungsprogramm einzuspannen. Wir brauchen euch, um gemeinsam zu überlegen, wie wir diese Jugendbewegung mit Kämpfen in den Betrieben und in der Kommune zusammenführen können, um sie nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Und wir müssen gemeinsam auftreten, wenn es darum geht programmatische Antworten auf die implizit von der Klimabewegung aufgeworfenen Fragen zu finden: demokratische Planung und Nutzung der Produktivkräfte.

In der SDAJ erleben wir oft hautnah, an welchen Stellen es in der DKP Schwierigkeiten gibt. Und trotzdem haben wir auf dem letzten Bundeskongress sehr klar festgehalten, dass unsere gemeinsame Weltanschauung eine politische Einheit mit der DKP schafft und unsere Verbundenheit bestärkt. Warum? Weil wir tagtäglich merken, dass die DKP wichtig ist für unsere

Arbeit in der SDAJ, weil eine starke DKP uns stärkt und eine schwache DKP uns schwächt.

Unser gemeinsamer Kampf ist notwendig, um diesem Imperialismus endlich die Stirn zu bieten. , in Zeiten, in denen wir uns auf eine neue Krise gefasst machen müssen und damit auf neue Abwehrkämpfe, die gerade Jugendliche besonders hart treffen wird, in Zeiten, wo binnen kürzester Zeit Nazis unterschiedlichster couleur Menschen töten, die für sie "anders" und "falsch" sind, in denen als Schuldige aber immer nur Einzeltätern benannt werden, aber niemand über Faschisten und ihre Funktion in diesem System redet, in Zeiten, in denen die Kriegstrommel gegen Russland oder den Iran gerührt wird

Richtig formulierten Liebknecht und Lenin zu Beginn des ersten imperialistischen Weltkrieges in den Ländern der kriegstreibenden Großmächte: Internationalistisch Seite an Seite gegen die jeweils eigene nationale Monopolbourgeoisie! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! – Unser gemeinsamer Kampf gegen Kriegsvorbereitungen ist wichtig und muss intensiviert werden. Wer wenn nicht wir Kommunistinnen und Kommunisten müssen dort die Interessen der deutschen Banken und Konzerne aufzeigen, die sich willfährig vor den Karren des Hauptkriegstreibers USA-NATO spannen lassen, um in dessen Windschatten -und unter dem Deckmantel EU-Europa - um Weltmachtstellung kämpfen.

In diesen Zeiten ist Widerstand bitterer nötig denn je und wird er immer nötiger werden. Dafür braucht es Bündnisarbeit und Vernetzung, aber dafür braucht es vor allem einen klaren Kopf, der die Bewegung orientiert – das kann und muss die kommunistische Partei dieses Landes sein. Und wir als SDAJ wissen, dass wir in diesen Zeiten mit der DKP einen verlässlichen Partner im Kampf an unserer Seite brauchen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für die Zusammenarbeit und Unterstützung, in all ihren Formen. Viele SDAJ-Gruppen versammeln sich in den Büros der DKP und hätten sonst keinen Treffpunkt. In Bündnissen arbeiten wir zusammen und organisieren gemeinsame Aktionen – in der vergangenen Legislaturperiode war das beispielsweise der EU-Wahlkampf oder den Auseinandersetzungen am Uniklinikum Essen, in nächster Zeit ist es hoffentlich der gemeinsame Kampf gegen Defender 2020. Die DKP unterstützt finanziell viele Vorhaben der SDAJ oder ermöglichen so die politische Arbeit einiger Genossinnen und Genossen, die wenig Geld haben. In der Bildungsarbeit sind DKPler Referenten bei SDAJ-Seminaren auf Gruppen-, Landes- und Bundesebene. Wir organisieren gemeinsame Feste lokale Sommerfeste aber auch Pressefest oder das Festival der Jugend. All diese Formen der Zusammenarbeit und Unterstützung sind großartig und notwendig. Ich möchte mich aber auch bedanken für eine deutlich „subtilere“ Form der Zusammenarbeit – nämlich die geteilten Erfahrungen im Klassenkampf, den persönlichen Austausch.

In nur zwei Wochen werden wir als SDAJ unseren Bundeskongress abhalten und unsererseits die Vorhaben für die kommenden zwei Jahre beschließen. In unserer Handlungsorientierung schlagen wir vier Punkte vor: 1. Verstetigung der Arbeit in der Interessenvertretungspolitik, 2. die interessengeleitete Verknüpfung dieser Arbeit mit anderen Politikbereichen, 3. die organisationspolitische Stärkung sowie 4. die Bildungsarbeit.

Was heißt das? In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns verstärkt darum bemüht, uns wieder an Schulen und Betrieben zu verankern. Wir haben uns darum bemüht, kleine, gewinnbare Kämpfe – sei es ums Mensaessen oder um Fahrradständer – anzustoßen. Mit unserer Kampagne „Geld gibt’s genug, Zeit es uns zu holen“ haben wir agitatorisch das Mittel der Kostengegenüberstellungen wieder gesetzt. Während wir im IVP-Bereich dabei sind, eine erste Grundlage zu schaffen, wollen wir dazu übergehen, unsere weiteren Bereiche – etwa Antifaschismus und Antimilitarismus – in unsere Arbeit am Lebensschwerpunkt zu integrieren.

Organisationspolitisch wollen wir neben Wachstum und Mitgliedergewinnung einen Schwerpunkt darauf legen, wie wir Genossinnen und Genossen innerhalb des Verbandes entwickeln können. Bereits seit längerem werten wir aus, dass wir weiter wachsen wollen. Das gilt umso mehr als die Verbandsauseinandersetzung der vorletzten Legislaturperiode uns geschwächt hatte. Vor zwei Jahren hat Jann in diesem Grußwort über die Austritte einer linkssektiererischen Fraktion aus SDAJ und DKP gesprochen. Heute kann ich euch sagen: Wir haben uns als SDAJ stabilisiert. Ich muss aber auch sagen: Nach wie vor haben wir mit den Nachwirkungen der Auseinandersetzung zu kämpfen, es gilt es immer noch, Lücken zu schließen, die damals entstanden sind oder aber die es schon davor gab.

Mit der Bildungsarbeit wollen wir uns unsere Weltanschauung aneignen und uns dazu befähigen, aktuelle Ereignisse einzuschätzen. Damit wollen wir auch Opportunismus vorbeugen – denn gerade die IVP-Arbeit an Schule und Betrieb hält hier viele Fallstricke bereit: Ohne unsere Weltanschauung sind Reformkämpfe ungerichtet, als revolutionärer Jugendverband aber zeichnet uns doch gerade aus, dass wir wissen, dass die Überwindung dieses Systems notwendig, aber auch, dass sie möglich ist, und dass wir eine Analyse haben, wie wir für dieses Ziel unsere alltäglichen Auseinandersetzungen führen müssen.

In den kommenden zwei Jahren wollen wir ein neues Mittel ausprobieren: die Kurzkampagnen. Wir beschließen also nicht – wie auf unseren letzten Kongressen – eine einzige Kampagne mit festgelegtem Thema. Mit den Kurzkampagnen wollen wir alle Gliederungen in einem festgelegten Zeitraum gemeinsam in Aktion bringen und auf aktuelle Geschehnisse reagieren. Sie sind ein notwendiger politischer wie organisationspolitischer Schritt, um an Ausstrahlungskraft zu gewinnen. Die Kurzkampagnen erlauben uns, Themen so aufzugreifen, dass wir sie in unsere kontinuierliche Arbeit einbetten können, indem Kampagnen zu politischen Themen nicht parallel zu unserer IVP-Arbeit laufen, sondern dort direkt ansetzen.

Bei allen diesen Vorhaben weiß ich schon jetzt, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, wie unsere beiden Organisationen zusammenarbeiten können. Lasst uns gemeinsam lernen auf Seminaren in der Bildungsarbeit, gemeinsam kämpfen bei Aktionen der Kurzkampagnen oder – ganz aktuell – gegen die Truppentransporte im Rahmen des Militärmanövers Defender 2020, gemeinsam feiern beim Pressefest oder im nächsten Jahr dem Festival der Jugend. Denn eine starke DKP stärkt die SDAJ, eine starke SDAJ stärkt die DKP und am stärksten sind wir gemeinsam!

**Grußwort von Robert Griffith der Kommunistischen Partei Britanniens**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Grüße vom Exekutivkomitee und den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Britanniens, die sich freuen, jetzt endlich aus der Europäischen Union raus zu sein. Unsere Partei hat die monopolkapitalistische Europäische Union und ihre Vorläufer immer abgelehnt, die alle ihren Ursprung im Kalten Krieg und in dem Streben haben, den Staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westeuropa neu zu organisieren.

Beim Referendum von 2016 haben wir uns gemeinsam mit der Mehrheit der Linken in Britannien dafür eingesetzt, die Europäische Union zu verlassen (denn Europa ist - obwohl die EU-Kommission uns glauben machen will, dass EU und Europa ein und dasselbe sind). Vertut euch nicht, Genossen, das Ergebnis dieses Referendums - zugunsten des „Brexit“ - war eine große Niederlage für die herrschende Klasse Britanniens.

Aber dies wurde noch nicht in einen Sieg für die Arbeiterbewegung verwandelt, wegen der Unklarheiten und Illusionen der Linken über die Europäische Union und des Mangels an Vertrauen in die Fähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, Britannien auf den Weg zum Sozialismus zu führen. Uns stellt sich jetzt die große Frage: 'Was für ein Brexit wird es sein? Ein Brexit der Konzerne, im Interesse der herrschenden Klasse und ihres Kerns, den Finanzkapitalisten in der Londoner City? Oder ein Brexit des Volkes im Interesse der Arbeiterklasse und der Völker Britanniens?

Ich sage „Völker“, im Plural, weil Britannien aus drei Nationen besteht - England, Schottland und Wales - und der kornischen Nation in Cornwall. *I ddangos hwn, cymrodyr, gallwn i draddodi gweddill yr araith hon yn yr iaith Gymraeg.* [Um dies zu demonstrieren, Genossen, könnte ich den Rest dieser Rede in walisischer Sprache halten].

Der Aufstieg der Schottischen Nationalpartei hat die Klassenpolitik in Schottland und im übrigen Britannien zurückgedrängt. Heute verteidigt die Kommunistische Partei das Recht des schottischen Parlaments, ein Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands abzuhalten. Aber anstelle von Nationalismus und Trennung schlagen die Kommunisten von Schottland, England und Wales ein föderales System vor, mit allen Kompetenzen für Schottland, Wales und die Regionen Englands, um die Kontrolle der kapitalistischen Marktkräfte zu kämpfen und ihre Wirtschaft so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und des Volkes im Allgemeinen gerecht wird.

Wir stehen für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Rassismus, Sexismus, den britischen Staatsmonopolistischen Kapitalismus und den britischen Imperialismus. Genossen, in diesem Jahr des 100. Geburtstags der Kommunistischen Partei Britanniens stehen wir für die Macht im Staat für die Arbeiterklasse, für den Marxismus-Leninismus, den Sozialismus und den Kommunismus.

Hoch die Kommunistische Partei Britanniens!

Hoch die Deutsche Kommunistische Partei!

Hoch die internationale kommunistische Bewegung!



**Grußwort von Hans Bauer, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das OKV übermittelt dem 23. Parteitag der DKP solidarische Kampfesgrüße.

Dem Netzwerk des OKV gehören mehr als 15 000 Mitglieder aus 27 Vereinen und Initiativen aus Ost- und Westdeutschland an. Uns eint das Bestreben, in einem friedlichen, sozialen und gerechten Deutschland zu leben, in dem die Würde des Menschen tatsächlich unantastbar ist. Gegenstand unseres Kampfes sind die reaktionären Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik nach dem Anschluss der DDR an die alte BRD und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Das sind insbesondere

- die zunehmende Militarisierung, wie Aufrüstung, Waffenexporte, Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr,
- die wachsende Rechtsentwicklung,
- Demokratieabbau und
- die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die von den Herrschenden der BRD verordnete antikommunistische Geschichtsfälschung, die sich vor allem in sogenannten Denk- und Erinnerungsorten manifestiert.

Die Mitglieder des OKV verurteilen Hetze, Sanktionen und Feindschaft gegen Russland und China. Beide Staaten bilden ein wirksames Gegengewicht zur aggressiven Politik der NATO, einschließlich der BRD.

Angesichts seiner Geschichte trägt Deutschland besondere Verantwortung für friedliche und gutnachbarschaftliche Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten.

Liebe GenossInnen,

für uns ist die DKP ein wichtiger Partner in der heutigen Auseinandersetzung um eine andere Gesellschaft. Wir begrüßen die gewachsene Zusammenarbeit, die sich seit dem zurückliegenden Parteitag zwischen OKV und DKP entwickelt hat. Dabei danken wir Euch für die spürbare Solidarität mit der Bevölkerung Ostdeutschlands, das nach 30 Jahren Anschluss wie eine Kolonie behandelt und verwaltet wird. Der Osten ist zum Experimentierfeld imperialistischer Politik für ganz Deutschland geworden.

Genossinnen und Genossen,

in diesen Wochen und Monaten wird mit dem Manöver "Defender 2020" Deutschland zur Drehscheibe für den Aufmarsch gegen und die weitere Umzingelung von Russland. Das provoziert die unmittelbare Gefahr neuer militärischer Konflikte. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer. Gerade im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus stehen wir in der historischen Verantwortung getreu dem Schwur von Buchenwald "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg". Lasst uns in diesem Sinne an

einem starken antifaschistischen Friedensbündnis mitwirken und zusammenwirken.

Euerm Parteitag wünschen wir einen erfolgreichen Verlauf sowie Beschlüsse, die sich durch revolutionäre Klarheit auszeichnen, Eure Geschlossenheit festigen und die Partei stärken.

Dr. Matthias Werner  
Präsident

Joachim Bonatz  
Vizepräsident

Hans Bauer  
Vizepräsident

**Grußwort von Zisis Lymperidis, KKE**

Vorgetragen von Gen. Zisis Lymperidis, Mitglied des Sekretariats des ZK der KKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir übermitteln euch, den Mitgliedern und Funktionären der DKP, den Genossinnen und Genossen der SDAJ, die herzlichen Grüße der Kommunistischen Partei Griechenlands, und wünschen eurem Parteitag einen erfolgreichen Ablauf.

Die Beziehungen zwischen der DKP und der KKE bauen sich im Verlauf vieler Jahrzehnte auf, und es gibt Potential, ein noch höheres Niveau zu erreichen.

Die griechischen Kommunistinnen und Kommunisten, die griechischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind eine Brücke für unsere Hauptaufgabe, die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterbewegung.

Durch gemeinsame Aktivitäten mit den Parteiorganisationen der DKP über die Probleme der Migrantinnen und Migranten, und der Arbeiterklasse insgesamt, stellen Parteiorganisationen der KKE in Deutschland auf den Prüfstein, wie unsere Partei die internationale Solidarität und die Beziehungen zwischen unseren Parteien versteht.

Beispiele dieses Herangehens aus letzter Zeit wären zu nennen: der gemeinsame erfolgreiche Block der KKE mit Kräften der DKP, der SDAJ und der KP der Türkei bei der Anti-Siko-Demo in München vor 2 Wochen, aber auch die erfolgte Teilnahme von Mitgliedern unserer Partei bei der Sanierung der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen, die bis zum Abschluss der Arbeiten mit Elan fortgesetzt wird.

Wir wollen unseren gemeinsamen Kampf verstärken: für die internationalistische Solidarität, gegen die imperialistischen Kriege, die US-amerikanischen Stützpunkte, die NATO und die EU, gegen den Rassismus, den Faschismus, die der Kapitalismus hervorbringt. Wir wollen unseren Kampf gegen den Antikommunismus und die Verleumdung des Sozialismus fortführen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die bürgerlichen Stabsstellen zeigen sich besorgt über das schwächelnde Wirtschaftswachstum, über seine Verlangsamung und den möglichen Ausbruch einer neuen kapitalistischen Krise.

Die Pläne für die sogenannte grüne und digitale Wirtschaft um dem kapitalistischen Wachstum neue Impulse zu geben, kommen den europäischen Monopolen zu Gute und sind Mittel zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital.

Die Entwicklungen bereiten uns große Sorgen: Die Planungen der USA, der NATO und der EU bergen große Gefahren. Die Kriege in Syrien und Libyen gehen weiter, die Spannungsherde im Mittleren Osten, im Persischen Golf und darüber hinaus werden noch gefährlicher, NATO-Streitkräfte werden nach Zentral- und Osteuropa verlegt, um Russland einzukreisen.

Die Konfrontationsfelder der Monopole um die 5G-Netze, die Energie, um Erdgas und Pipelines, um die militärische Aufrüstung werden immer mehr. Die Konkurrenzkämpfe zwischen den USA, der NATO, der EU, China und Russland, zugunsten der Interessen der eigenen Monopole verschärfen sich.

Die Gefahr des Ausbruchs weit umspannender Kriegskonflikte wird immer größer. Es erweist sich immer wieder, dass die kapitalistische Barbarei Kriege, Armut, Arbeitslosigkeit und Vertreibung erzeugt. Es erweist sich in der Praxis auch, wie notwendig und aktuell der Sozialismus ist. Das ist die Richtschnur des Kampfes der kommunistischen Parteien.

Eine Aufgabe hoher Priorität in diesem Zusammenhang ist die ideologisch-politische Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien jeden Couleurs, mit der Sozialdemokratie und dem Opportunismus, der Europäischen Linkspartei, der Partei Die Linke in Deutschland und SYRIZA in Griechenland. Es sind Kräfte, die die arbeitenden Menschen in die Zielsetzungen des Kapitals und des Systems eingliedern.

Gestattet uns herauszustellen, dass die Stärkung der KP in jedem Land, die Festigung ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse und die Anpassung der Strategie an den Anforderungen des Klassenkampfes den Interessen der Arbeiterklasse und unserer Völker dient, und einen Beitrag zum revolutionären Wiederaufbau der internationalen kommunistischen Bewegung leistet.

In Griechenland setzt die Regierung der Nea Dimokratia die volksfeindliche Politik der SYRIZA-Regierung fort, die den Monopolen gedient hat und das Land noch tiefer in die Planungen der EU, der USA und der NATO verwickelte. Es erweist sich, dass keine Partei des Kapitals volksfreundliche Maßnahmen ergreifen kann, dass die sogenannten „linken Regierungen“, die den Kapitalismus verwalten, gegen die Interessen der arbeitenden Menschen gerichtet werden.

Die KKE steht in der ersten Reihe der Kämpfe um die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes, sie enthüllt den Klassencharakter des kapitalistischen Wachstums, sie kämpft gegen das Abkommen Griechenlands mit den USA über die Militärstützpunkte und die Beteiligung an Auslandseinsätzen, für die Abkopplung des Landes von den imperialistischen Kriegen und Interventionen, für die Loslösung von der NATO und der EU mit dem Volk an der Macht.

Genossinnen und Genossen!

Unser Rüstzeug ist unsere Strategie, der Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für den Sozialismus. Wesentliche Werkzeuge bei diesem Bestreben ist die Wiederformierung der Arbeiterbewegung, die Stärkung der klassenbewussten Bewegung, der Kämpferischen Arbeiterfront, der PAME, und der Aufbau des gesellschaftlichen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse, den kleinen und mittleren Bauern, den Selbständigen der Städte, unter Beteiligung der Frauen und der Jugend aus den Volksschichten.

Das gesellschaftliche Bündnis kämpft tagtäglich um jedes Problem in antimonopolistische – antikapitalistische Richtung. Es wird sich vorbereiten und in Bedingungen einer revolutionären Situation wird es zur Kraft des Sturzes des Kapitalismus, für die Arbeitermacht, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Zentralplanung, sprich für den Sozialismus-Kommunismus, die Zukunft der Menschheit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir danken euch herzlich für die Einladung und wünschen nochmal eurem Parteitag viel Erfolg!

Wir können die Widrigkeiten überwinden und nach vorne schreiten, mit unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung, mit Kraft und Zuversicht für die gerechte Sache der Arbeiterklasse.

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

## **Grußworte – weitere**

### ***Grußwort der VVN-BdA***

Liebe Freundinnen und Freunde der DKP,

vielen Dank für die Einladung zu Eurem Parteitag, die uns auf mehreren Wegen gleichzeitig erreicht hat. Sehr gern hätten wir persönlich ein Grußwort überbracht.

Leider fällt Euer Parteitag in die Phase, in der im Vorfeld unseres Bundeskongresses die Delegiertenkonferenzen unserer Landesvereinigungen stattfinden, so u. a. in Hessen und NRW. Wie Ihr wisst, sind wir durch den Entzug der Gemeinnützigkeit in einer schwierigen Situation, in der erheblicher Diskussionsbedarf besteht, zu dem die Bundessprecher\*innen und Vorsitzenden gefragt sind. Dabei geht es sowohl um die Frage, wie wir diesen Angriff abwehren können und welche Anforderungen für die Zukunft damit verbunden sind, als auch um die politische Einordnung.

Wir stellen fest, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die NPD nicht zu verbieten, obwohl sie in der Nachfolge der NSPAP stehe, zu einer Vervielfältigung offen faschistischer Propaganda geführt hat. Mit der AfD sitzt eine faschistische Partei in allen Parlamenten und beschäftigt Mitarbeiter, die beste Beziehungen in alle Teile der extremen Rechten erkennen lassen, die durch diese Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Die jüngsten Ereignisse in Thüringen haben auch deutlich gezeigt, dass die "bürgerliche Mitte" durchaus bereit ist, mit der AfD zu kooperieren und sie ggf. auch an der Macht zu beteiligen. Trotz des Aufschreis, der darauf in Politik und Medien zu erleben war: die AfD ist auf dem Weg zur "Normalisierung" und mit ihr alles, wofür sie steht: völkischer Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, antidemokratische und -emanzipatorische sowie autoritäre Konzepte von Staat und Gesellschaft ...

Wenn Proteste gegen die AfD kriminalisiert und als verfassungsfeindlicher Verstoß gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit diskreditiert werden, wenn der Bezug auf den Schwur von Buchenwald vom Inlandsgeheimdienst als Merkmal von "Linksextremisten" ausgemacht wird, wenn Antifaschismus nicht mehr gemeinnützig sein kann, dann sind das deutliche Belege dafür, dass wir mitten in einer zentralen Auseinandersetzung um die Zukunft sind: gelingt es uns, Antifaschismus als wesentliche Orientierung für Politik und Gesellschaft zu verankern, oder wird Faschismus gesellschaftsfähig?

Liebe Freundinnen und Freunde, wir alle haben nur eine Chance, diese Auseinandersetzung zu gewinnen, wenn wir mit aller Kraft gegen Faschisten und Steigbügelhalter zusammenstehen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sie nicht durchkommen!

In diesem Sinne wünschen wir Euch eine konstruktive und erfolgreiche Konferenz.

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Dr. Axel Holz, Cornelia Kerth

Bundsvorsitzende

## **Grußwort der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung GRH**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zu Euerem 23. Parteitag grüßen wir Euch ganz herzlich. Wir übermitteln Euch Kampfesgrüße in dem Wissen, dass DKP und GRH eng verbunden sind. Seit Jahren verbindet uns der gemeinsame Kampf gegen Kriegspolitik nach innen und nach außen. Gemeinsame Erklärungen, Veranstaltungen und Aktionen bekunden dies auch öffentlich. Das Grundanliegen der GRH, **Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit**, stimmt mit den Forderungen der DKP überein.

Gemeinsam unterstützen wir die Bewegung "**Abrüsten statt aufrüsten**". Dies äußert sich gegenwärtig vor allem im Widerstand gegen das NATO-Manöver "Defender 2020". Wir sind überzeugt, dass sich der Parteitag in diesem Sinne besonders gegen die Einkreisung Russlands durch NATO-Truppen positionieren wird. Die Aufhebung aller Sanktionen und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu Russland sind als geschichtliche Lehren ein Gebot der Vernunft. Und dies besonders im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus. **Historische Wahrheit** ist Voraussetzung zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Heute ist Antikommunismus verordnete Staatspolitik. Geschichtslügen über den sozialistischen Friedensstaat DDR sollen den Sozialismus für immer als inhuman diskreditieren. Dagegen setzen DKP und GRH die Erfahrungen von Millionen.

Die **Diskriminierung Ostdeutscher**, insbesondere ehemaliger verdienstvoller Verantwortungsträger, gehört seit Jahrzehnten zum Arsenal der Herrschenden und ihrer Gefolgschaft, einschließlich der meisten Medien. Willkürliche soziale Benachteiligungen sollen die Strafe für die Verbundenheit mit der DDR sein. Wir schätzen Eure Solidarität in diesen Auseinandersetzungen.

Wir sind sicher, dass Euer Parteitag den konsequenten Kurs antiimperialistischer und antifaschistischer Politik fortsetzen wird und wünschen der DKP bei der Festigung marxistisch-leninistischer Positionen viel Erfolg.

In Verbundenheit

Hans Bauer

Vorsitzender

## ***Grußwort des Bundesausschusses Friedensratschlag***

Liebe Freundinnen und Freunde,

namens des Bundesausschusses Friedensratschlag überbringe ich euch für euren Parteitag herzliche Grüße, indem ich auf Gemeinsamkeiten unserer Arbeit verweisen möchte. Wir wissen, dass die DKP ebenso wie der Bundesausschuss Friedensratschlag ein besonderes Augenmerk auf die Bündnisarbeit mit den Gewerkschaften hat.

Dazu gehört von unserer Seite aus die personelle Einbeziehung in den jährlichen Friedensratschlag in Kassel. Heute können wir Fortschritte vermelden, die sich aus unseren gemeinsamen Anstrengungen der letzten Jahre ergeben haben.

Die jüngste Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes zu dem Großmanöver DEFENDER 2020 lässt an Klarheit nicht zu wünschen übrig. Dieses schlägt sich auch nieder in der friedenspolitischen Arbeit innerhalb der größten Einzelgewerkschaften. Wir wissen, dass die DKP der friedenspolitischen Arbeit einen hohen Stellenwert beimisst, was sich vor allem bei dem Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ gezeigt hat. Mit eurem Engagement im Sammeln von weit über 30.000 Unterschriften über die persönliche Ansprache von Menschen auf der Straße habt ihr dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Wir wissen auch, dass mit der DKP eine wichtige Stütze vorhanden ist, um im Kampf gegen eskalierende Kriegspropaganda und Geschichtsrevisionismus aufklärerisch aufzutreten. Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt entschieden alle Aktivitäten in einem schwieriger werdenden Umfeld zugunsten von Kooperation und freundschaftliche Beziehungen zu Russland statt der transatlantischen Konfrontationspolitik. Wir werden auch bei dem diesjährigen UZ-Pressfest wieder als friedenspolitischer Ansprechpartner präsent sein. In diesem Sinne wünschen wir eurem Parteitag einen guten Erfolg.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag Karl-Heinz Peil

## Grußworte international

Zudem erreichten den Parteitag schriftliche Grußbotschaften von folgenden Schwesterparteien:

- KSCM (Tschechien)
- Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens
- Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik
- Kommunistische Partei in Dänemark
- Kommunistische Partei der USA
- Kommunistische Partei Finnlands
- Kommunisten Serbiens
- Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens
- Kommunistische Partei Australiens
- Kommunistische Partei Vietnams
- Kommunisten Kataloniens
- Partei der Arbeit Belgiens
- Kommunistische Partei Spaniens
- Kommunistische Partei Maltas
- Ungarische Arbeiterparteien
- Peruanische Kommunistische Partei
- Union des Galizischen Volkes
- Arbeiterpartei Irlands
- Philippinische Kommunistische Partei
- Kommunistische Partei Polens
- Partei der Arbeit Österreichs
- AKEL (Zypern)
- Kommunistische Partei Irlands
- Kommunistische Partei der Völker Spaniens
- Demokratische Partei zur Befreiung Palästinas
- Kommunistische Partei der Russischen Föderation
- Tudeh Partei (Iran)
- Laotische Revolutionäre Volkspartei



- Kommunistische Partei Luxemburgs
- Kommunistische Partei Mexikos
- Kommunistische Partei Venezuelas
- Kommunistische Partei der Türkei
- Neue Kommunistische Partei Aotearoas
- Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens

## Wahlen

### **Wahlordnung**

1. Der Parteitag der DKP wählt in geheimer und getrennter Wahl • den/die Vorsitzende/n • die/den stellvertretende/n Vorsitzende/n oder die Sprecherinnen und Sprecher • die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes • die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission • die Mitglieder der Zentralen Schiedskommission
2. Alle Mitglieder der DKP können für den Parteivorstand, die Revisions- und Schiedskommission kandidieren. Vorschlagsrecht haben alle Organisationsgliederungen (Gruppen, Kreise, Landes- bzw. Bezirksorganisationen) der DKP, der Parteivorstand und die Delegierten. Die Vorschläge sind schriftlich bei der Wahlkommission einzureichen.
3. Wahlberechtigt sind alle anwesenden ordentlichen Delegierten.
4. Die Wahlen des 23. Parteitages und die Bekanntgabe der Wahlergebnisse finden in mitgliederöffentlicher Sitzung statt.
5. Laut Statut der DKP, Artikel 13, sollen in allen gewählten Organen 50 Prozent Genossinnen vertreten sein, mindestens jedoch so viel wie der prozentuale Anteil an der Mitgliedschaft des jeweiligen Bereiches beträgt. Sollte die Mindestquotierung (37 Prozent) nicht einzuhalten sein, muss der Parteitag für die vorzunehmende Wahl mit Zweidrittelmehrheit der Delegierten des Parteitages die Aufhebung der Quotierung beschließen.
6. Die Wahl wird von der Wahlkommission geleitet. Zur Durchführung der Wahl kann die Wahlkommission HelferInnen bestimmen.
7. Die Aufstellung der KandidatInnen erfolgt auf dem Parteitag, und zwar für jeden Wahlgang gesondert. Nach der Aufstellung der KandidatInnen wird die jeweilige Liste geschlossen. Die aufgestellten KandidatInnen müssen mit ihrer Kandidatur einverstanden sein. Bei nicht anwesenden GenossInnen muss eine Einverständniserklärung vorliegen.
8. Nach Aufstellung der KandidatInnen beschließt der Parteitag in offener Abstimmung die Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden bzw. Sprecherinnen und Sprecher, die Anzahl der Parteivorstandsmitglieder sowie über die Anzahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission.
9. Vorgeschlagene KandidatInnen können nur mit ihrer Zustimmung auf die Vorschlagsliste gesetzt werden. Die Erstellung des Stimmzettels erfolgt in alphabetischer Reihenfolge, getrennt nach Genossinnen und Genossen. Vorgeschlagene KandidatInnen stellen sich im Rahmen der Personaldebatte vor.
10. Die Wahlen werden quotiert durchgeführt. Nicht quotiert werden die Wahlen der/des Vorsitzenden sowie der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. der Sprecherinnen und Sprecher.
  - a) Wenn die Zahl der KandidatInnen mit der Zahl der zu wählenden GenossInnen übereinstimmt, ist wie folgt zu verfahren: Zustimmung = X in den Kasten „Ja-Stimme“ Zustimmung zur Gesamtliste = X in den Kasten „Ja zur Gesamtliste“ (Hinweis: bei dieser Variante macht jedes weitere Kreuz den

Stimmzettel ungültig)

Gewählt sind KandidatInnen, sofern sie mehr als 50% der abgegebenen und gültigen Stimmen erhalten.

b) Wenn die Zahl der KandidatInnen die Zahl der zu vergebenden Mandate übersteigt, können auf einem Stimmzettel Ja-Stimmen höchstens in der beschlossenen Gremiengröße vergeben werden. Werden den auf einem Stimmzettel mehr Ja-Stimmen vergeben, als Mandate zu vergeben sind, so ist dieser ungültig. Gewählt sind die KandidatInnen mit den meisten Ja-Stimmen. Führt eine Gleichheit an Ja-Stimmen dazu, dass über die Gremiengröße hinaus besetzt werden müsste, wird mit einer Stichwahl über den Platz entschieden (Mehrfachbesetzung der letzten zu vergebenden Mandate). Unabhängig davon muss der Anteil von Genossinnen 37 Prozent der gewählten KandidatInnen erreichen. Darüber hinaus entscheidet über die weitere Zusammensetzung die Stimmenzahl unabhängig vom Geschlecht.

11. Nach der Auszählung der Stimmen wird das Ergebnis durch die Wahlkommission unmittelbar nach jedem Wahlgang bekannt gegeben.

12. Über das Wahlergebnis wird von der Wahlkommission ein Protokoll geführt.

### **13.**

#### **Wahlergebnisse**

Mit der Wahlordnung wurde festgelegt, dass nur die Abgabe von Ja-Stimmen möglich ist. Entsprechend führen wir hier die Wahlergebnisse auf, benennen die Ja-Stimmen und teilen mit, welche Wahlzettel ungültig waren. In keinem Wahlgang gab es über den jeweiligen Vorschlag des Parteivorstandes hinaus weitere Personalvorschläge. Für den Wahlgang "Stellvertretende/r Vorsitzende/r" wurde festgelegt, dass nur ein/e VertreterIn gewählt wird.

Alle aufgestellten KandidatInnen wurden gewählt. Alle nahmen die Wahl an.

#### **Gewählt wurden:**

##### **Vorsitzender der DKP**

Patrik K	167	203 (1)
----------	-----	---------

##### **Stellvertretende Vorsitzende**

Wera R	182	203 (1)
--------	-----	---------

##### **Weitere Mitglieder des Parteivorstandes**

###### **Frauen**

Mechthild B-W	182	204 (0)
Melina D	177	204 (0)
Marion K	188	204 (0)
Renate K	170	204 (0)

Kornelia L	169	204 (0)
Birgit L	175	204 (0)
Monika M-S	180	204 (0)
Silvia R	175	204 (0)
Tina S	177	204 (0)
Walpurga S	176	204 (0)
Petra W	175	204 (0)

**Männer**

August B	179	204 (0)
Jürgen B	184	204 (0)
Uwe F	142	204 (0)
Lothar G	142	204 (0)
Michael G	179	204 (0)
Olaf H	169	204 (0)
Richard H	176	204 (0)
Toni K-T	151	204 (0)
Axel K	173	204 (0)
Klaus L	177	204 (0)
Peter L	167	204 (0)
Thorsten L	167	204 (0)
Nils P	173	204 (0)
Rainer P	178	204 (0)
Jan S	177	204 (0)
Arnold S	180	204 (0)
Sebastian S	176	204 (0)
Peter W	175	204 (0)

**Zentrale Revisionskommission**

Gunhild H	196	202 (0)
Christiane S	197	202 (0)
Reiner K	198	202 (0)
Ralf M	193	202 (0)

**Zentrale Schiedskommission**

Anna C	187	199 (0)
Thea H	185	199 (0)
Irène L	191	199 (0)
Helmut D	187	199 (0)
Tim E	190	199 (0)
Uve M	192	199 (0)
Bernd W	195	199 (0)

## Kongressformalitäten

### ***Mandatsprüfungsbericht***

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich erstatte den Mandatsprüfungsbericht, den die Mandatsprüfungskommission erstellt hat. Vorab möchte ich den Genossinnen und Genossen der Kommission, den Helfern der Kommission und dem Orgbüro des Parteitages für Ihre hervorragende und kollektive Arbeit und ihre Hilfe danken. Ohne sie könnte ich hier nicht stehen und diesen Bericht vortragen.

Zum Parteitag wurden in den Bezirken, Kreisen und Gruppen unserer Partei insgesamt 219 Genossinnen und Genossen als Delegierte gewählt. Von diesen gewählten Delegierten sind bis heute morgen 10:00 Uhr 206 Delegierte anwesend. Das sind 94 %. Damit, ich stelle es noch einmal fest, ist der Parteitag beschlussfähig. Zum Teil werden ordentliche Delegierte, die wider Erwarten nicht an unserem Parteitag teilnehmen können, durch gewählte Ersatzdelegierte vertreten.

Die Auswertung hat ergeben:

64 Delegierte sind weiblich,

141 Delegierte sind männlich.

Damit beträgt der Anteil der Genossinnen 31,2 Prozent, was etwas unterhalb des Durchschnittes der Gesamtpartei liegt.

Zur demographischen Zusammensetzung des Parteitages:

Das Durchschnittsalter der Delegierten beträgt 54 Jahre und liegt damit unterhalb des Durchschnittsalters der Gesamtpartei.

21 Delegierte sind bis 30 Jahre alt.

35 Delegierte sind zwischen 31 und bis 50 Jahre alt.

92 Delegierte sind zwischen 51 und bis 70 Jahre alt und

23 Delegierte sind über 70 Jahre alt.

Die älteste Delegierte ist 88 Jahre alt. Das ist die Genossin Christine.

Die jüngsten Delegierten sind 20 Jahre alt. Das sind die Genossinnen Olivia und Freya.

Zur sozialen Zusammensetzung des Parteitages:

104 Delegierte sind lohnabhängig beschäftigt. Davon ist der überwiegende Teil Angestellte.

11 Delegierte sind Studierende.

14 Delegierte sind Selbstständig.

60 Delegierte sind Rentner/innen

Von den Delegierten gehören 30 Delegierte der IGM an, 112 Delegierte sind Verdi-Mitglieder, 7 Delegierte gehören der IG BAU an, 3 Delegierte der IG BCE, 9 Delegierte der NGG, 17 Delegierte sind Mitglieder der GEW und 1 Delegierter ist Mitglieder der EVG. Damit sind 178. Delegierte gewerkschaftlich organisiert, was 86,8% Prozent entspricht.

Leider ist auf Grund der mangelnden Datenbasis keine sinnvolle Aussage zu den Branchenzugehörigkeiten zu treffen.

49 Delegierte sind von Ihren Kolleginnen und Kollegen in gewerkschaftliche und 29 Delegierte in betriebliche Funktionen gewählt worden. Das entspricht zusammen 38 Prozent der Delegierten.

Der überwiegende Teil der Delegierten sind Mitglieder der verschiedensten Massenorganisationen. Davon sind 76 Delegierte in der VVN/BdA, 30 Delegierte in der Roten Hilfe, 17 in Antifagruppen, 17 in Sozialorganisationen, 29 in Friedensinitiativen, 10 in Sportvereinen und 10 bei den Freidenkern.

114 Delegierte sind oder waren Mitglieder der SDAJ. Einige haben ihre frühere MSB Mitgliedschaft erwähnt.

9 Delegierte nehmen parlamentarische Mandate wahr.

Ein paar Angaben zur Parteizugehörigkeit:

46 Delegierte sind in der Zeit zwischen 1968 und 1978 Mitglieder unserer Partei geworden. Das sind 22,4 Prozent.

16 Delegierte sind in der Zeit zwischen 1979 und 1990 Mitglieder unserer Partei geworden. Das sind 7,8 Prozent.

47 Delegierte sind in der Zeit zwischen 1991 und 2010 Mitglieder unserer Partei geworden. Das sind 22,9 Prozent.

Und 69 Delegierte gehören unserer Partei erst seit 2011 an. Das sind 33,7 Prozent.

Damit sind 116 Delegierte erst nach der Zerschlagung des real existierenden Sozialismus in Europa Mitglieder unserer Partei geworden und verfügen damit nicht mehr über die Erfahrung einer relativ starken DKP mit dem Ansatz von Masseneinfluss in vielen politischen Bereichen unseres Landes, vor allem aber in der Arbeiterbewegung, d.h. in Betrieb und Gewerkschaft und in der Friedensbewegung.

Wir, die wir diese Dinge noch persönlich erlebt haben, haben eine Verpflichtung dieses Erlebte den Genossinnen und Genossen, die nach 1990 zur Partei gekommen sind, so lebendig wie möglich zu vermitteln, ohne dabei in nostalgische Tagträumerei zu verfallen.

Aber es gibt auch 8 Delegierte hier auf diesem Parteitag, die unserer Partei noch während der Illegalität 1956 bis 1968 beigetreten sind.

1 Delegierte war vor 1956 sogar noch Mitglieder der KPD.

Von den Delegierten haben 176 eine Parteifunktion auf den unterschiedlichen Ebenen. Das heißt, dass 82 Prozent der Delegierten unmittelbare Verantwortung in den verschiedenen Leitungsorganen unserer Partei ausüben. Dabei sind alle Ebenen gleichmäßig gut vertreten.

198 Delegierte und damit 96,6 Prozent sind Mitglied einer Wohngebietsgruppe. Lediglich 7 Delegierte gehören einer Betriebsgruppe, bzw. Sammelbetriebsgruppe an.

Wir hoffen, dass die zunehmende Fokussierung unserer Partei auf die Arbeiterklasse dieses Landes dazu führen wird, hier zukünftig auch wieder eine namhafte Zahl von Genossinnen und Genossen als Delegierte zu begrüßen, die aus Betriebsgruppen kommen.

182 Delegierte haben die UZ abonniert oder sind Mitleser der UZ. 141 Delegierte haben die Marxistischen Blätter abonniert oder sind Mitleser. In beiden Bereichen gibt es offensichtlich noch Reserven.

Abschließend noch eine Bemerkung zum Parteibeitrag der Genossinnen und Genossen, die als Delegierte gewählt wurden.

Der Durchschnittsbeitrag der Delegierten beträgt 28,90 €. Von den Delegierten sind 183 Genossinnen und Genossen mit dem Beitrag auf Stand, das heißt, sie haben bis Februar 2020 Ihren Beitrag bezahlt.

## ***Geschäftsordnung***

1. Stimmberechtigt sind alle statutengemäß gewählten ordentlichen Delegierten.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller gewählten Delegierten anwesend ist und an der Abstimmung teilnimmt.
3. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse zur Veränderung des Statuts bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der Delegierten des Parteitages.
4. Rederecht haben die Delegierten. Die Redezeit beträgt 8 Minuten. In der Antragsdiskussion und beim Tagesordnungspunkt Wahlen wird die Redezeit auf 3 Minuten beschränkt.
5. Genossinnen und Genossen, die gegenüber dem Parteitag rechenschaftspflichtig sind, haben Rederecht. Sie haben kein Antrags- oder Stimmrecht.
6. Wortmeldungen werden nach dem Referat durch das Abgeben der Wortmeldungszettel bei der Parteitagsleitung angemeldet. Die Parteitagsleitung strukturiert die Folge der Redebeiträge

und ruft entsprechend quotiert die RednerInnen an die Mikrofone. ErstrednerInnen kommen vor ZweitrednerInnen. RednerInnen nennen zuerst ihren Namen und ihre Grund- und Bezirksorganisation.

7. Die Parteitagsleitung kann Gästen das Wort erteilen.
8. Die Konferenzleitung kann außerhalb der Reihenfolge der RednerInnen das Wort ergreifen.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten gestellt und begründet werden, die nicht bereits zur Sache gesprochen haben. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Redeliste erteilt. Die Redezeit wird dafür auf 3 Minuten begrenzt. Es erhält einE RednerIn das Wort gegen den gestellten Antrag. Nach der Gegenrede erfolgt die direkte Abstimmung über den gestellten Antrag.
10. In der Antragsdebatte erhält zuerst die Antragskommission das Wort, um ihre Empfehlung zu begründen. Danach gibt es eine Für- und eine Gegenrede, wovon eine der Antragsteller halten kann. Von allen Delegierten kann eine zeitlich begrenzte Aussprache für einen Antrag oder für einen Block von Anträgen beantragt werden. Änderungen am Antragstext, die durch die Diskussion vor Ort entstehen, kann durch die Antragskommission aufgenommen werden. Nach Ende der Debatte kann die Antragskommission erneut das Wort ergreifen.
11. In der Beschlussfassung über die Anträge wird zuerst über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt. Bei der Beschlussfassung stehen zunächst die einzelnen Änderungsanträge, dann der gesamte (Leit-)Antrag zur Abstimmung.
12. Initiativanträge sind ausschließlich solche Anträge, die vom Antragsgegenstand her nicht zum regulären Antragsschluss gestellt werden konnten. Initiativanträge können nur zur Beratung kommen, wenn sie der Konferenzleitung des Parteitages schriftlich vorgelegt werden und von mindestens 15 Delegierten unterschrieben sind. Dies gilt auch für Abänderungsanträge, die sich auf die Empfehlung der Antragskommission beziehen. Antragsschluss für Abänderungsanträge, die sich auf Empfehlungen der Antragskommissionen beziehen, ist Samstag, 29. Februar, 10:00Uhr, Antragsschluss für Initiativanträge ist Samstag, 29. Februar 2020, 11:00 Uhr.
13. Die Parteitagsleitung benennt eine/n Schriftführer/in.
14. Die Wahlen werden durch die Wahlordnung geregelt.



**Niederschrift****23. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei  
28. Februar bis 1. März 2020 in Frankfurt/Main****Niederschrift****1. Eröffnung und Begrüßung**

- ❖ Eröffnung des Parteitags am 28. Februar 2020 um 15 Uhr durch Axel K., Vorsitzender des Bezirks Hessen
- ❖ Begrüßung der Delegierten und Gäste durch Wera R. und Günter P.
- ❖ Totenehrung durch Hans Peter B.
- ❖ Klärung zweier strittiger Mandate. Es wird von Patrik K. dargestellt, warum Jens W. und Mario B. M. zurecht nicht Delegierte dieses Parteitags sind. Hiergegen erhebt sich kein Einspruch.

**2. Konstituierung**

Den Delegierten liegen die Personalvorschläge für die Antragsgremien schriftlich vor.

- ❖ Die Wahl der Parteitagsleitung wird geleitet von Wera R..

Es werden gewählt:

Patrik K. (Leiter)

Barbara M.

Günter P.

Ursula V.

Petra W.

Peter W.

- ❖ Zur vorgelegten Geschäftsordnung ((Arbeitsheft 1) beantragt das Sekretariat des PV, unter Punkt 12 den Antragsschluss für Initiativanträge zu den Empfehlungen der Antragskommission von Samstag, 29.2.2020 11 Uhr um eine Stunde auf 10 Uhr vorzuverlegen, um der Antragskommission Zeit zur Bearbeitung zu geben.

Abstimmung: angenommen.

Abstimmung über die **Geschäftsordnung** als Ganzes: angenommen.

Die gewählten Mitglieder der Parteitagsleitung übernehmen nun die Leitung des Parteitags.

- ❖ Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan:

Der PV beantragt die Verlängerung der Redezeit für das Referat des Vorsitzenden um eine halbe Stunde, somit die Dauer des Referats von 15:30 bis 17:00 Uhr.

Abstimmung: angenommen.

Die Delegierten des 23. Parteitags der DKP haben somit folgende **Tagesordnung** beschlossen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
  - Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

- Wahl der Parteitagsleitung
  - Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan
  - Beschlussfassung über die Arbeitsgremien des Parteitages
  - Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - Bestätigung der Antragskommission
  - Wahl der Wahlkommission
3. Referat an den Parteitag
- Referent: Patrik K., Vorsitzender der DKP
4. Diskussion zu Referat und Berichten
- Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
  - Finanzbericht
  - Bericht der Revisionskommission
  - Bericht der Schiedskommission
5. Diskussion zu Erfahrungen in der B&G-Arbeit und zur Parteistärkung
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Diskussion und Beschlussfassung über Anträge an den Parteitag
8. Entlastung des Parteivorstandes und des Kassierers
9. Wahlen
- Beschlussfassung über die Wahlordnung des Parteitages
  - Wahl der/des Parteivorsitzenden (alternativ: Sprecherin oder Sprechers)
  - Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden (alternativ: Sprecherin oder Sprecher)
  - Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
  - Wahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission
  - Wahl der Mitglieder der Zentralen Schiedskommission
10. Bericht der Wahlkommission
11. Schlusswort

Die Delegierten haben folgenden **Zeitplan** beschlossen:

Freitag, 28. Februar 2020

13.30–15.00 Uhr Einlass

15.00–15.30 Uhr: Begrüßung/Konstituierung

- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Parteitagsleitung
- Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
- Wahl der Mandatsprüfungskommission
- Wahl der Wahlleitung
- Bestätigung der Antragskommissionen

15.30–16.30 Uhr: Referat des Vorsitzenden

16.30–18.30 Uhr: Diskussion zu Referat und Berichten

18.30–19.30 Uhr: Abendessen

19.30–21.30 Uhr: Erfahrungsaustausch zur B&G-Arbeit

Samstag, 29. Februar 2020

09.00–10.45 Uhr: Erfahrungsaustausch Parteistärkung

10.45–11.00 Uhr: Bericht der Mandatsprüfungskommission

11.00–13.00 Uhr: Antragsberatung zum Leitantrag

13.00–14.00 Uhr: Mittagspause

14.00–15.00 Uhr: Antragsberatung zum Leitantrag  
15.00–19.00 Uhr: Antragsberatung (Ostdeutschland, Gesundheit, Ökologie, Pressefest)  
17.00–17.30 Uhr: Pause  
17.30–19.00 Uhr: Antragsberatung (Ostdeutschland, Gesundheit, Ökologie, Pressefest)  
19.00–20.00 Uhr: Abendessen  
20.00–20.30 Uhr: Wahlvorschlag/Beschlussfassung über die Wahlordnung/Entlastung  
20.30–21.30 Uhr: Wahl des/r Vorsitzenden und der stellv. Vorsitzenden

Sonntag, 1. März 2020

09.00–11.00 Uhr: Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes  
Wahl der Zentralen Schiedskommission  
Wahl der Zentralen Revisionskommission  
11.00–12.30 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge  
(Internationale Arbeit/Parteiprogramm/Weitere Anträge)  
12.30–13.30 Uhr: Mittagessen  
13.30–14.00 Uhr: Bericht der Wahlkommission  
14.00–15.00 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge  
(Internationale Arbeit/Parteiprogramm/Weitere Anträge)  
15.00–15.15 Uhr: Schlusswort

Die Parteitagsleitung schlägt den Delegierten die Wahl von Ursula Vogt zur Schriftführerin vor. Das wird ohne Gegenvorschlag einstimmig angenommen.

❖ **Wahl der Mandatsprüfungskommission:**

Es werden gewählt:

Peter L. (Leiter)  
Siw M.  
Ralf M.  
Stefan N.  
Lara O.  
Paul R.

❖ **Wahl der Wahlkommission:**

Es werden gewählt:

Klaus L. (Leiter)  
Kurt B.  
Peter G.  
Gunhild H.  
Konni L.  
Gisela V.

❖ **Bestätigung der Antragskommissionen:**

Die im Vorfeld des Parteitags bereits tätigen vorläufigen Antragskommissionen werden wie folgt bestätigt:

**Antragskommission 1** – Änderungsanträge zum Leitantrag:

Richard H. (Leiter)  
Melina D.

Mark E.  
Michael G.  
Erik H.  
Barbara M. A.  
Rainer P.

**Antragskommission 2** – Änderungsanträge zu den Komplexen Gesundheit, Osten,

Programmdebatte:

Olaf H. (Leiter)  
Nicole D.  
Diana K.  
Herbert M.  
Tina S.

**Antragskommission 3** – Änderungsanträge zu den Themen Internationale Arbeit, Statut, andere

Anträge:

Björn B. (Leiter)  
Renate K.  
Björn S.  
Walpurga S.

**3. Referat an den Parteitag**

Referent: Patrik K., Vorsitzender der DKP

**4. Diskussion zu Referat und Berichten**

❖ Im Rahmen dieser Diskussion erfolgt der Bericht der Revisionskommission, die die Entlastung des Kassierers empfiehlt.

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Johanna Scheringer-Wright**, Mitglied im Parteivorstand der Partei Die Linke

**5. Diskussion zu Erfahrungen in der B&G-Arbeit und zur Parteistärkung**

Teil 1: Erfahrungsaustausch zur Arbeit in Betrieb und Gewerkschaften

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Ramon Ripoll Diaz** von der Kubanischen Botschaft

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Beate Körsgen** für: „Büchel ist überall. atomwaffenfrei.jetzt“

**Fortsetzung des 23. Parteitags der DKP am Samstag, den 29.02.2020**

**Noch Tagesordnungspunkt 5.: Erfahrungsaustausch**

Vor der Fortsetzung der Diskussion gibt der Leiter der Mandatsprüfungskommission einen kurzen Bericht. Anwesend sind 205 von 219 gewählten Delegierten.

Es wird somit die Beschlussfähigkeit des Parteitags festgestellt.

Bei 64 Genossinnen und 141 Genossen beträgt der Frauenanteil unter den Delegierten 31,2%. Eine ausführliche Auswertung der Mandatsbögen und damit Behandlung des Tagesordnungspunkts 6 erfolgt am Sonntag, 01.03.2020.

Weiterhin stellt die Tagungsleitung einen Vorschlag des PV zur Solidarität mit der VVN-BdA und zum Protest gegen den Entzug ihrer Gemeinnützigkeit vor. Diese Erklärung wird den Delegierten zur persönlichen Unterschrift vorgelegt und nach Unterzeichnung an Richard H. zur Weiterleitung an die VVN-BdA übergeben.

Nun folgt der Erfahrungsaustausch über die Parteistärkung.

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Lena Kreymann**, Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Robert Griffith** der Kommunistischen Partei Britanniens.

## 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ein kurzer Bericht erfolgt vor dem Tagesordnungspunkt Wahlen am Samstag Abend, ausführlicher am Sonntag. Der Bericht wird mündlich in Kurzfassung gegeben und den Delegierten am Sonntag ausführlich schriftlich vorgelegt.

## 7. Diskussion und Beschlussfassung über Anträge an den Parteitag

Hierzu liegt den Delegierten eine Listung aller vorliegenden Anträge mit den Empfehlungen der jeweiligen Antragskommissionen vor.

Die Protokollierung der Abstimmungsergebnisse über die Änderungsanträge erfolgt durch die jeweiligen Antragskommissionen.

### 7.1. Leitantrag:

Die Antragskommission (AK) 1 wird auf das Podium gerufen.

GO-Antrag: Zeitlich begrenzte Aussprache (30 Minuten) zum Leitantrag allgemein.  
Bei 86 Fürstimmen, 71 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

GO-Antrag: Zeitlich begrenzte Aussprache (30 Minuten) zum Thema Ökologie:  
Mehrheitlich angenommen.

Die Behandlung der Anträge erfolgt auf Vorschlag der AK1 in Blöcken, wobei einzelne Anträge aus diesen Blöcken zur weiteren Behandlung herausgenommen werden können.

### ❖ Block 1: LA000 bis LA099

Im Verlauf der Diskussion:

GO-Antrag auf zeitlich begrenzte Aussprache (30 Minuten) zu den Änderungsanträgen LA060 bis LA071. Bei 84 Fürstimmen, 64 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist dieser Antrag angenommen.

Für die Fortsetzung der Diskussion schlägt die Parteitagsleitung nach der Mittagspause eine Veränderung des Zeitplans vor und zwar Verlängerung der Debatte um 1 Stunde (auf Ende dann 16:00 Uhr statt wie bisher 15:00 Uhr). Hierzu gibt es keine Gegenrede.

Abstimmung über Block 1:

Empfehlung der AK: Annahme

Abstimmung: Mehrheitlich für die Empfehlung der AK.

❖ **Block 2: LA100 bis LA160:**

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Zisis Lymperidis, KKE**

Abstimmung über Block 2: Angenommen.

❖ **Block 3: LA161 bis LA225**

Abstimmung über Block3:

Empfehlung der AK: Annahme

Abstimmung: Mehrheitlich für die Empfehlung der AK.

❖ **Block 4: LA226 bis 356**

Abstimmung über Block 4:

Empfehlung der AK: Annahme

Abstimmung: Mehrheitlich für die Empfehlung der AK.

❖ **Block 5: LA357 bis LA434**

Abstimmung über Block 5:

Empfehlung der AK: Annahme

Abstimmung: Mehrheitlich für die Empfehlung der AK.

**Gesamtabstimmung über den Leitantrag:**

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Für die Empfehlung der AK: 106 Stimmen

Gegen die Empfehlung der AK: 79 Stimmen

Enthaltungen: 6

Damit ist der Leitantrag beschlossen.

**7.2. : Gesundheit**

Die Antragskommission (AK) 2 wird auf das Podium gerufen.

Der GO-Antrag auf Blockabstimmung wird angenommen.

**Gesamtabstimmung über den Antrag „Gesundheit“:**

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.  
Gegen die Empfehlung der AK: 2 Stimmen  
Enthaltungen: 1  
Damit ist der Antrag „Gesundheit“ beschlossen.

### 7.3. Osten

#### **Gesamtabstimmung über den Antrag „Osten“:**

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.  
Mit wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wird der Antrag „Osten“ beschlossen.

Eingeschoben in die Diskussion:

Die Delegierten hören das **Grußwort von Hans Bauer**, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden

### 7.4. Initiativantrag zum Pressefest

Vorab berichtet Genosse Klaus L., dass das Ziel, bis zu diesem Parteitag 40.000 Euro für das Pressefest zu sammeln mit 60.000 Euro übererfüllt wurde.

Initiativ-Antrag an den 23. Parteitag der DKP

Antragsteller: Wera R., Patrik K., Klaus L. (und 12 weitere UnterzeichnerInnen)

21. UZ-Pressfest - Volksfest der DKP

Die Auswertung des 20. UZ-Pressfestes mit seiner positiven politischen Ausstrahlung nach innen und außen bestärkt uns, trotz der großen Kraftanstrengung und des Einsatzes von erheblichen Finanzmitteln, das 21. UZ-Pressfest vom 28. – 30. August 2020 in Dortmund durchzuführen.

Wir kämpfen für ein erfolgreiches 21. UZ-Pressfest, für ein Fest des Friedens und der Solidarität!

Der Antrag wird ohne Gegenstimmen und mit 3 Enthaltungen angenommen.

### 7.5. Programmdebatte

Der GO-Antrag auf zeitlich begrenzte Aussprache von 20 Minuten bei 3 Minuten Redezeit wird mehrheitlich angenommen.

#### **Gesamtabstimmung über den Antrag zur Programmdebatte:**

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.  
Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

### 7.6. Ökologie

Der GO-Antrag auf zeitlich begrenzte Aussprache von 20 Minuten bei 3 Minuten Redezeit wird ohne Gegenrede angenommen.

#### **Gesamtabstimmung über den Antrag „Ökologie“:**

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.  
Der Antrag wird mit einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Es wird eingeschoben der Tagesordnungspunkt

## **8. Entlastung des Parteivorstandes und des Kassierers**

Der Parteivorstand und der Kassier werden mit 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung entlastet.

Es wird begonnen mit der Beratung des Tagesordnungspunktes

## **9. Wahlen**

Hierzu liegt ein gesonderter Bericht der Wahlkommission vor.

An diesem Abend werden noch die Wahlen von Parteivorsitz und Stellvertretung durchgeführt. Es kann noch das Ergebnis für die Wahl zum Parteivorsitzenden ausgezählt und bekanntgegeben werden: Patrik K. wurde mit 167 von 204 abgegebenen/gültigen Stimmen, das entspricht 82,3%, zum Vorsitzenden der DKP gewählt. Er nimmt die Wahl an.

## **Fortsetzung des 23. Parteitags der DKP am Sonntag, den 01.03.2020**

### **Noch Tagesordnungspunkt 9.: Wahlen**

Es wird das Ergebnis für die Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden bekanntgegeben: Wera R. wurde mit 182 von 203 abgegebenen und gültigen Stimmen, das entspricht 89,7%, zur stellvertretenden Vorsitzenden der DKP gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

Während die Stimmen für die Mitglieder des Parteivorstands ausgezählt werden erfolgt ein

### **Wiedereinstieg in den Tagesordnungspunkt 7:**

### **Diskussion und Beschlussfassung über Anträge an den Parteitag**

Die Antragskommission (AK) 3 wird auf das Podium gerufen.

#### **7.6. Internationale Arbeit der DKP**

Der GO-Antrag auf zeitlich begrenzte Aussprache von 15 Minuten bei 3 Minuten Redezeit wird abgelehnt.

#### **Gesamtabstimmung über den Antrag zur Internationalen Arbeit der DKP:**

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Der Antrag wird mit einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

## **10. Bericht der Wahlkommission:**

Nach der Mittagspause (13:32 Uhr) übernimmt die Wahlkommission die Tagungsleitung. Vor Bekanntgabe der Wahlergebnisse wird das Ergebnis der Spendensammlung für unsere internationale Solidaritätsarbeit bekanntgegeben: Neben einer Einzelspende von 1.500 € wurden durch die Delegierten 2.160 € und 20 Schweizer Franken gespendet.

Die Ergebnisse der Wahlen werden bekanntgegeben. Sie sind in einem gesonderten Wahlprotokoll niedergelegt.



Anschließend erfolgt die Verabschiedung von Genossinnen und Genossen, die nicht mehr im Parteivorstand vertreten sein werden.

Es erfolgt der

## **Wiedereinstieg in den Tagesordnungspunkt 7:**

### **Diskussion und Beschlussfassung über Anträge an den Parteitag**

Die Antragskommission (AK) 3 wird erneut auf das Podium gerufen.

#### **7.7. Anträge zum Statut**

Die Tagungsleitung weist darauf hin, dass für Statutänderungen eine Mehrheit von 2/3 notwendig ist.

❖ ST001: Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Form: In Artikel 16, am Ende des ersten Absatzes wird ergänzt: „Die Mitglieder der Schiedskommission berichten den jeweiligen Parteikonferenzen mindestens zweijährlich in angemessener Form über ihre Tätigkeit.“

Für die Empfehlung der AK: 177 Stimmen

Gegen die Empfehlung der AK: 1 Stimme

Enthaltungen: 3

Damit ist die erforderliche 2/3-Mehrheit erreicht und die **Statutänderung** beschlossen.

❖ Die AK3 empfiehlt Blockabstimmung für die Anträge ST002 – ST 011. Da die Herausnahme von mehreren Anträgen aus der Blockabstimmung erklärt wird sieht die Tagungsleitung den Zeitplan gefährdet und schlägt vor, die Anderen Anträge (AA001 bis AA019) vorzuziehen, da hier wichtige Anträge für die zukünftige Arbeit enthalten sind. Es erfolgt keine Gegenrede. Somit ist dieses Vorgehen angenommen.

#### **7.8. Andere Anträge**

Der Geschäftsordnungsantrag auf Einstieg in eine allgemeine Debatte von 15 Minuten mit 3 Minuten Redezeit zum Thema „unser antifaschistischer Kampf“ wird abgelehnt.

Auf Vorschlag der AK3 wird die Debatte über die Anträge AA010 und AA015 vorgezogen. Bei beiden Anträgen wird die Empfehlung der AK auf Annahme in geänderter Fassung angenommen.

Die AK3 empfiehlt Blockabstimmung für die verbliebenen Anderen Anträge. Dazu gibt es keine Gegenrede, allerdings werden etliche der Anträge aus dem Block herausgenommen.

Geschäftsordnungsantrag zu den Anträgen zum Statut: Alle jetzt noch verbliebenen Anträge werden im Block abgestimmt.

Geschäftsordnungsantrag zu den Anträgen zum Statut: Nichtbefassung mit den Anträgen ST002 und folgende.

Abstimmung: mit großer Mehrheit angenommen.

Geschäftsordnungsantrag zu den Anderen Anträgen: Alle nichtbehandelten Anderen Anträge (das sind AA019, AA020, AA021) werden zur Bearbeitung an den neuen PV überwiesen.

Abstimmung: mit großer Mehrheit angenommen.

## **11. Schlusswort**

Der alte und neue Parteivorsitzende, Genosse Patrik Köbele, spricht das Schlusswort.  
Die Delegierten beschließen den Parteitag mit der „Internationale“.

Der Parteitag wird am Sonntag, den 1. März 2020 um 15:30 Uhr beendet.

Essen, den 5. März 2020

Für die Niederschrift: Ursula Vogt

### **Es folgen als Anhänge:**

- Anhang 1: Geschäftsordnung des 23. Parteitags
- Anhang 2: Solidaritätserklärung an die VVN-BdA
- Anhang 3: Endgültiger Bericht der Mandatsprüfungskommission

### **Gesonderte Niederschriften erfolgten durch**

- Antragskommission 1: Protokollierung der Abstimmungen über die Änderungsanträge zum Leitantrag
  - Antragskommission 2: Protokollierung der Abstimmungen über die Änderungsanträge zu den Themen Gesundheit, Osten, Programmdebatte
  - Antragskommission 3: Protokollierung der Abstimmungen über die Änderungsanträge zu den Themen Internationale Arbeit, Statut, Andere Anträge
    - Wahlprotokoll der Wahlkommission (einschließlich der beschlossenen Wahlordnung)
- Ende Niederschrift--



INTERN

**Dokumentation des 23. Parteitags der DKP  
28.02.-01.03.2020 in Frankfurt**

**Teil II**

## Beschlüsse des 23. Parteitages:

### Leitantrag

Solidarität mit der KP  
Venezuelas

### Ökologie

- Die ökologische Krise und die Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik
- Weitere Dokumente

### Ostdeutschland

- Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland – gegen Krieg, Armut und Demütigung

### Gesundheitspolitik

- Die Situation in den Krankenhäusern ist katastrophal – wir müssen aktiv werden für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung!

### Statut

### Organisierung der Programmdebatte

### Internationalen Arbeit

- Internationale Arbeit der DKP
  - Als Material zum internationalen Antrag
  - Debatte um die Volksrepublik China
  - Hoch die internationale Solidarität: Solidarität mit dem sozialistischen Cuba –

### Allgemeine Anträge

- Podcast
- Rehabilitierung und Wiedergutmachung der Opfer der Berufsverbote und der Opfer der Annexion der DDR
- Digitale Sicherheit
- Geschichte der DDR
- Krise der Automobilindustrie
- Tarifeinwanderung ÖPNV
- Bundestagswahl 2021
- Stärkung der Bildungsarbeit
- Büchel Atomwaffenfrei!
- Handlungsorientierung für Grundorganisationen

---

### Material für den Parteivorstand

- Rente
- Vorbereitung Parteitage

### Initiativanträge

- 21. Pressefest – Volksfest der DKP

### Solierklärung

- Solidarität mit der VVN-BdA

## Beschluss



### Leitantrag

#### **Wut, Entrüstung und Widerstand brauchen eine Perspektive**

##### **Die Kampffelder der DKP im Rahmen der antimonopolistischen Strategie**

Der 22. Parteitag hat die antimonopolistische Strategie der Kommunistinnen und Kommunisten theoretisch begründet und bekräftigt. Er schätzte ein, dass die Arbeiterklasse weltweit und in Deutschland mit einer sich verschärfenden Offensive des Monopolkapitals konfrontiert ist. Für die Abwehrkämpfe gegen diese Offensive ist die Arbeiterklasse aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihres prinzipiellen Gegensatzes zum Monopolkapital und ihrer zentralen Stellung im Produktionsprozess die entscheidende Kraft. Die Herausbildung von Klassenbewusstsein in den Kämpfen gegen die Monoploffensive ist die grundlegende Aufgabe der DKP. Hier sieht sie ihr Hauptkampffeld.

Das nächste strategische Ziel der Kommunistinnen und Kommunisten ist es, die Offensive des Monopolkapitals in einzelnen Bereichen zu bremsen und zu stoppen und längerfristig eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Monopolkapitals zu erreichen. Das meinen wir mit einer Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt. Dabei gehen wir davon aus, dass Fortschritte im Kapitalismus nicht dauerhaft gesichert werden können und der Kampf für die sozialistische Umwälzung weitergeführt werden muss. Mit diesem Dokument wollen wir Kampffelder bestimmen, in denen wir es für möglich halten, dass sich die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive befreien und die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen kann.

## 1 Internationale Kräfteverhältnisse

2

3 In den zwei Jahren seit dem 22. Parteitag bestätigte sich dessen Einschätzung, dass die unüber-  
4 windlich scheinende Überlegenheit des imperialistischen Lagers Risse zeigt. Die Offensive des Mo-  
5 nopolkapitals verläuft weniger reibungslos.

6

7 • Die USA sind nach wie vor die stärkste ökonomische, politische und militärische Macht des  
8 imperialistischen Weltsystems. Ihre herrschende Klasse ist bestrebt, den Abstieg des US-Impe-  
9 rialismus als Hegemon einer unipolaren Weltordnung aufzuhalten. Dem dient die Strategie der  
10 Eindämmung der Volksrepublik China, der Russischen Föderation und anderer nach selbstbe-  
11 stimmter Entwicklung strebender Staaten, die sich dem Diktat der imperialistischen Staaten wi-  
12 dersetzen. Kriege, Sanktionen, Sabotage, militärische Einkreisung, Interventions- und Kriegsdro-  
13 hungen sind Elemente dieser Aggressivität. Von den USA und dem US-geführten Militärbündnis  
14 NATO geht die Hauptkriegsgefahr aus, einschließlich der Gefahr eines existenzbedrohenden ato-  
15 maren Weltkrieges.

16

17 • Kriege, die Zerstörung von Lebensgrundlagen und -perspektiven, imperialistische Unterdrückung,  
18 Ausbeutung und kapitalistische Konkurrenz töten Zehntausende, zwingen Dutzende Millionen Men-  
19 schen zu Flucht und Migration. Der Imperialismus nutzt die von ihm verursachte Flucht und Migrati-  
20 on zur Destabilisierung von Ökonomien und zur Erhöhung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten.

21

22 • Die Volksrepublik China und die Russische Föderation stehen aktuell der aggressiven Politik der  
23 führenden NATO-Staaten entgegen, ohne dabei selbst ähnlich aggressiv zu handeln. Ihre Politik  
24 verfolgt im Wesentlichen das Ziel der Einhaltung des Völkerrechts, der Respektierung nationaler  
25 Souveränität, von Kooperation statt Konfrontation sowie von Stabilität statt bewusster Zerstö-  
26 rung von Staaten und einer multipolaren Weltordnung. Damit stellen sie den Dominanz-Anspruch  
27 der führenden imperialistischen Staaten in Frage. Dies trug zuletzt wesentlich dazu bei, dass ein  
28 Regime-Change in Syrien und somit drohende Zustände wie in Libyen oder dem Irak sowie ein  
29 reaktionärer Putsch gegen die fortschrittliche venezolanische Regierung verhindert wurden.

30

31 • Die EU unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus ist eng mit der NATO verzahnt. Unter  
32 deutscher und französischer Führung agiert sie aber auch eigenständig im Kampf um Einfluss in  
33 der Welt, zum Teil arbeitsteilig mit dem US-Imperialismus, zum Teil im Widerspruch zu ihm.

34

35 • Aufgrund von Konkurrenz und notwendig ungleichmäßiger Entwicklung der EU-Länder nehmen  
36 die inneren Widersprüche der EU zu. Sie bleibt in einen reichen Kern und ärmere östliche und  
37 südliche Peripherien gespalten. Rechtes Gedankengut kann sich in einzelnen europäischen Län-  
38 dern weiter ausbreiten. Rechte Parteien nutzen die Ängste und Sorgen der Bevölkerung aus und  
39 können mit entsprechenden Parolen Wählerstimmen akquirieren.

40

41 • Die EU wird durch den Brexit geschwächt. Die Instabilität der Eurozone hält an. Frankreich und  
42 Deutschland als die Führungsmächte der EU rivalisieren miteinander und sind innenpolitisch  
43 angeschlagen. Davon zeugen in Frankreich die Gelbwestenbewegung und in beiden Ländern  
44 die Krise der „traditionellen“ bürgerlichen Parteien. Insbesondere in Deutschland gelingt es aber  
45 weiterhin, die Arbeiterklasse, die teilweise ökonomisch von der führenden Rolle des deutschen  
46 Imperialismus profitiert, in das Projekt EU einzubinden.

47

48 • Die deutsche Bourgeoisie möchte über die EU zur Weltmacht aufsteigen und ist zwischenzeitlich  
49 zur ökonomisch und politisch dominanten Macht der EU geworden. Dennoch steht der deutsche  
50 Imperialismus vor massiven Problemen: Die 30 DAX-Konzerne erzielen 22 Prozent ihres Umsat-  
51 zes in den USA, aber bereits 16 Prozent ihres Umsatzes in China - mit steigender Tendenz. Nur  
52 über die EU kann die deutsche Bourgeoisie hoffen, politisch stark genug zu sein, um dem von  
53 den USA durch Sanktionen und andere Strafmaßnahmen ausgeübten Druck, zu widerstehen,  
54 sich zwischen beiden Märkten entscheiden zu müssen. Gleichzeitig hat die deutsche Politik die  
55 EU mit ihrer Exportwalze, der rigorosen Austerität und dem hemmungslosen Streben nach Vor-  
56 herrschaft selbst destabilisiert.

- Mit der auf Kosten der Arbeiterklasse durchgesetzten Agenda 2010 hat die Bourgeoisie die deutsche Wirtschaft in einem einzigartigen Ausmaß vom Warenexport abhängig gemacht. Die deutsche Exportwalze hat die Industrie der europäischen Nachbarstaaten ruiniert und dort Arbeitslosigkeit und Verschuldung in gigantische Höhen getrieben. Das schlägt jetzt auf Deutschland zurück durch sinkende Absatzmöglichkeiten, wachsende Zerfallsprozesse in der EU und das Anheizen chauvinistischer Bewegungen durch die herrschenden Klassen der an die Wand gedrückten Nachbarstaaten. 57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64
- Die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft wird sich jetzt rächen. Der sich verschärfende Handels- und Sanktionskrieg der USA in Verbindung mit dem beginnenden neuen konjunkturellen Krisenschub wird die deutsche Wirtschaft, allen voran die Autoindustrie, voraussichtlich in starkem Ausmaß treffen. Auf die Arbeiterklasse kommen neue Massenentlassungswellen zu und der Versuch der Herrschenden, die Lasten des Niedergangs durch Lohn- und Sozialabbau auf sie abzuwälzen. Insbesondere mit den Umbrüchen in der Automobilindustrie und im Energiesektor (zum Beispiel der Ausstieg aus der Braunkohle) ist das Risiko des Verlustes von zigtausend Arbeitsplätzen enorm gestiegen. 65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73
- Wesentliches Moment der Strategie des deutschen Imperialismus ist die bewusste Einordnung in die NATO-Politik und die Kriegspolitik des US-Imperialismus. Entsprechend seines besonderen ökonomischen Gewichts strebt der deutsche Imperialismus einen größeren Einfluss innerhalb des Militärbündnisses NATO an und forciert die EU-Militarisierung. Das deutsche Monopolkapital bleibt trotz forcierter Aufrüstung im Windschatten des US-Imperialismus, um seine expansiven Interessen im Weltmaßstab durchzusetzen. 74  
75  
76  
77  
78  
79

Die internationale Entwicklung, deren weiterer Verlauf noch nicht absehbar ist, birgt Gefahren durch die zunehmende Aggressivität des imperialistischen Lagers, aber auch Chancen für die Friedens- und antiimperialistischen Kräfte. 80  
81  
82  
83

### **Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland**

Die DKP agiert in erster Linie in diesem Land. Ihr Hauptgegner ist die deutsche Monopolbourgeoisie, der deutsche Imperialismus. Der Widerstand gegen die Macht des deutschen Monopolkapitals ist im Interesse aller Werktätigen in Europa und weltweit. Er ist internationalistisch, weil Erfolge der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten in diesem Land den Spielraum des deutschen Imperialismus bei der Ausplünderung anderer Länder einschränken. 84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91

Streiks und außerparlamentarische Bewegungen haben in unserem Land in den vergangenen Jahren zugenommen. Im Gesundheitswesen und in der Altenpflege kämpfen Beschäftigte für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für mehr Zeit für Patientinnen und Patienten sowie Betreute. Im boomenden Internethandel wehren sich Teile der Beschäftigten gegen ihre prekäre Lage. In der Automobilindustrie nimmt die Angst der Belegschaften zu, durch Digitalisierung und die sich anbahnende Ablösung des Verbrennungsmotors durch alternative Antriebe, zum Beispiel durch den Elektroantrieb, unter die Räder zu kommen. Im Dienstleistungsbereich werden durch die Digitalisierung ganze Arbeitsbereiche wegfallen. Mieterinnen und Mieter gehen für das Recht auf bezahlbares Wohnen und gegen die sich verschärfende Situation im Wohnungssektor auf die Straße. Es entstanden Bewegungen gegen Überwachung und Zensur im Internet. Diese Bewegungen richten sich bewusst oder unbewusst gegen die Profitinteressen und die Macht der Banken und Konzerne. 92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104

Die Propaganda zur Sicherung der Hegemonie des westlichen Imperialismus, die Dämonisierung Russlands, des Iran, Syriens, Kubas, Venezuelas und der Volksrepublik China, das Pochen auf „westliche Werte“ lassen sich immer weniger mit den Erfahrungen der Menschen in Einklang bringen. Das führt zu Widersprüchen, zu Glaubwürdigkeitsproblemen und zu Vertrauensverlust in die Herrschenden und ihre Parteien. Es ist die Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten, diese Widersprüche deutlich zu machen. 105  
106  
107  
108  
109  
110  
111

Die herrschende Klasse versucht diese Unsicherheiten, die Perspektivlosigkeit und daraus resultierende Bewegungen für ihre Interessen zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren. Sie versucht die Ausgebeuteten über Bestechung und Sozialpartnerschaft in die Strategie ihrer Herrschaftssicherung zu integrieren. Teilen der Klasse werden Zugeständnisse gemacht, ihnen wird suggeriert, 112  
113  
114  
115

116 dass sie besser gestellt seien, wenn sie die herrschende Klasse als Partner und nicht als Gegner  
117 betrachten.

118

119 Gleichzeitig wächst die Repression und Teile der Klasse werden durch das Schüren von Rassismus  
120 und Nationalismus gegeneinander ausgespielt. Das gefährliche Erstarken neofaschistischer Kräfte  
121 und rassistischer Organisationen, das Erstarken der AfD sind nicht die Ursachen der umfassenden  
122 Rechtsentwicklung, sondern Instrumente innerhalb der vom Monopolkapital und seiner Regierung  
123 betriebenen Rechtsentwicklung. Die Spaltung der Arbeiterklasse lenkt von den Ursachen und Verur-  
124 sachen sozialer und politischer Probleme, von Kriegen, Umweltkrise, Armut und Verfolgung ab. Der  
125 entscheidende Faktor, um dem entgegenzusteuern, ist es, die Klassenfrage zu stellen.

126

127 Darum ist die nächstliegende Aufgabe der DKP, ihre Verankerung in der Arbeiterklasse und die  
128 Entwicklung proletarischen Klassenbewusstseins zu fördern, den gemeinsamen Gegner in Gestalt  
129 des Monopolkapitals bewusst zu machen und für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die  
130 Verbindung von Arbeiterbewegung und antimonopolistischer Bewegung zu wirken. Es geht darum  
131 eine gemeinsame antimonopolistische Stoßrichtung der Kämpfe an die Stelle des Gegeneinander-  
132 ausspielens zu setzen. Nur gemeinsam lässt sich die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen,  
133 lassen sich der Einfluss der Lobbyisten und die Macht der Konzerne, Banken, Großaktionäre und  
134 der Finanzoligarchie zurückdrängen.

135

136 Diese Veränderung des Kräfteverhältnisses ist notwendig, um den Weg zur revolutionären Überwin-  
137 dung des Kapitalismus, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Das setzt die Erringung der politischen  
138 Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen voraus. Diese Macht muss genutzt  
139 werden, um die wichtigsten Produktionsmittel, Grund, Boden und Finanzkonzerne zu vergesell-  
140 schaften und planmäßig mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und Ökonomie  
141 zu beginnen.

142

143 In dieser Situation halten wir es für notwendig, die Kampffelder genauer zu bestimmen, an denen wir  
144 Bruchpunkte in der Offensive des Monopolkapitals für möglich halten. Brüche, die wir für möglich  
145 halten, stehen noch keinesfalls für einen Hegemoniewechsel. Sie stehen für die Möglichkeit, in ein-  
146 zelnen Kampffeldern die durchgängige Offensive des Monopolkapitals zu behindern, zu erschweren  
147 und eventuell zu durchkreuzen. Solche Brüche können, müssen aber nicht der Beginn eines Bruchs  
148 mit der Offensive des Monopolkapitals sein und damit der Beginn einer Wende zu Frieden und Ab-  
149 rüstung, zu demokratischem, sozialen und ökologischen Fortschritt.

150

151

## 152 **1. Für Frieden und Völkerfreundschaft**

153

154 Der deutsche Imperialismus agiert immer aggressiver nach innen und außen. Er ist zur forcierten  
155 Ausbeutung gezwungen, um der Tendenz des Hegemonieverlustes des imperialistischen Lagers  
156 entgegenzuwirken und in der sich vertiefenden innerimperialistischen Konkurrenz zu bestehen. An-  
157 gesichts der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung verstärkt sich dieser Drang.

158

159 Vorherrschend im deutschen Monopolkapital sind derzeit die Kräfte, die ihre eigenen Klasseninter-  
160 essen am besten an der Seite der USA und in Frontstellung gegen die Volksrepublik China und die  
161 Russische Föderation aufgehoben sehen. Diese reaktionärsten und aggressivsten Kräfte innerhalb  
162 der Monopolbourgeoisie und ihre jeweilige Bundesregierung steigern durch den NATO-Truppenauf-  
163 marsch an der russischen Grenze, durch Unterstützung der US-amerikanischen Globalstrategie, die  
164 Kriegsgefahr und gefährden die Sicherheit der Menschen in Europa und weltweit.

165

166 Mit der Aufkündigung des INF-Vertrages droht eine massive Aufrüstung mit atomaren Mittelstreck-  
167 enraketen, die Russland und die VR China einkreisen sollen und die entsprechende Gegenmaß-  
168 nahmen zur Folge haben müssen. Dadurch wäre die Welt noch näher am atomaren Abgrund, als sie  
169 es in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war.

170

171 Von den NATO-Staaten geführte Kriege in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten – ob direkt be-  
172 teiligt oder über Stellvertreter – haben das Ziel der neokolonialen Beherrschung bzw. der Zerschla-  
173 gung von Staaten. Resultate sind hunderttausende Tote, millionenfaches Leid, Zonen der Armut,



Instabilität und Unsicherheit und damit Fluchtursachen. Verwundungen, posttraumatische Belastungsstörungen und der Tod von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die in diese völkerrechtswidrigen Kriege geschickt werden, sind einkalkuliert. Mittel des Krieges zur Rekolonialisierung sind zunehmend auch Cyberkriege, Drohnen und weitere Elemente elektronischer Kampfführung. Wie in den Kolonialkriegen des 19. Jahrhunderts setzen imperialistische Mächte auf überlegene Waffentechnik.	174 175 176 177 178 179 180
Die Monopolbourgeoisie zwingt der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung immense Zahlungen für das NATO-Aufrüstungsziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Aufrüstung, Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Bindung an den US-Imperialismus und die Konfrontation mit Russland einschließlich der Feindbild-Propaganda im Medien-Mainstream widersprechen den Interessen der übergroßen Mehrheit der Menschen in unserem Land.	181 182 183 184 185 186
Die DKP sieht ihre Aufgabe darin, gemeinsam mit allen Friedenskräften diesen Interessengegensatz in wirkungsvollen Widerstand gegen die Macht der Monopole, für eine Wende zu Frieden und Abrüstung zu verwandeln. In diesem Sinne unterstützt die DKP die Kämpfe der Friedensbewegung:	187 188 189 190
• für das Verbot von Rüstungsexporten	191 192
• für Abrüstung, die Kürzung des Militäretats und die Überführung der Rüstungsunternehmen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle zur Umstellung der Produktion auf ausschließlich zivile Güter	193 194 195 196
• für die Schließung aller NATO- und US-Militärbasen und -kommandos und den Stopp des US- und NATO-Truppenaufmarsches in Osteuropa, für den Austritt aus dem EU-Kriegsbündnis PESCO	197 198 199
• für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch die BRD	200 201 202
• für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr	203 204
• gegen die Rekrutierung und Kriegsmobilisierung der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen, zivilen Einrichtungen und im öffentlichen Raum	205 206 207
Jede Teilforderung hin zu einer friedlichen Außenpolitik kann nur gegen das Monopolkapital durchgesetzt werden. Jede Schwächung der Kräfteverstärker der deutschen Monopolbourgeoisie – der imperialistischen Bündnisse NATO und EU – ist zu befördern und mit der Perspektive des Kampfes um Aufkündigung der Mitgliedschaft zu verbinden. Insbesondere ein NATO-Austritt Deutschlands, verbunden mit der Kündigung des Stationierungsvertrags ausländischer Streitkräfte in der BRD, wäre ein schwerer Schlag für den Imperialismus insgesamt. Ohne diesen NATO-Austritt wird es keine Wende zum Frieden geben.	208 209 210 211 212 213 214 215
In diesem Sinne konzentriert sich die DKP auf den Kampf	216 217
• gegen eine neue Hochrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen, die sich zur Zeit vor allem gegen Russland und die VR China richten	218 219 220
• gegen jegliche Aufrüstungspläne der Bundesregierung, insbesondere der Aufrüstung aufgrund der NATO-Vorgabe von 2 Prozent des BIP	221 222 223
• gegen jegliche Art von NATO-Truppentransporten durch dieses Land und die Finanzierung der dazugehörigen Infrastruktur	224 225 226
• für die Schließung aller NATO- und US-Militärbasen und -Kommandos und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland	227 228
• gegen den Aufbau einer EU-Armee – insbesondere gegen die Zusammenarbeit im Rahmen von PESCO	229 230

231 Notwendig für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderer nicht monopolistischer Schichten  
232 und Klassen ist die Zurückweisung von Versuchen, die Friedensbewegung zu spalten – ob unter  
233 dem Deckmantel der Bekämpfung angeblicher Verschwörungstheorien, dem häufig fehlgeleiteten  
234 Vorwurf einer „Querfront“ oder durch reale Vereinnahmungsversuche durch reaktionäre und faschis-  
235 tische Kräfte. Voraussetzung einer wirksamen Mobilisierung für eine Wende zum Frieden ist statt-  
236 dessen die Sammlung derjenigen in den Reihen der Friedensbewegung, die sich vom herrschenden  
237 Lager und der von bestimmenden Kräften des deutschen Monopolkapitals forcierten Aufrüstungs-  
238 und Konfrontationspolitik abwenden und die bereit sind, gemeinsam gegen Krieg, Aufrüstung und  
239 Großmachtstreben aktiv zu werden. Dazu brauchen wir eine Friedensbewegung, die den Kampf  
240 gegen die deutsche Kriegspolitik, die Kriegspolitik der NATO und die Militarisierung der EU führt  
241 und dabei die Verbindung der Friedensfrage zu den alltäglichen sozialen Bedürfnissen der Mehrheit  
242 herstellt. Die DKP will ihren Beitrag leisten, um die Kräfte zu stärken, die für eine solche Orientierung  
243 arbeiten.

244  
245 Der Konsens der Friedensbewegung ist und bleibt „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Da-  
246 bei setzt sich die DKP aktiv ein für Freundschaft und antiimperialistische Solidarität mit den Völkern,  
247 die im Fadenkreuz des imperialistischen Lagers stehen – insbesondere dem russischen und chine-  
248 sischen.

249

250

## 251 **2. Für einen bewohnbaren Planeten – Der Kampf um die Umwelt – Für den** 252 **Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen**

253

254 Der durch Umweltzerstörung und kapitalistischen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen  
255 forcierte Klimawandel stellt die Menschheit vor enorme Herausforderungen zur Bewältigung dieser  
256 existenziellen Krise. Unter anderem sind tiefgreifende und umfassende Maßnahmen im Verkehrs-  
257 wesen und in der Bereitstellung und Speicherung von Energie notwendig. Angesichts der verhee-  
258 renden Auswirkungen von Rüstungsindustrie und Militär auf das Klima ist weltweite Abrüstung das  
259 Gebot der Stunde. Jede in Waffenproduktion, Rüstungsbeschaffung und Militärmanöver investierte  
260 Milliarde fehlt bei der Finanzierung effektiver Klimaschutzmaßnahmen.

261

262 Der Staat begegnet diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der profitablen Absicherung der  
263 Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von Technologiefüh-  
264 rerschaft als nationalem Standortvorteil sowie dem Abwälzen von Umstrukturierungskosten auf die  
265 werktätige Bevölkerung.

266

267 Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung wird somit zur doppelten Belastung für die Arbeiter-  
268 klasse. Die Arbeiterklasse ist es, die mangels individueller Schutzmöglichkeiten unter den Auswir-  
269 kungen der Klimaveränderung besonders leidet, und sie ist es, der die Kosten für eine wirkungslose  
270 und verfehlte Klimapolitik – zum Beispiel in Form der CO<sub>2</sub>-Bepreisung - aufgebürdet werden.

271

272 Die zerstörerische Ausbeutung der natürlichen Ressourcen setzt die Überlebensfrage der Gattung  
273 Mensch – nicht nur, aber insbesondere auch für Kommunistinnen und Kommunisten – auf die Ta-  
274 gesordnung.

275

### 276 **Für eine nachhaltige Verkehrspolitik**

277

278 Ein bedeutender und planbarer Faktor zur Verkehrsreduzierung ist das Ermöglichen kurzer Wege  
279 durch Sicherstellung von Nahversorgung, wohnortnahen Arbeitsplätzen und sozialer Infrastruktur.  
280 Neben dem Ausbau von barrierefreien und attraktiven Gehwegen, Überquerungshilfen und von An-  
281 lagen für den Radverkehr ist der öffentliche Personenverkehr ausschlaggebend. Allein durch des-  
282 sen Instandsetzung, seinen konsequenten Ausbau und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die  
283 Schiene und auf das Wasser ließen sich 20 Prozent der in den Klimaschutzziele geforderten CO<sub>2</sub>-  
284 Reduzierung in Deutschland erreichen.

285

286 Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte ist das System Schiene kaputt gespart wor-  
287 den. Im Interesse des Monopolkapitals wurde der Individualverkehr gefördert und Güter- und Per-  
288 sonenverkehr auf die Straße verlagert. Das Umstellen des Individualverkehrs auf Elektroautos ver-

bessert die Situation nicht grundsätzlich. Stattdessen muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) flächendeckend intensiviert und kostenlos vorgehalten werden.

Die DKP fordert ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen. Das wäre ein guter Beitrag zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Die DKP setzt sich für die Umwandlung der Deutschen Bahn AG und der privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen in eine einheitliche öffentlich-rechtliche Unternehmensform ein und fordert die Finanzierung des Ausbaus eines ticketfreien öffentlichen Personennah-, Regional- und Fernverkehrs in öffentlicher Trägerschaft.

Nötig sind die Instandsetzung der Schieneninfrastruktur durch ein öffentliches Investitionsprogramm und die Wiederinbetriebnahme und Instandsetzung der stillgelegten etwa 6.500 Streckenkilometer insbesondere im ländlichen Raum und in Ostdeutschland.

### **Für eine Energiewende**

Eine Energiewende ist global und national notwendig. Eckpunkte sind dezentrale Erzeugung, Nachhaltigkeit, die zügige Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und das Beenden der Energiegewinnung aus atomarer Kernspaltung. Das geht nur, wenn die Energieversorgung global und national nicht länger als Ware behandelt wird. Das gilt ebenso für Emissionen und Abfälle der Energieanlagen. Deshalb muss der Kampf vor allem um das Zurückdrängen des Einflusses und der Macht der Energiekonzerne geführt werden. Sie sind Hauptverursacher der Zerstörung der Umwelt und müssen für die Folgen zahlen.

Kernpunkt der Energiewende ist die Verstaatlichung der Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle.

- Die Dividenden, die in den letzten zehn Jahren ausgezahlt wurden, sind zu beschlagnahmen, solange es sich bei den Empfängern nicht um kommunale Haushalte oder Klein- und Belegschaftsaktionäre handelt.
- Dieses Geld und das Vermögen der Konzerne sind in einen nationalen Energiefonds zu überführen, unter anderem um Forschung und den Einstieg in die Vorrangstellung der Nutzung nicht fossiler und nichtatomarer Energieträger zu bewerkstelligen.

Die DKP setzt sich für einen gesetzlichen Preisstopp unter demokratischer Kontrolle und letztlich für die bezahlbare Grundversorgung mit elektrischer Energie ein.

Die Energieversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Strom muss bezahlbar bleiben.

### **3. Der Kampf um die Verteidigung gefährdeter demokratischer Rechte**

In der momentanen Etappe der Offensive der Monopole gegen die Arbeiterklasse und andere Werktätige tritt die Tendenz des Imperialismus zur Reaktion nach innen immer deutlicher zu Tage. Das äußert sich unter anderem durch die Nähe staatlicher Organe wie Polizei und Verfassungsschutz zu rechten Strukturen, die bis zur aktiven Unterstützung oder der Duldung von Nazis und ihren Netzwerken in der Bundeswehr reicht.

Angesichts der sich zuspitzenden Widersprüche im internationalen Konkurrenz- und Klassenkampf werden alle gesellschaftlichen Bereiche und Potentiale für die Absicherung der Profitinteressen des Monopolkapitals mobilisiert und ihnen untergeordnet. Die Tendenz staatsmonopolistischer Eingriffe äußert sich in direkten Angriffen auf die demokratischen Rechte.

Entgegen der Propaganda des „schlanken Staates“ braucht die Monopolbourgeoisie den Staat mehr denn je:

- 345 • Staatsmonopolistische Eingriffe wie Bankenrettungsschirme, das Abwälzen der Kosten des Um-  
346 baus der Industrie, zum Beispiel der Automobilindustrie, die forcierte Aufrüstung oder die Enteignung  
347 öffentlichen Eigentums sind charakteristische Merkmale der momentanen Kampfperiode.  
348 Sie dienen den Interessen der Großkonzerne, Banken und Versicherungen, dem Monopolkapital.  
349 Die Kosten und Lasten werden auf die Werktätigen abgewälzt. Damit richten sich diese Eingriffe  
350 objektiv gegen die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse, aber gleichzeitig  
351 auch gegen die Interessen einer überwältigenden Mehrheit des Volkes.  
352
- 353 • Gesetzliche Eingriffe in das ohnehin nur rudimentär vorhandene Streikrecht, der Abbau von demokratischen  
354 Grundrechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit, des Versammlungs- und Demonstrationsrechts,  
355 die Kriminalisierung und Behinderung von Antifaschistinnen und Antifaschisten und ihrer Organisationen  
356 wie der VVN-BdA, die zunehmende Einschränkung der Befugnisse von Parlamenten, die Verschärfung der  
357 Polizeigesetze bis hin zur systematischen ideologischen Manipulation der Bevölkerung durch das  
358 Bildungswesen und durch staatliche und private Massenmedien – das sind aus Sicht der Monopole und  
359 ihrer politischen Vertreter notwendige – zum Teil auch präventive – Maßnahmen für einen reaktionären  
360 Staatsumbau. Mit diesen Mitteln soll die forcierte Kriegspolitik und Ausplünderung des gesamten  
361 Volkes ungehindert gewährleistet werden.  
362
- 363 • Das alles geht einher mit einer maximal alibimäßigen Abgrenzung der bürgerlichen Parteien und  
364 des Staates nach rechts. Die AfD dient als Stichwortgeber und wird höchstens in Lippenbekenntnissen  
365 bekämpft, wenn sie die Macht der sonstigen bürgerlichen Parteien bedroht. So wird die Klasse  
366 weiter gespalten und die Macht der Herrschenden erhalten.  
367
- 368 • Im Gesamtinteresse des Monopolkapitals sind Funktionäre des Staatsapparates daran beteiligt,  
369 Kader einer derzeit in Reserve befindlichen faschistischen Massenbasis zu organisieren, zu trainieren  
370 und zu schulen. Zur Vorbereitung auf einen Faschisierungsprozess werden Organisationen aufgebaut bzw.  
371 reaktiviert, die für alle Bestandteile der nichtmonopolistischen Schichten entsprechende Demagogiemodelle  
372 aufweisen. Die Kader einer späteren tatsächlichen Faschisierungsstrategie werden gesammelt.  
373
- 374
- 375 • Das Monopolkapital setzt darauf, die Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der  
376 Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Schichten mit freiwilliger Unterordnung  
377 durchzusetzen. Das geschieht mittels bürgerlich-demokratischer Methoden und umfasst schärfere  
378 soziale Angriffe und Gegenoffensiven, politische Angriffe wie die diversen proimperialistischen  
379 „Antisemitismus-Beschlüsse“ und ideologische Angriffe wie den EU-Antikommunismusbeschluss.  
380 Auch Bewegungen wie „Fridays for Future“ sollen dafür, vor allem von den Grünen, missbraucht  
381 werden. Allseitig werden die Manipulationsapparate ausgebaut.  
382

383 Die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte gegen die Interessen der Monopole ist  
384 der Hauptinhalt des demokratischen und antifaschistischen Kampfes. Bestandteil dieses Kampfes  
385 ist zunehmend auch die Verteidigung demokratischer Rechte gegen Eingriffe und Regelungen des  
386 undemokratischen Projekts EU.  
387

### 388 **Der Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle in Betrieb und Kommune**

389

390 Bestimmend für die momentane Etappe ist die systematische Privatisierung, das heißt Enteignung,  
391 öffentlichen Eigentums. Sie war die Ursache der damaligen erdrutschartigen Deindustrialisierung  
392 auf dem Gebiet der DDR in direkter Folge der Konterrevolution wie auch der anhaltenden Zerschlagung  
393 weiter Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge in der gesamten heutigen BRD.  
394

395 Telekommunikationsnetze, Post, Schienenverkehr, Autobahnen, kommunale Energieunternehmen,  
396 Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Wohnungssektor – überall ist eine Privatisierung abgeschlossen  
397 oder im Gange. Sie ist nötig, um das Bedürfnis der Monopolbourgeoisie zu befriedigen, Extra-  
398 profite in der Reproduktionssphäre zu sichern. Diese Raubzüge spielen sich auf unterschiedlichen  
399 Ebenen des Staates (Bund, Länder, Gemeinden) und in unterschiedlichen Formen ab. Nicht selten,  
400 wie bei der Deutschen Bahn oder kommunalen Krankenhäusern, tritt der Staat durch die Umwandlung  
401 des Betriebs in ein privatrechtliches Unternehmen selbst als Kapitalist auf. So unterschiedlich

Privatisierungen im Konkreten verlaufen, so ist ihnen doch gemein:	402
	403
• Sie richten sich in zweifacher Hinsicht gegen die sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Zum einen gegen die Kolleginnen und Kollegen der von Privatisierung betroffenen Betriebe; zum anderen gegen die gesamte Arbeiterklasse und andere nichtmonopolistische Klassen und Schichten als Nutzer der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Gegensatz zur Bourgeoisie sind sie vollständig auf diese Leistungen angewiesen.	404 405 406 407 408 409
• Sie sind Kennzeichen des fortschreitenden Demokratieabbaus, weil die Monopolbourgeoisie immer mehr Einfluss auf immer größere Teile der Wirtschaft und Gesellschaft erlangt. Das betrifft Bereiche, die noch vor einigen Jahrzehnten zu den wirtschaftlichen Kernaufgaben des Staates in der BRD zählten. Insbesondere das im Grundgesetz verankerte Recht auf demokratische Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wird zunehmend außer Kraft gesetzt.	410 411 412 413 414 415
Die DKP sieht im Kampf gegen Privatisierungen einen wesentlichen Hebel, die sozialen und demokratischen Interessen des arbeitenden Volkes gegen die Offensive der Monopolbourgeoisie zu verteidigen und gleichzeitig in diesem Kampf Widerstand gegen die Monopole zu formieren. Die DKP wendet sich dabei gegen jede Form der Privatisierung, inklusive der Umwandlung von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Unternehmensformen im Besitz öffentlicher Körperschaften, mit entsprechenden Profitinteressen. Eine weitere Form der Privatisierung sind sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften. Sie sind zu verbieten, da sie einzig und allein der Maximierung der Profite des privaten Partners dienen.	416 417 418 419 420 421 422 423 424
Für einen sozialen und demokratischen Fortschritt misst die DKP der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit und der gezielten Ausweitung des öffentlichen Eigentums an den Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Wohnungswesen und den Hauptproduktionsmitteln eine entscheidende Bedeutung bei. In diesem Sinne setzt sich die DKP für Verstaatlichungen von Betrieben und Rekommunalisierung ein – unter der Maßgabe, dass sie einhergehen mit einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und die Bürgerinnen und Bürger. Verstaatlichungen, insbesondere Entschädigungsregelungen, dürfen nicht zu einer zusätzlichen Bereicherung der Monopole führen.	425 426 427 428 429 430 431 432 433
Dabei setzt die DKP darauf, ihre grundsätzliche Ablehnung des bürgerlichen Staates als Instrument der Monopole mit konkreter und konstruktiver Politik im Interesse der Werktätigen zu verbinden. Wir suchen nach Feldern, in denen wir die Interessen der Werktätigen konstruktiv aufnehmen und sie mit einer antimonopolistischen Schlagrichtung versehen können. Wir nennen das antimonopolistische Alternativen. Ein besonderes Feld, auf dem wir das aktuell anwenden wollen, ist die Ökologienpolitik. Hier wollen wir Kämpfe initiieren und mitführen, in denen wir die Interessendifferenz zwischen den Monopolen und den Werktätigen als Ausgangspunkt nehmen. Dabei müssen unsere Anknüpfungspunkte möglichst konkret und die Forderungen kleinschrittig genug, nämlich dem Bewusstseinsstand angepasst, sein. So sind wir zum Beispiel für kommunale Energieversorgung und können über die Frage, nach welchen vor allem ökologischen Maßstäben produziert wird, an aktuelle Umweltbewegungen anknüpfen und daran aufgehängt weitergehende demokratische Forderungen, zum Beispiel nach Mitbestimmung, einbringen. Es geht um eine Interessenverknüpfung zwischen den demokratischen Massenbewegungen und nichtmonopolistischen Schichten im gemeinsamen Kampf gegen die Monopole.	434 435 436 437 438 439 440 441 442 443 444 445 446 447 448
<b>Der Kampf für die Verteidigung demokratischer Rechte</b>	449 450
Der Angriff auf demokratische Rechte durch die politischen Vollstrecker der Monopole begleitet die BRD seit ihrer Gründung. Genauso lang ist der Kampf der Arbeiterbewegung dagegen und zur Verteidigung ihrer Eingriffsmöglichkeiten im Klassenkampf: Vom Kampf gegen das KPD-Verbot und die Wiederbewaffnung über den Widerstand gegen die Notstandsgesetze, den Kampf gegen die Berufsverbote bis zu den Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse gegen den forcierten Abbau der mühsam erkämpften Rechte und Errungenschaften in Betrieb und Gesellschaft (unter anderem dem Widerstand gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen) und dem Kampf gegen neofaschistische Organisationen. In der momentanen Etappe setzen die Monopolvertreter verstärkt auf staatliche Repression und umfassende Manipulation, um jeglichen Widerspruch gegen die Monopoloffensive zu unterbinden.	451 452 453 454 455 456 457 458 459

460 Bestandteile dieses reaktionären Staatsumbaus sind:

461

462 • Die Einschränkung des Streikrechts unter anderem durch das Tarifeinheitsgesetz, des Versamm-  
463 lungs- und Demonstrationsrechts durch die Ausweitung von Polizeibefugnissen in den neuen  
464 Polizeigesetzen und der Meinungs- und Pressefreiheit, unter anderem durch Zensurmaßnahmen

465

466 • Die Kriminalisierung und Behinderung antifaschistischen Widerstands gegen neofaschistische  
467 und rechte Aufmärsche und Veranstaltungen und die Behinderung antifaschistischer Arbeit zum  
468 Beispiel durch den Versuch, der größten antifaschistischen Organisation, der VVN-BdA, die Ge-  
469 meinnützigkeit zu entziehen. Gleichzeitig werden neofaschistische Organisationen geschützt und  
470 durch den Staat in ihrem Handeln gefördert.

471

472 • Der Ausbau der Exekutivorgane, insbesondere die Militarisierung der Polizeikräfte und das Ab-  
473 senken der Hemmschwelle zum Einsatz der Bundeswehr im Innern. Dies beinhaltet auch eine  
474 Tendenz zur Verselbstständigung der Geheimdienste, des Militärs und anderer Exekutivorgane  
475 gegenüber den Parlamenten und ihren Kontrollinstanzen. Polizei und Staatsanwaltschaft erhalten  
476 immer weiterreichende Befugnisse. Dazu gehört unter anderem das sogenannte „Beschleunig-  
477 te Verfahren“, das auch heute schon eine Bestrafung ohne Gerichtsverfahren möglich macht.  
478 Medial untermalt wird diese Ausweitung polizeilicher und staatsanwaltlicher Kompetenzen zum  
479 Beispiel durch Berichte über die angeblich zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte.

480

481 • Eingriffe in das Budgetrecht der Länder und Kommunen durch die sogenannte Schuldenbremse.  
482 Die Schuldenbremse ist ein Instrument zur Legitimation von Ausgabenkürzungen und der Verhin-  
483 derung wichtiger Investitionen in Bereichen der Grundversorgung. Sie spielt eine entscheidende  
484 Rolle bei der Zerschlagung sozialstaatlicher Errungenschaften und von kommunalen Einrichtun-  
485 gen und wird ergänzt durch sozialfeindliche Vorgaben der EU.

486

487 Die DKP verteidigt alle im Grundgesetz verankerten Grundrechte, vor allem durch den Kampf um  
488 ihre Ausweitung. Die DKP setzt sich in diesem Sinne für eine wirksame Beteiligung der arbeitenden  
489 Menschen bei allen wichtigen politischen Entscheidungen in Betrieb und Gesellschaft in Form von  
490 Volks- oder Bürgerbegehren und die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung auf Kontroll-  
491 und Leitungsfunktionen in der Produktion ein. Die DKP setzt sich für die gesetzliche Zulassung von  
492 politischen Streiks, insbesondere des Generalstreiks, ein.

493

494 Die DKP wendet sich gegen die Militarisierung nach Innen unter dem Deckmantel der „Terrorbe-  
495 kämpfung“ und gegen die Verschärfung der Länderpolizeigesetze, die sich gegen breite Bevölke-  
496 rungsteile richtet, die sich gegen die Offensive der Monopole stellen könnten. Die DKP wendet sich  
497 ebenso gegen die ideologische Manipulation durch private und öffentlich-rechtliche Medien, die  
498 durch Verbreiten von Völkerhass, Rassismus, Chauvinismus und Antikommunismus eine psycholo-  
499 gische Kriegsmobilisierung betreiben, und fordert eine verstärkte, unabhängige und demokratische  
500 Medienerziehung, die diese Manipulationsmechanismen durchschaubar macht.

501

502 Die DKP ist Teil der antifaschistischen Bewegung. Sie ist ein Bündnispartner mit eigenen Positionen  
503 und Respekt gegenüber den auch mit anderen Begründungen und aus anderen Motiven aktiven An-  
504 tifaschistinnen und Antifaschisten. Sie wendet sich gegen die soziale Demagogie rechter Kräfte und  
505 die Spaltung der Arbeiterklasse und der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sie orientiert auf den  
506 gemeinsamen Widerstand gegen die Verursacher von Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau.

507

508 Die DKP stellt sich gemeinsam mit allen demokratischen Kräften Neofaschismus und Rassismus  
509 entgegen. Wir kämpfen vor Ort um ein möglichst breites Bündnis, lassen uns aber in der Ausein-  
510 andersetzung um inhaltliche Positionen im Kampf gegen rechts nicht verdrängen. Alltagsrassismus  
511 treten wir im Betrieb und in unserer Nachbarschaft entgegen und benennen den Imperialismus als  
512 größten Feind der Arbeiterklasse. Zusammen mit dem Widerstand gegen neofaschistische Organi-  
513 sationen und dem Ringen um Frieden sieht die DKP in der Abwehr des reaktionären Staatsumbaus  
514 eine Hauptaufgabe im antifaschistischen Kampf.

#### 4. Für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Der Angriff der Monopolbourgeoisie auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zur Sicherung der Profitrate ist umfassend. Der grundlegende Klassenwiderspruch bleibt der zwischen Kapital und Arbeit. Die Ausbeutungsgrad der Ware Arbeitskraft steigt weiter. Charakteristisch sind der steigende Druck auf Löhne, die Intensivierung der Arbeit und längere Arbeitszeiten auf der einen Seite und das Herausdrängen aus dem Arbeitsprozess und Dauerarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Um den Ausbeutungsgrad optimal und ungehindert zu steigern, setzt die Monopolbourgeoisie insbesondere auf die Spaltung der Arbeiterklasse. Die Polarisierung von Reichtum und Armut in unserem Lande nimmt zu. Mit dem ungeheuren Reichtum, der sich im Besitz weniger befindet, könnten viele soziale Probleme in unserem Land gelöst werden.

Der einschneidendste Angriff der letzten Jahrzehnte waren die Agenda-Gesetze, die von SPD und Grünen durchgesetzt wurden. Sie haben die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft und Massenarmut hervorgebracht. In besonderem Maße sind Kinder, Jugendliche, Frauen und Alte betroffen. Das Normalarbeitsverhältnis, also unbefristete Verträge mit Vollzeit, wurde massiv zu Gunsten von befristeten Verträgen, Leih- und Werkverträgen zurückgedrängt. Ein riesiger Bereich von Billigjobs ist entstanden. Ein großer Teil der Werk tätigen ist dauerhaft aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen. Immer mehr Menschen werden „abgehängt“ und sind trotz Arbeit ergänzend auf Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) angewiesen. Bereits das Existenzminimum ist eine herabwürdigende Sanktion. In besonderem Maß ist die Jugend von dieser Entwicklung betroffen. Ein großer werdender Teil wächst ohne jede Perspektive auf. Die Agenda-Politik hat der heutigen Rechtsentwicklung den Boden bereitet.

Nach der Entrechtung von Erwerbslosen werden Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete als Lohndrucker missbraucht. Die große Fluchtbewegung ist das Ergebnis von neokolonialer Politik, Kriegstreiberei und der fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen insbesondere in den ärmeren Ländern des globalen Südens. Die DKP ist solidarisch mit den Menschen, die ihre Heimat aufgrund dieser imperialistischen Politik verloren haben und nun auf der Suche nach Schutz vor Krieg, Terror, Hunger und Armut sind. Zugleich widerspricht die DKP allen Versuchen, etwa durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder durch die nahezu unbezahlten „Arbeitsgelegenheiten“ für Geflüchtete, Flucht und Migration im Sinne des Kapitals zu lenken und zu verwerten. Diese Politik liegt nicht im Interesse der Migrantinnen und Migranten, sondern im Interesse der Banken und Großkonzerne.

Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch Geringqualifizierte, zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie, sind dem Kapital willkommen. Sie werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik – geregelt im Fachkräfteeinwanderungsgesetz – blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen hierzulande. Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten werden als Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus und das Erstarken rechter Bewegungen sind das Ergebnis. Sie werden bewusst gefördert, um von den Verursachern der Ausbeutung abzulenken, und fungieren als Reserve im Rahmen des reaktionären Staatsumbaus. Zugleich werden antifaschistische und antirassistische Vereine und Organisationen unter Druck gesetzt.

Es bleibt dabei: Unsere Willkommenskultur heißt „Gemeinsam kämpfen!“. Wir fordern die volle politische, tarifliche und gewerkschaftliche Gleichberechtigung für alle Migrantinnen und Migranten ohne Ansehen der Fluchtgründe, der Staatsangehörigkeit oder des Herkunftslandes. Wo wir Kontakt zu Geflüchteten haben, stellen wir – in der Orientierung des DKP-Sofortprogramms – die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung vor Ort heraus und kämpfen gegen die Monopole. Damit schaffen und organisieren wir Solidarität, damit die richtigen Gegner angegangen werden: die Monopole und ihr Staat.

Zu einem beispiellosen Raubzug am Volkseigentum kam es nach der Konterrevolution auf dem Gebiet der DDR. Der Industriesektor wurde zerstört. Seine Produktion brach zwischen 1989 und 1991 um 70 Prozent ein. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie – aber auch in der Landwirtschaft

573 – sank um 80 Prozent. Insgesamt hat sich das Beschäftigungsniveau innerhalb dieser drei Jahre  
574 halbiert. Diese beispiellose Deindustrialisierung hat eine erdrutschartige Verarmung in der ostdeut-  
575 schen Arbeiterklasse und die Abwanderung von Millionen bewirkt.

576  
577 Hinzu kam die Vertreibung der gesamten Verantwortungsträger aus Verwaltung, Forschung, Kultur  
578 und Wissenschaft. Bis heute sitzen ab einer bestimmten Hierarchiestufe in der Verwaltung wie im  
579 Kolonialstil überwiegend Westdeutsche. Die Lebensleistung ganzer Generationen wird verleumdet  
580 und entwertet durch Antikommunismus und verordnete Delegitimierung der DDR. Die festgeschrie-  
581 bene Renten- und Tarifungleichheit und die aktive Auslöschung jeglicher positiver Erinnerungen an  
582 die DDR führen dazu, dass sich die Menschen im Osten als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse  
583 fühlen.

584  
585 Diese bewusst hervorgerufenen Spaltungslinien sichern – ebenso wie weltanschauliche Unterschie-  
586 de - Extraprofite und erschweren den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Zu den  
587 Spaltungsmechanismen gehört auch die Ideologie der Sozialpartnerschaft. Sie suggeriert eine Iden-  
588 tität von Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen des Kapitals. Die Kampfkraft der Arbeiter-  
589 klasse wird auch durch die Taktik der Standortlogik gemindert. Tarifabschlüsse und Schließungen  
590 anderer Standorte werden ohne Streiks in Kauf genommen in dem Irrglauben, die Arbeitsplätze am  
591 eigenen Standort sichern zu können. Diese Ideologie hat in der Arbeiterklasse Deutschlands großen  
592 Einfluss bis tief hinein in die Gewerkschaftsbewegung.

593  
594 Von entscheidender Bedeutung im Kampf um eine Wende zu sozialem Fortschritt ist stattdessen  
595 die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie zu befördern und Spaltungstendenzen entgegenzutreten  
596 ist Aufgabe der DKP. Ihr entscheidender Kampfplatz müssen der Betrieb und die betriebliche Aus-  
597 einandersetzung um bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie um den Ausbau einer  
598 wirksamen Mitbestimmung werden.

599  
600 Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Gliederungen darauf, die Bemühungen um die Verankerung in  
601 den Betrieben und den Gewerkschaften zu erhöhen und insbesondere das Ringen um die Erhöhung  
602 der Anzahl der Betriebs- und Branchengruppen fortzusetzen. Dabei geht es auch um die Wiederver-  
603 ankerung in der industriellen Produktion. Die Großbetriebe der industriellen Produktion haben nach  
604 wie vor eine Flaggschiff-Funktion für Kämpfe und das Bewusstsein der gesamten Arbeiterklasse.

605  
606 Das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP ist die Kommunalpolitik. Die Städte und Gemein-  
607 den sind der wesentliche Ort der Reproduktion der Ware Arbeitskraft und zugleich der Ort für die  
608 Monopolbourgeoisie zur Steigerung ihrer Profite, vor allem durch Angriffe auf die öffentliche Da-  
609 seinsvorsorge. Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen darauf, die Menschen in  
610 den Städten und Gemeinden gegen Demokratieabbau, Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisen-  
611 lasten, gegen den Kahlschlag in allen Bereichen und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen  
612 aktiv zu werden.

613  
614 Schnittstellen zwischen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der Kommunalpolitik, wie der  
615 Kampf um den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, haben eine zentrale Bedeu-  
616 tung. Zwischen den Beschäftigten und den Interessen der Werktätigen und nichtmonopolistischen  
617 Schichten und Klassen besteht eine grundsätzliche Interessenidentität auf kommunaler Ebene. Je  
618 besser die finanzielle Ausstattung und Personalsituation in Kitas, Krankenhäusern, Schwimmbä-  
619 dern, Bürgerämtern oder Verkehrsbetrieben, desto besser lebt die Bevölkerung vor Ort. Kämpfe um  
620 die kommunale Daseinsvorsorge sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer  
621 Bündnisse. Die besten Voraussetzungen für die Formierung von Widerstand, der die Perspektive  
622 hat, über Teilkämpfe hinauszudeuten, sehen wir im Gesundheitswesen, dem Bereich des Bildungs-  
623 und Erziehungswesens und in der Auseinandersetzung um einen bedarfsorientierten und kostenlo-  
624 sen Öffentlichen Personennahverkehr.

625  
626 **Unsere Schwerpunkte in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune**

627  
628 Im Bereich der Arbeiterpolitik in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune sehen wir heute folgende  
629 Bereiche, in denen es in den kommenden Jahren zu entscheidenden Auseinandersetzungen für  
630 eine Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialen und ökologischen Fortschritt



kommen kann:

631

632

### **Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich**

633

634

Im Verhältnis zu seiner hohen Produktivität ist Deutschland ein Niedriglohnland.

635

Neben dem Kampf um Löhne und Gehälter und einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro pro

636

Stunde ist der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit das entscheidende Kampffeld, um dieses

637

Verhältnis zu ändern. Die DKP setzt sich für eine Arbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Stunden pro

638

Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. Dazu ist eine breite Diskussion innerhalb der

639

Gewerkschaften und der DKP zu entwickeln.

640

641

### **Für ein menschenwürdiges und sozial abgesichertes Alter**

642

643

Die prekären Beschäftigungsverhältnisse führen in die Armut und entziehen der gesetzlichen Ren-

644

tenversicherung Milliarden Euro. Entgegen der wachsenden Altersarmut setzen wir uns für ein Sys-

645

tem der materiellen Absicherung im Alter ein, das allen Menschen mit zu geringem Einkommen

646

ermöglicht, repressionsfrei, ohne Armut und in Würde leben zu können. Die DKP ist für ein Ren-

647

tenniveau von 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens bei Einführung eines existenzsichernden

648

Lohnniveaus sowie ein Absenken des Renteneintrittsalters auf zunächst 65 und weiter auf 60 Jahre.

649

Die DKP fordert ein System, das sämtliche Erwerbstätige in die staatliche Rentenkasse einbezieht.

650

Alle sollen einzahlen, also auch Beamte, Selbstständige, Freiberufler oder Topmanager. Die DKP tritt

651

ein für eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, für die sofortige Angleichung

652

der Ost- an die West-Renten sowie eine größere Beteiligung des Kapitals an der Finanzierung und

653

die Abschaffung der Riesterreute.

654

655

### **Für ein demokratisches, unentgeltliches Gesundheitswesen**

656

657

Gesundheit ist ein Grundbedürfnis und gehört verfassungsrechtlich abgesichert. Gesundheit mit

658

den Bestandteilen Vorbeugung, Behandlung und Rehabilitation darf keine Ware sein, die auf dem

659

Gesundheitsmarkt käuflich ist. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss unentgeltlich und für

660

jeden jederzeit möglich sein.

661

662

Die strukturelle und finanzielle Spaltung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung, die qua-

663

litätsmindernd und kostentreibend ist, muss überwunden werden durch einheitliche staatliche und

664

kommunale Lenkung und Finanzierung mit der Zielsetzung: ambulant vor stationär, vorbeugen vor

665

heilen, fördern und integrieren von Menschen mit Behinderung.

666

667

Durch die bewusst völlig unzureichende Finanzierung des Gesundheitswesens über Budgets und

668

Fallpauschalen sowie die restriktive Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer und

669

die Zerschlagung des Gesundheitswesens in der DDR wurde der Weg zur Privatisierung bereitet

670

mit dem erklärten Ziel, das Gesundheitswesen der kapitalistischen Marktlogik zu unterwerfen. Seit

671

1985 haben sich riesige Krankenhauskonzerne entwickelt, die mit ihrem Profitstreben alle Akteu-

672

re im Gesundheitswesen unter enormen ökonomischen Konkurrenzdruck setzen auf Kosten von

673

Personal und Patientinnen und Patienten. Der Pflegenotstand führt zu massiver Überlastung der

674

Pflegenden und gefährdet Gesundheit und Leben der Patientinnen und Patienten.

675

676

Die DKP unterstützt die aus dem gewerkschaftlichen Umfeld entstandene Bewegung und die ört-

677

lichen Initiativen und deren Volksbegehren, die die Abschaffung von Profitwirtschaft und Fallpau-

678

schalensystem sowie eine bedarfsgerechte Pflege fordern. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach

679

mehr Personal in der Pflege und den nichtpflegerischen Bereichen. Die DKP wendet sich dabei

680

gegen alle Versuche der Herrschenden, diese Bündniskonstellation zum Beispiel durch das Kor-

681

rumpieren einzelner Berufsgruppen und das Gegeneinander-Ausspielen von pflegerischen und

682

nicht-pflegerischen Bereichen aufzubrechen. Das Gesundheitswesen gehört in staatliche Hand bei

683

öffentlicher Kontrolle. Privatisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens sind zu verstaatlichen.

684

685

Der Kampf um mehr Personal ist ein strategischer Kampf, denn die Frage der Personalausstattung

686

gilt für nahezu alle Branchen. Er steht für Entlastung, für mehr Qualität in der Arbeit und er wirkt der

687

688 Umverteilung von Unten nach Oben entgegen.

689

### 690 **Für ein Bildungssystem im Interesse der Werktätigen**

691

692 Auch im Erziehungs- und Bildungsbereich ringen die Kolleginnen und Kollegen um mehr Personal.  
693 Die Frage der Personalausstattung ist eine zentrale Frage im Kampf um eine zukunftsfähige Bildung  
694 für alle, die der sozialen Selektion entgegenwirkt. Das Monopolkapital hat ein Interesse an der Se-  
695 lektion im Bildungswesen. Sie entspricht den Verwertungsbedingungen des Kapitals und behindert  
696 gleichzeitig die Erkenntnis von der eigenen Lage der Ausgebeuteten, erschwert also die Formierung  
697 der Klasse und antimonopolistischer Bündnisse.

698

699 Die DKP setzt sich für die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und von Privatschulen ein. Aus  
700 den Erfahrungen der DDR lernend, kämpfen wir für ein einheitliches Bildungssystem von der frühkindli-  
701 chen Bildung bis zur Universität. Die Personalbemessung an Schulen muss sich sofort an einer Klassen-  
702 stärke von 18 Schülern pro Klasse orientieren. Besondere Bedingungen – notwendige Spracherziehung,  
703 Inklusion, hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten und Familien mit besonderem Förderbedarf –  
704 müssen zu einer Erhöhung des Personalschlüssels führen. Der Beruf des Erziehers und der Erzieherin  
705 muss aufgewertet werden. Das Bildungswesen ist vollständig staatlich zu führen und zu finanzieren.

706

### 707 **Für bezahlbaren und guten Wohnraum**

708

709 Privatisierung gepaart mit der systematischen Vernachlässigung des „sozialen Wohnungsbaus“  
710 macht menschenwürdiges Wohnen für immer mehr Menschen unbezahlbar. Kapitalistisch wirt-  
711 schaftende Wohnungsbaukonzerne beherrschen den Markt, diktieren die Miethöhe bzw. versuchen  
712 schnellen Profit durch auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzte energetische Modernisierungen  
713 und die Umwandlung in Eigentumswohnungen zu erzielen. Selbst noch bestehende kommunale  
714 Wohnungsbaugesellschaften orientieren sich nicht am Bedarf der Menschen, sondern daran, wie  
715 aus den Wohnungen möglichst viel Profit herauszuholen ist. Neubau findet fast ausschließlich im  
716 oberen Preissegment statt.

717

718 Die DKP ist Teil der Mieterbewegung und fordert das Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grund  
719 und Boden, von Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und die entschädigungslose Enteig-  
720 nung privater Wohnungsgesellschaften. Genauso wichtig wäre es, den sogenannten sozialen Woh-  
721 nungsbau von der Subjektförderung, die nur zur Absicherung der Hausbesitzer und Spekulanten  
722 und ihrer Gewinne eingeführt wurde, auf eine Objektförderung für den Bau von bezahlbaren und  
723 guten Wohnungen umzustellen.

724

725 Die DKP setzt sich für den Bau von über einer Million dringend benötigter Wohnungen im Rahmen  
726 kommunaler Wohnungsbauprogramme ein, die zunächst in den besonders von Wohnungsnot und  
727 hohen Mieten betroffenen Städten gestartet werden sollen. Diese Wohnungen sollen vorrangig den  
728 Bedarf der Arbeiterklasse decken und ihr mit politisch festgelegten niedrigen Mieten zur Verfüg-  
729 gestellt werden. Kommunale Wohnungen müssen, unter demokratischer Beteiligung der Öffentlich-  
730 keit an der Planung, von kommunalen Baubetrieben auf öffentlichen Grundstücken gebaut werden.  
731 Sie sollen mit Hilfe einer Sondersteuer für Unternehmen und Millionärshaushalte finanziert werden  
732 und auf Dauer öffentliches Eigentum bleiben. Eine demokratische städtebauliche Planung muss das  
733 Ziel haben, ein gemeinschaftliches soziales, kulturelles und sportliches Leben in den Wohngebieten  
734 zu entwickeln, die natürliche Umwelt schonend und lebenswert zu gestalten und ein gutes öffentli-  
735 ches Nahverkehrssystem in und zwischen den Städten und Gemeinden einzurichten.

736

### 737 **Für eine lebenswerte Kommune**

738

739 Der Kampf um die Verteidigung der kommunalen Daseinsvorsorge ist eine der wichtigsten Aufga-  
740 ben von Kommunistinnen und Kommunisten. Wir sind aktiv gegen die Schließungen von Bibliothe-  
741 ken, Schwimmbädern, Sportstätten, Einrichtungen der Breitenkultur, Jugendzentren und anderer  
742 Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Ebenso kämpfen wir gegen die Erhöhung von Eintrittspreisen  
743 und Kürzungen bei Etat und Personal dieser Einrichtungen. Dabei zeigen wir auf, dass entgegen  
744 der permanenten Behauptung der Städte, „es sei kein Geld da“, Geld dort keine Rolle spielt, wo es  
745 politisch gewollt ist, zum Beispiel bei Prestigeobjekten. Kommunistinnen und Kommunisten agieren

dabei in ihrem Stadtteil, ihrer Kommune, und mobilisieren die Menschen, sich gegen kommunale Missstände zu wehren und selbst aktiv zu werden.

### **Kräfte im Kampf um eine Wende und die Aufgaben der DKP**

Der Kampf um eine Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt wird auf den erbitterten Widerstand der in- und ausländischen Monopolbourgeoisie stoßen. Somit kann eine solche Wende nur das Ergebnis eines ebenso erbitterten antimonopolistischen Widerstands sein. Die Kräfte dieses Widerstandes setzen sich aus allen Klassen und Schichten zusammen, die im zunehmenden Widerspruch zu den Monopolinteressen stehen: Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Ingenieurinnen und Ingenieure, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Lehrerinnen und Lehrer, Künstlerinnen und Künstler, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Handwerkerinnen, Handwerker und Gewerbetreibende; zu ihnen zählen in ihren spezifischen Ausprägungen die Auszubildenden genauso wie Schülerinnen, Schüler und Studierende. Zentrale Aufgabe der DKP ist es zu helfen, dieses Bündnis auf Grundlage der objektiven gemeinsamen Gegnerschaft zur Monopolbourgeoisie zu formieren, zu verstetigen und voranzutreiben.

### **Die Arbeiterklasse als Hauptkraft antimonopolistischer Bündnisse**

Die Arbeiterklasse bildet aufgrund ihrer Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess, als hauptsächlich Schöpfer aller Werte, die Hauptkraft eines antimonopolistischen Bündnisses. Das gilt insbesondere in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland. Der Erfolg antimonopolistischer Kämpfe hängt in erster Linie von ihrem aktiven Handeln ab. Grundvoraussetzung ist die Herausbildung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, also das gemeinsame Handeln für die sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse über politische und weltanschauliche Meinungsunterschiede hinweg.

Die Herausbildung der Aktionseinheit steht in der momentanen Etappe spezifischen Herausforderungen und Tendenzen gegenüber, die sich aus Strukturveränderungen aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Produktivkräfte ergeben. Dazu zählt:

- einem tendenziell abnehmenden Teil des Industrieproletariats mit relativ hohem Lebensstandard steht ein wachsender Teil der Arbeiterklasse in unsicheren (Teilzeit-)Arbeitsverhältnissen gegenüber. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen, zum Beispiel als Hartz-IV-Aufstocker, am Rande oder unterhalb des Existenzminimums leben. Dem Industrieproletariat kommt aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozess nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung der Aktionseinheit zu. Diese wird untergraben durch die anhaltende Bindung dieser Teile der Arbeiterklasse an die SPD mit der neoliberalen Ausrichtung ihrer Führung und einem entsprechend parteipolitisch dominierten Gewerkschaftsapparat. Gleichzeitig verliert die SPD-Führung aufgrund eben dieser neoliberalen Politik, die sich auch auf die soziale Lage von Teilen des Industrieproletariats auswirkt, zunehmend an Bindekraft auch in diesem Kern der Arbeiterklasse.
- Im Verhältnis zu Tarifikämpfen in der Industrie mit einem überdurchschnittlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben Tarifikämpfe in Branchen zugenommen, die Ziel verstärkter Angriffe durch die Monopolbourgeoisie sind. Dazu zählen Bereiche, die von Privatisierungen und neoliberalen Staatsumbau betroffen sind, wie das Gesundheits-, das Bildungs- und Erziehungswesen und der öffentliche Verkehrssektor. Entscheidend für die Bedeutung der Tarifikämpfe sind dabei der Grad der Mobilisierung und die steigende Kampf- und Organisationsbereitschaft in den Gewerkschaften. Die DKP unterstützt insbesondere die Herausbildung von Bündnissen auf örtlicher Ebene, in denen sich Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger zu einem gemeinsamen Kampf zur Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammenschließen. Das können Keimzellen antimonopolistischer Bündnisse sein.
- Schon immer wurden Frauen unter kapitalistischen Bedingungen als industrielle Reservearmee missbraucht. Unter den Bedingungen der derzeitigen Offensive des Monopolkapitals führt dies dazu, dass sie in prekäre Beschäftigung und Teilzeit gedrängt werden. Der für BRD-Verhältnisse erreichte Höchststand der Frauenerwerbstätigkeit lässt deshalb für die meisten Frauen ein eigen-

804 ständiges Leben nicht zu. Die Tätigkeit in Branchen und Berufen, in denen überwiegend Frauen  
805 arbeiten, wie im Erziehungs- und Gesundheitswesen, in der Altenpflege, im Einzelhandel oder  
806 Reinigungsgewerbe bringt eine deutliche finanzielle Benachteiligung mit sich und führt fast immer  
807 in die Altersarmut. Die Lage der lohnabhängigen Frau verschärft sich zusätzlich, weil sie neben  
808 ihrer Erwerbstätigkeit weiterhin zumeist für die Sorgearbeit verantwortlich ist. Immer mehr Frauen  
809 haben das durchschaut und wehren sich. So engagieren sie sich für den Frauenstreik oder haben  
810 sich zum Beispiel im Sozial- und Erziehungsdienst und in den Krankenhäusern für bessere Ar-  
811beitsbedingungen und gerechtere Löhne auf den Weg gemacht. Sie alle verfügen entsprechend  
812 über aktuelle Kampferfahrungen.

813

814 Diese Kämpfe sind im Interesse der gesamten Klasse und ein Schlüssel zur Emanzipation der  
815 Frau. Die DKP sieht eine wichtige Aufgabe darin, Frauen in diesen Kämpfen zu unterstützen, die  
816 zentralen Forderungen nach der 30-Stunden-Woche, dem Verbot von prekärer Beschäftigung  
817 und gleichem Lohn für gleiche Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen und nicht zuletzt mehr Frauen  
818 in ihren Reihen zu organisieren.

819

820 • Nicht erst seit dem „NSU-Komplex“, dem größten Geheimdienstskandal seit Bestehen der BRD,  
821 dem Herausbilden des sogenannten „Tiefen Staates“, faschistischen Putschplänen in Militär und  
822 Polizei-Eliteeinheiten, dem Mord an Walter Lübcke, dem antisemitischen Anschlag in Halle, fa-  
823schistischem Terror und einer EU-weiten Faschisierung, ist die DKP fest verankert in der antifa-  
824schistischen Bewegung. Dabei orientiert sie aus der historischen Erfahrung heraus immer auf  
825 breite Bündnisse, um einen künftigen Faschismus verhindern zu können.

826

827 Der §139 des Grundgesetzes sagt: Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozia-  
828 lismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften sind nach wie vor gültig. Ebenso gelten-  
829 des Recht sind entsprechende Bestimmungen alliierter Kontrollratsgesetze und des Potsdamer  
830 Abkommens. Hier heißt es: „Die Nationalsozialistische Partei ... ist zu vernichten; ... es sind Si-  
831 cherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazis-  
832 tischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ Wir fordern deshalb  
833 die Auflösung der NPD sowie aller anderen faschistischen Organisationen bzw. deren Verbot. Wir  
834 fordern konsequentes Einschreiten gegen Antisemitismus, Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze, ge-  
835 gen Holocaustleugner als auch gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, sexueller  
836 Orientierung, sozialer Herkunft und Weltanschauung.

837

838 • Schon vor der sprunghaften Zunahme von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten im  
839 Sommer 2015 ist ein wachsender Teil der Menschen, vor allem in den Metropolen, ausländischer  
840 Herkunft. Diese Situation wurde ursächlich durch die imperialistische Ausbeutungs- und Kriegs-  
841 politik geschaffen und wird auch zukünftig davon geprägt sein. Deshalb wirken Kommunistinnen  
842 und Kommunisten in den Bündnissen gegen die expansionistische imperialistische Ausbeutungs-  
843 praxis und fluchtverursachende Kriegspolitik. Gegen diese verheerende und menschenveracht-  
844 ende Politik kämpfen wir hier gemeinsam Seite an Seite mit den vertriebenen Menschen. Der  
845 überwiegende Teil von ihnen ist Teil der Arbeiterklasse. Die gezielte Anwerbung ausländischer  
846 Arbeiterinnen und Arbeiter ist Bestandteil der Monoploffensive. Sie zielt darauf ab, eine rechtlo-  
847 se Manövriermasse – vom Rest der Bevölkerung aufgrund kultureller, sprachlicher und religiöser  
848 Unterschiede separiert – zur Verfügung zu haben, um Löhne zu drücken und soziale Rechte ab-  
849 zubauen.

850

851 • Die DKP wendet sich gegen diese imperialistische Migrationspolitik, die sich sowohl gegen die  
852 Rechte der Arbeiterklasse in Deutschland als auch gegen die vom Imperialismus unterdrück-  
853 ten Länder richtet, deren Ökonomien zum Teil hochqualifizierte Arbeitskräfte entzogen werden.  
854 Gleichzeitig hält es die DKP für zwingend, die in Deutschland lebenden ausländischen Kollegin-  
855 nen und Kollegen durch volle politische und soziale Gleichberechtigung zu integrieren, um der  
856 Spaltung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken, auch durch Lernen internationaler Kampferfah-  
857 rungen.

858

859 Dabei wendet sich die DKP gegen das Anfachen von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und  
860 Rassismus. Sie wendet sich gleichzeitig gegen den Missbrauch von falschen Rassismusvorwür-  
861 fen, die ebenfalls der Spaltung der Klasse und antirassistischer Bündnisse dienen und davon

ablenken sollen, dass Ausbeutung und Konkurrenz durch Zuzug ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter bewusst intensiviert werden. Die DKP sieht im gemeinsamen Handeln deutscher und ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Monopolbourgeoisie ein entscheidendes Mittel, Vorurteile und Separation zu überwinden. Deshalb heißt unsere Willkommenskultur: Gemeinsam kämpfen – gleicher Boss, gleicher Kampf!

- Die Arbeiterjugend ist im Gegensatz zu ihren Eltern oder Großeltern der Nachkriegsgeneration in der Tendenz sozial schlechter gestellt. Jugendliche sind viel stärker als frühere Generationen von Erwerbslosigkeit, unsicheren Arbeitsverhältnissen und Arbeiten im Niedriglohnssektor bedroht. Kinder aus der Arbeiterklasse sind tendenziell durch weiteren sozialen Abstieg gefährdet, während ein sozialer Aufstieg aufgrund zunehmender sozialer Selektion im Bildungssystem um ein Vielfaches schwieriger ist.

Die DKP ist eng verbunden mit der SDAJ und sieht in der Arbeiterjugend eine wichtige Erfahrungsquelle für die Weiterentwicklung des Klassenkampfes. Sie setzt sich für das eigenständige politische Agieren der Jugend und ihrer demokratischen Organisationen ein. Sie tritt im Sinne der Aktionseinheit jeglichen Bestrebungen entgegen, die Jugend gegen die ältere Generation auszuspielen und hebt die Rolle der arbeitenden Jugend hervor im Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse und ihre intensivierte Ausbeutung durch die Etablierung des Niedriglohnssektors.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Einheitsgewerkschaften sind Ergebnis des Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als geschichtliche Erkenntnis aus der Befreiung vom Faschismus. Gleichzeitig bilden sie heute die wichtigste organisatorische Struktur für die Herstellung der Aktionseinheit. Demgegenüber sind sozialpartnerschaftliche Illusionen und das Arbeiten ehren- und hauptamtlicher Funktionäre in klassischer Stellvertreterpolitik in den DGB-Gewerkschaften tief verankert. Trotz des zum Teil schwindenden direkten Einflusses der SPD in den Vorständen reproduziert sich diese Ausrichtung weiter. Insofern bleiben die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Aufgabe, der Vertretung der Interessen der gesamten Klasse, geschwächt. Umso stärker gehören der Kampf um die Aktionseinheit und um innergewerkschaftliche Demokratie und die Autonomie der Gewerkschaften für die DKP zusammen. Die aktuellen Entwicklungen der „Gewerkschaften von unten“, wie sie in der IG Metall und ver.di politisch beschlossen und in großen Prozessen umgesetzt werden, sind noch nicht in der Lage, die lange Tradition der sozialpartnerschaftlichen und standortsichernden Ausrichtung in zentralen Fragen zu verändern. Sie bieten aber vielversprechende Ansätze, die innergewerkschaftliche Demokratie zu stärken und damit die sozialpartnerschaftlichen Einflüsse zurückzudrängen.

Die Interessen der Arbeiterklasse dürfen nicht auf die ökonomischen Interessen reduziert werden. Der Kampf gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik des Monopolkapitals und die Mobilisierung gegen NATO-Aufrüstung und das Säbelrasseln gegen Russland, der Kampf gegen Wohnungsnot und Privatisierungen sowie gegen verschärfte Polizeigesetze und andere Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte bedürfen der verstärkten gewerkschaftlichen Intervention. Neben der betrieblichen Interessenvertretung und der Organisation der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb (Betriebsgruppe/Vertrauensleute) sehen Kommunistinnen und Kommunisten deshalb eine wesentliche Aufgabe darin, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken – in engem, vertrauensvollem, aber auch offenem Austausch mit den Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen.

Der Streik, und insbesondere der politische Streik, wie er von den DGB-Gewerkschaften ver.di, IG BAU und GEW gefordert wird, wird von rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführern diffamiert und von der Arbeitsrechtsprechung für illegal erklärt. Dadurch gerät das zentrale Kampfmittel der Arbeiterklasse aus dem Bewusstsein entscheidender Teile der organisierten Arbeiterklasse. Das ist das Haupthindernis, um zu einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zu einer Wende zu sozialem, demokratischem und ökologischem Fortschritt zu kommen. Die Streiks im Gesundheits- und Pflegebereich, vor allem an der Berliner Charité und den Unikliniken Düsseldorf und Essen, im Gebäudereinigungshandwerk oder bei Internet-Riesen wie Amazon zeigen, dass Teile der Arbeiterklasse bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen. Dafür ist der Streik nicht das letzte, sondern das wirksamste Mittel.

**918 Die Rolle der Intelligenz**

919

920 Im Zuge der Produktivkraftentwicklung und der damit immer einhergehenden Zuspitzung der Wi-  
921 dersprüche im staatsmonopolistischen Kapitalismus wachsen die Bedeutung der Intelligenz und ihr  
922 Anteil an der Bevölkerung. Sie ist dabei einem beträchtlichen Differenzierungsprozess ausgesetzt.  
923 Teile der Intelligenz werden Teil der Arbeiterklasse oder nähern sich ihr hinsichtlich ihrer sozialen  
924 Lage an. Auch Teile der technischen Intelligenz erleben die Abwertung ihrer Ware Arbeitskraft bis  
925 hin zur Gefahr der Verarmung, da die der Produktivkraftentwicklung entspringenden technischen  
926 Entwicklungen immer weniger hochspezialisierte Fachkräfte und eine steigende Zahl an mittelmäßig  
927 qualifizierten Fachkräften benötigen.

928

929 Die Ökonomisierung und Verschulung der universitären und Hochschulausbildung seit der Bologna-  
930 Reform, die ein selbstständiges kritisches Forschen und Denken in gesellschaftlichen und naturwis-  
931 senschaftlichen Zusammenhängen untergräbt, wirkt sich auf das Bewusstsein, die Zusammenset-  
932 zung an Hochschulen und die Ausdifferenzierung der Elitenbildung aus. Ähnlich wie sich das Abitur  
933 langsam von seiner Exklusivität verabschiedet, tut es seit Jahren das (Fach-)Hochschulstudium.  
934 Wenn auch immer noch ein Großteil der Studierenden – vor allem solche, die auch tatsächlich ab-  
935 schließen und erst recht beim Mittelbau – mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss hat, ge-  
936 langen doch auch immer mehr Arbeiterkinder an die Hochschule. Und auch die Hochschulen selber  
937 sind – unter anderem aufgrund der geänderten sozialen Zusammensetzung – nicht mehr per se Hort  
938 der (ideologischen) Eliten. Diese werden vermehrt auf privaten Hochschulen ausgebildet, wohinge-  
939 gen die staatlichen Hochschulen vor allem den Zweck der Festigung der ideologischen Hegemonie  
940 der Herrschenden – vor allem im Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Bereich – verfolgen. Die  
941 Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz wächst.

942

943 Das Wissen und die geistigen Fähigkeiten der Intelligenz sind für die Herausbildung eines antimono-  
944 polistischen Bündnisses wichtige Voraussetzung. Die ökonomischen Ängste von Intelligenz und  
945 Arbeiterklasse haben sich teilweise schon sehr angenähert. Die DKP sieht es als ihre Aufgabe an,  
946 diesen Schulterschluss voranzutreiben. Als Teil der lohnabhängigen Mittelschichten müssen die  
947 entsprechenden Teile der Intelligenz in die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse einbezogen  
948 und dem Einfluss der Monopolbourgeoisie entzogen werden. Die Arbeiterklasse kann nur als prak-  
949 tisch vorwärtstreibende und kämpfende Kraft eine Anziehungskraft auf die Intelligenz entwickeln,  
950 die zur beginnenden Loslösung vom Einfluss der Monopolbourgeoisie führt. Dazu gehört die Er-  
951 kenntnis, dass eine selbstbestimmte Entfaltung ihrer geistigen Potenzen nur an der Seite der Arbei-  
952 terklasse und in einem anderen Bildungssystem möglich ist.

953

**954 Die Rolle der Mittelschichten**

955

956 Während der Anteil der Lohnabhängigen wächst, sinkt der Anteil der selbstständigen Mittelschich-  
957 ten, der Handwerker, Einzelhändler und Gewerbetreibenden. Aufgrund ihrer sozialen Stellung ge-  
958 raten sie als Konkurrenten, Dienstleister oder Zulieferer immer mehr unter ökonomischen Druck  
959 des Monopolkapitals, der oftmals bis zum Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz führt, was zum  
960 Beispiel an der Ausweitung des Versandhandels durch die großen Handelsmonopole (Amazon, Za-  
961 lando etc.) gut sichtbar wird und teilweise sogar unsere Innenstädte veröden lässt. Die Rolle der  
962 Mittelschichten gegenüber der Arbeiterklasse ist entsprechend widersprüchlich: Einerseits nähern  
963 sie sich wie andere Teile der Mittelschichten der Arbeiterklasse in ihrer sozialen Lage an. Anderer-  
964 seits unterliegen sie immer „Aufstiegshoffnungen“ und neigen deshalb dazu, sich der Führung des  
965 Monopolkapitals zu unterwerfen. Auch dies führt dazu, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte  
966 und Auszubildende in Betrieben der selbstständigen Mittelschichten zum Teil besonders krassen  
967 Formen der Ausbeutung ausgesetzt sind. Diese Erfahrungen behindern das notwendige gemeinsa-  
968 me Agieren gegen das Monopolkapital.

969

970 Die DKP sieht objektiv eine wachsende Interessenidentität von Mittelschichten und Arbeiterklasse  
971 im Kampf gegen Angriffe der Monopolbourgeoisie. Dies betrifft zum Beispiel die bereits beschriebe-  
972 nen Bereiche der Reproduktionssphäre, also Kämpfe gegen die Enteignung öffentlichen Eigentums,  
973 Personalnotstände oder Kürzungen oder Verteuerungen kommunaler Leistungen.

**Die Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR**

Unmittelbar zusammen mit dem Interesse der ganzen deutschen Arbeiterklasse an der Verteidigung ihrer sozialen und politischen Rechte hängen die Interessen der Menschen im Osten der Republik – der ehemaligen DDR. Sie verfügen über eine tief verwurzelte Kapitalismus-Skepsis und eigene historische Erfahrungen, die im antimonopolistischen Kampf von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehört, dass mit der DDR zum ersten Mal ein Sozialismus in Deutschland existierte. Das Leben in einer ausbeutungsfreien Gesellschaft, die sich vom Kapitalismus grundlegend unterschied in Hinblick auf eine friedliche Außenpolitik, soziale Sicherheit, politische Beteiligung, kulturelle Teilhabe oder solidarisches Zusammenleben, ist eine unzerstörbare Erinnerung für jede Bürgerin und jeden Bürger der DDR. Die zum Staat gewordene Arbeiterklasse hat diesen Sozialismus gegen den Willen der Kapitalisten im antifaschistischen Sinne aufgebaut und gestaltet. Obwohl und weil die sozialistische Gesellschaft auch von tiefen Widersprüchen geprägt war, ihre eigenen sozialen und politischen Ansprüche nur teilweise verwirklichen konnte und sich nicht jeder Werktätige als gesellschaftlicher Eigentümer empfand, ist diese Erfahrung ein wichtiges Erbe, das die Menschen aus der DDR in die Kämpfe der Gegenwart einbringen. Dazu zählen auch umfangreiche Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, über die Teile der ostdeutschen Intelligenz, aber auch andere Bürgerinnen und Bürger der DDR bis heute verfügen.

Mit der Kolonisierung der DDR durch die BRD hat die Bevölkerung im Osten Deutschlands eine besondere Härte des Kapitalismus und seiner Politik erlebt: Eine Deindustrialisierung, in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen mit den Folgen eines Krieges vergleichbar, die größte Enteignung von Volkseigentum in der Nachkriegsgeschichte, die politische Verfolgung und das Ersetzen der Eliten der DDR durch Westdeutsche mit entsprechender politischer und ideologischer Ausrichtung – all das hat nicht nur Existenzen und Lebenskonzepte einzelner vernichtet, sondern die Lebensleistungen von Generationen nachhaltig entwertet und ideologisch diffamiert. In diesem Sinne besitzt der Grad an ökonomischer Ausbeutung, politischer Unterdrückung und kultureller Zerstörung der Arbeiterklasse in Ostdeutschland eine besondere Qualität.

Dies wurde nicht zuletzt mit Hilfe faschistischer Kräfte umgesetzt, die im Zuge der Entmachtung der antifaschistischen Staatsorgane leichtes Spiel hatten und sich systematisch auf dem Gebiet der DDR etablieren konnten. Neofaschistische Organisationen, in der DDR noch unmöglich – faschistische Ansätze existierten allenfalls auf dem Niveau einer Subkultur – wurden nun geduldet und durch Stillhalten, Bagatellisieren, Schlechtreden und Kriminalisierung des staatlichen Antifaschismus im Namen von Demokratie und Freiheit sogar aktiv gefördert. Volkspolizei und andere Sicherheitskräfte mussten hilflos dabei zusehen, wie westdeutsche Nazikader systematisch Netzwerke im Osten aufbauten. Die faschistischen Kräfte konnten dabei in ein ideologisches Vakuum vorstoßen, denn Ordnung, Werte und nicht zuletzt die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr konsequenter Antifaschismus wurden nun durch „Bürgerrechtler“ und andere „Reformer“, vor allem aber durch die politischen Vorgaben der führenden BRD-Politiker verteufelt und diskreditiert, was auch nach der Einverleibung der DDR bis heute durch regelmäßige Hetzkampagnen fortgesetzt wird. Mit dem Schleifen zahlreicher DDR-Erregenschaften nach 1990 (Vollbeschäftigung, Grundversorgung, Kinder-, Jugend- und Kultureinrichtungen etc.) entstand dazu in vielen ostdeutschen Regionen ein sozialpolitisches Vakuum, das ebenfalls von NPD und Konsorten gefüllt werden konnte. All das bereitete den Boden für die aktuellen Wahlerfolge der AfD, insbesondere wenn es ihr als vermeintliche „Anti-Establishment-Partei“ gelingt, die weitverbreitete Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher aufzufangen.

Geschichte und Gegenwart Ostdeutschlands bieten aber auch Chancen: Die DKP begreift die Identifizierung vieler ostdeutscher Menschen mit der DDR und daraus resultierende Haltungen zum Sozialismus oder zum Friedenskampf als Hilfe im Kampf gegen Antikommunismus und in der Mobilisierung gegen die wachsende Kriegsgefahr. Mehr als das schafft die Erinnerung an die DDR einen Ausblick auf unser politisches Ziel und zeigt, wie der Sozialismus die Lebensfragen der Menschen beantwortet. Der Erfahrungsschatz der Eltern und Großeltern, der dies beinhaltet, hat auch Auswirkungen auf den Bewusstseinsstand der jüngeren Generation, die nicht in der DDR aufgewachsen ist. Der Sozialismus in der DDR war der Anfang, er hatte seine Wurzeln im Antifaschismus. In

1030 diesem Sinne ist der Kampf um das Erbe der Deutschen Demokratischen Republik ein Bestandteil  
1031 des ideologischen Klassenkampfes zur Überwindung der Hegemonie der Monopolbourgeoisie und  
1032 der Veränderung des Klassenkräfteverhältnisses zugunsten von Frieden und Abrüstung, demokra-  
1033 tischem, sozialen und ökologischen Fortschritt.

1034

### 1035 **Die DKP im Ringen um das antimonopolistische Bündnis**

1036

1037 Die DKP misst ihre Rolle im Klassenkampf daran, inwieweit es ihr gelingt, geduldig, rücksichtsvoll  
1038 und lernend um die Schaffung der Aktionseinheit und das antimonopolistische Bündnis in unse-  
1039 rem Land zu ringen. Sie leitet diesen Anspruch aus ihren Erkenntnissen des historischen und dia-  
1040 lektischen Materialismus, angewandt auf den heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus auf  
1041 internationaler und nationaler Ebene, ab. Dabei ist die DKP sich ihrer organisatorischen und theo-  
1042 retischen Unzulänglichkeiten bewusst, alle Abschnitte des heute stattfindenden Klassenkampfes  
1043 adäquat zu erfassen. Zusammen mit der ideologischen Schulung misst die DKP deshalb dem poli-  
1044 tischen Kampf und dessen theoretischer Reflexion einen hohen Stellenwert zu.

1045

1046 In diesen politischen Kämpfen respektieren und achten die Mitglieder der DKP verschiedene Zugän-  
1047 ge und weltanschauliche Meinungen. Sie ringen im Interesse der Gesamtbewegung darum, Mei-  
1048 nungsunterschiede aufzuheben. Sie können ihre Funktion als Avantgarde aber nur erfüllen, wenn  
1049 sie die Einheit ihrer politischen Konzepte nicht preisgeben. Nur dann sind sie überzeugungskräftig  
1050 und fähig, andere zu überzeugen. Für den Handlungsspielraum als Minderheit bedeutet das, dass  
1051 sie sich in allen Bündnissen ihre Besonderheit erhalten und ihre von allen anderen unterschiedene  
1052 Sicht – die der historisch-dialektisch-materialistischen Theorie – als Moment des gemeinsamen  
1053 Handelns zur Geltung bringen. Bündnisse sind nur dann wirkliche Bündnisse, wenn sie diese Ver-  
1054 schiedenheit der Partner respektieren und also auch zur Geltung kommen lassen. Das Hineintra-  
1055 gen von Klassenbewusstsein in Bündnisse und die Massen ist nur möglich, wenn die historisch-  
1056 materialistische Analyse und Bewertung von Situationen und Ereignissen auch artikuliert werden  
1057 kann. Der Aufbau eines antimonopolistischen Bündnisses, sei es auch nur vorübergehend, und die  
1058 Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse sind dabei zwei Seiten eines gleichzeitig zu führen-  
1059 den Klassenkampfes unserer Zeit. Hierin sieht die DKP ihre Hauptaufgabe und auch den Schlüssel  
1060 zu ihrer organisationspolitischen Stärkung. Dieses Land braucht mehr denn je eine starke Deutsche  
1061 Kommunistische Partei.



## Beschluss



### **Die ökologische Krise und die Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik**

Dieser Umwelantrag soll die Grundlage schaffen, ausgehend vom 23. Parteitag eine eigenständige Umweltpolitik der DKP zu entwickeln und grundsätzliche Positionen sowie auf Perspektive Eingreifmöglichkeiten für die Partei in diesem Bereich zu bestimmen. In dem Antrag werden die Grundannahmen eines marxistischen Umwelt- und Ökologieverständnisses skizziert.

Die DKP beschäftigt sich schon sehr lange mit Fragen des Kampfes um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Auch 1986 hat die DKP auf Ihrem Hamburger Parteitag dazu Beschlüsse gefasst. Die damals beschlossene These 19 „Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“ ist noch heute eine inhaltliche Grundlage für unsere Diskussion und Aktion. In dieser Kontinuität bekräftigen wir Teile der These 19 und hängen sie diesem Dokument als Arbeitsmaterial für den Parteivorstand an.

#### **1. Grundverständnis des Verhältnisses von Mensch und Natur**

Der Mensch ist als einziges Wesen im Prinzip in der Lage, die Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft immer exakter und tiefgehender wissenschaftlich zu erfassen und sich demgemäß auch bewusst und rational im Einklang mit diesen Gesetzmäßigkeiten zu verhalten. Insofern ist er nicht nur ein passives Produkt der Natur und der Gesellschaft, in individueller psychischer Ausprägung, sondern auch ihr aktiver Gestalter. Als Teil der Natur steht der sich selbst ernährende und selbst erzeugende Mensch damit in einer Beziehung zu seiner natürlichen Umgebung, die ihn von allen anderen Lebewesen unterscheidet.

Marx und Engels beschrieben die unauflöbliche Beziehung zwischen den organisch-natürlichen Voraussetzungen der Anthropogenese (Menschheitsentwicklung) und dem bewussten Einschnitt im Evolutionsprozess, der den entscheidenden Schritt zur Menschwerdung und zur Gesellschaftlichkeit des Menschen markiert, so: „Zum Leben [...] gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung und einiges anderes. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, [...] die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muss, um die Menschen nur am Leben zu erhalten.“ (Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 3 „Die deutsche Ideologie“).

Der Mensch tritt in einen unauflösbaren aktiven und strukturierten Stoffwechselprozess mit der Natur, er erhebt sich im Arbeitsprozess aus dem Tierreich und formt sich selbst zu einer individuellen Persönlichkeit. In dieser Mensch-Natur-Dialektik formt und nutzt der Mensch die Natur nach seinen Bedürfnissen. Dabei nimmt die Arbeit eine zentrale Vermittlerrolle ein. Die Arbeit wird zur grundlegenden Voraussetzung für jede menschliche Entwicklung. Durch die Produktion sichert der Mensch seine physische Existenzgrundlage, indem er die materiellen Bedingungen für sein Leben - Nahrung, Kleidung, Wohnung, etc. - produziert.

Die Produktionsverhältnisse und Produktionsweise bestimmen dabei die Einwirkungen der menschlichen Arbeit auf die Natur. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird das Mensch-Natur-Verhältnis systematisch deformiert. „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (K. Marx: Das Kapital, MEW 23, 530).

Durch die steigende Produktivität, die dem Profitprinzip folgt, hat sich die Arbeit verändert und somit ändert sich auch der Charakter der menschlichen Eingriffe in die Natur. Sie werden zu einer Gefahr für den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. „In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionsmittel und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche [...] nur Unheil anrichten, welche keine Produktivkräfte mehr sind, sondern nur Destruktionskräfte.“ („Die dt. Ideologie“, MEW Bd.3, 69).

Dies geschieht in dem Maße und Umfang, in dem die Natur - ebenso wie die menschliche Arbeitskraft - nur als Ausbeutungsobjekt durch das Kapital angesehen wird. Für die Zuspitzung dieses Widerspruchs und somit auch für die Auslösung der ökologischen Krise sind vor allem die Monopole der Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemie- und Agrarkonzerne und der Militärisch-Industrielle-Komplex verantwortlich. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist, der grundsätzlich die Interessen der Monopole vertritt, erlaubt und toleriert diese industriell organisierten Umweltbelastungen und -zerstörungen.

## **2. Die ökologische Krise als Feld des Klassenkampfes**

Die kapitalistische Produktionsweise und deren nicht nachhaltige Entwicklung der Produktivkräfte haben dazu geführt, dass in vielen Bereichen der natürlichen Lebensbedingungen die Grenzen der Ressourcennutzung überschritten wurden. Das hat zu einem Überschreiten der planetarischen Grenzen geführt. Die sich dadurch entwickelte ökologische Krise, manifestiert sich in vielen Bereichen, wie zum Beispiel beim Verlust an Bio-Diversität, der Überdüngung von Böden und Meeren durch Landwirtschaft und Industrie, der rasanten Veränderung des Klimas, die zur Ausbreitung von Wüsten führt, und der Verschmutzung der Meere. Ein aktuell offensichtliches Problem der ökologischen Krise ist die steigende Erwärmung der Erdatmosphäre. Stetig steigende Temperaturen werden auf absehbare Zeit so starke Veränderungen der natürlichen Lebensgrundlagen bewirken, dass die aktuelle Produktion in bisheriger Weise nicht fortgeführt werden kann.

Die Ursachen für den Anstieg von CO<sub>2</sub> und anderer Treibhausgase in der Atmosphäre und der damit einhergehende Treibhauseffekt liegen im Wesentlichen in der kapitalistischen Produktionsweise. Zu den Ursachen zählen unter anderem die Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger, die Herstellung und Anwendung von Kunstdünger, die Überproduktion an Gülle in der konventionellen Landwirtschaft und die Zerstörung global wichtiger Ökosysteme, einschließlich der Entwaldung großer Teile von Kontinenten. Diese Produktionsweise, die die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist perspektivisch nicht aufrecht zu erhalten.

Auch der rasante Anstieg von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas in der Atmosphäre ist in der kapitalistischen Produktionsweise begründet und kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden. Der Anstieg des Meeresspiegels bei gleichzeitiger Versauerung und Verschmutzung der Meere, ein exponentielles Artensterben, auftauende Permafrostböden und Wetterextreme sind nur erste Erscheinungen einer bevorstehenden ökologischen Katastrophe. Als Folge der Umweltzerstörung sind starke Migrations- und Fluchtbewegungen ebenso zu erwarten wie der Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien. Verteilungskämpfe, Kriege eingeschlossen, um Trinkwasser, Anbauflächen und anderen Grundversorgungsmittel werden sich weltweit zuspitzen.

Für die Menschheit folgenschwere Eingriffe in die Natur sind allgegenwärtig. Besonders betroffen sind Angehörige der Arbeiterklasse, Kleinbauern und völlig verarmte Bevölkerungsschichten, vor allem in den von den Imperialisten ausgebeuteten Ländern aber auch innerhalb der imperialistischen Zentren. Die ökologische Krise bedeutet Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Zerstörung der Grundlagen für Produktion und Konsumtion, also der Produktionsbedingungen weltweit. Daraus ergibt sich eine Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche. Unter diesem Aspekt ist die soziale Frage von den ökologischen Fragen nicht zu trennen.

Die Natur ist nicht nur Grundlage der menschlichen Existenz, sondern auch Bedingung zur Reproduktion der Arbeitskraft. Deshalb ist die ökologische Krise nur bedingt ein allgemein menschliches Problem, sondern ein Gebiet des Klassenkampfes. Die Kosten dafür sollen sie nicht selbst tragen müssen. Es gilt die von der kapitalistischen Produktionsweise verursachten Folgen aufzuzeigen und damit den ökologischen und den antiimperialistischen Kampf als eine Einheit zu verstehen und zu führen. Das bedeutet aus marxistischer Sicht Klassenkampf.

### **3. Kommunistischer Umwelt- und Klimapolitik und ihre Politikfelder**

Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“, um der beschleunigten Gefährdung und Zerstörung der ökologischen Grundlagen und damit der Lebensgrundlage der Menschheit auf diesem Planeten Einhalt zu gebieten. Durch das kapitalistische Profitstreben ist diese Produktionsweise unfähig, die Grundbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und verursacht dabei die ökologischen Zerstörungen selbst. Der Einstieg in die gesamtgesellschaftliche Planung der Volkswirtschaft ist unabdingbar, dazu müssen die monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse sofort eingeschränkt, die Monopole entflochten und vergesellschaftet werden. Das erfordert umfassende gesamtgesellschaftlich und ökologisch orientierte Gegenmaßnahmen in der gesamten Industrie, in der Agrar-, Wasser-, Bau-, Verkehrs- und Transportwirtschaft.

Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben, um die angebliche „grüne“ Modernisierung der Produktion zu finanzieren. Sie sind noch nicht einmal dazu geeignet, die Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen, geschweige denn die ökologische Krise aufzuhalten. Die jetzt eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung dient eben dieser Umverteilung. Als verbrauchsbezogene Steuer ist sie vor allem von der Arbeiterklasse zu zahlen. Sie ist eingebettet in ein Steuersystem in Deutschland, das die Kosten des Staates für die Allgemeinheit nicht durch Konzernbesteuerung, sondern durch Verbrauchsteuern finanzieren lässt. Die Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen muss mit der Forderung nach Durchsetzung des Verursacherprinzips und nach einer Reichensteuer verbunden werden. Die Konzerne und Banken, deren Besitzer, Aktionäre, Finanziers und Nutznießer verantwortlich sind für die umweltschädliche Produktivkraftentwicklung, müssen gezwungen werden zu zahlen.

Neue Massen- und Verbrauchssteuern wie eine CO<sub>2</sub>-Steuer sowie jede Art der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die Endverbraucher oder Konsumenten verdrehen das Verursacherprinzip. Die Geschädigten sollen die Kosten zahlen und nicht diejenigen, die die Produkte und Technologien herstellen und zum Einsatz bringen lassen. In Zukunft muss es darum gehen, dass in einem demokratischen Prozess entschieden wird, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig die Lebensgrundlagen zu erhalten. Diese Entscheidungen dürfen nicht länger in den Händen des Monopolkapitals liegen.

Nur eine Klima- und Umweltpolitik in Verknüpfung mit einer umfassenden Konzeption der Systemüberwindung und des Bruchs mit der Profitlogik kann eine Zukunftsperspektive für die vom Kapitalismus ausgebeuteten Klassen und Völker darstellen. Die ökologische Krise ist nicht allein im nationalen Maßstab zu lösen. Sie muss zum gemeinsamen Kampffeld der internationalen Arbeiterbewegung werden.

Der Parteivorstand wird beauftragt einen Aktions- und Forderungskatalog für wichtige Themenkomplexe im Bereich der Umweltpolitik zu erarbeiten. Dabei gilt es heraus zu arbeiten, an welchen Stellschrauben die kapitalistische Produktionsweise sich bereits in ihren eigenen Grenzen verfängt, eine ökologische Krise bereits bevorsteht, wie der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Schichten zu den Themenpunkten zu analysieren ist sowie Reformforderungen zu den einzelnen Feldern. Es stehen unter anderem folgende Themen im Fokus:

- Krieg und Militär
- Mobilität und Verkehr
- Energie- und Wärmeversorgung
- Nahrungsmittelproduktion
- Wohnen und Stadtentwicklung
- Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsweise
- Gesundheitliche Folgen der ökologischen Krise

Dabei sind folgende Forderungen Bestandteil:

- Vergesellschaftung aller Energiekonzerne
- Die DKP lehnt jede Form der CO<sub>2</sub> Steuer als Massensteuer ab
- Die DKP tritt für ein kostenloses öffentliches Personennahverkehr ein
- Für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen

Außerdem werden die Gruppen je nach Schwerpunkt und Möglichkeiten dazu aufgefordert, sich in die je nach Ort unterschiedlich oft stattfindenden Klimastreiks „Fridays for future“ mit unserer Analyse und unseren Positionen zur Klimafrage einzubringen. Unsere Aufgabe muss es ebenfalls sein, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Umweltbewegungen zusammenzuführen, so dass wir es schaffen, dass die inhaltlichen Diskussionen zur Ökologie auch in Verknüpfung mit der Frage der Produktion in den Gewerkschaften stattfinden und diese die Proteste unterstützen.

## Beschluss



### **Fridays for Future**

Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Positionierung der DKP zur Bewegung „Fridays for Future“ und eine Handlungsempfehlung an die Parteigliederungen dazu zu erarbeiten und zu kommunizieren. Zu den Beratungen innerhalb des Parteivorstands sollen Vertreter der SDAJ eingeladen werden.

## Beschluss



### **Arbeitsmaterial für den Parteivorstand zur Erarbeitung aktueller Positionen der DKP zur Umweltpolitik**

1. These 19 des 8. Parteitages der DKP in Hamburg, 1986
2. Alternativantrag zum Antrag des Parteivorstandes der DKP Frankfurt Nord-Ost
3. Antrag der KO Taunus-Wiesbaden
4. Antrag der KO Solingen „Für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt – jetzt handeln!“
5. Antrag der Gruppe Sonneberg: Handreichung Umweltzerstörung
6. Antrag der Gruppe Berlin Tempelhof-Schöneberg: Organisierung der weiteren Parteidebatte durch den Parteivorstand.
7. Antrag der BDK Südbayern: „Gegen die grüne Offensive des Monopolkapitals – CO<sub>2</sub>-Bepreisung stoppen!“

#### **1. „Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“, Auszüge aus These 19 des 8. Parteitages der DKP in Hamburg, 1986**

- Mit dem Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution werden nach Art und Umfang menschliche Eingriffe in die Natur vorgenommen wie nie zuvor. Die Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt sind dahinter zurückgeblieben. Angesichts der Begrenztheit wichtiger Naturstoffe und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt besteht erstmals in der Geschichte eine Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschheit. Eine Krise neuer Art ist entstanden: die ökologische Krise, die sich zu einer ökologischen Katastrophe auswachsen kann.

- In der Bundesrepublik hat sich die Umweltqualität schon heute derart verschlechtert, dass hiervon die alltäglichen Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung berührt sind. Wo Nahrung, Boden, Luft und Wasser so giftig sind, dass Wälder, Pflanzen und Tiere sterben, können auch die Menschen nicht gesund bleiben. Auf der Jagd nach Höchstprofiten belasten die Konzerne die Umwelt mit freigesetzten Schadstoffen, mit hochgiftigem Chemie- und Atommüll. Schädigungen der Umwelt werden durch militärische Übungen und den Bau von Militäranlagen hervorgerufen. Von atomaren und chemischen Waffen gehen auch im Frieden tödliche Gefahren aus.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Umweltgefährdung ist ein wachsendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung entstanden. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte mussten sich der Ökologieproblematik zuwenden. Der Druck der Umweltschutzbewegung hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass in manchen Bereichen vermehrte Umweltinvestitionen getätigt wurden. Die Politik der Bundesregierung ist jedoch ungeeignet, die Zuspitzung der ökologischen Krise abzuwenden, weil sie den Konzernen nicht entgegengetreten will. Ihr Konzept „Mehr Markt beim Umweltschutz“ zielt darauf, staatliche und öffentliche Kontrollmöglichkeiten abzubauen sowie die Umweltschutzkosten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

- Die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit entspringt nicht der modernen Wissenschaft und Technik, sondern den kapitalistischen Verhältnissen, unter denen sie entwickelt und eingesetzt werden. Im Kapitalismus ist der Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur der Profitmacherei unterworfen. Das bewirkt Raubbau an der Natur. Weil Umweltschutzmaßnahmen den Profit mindern, wird so weitgehend und so lange wie irgend möglich darauf verzichtet. Gleichzeitig bedeuten die krisenbedingte Vernichtung von Produktivkräften sowie die Schaffung eines Vergeudungs- und Wegwerfsystems im Konsumbereich einen verschwenderischen Umgang mit der Natur. Eine Gesellschaftsordnung, in der aus Profitsucht die für Mensch und Umwelt schädlichen Folgewirkungen systematisch außer Acht gelassen werden, ist lebensgefährlich. Im Umweltproblem kommt die geschichtliche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck.

Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse steht nicht im Widerspruch zu einer an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierten Wirtschaftsentwicklung. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse und unter Kontrolle der Gesellschaft, die vernünftige und planvolle Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kann allein jene Mittel hervorbringen, die gebraucht werden, um die natürliche Umwelt zu sanieren, energie- und rohstoffsparende Technologien zu schaffen, einen pfleglichen Umgang mit der Natur zu ermöglichen. Gerade der Umweltschutz muss zu einem der wichtigsten Felder für neue Investitionen und damit auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Notwendig ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Die Arbeiterklasse und damit auch unsere Partei sind aufgefordert, hierfür stärker in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei geht es vorrangig um Probleme wie die Sanierung von „Altlasten“ in Boden und Wasser, die Vermeidung von Schadstoffen, die Einsparung von Energie und Rohstoffen, die Entwicklung von Kreislauftechnologien, die Umweltforschung, Umweltplanung und Stadtentwicklung.

Fortschritte im Umweltschutz erfordern breite demokratische Bündnisse gegen die Hauptverursacher der ökologischen Krise, die Monopole. Sie verlangen Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen und Umweltverbände über den Einsatz der Produktionsmittel. Ziel muss sein, einen die Naturressourcen und die Umwelt schonenden Umgang mit der Natur durchzusetzen und damit die Lebensqualität zu verbessern. Notwendig ist eine solche demokratische Kontrolle bereits bei der Projektierung neuer Industrieanlagen, für die eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit unabdingbar ist. Die Umweltschutzgesetzgebung ist strikt am Verursacherprinzip auszurichten. Eine demokratische Umweltpolitik verlangt Eingriffe in das Profitsystem als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals. Für die DKP ist der Kampf für den Schutz der Umwelt Bestandteil des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende.

- Umweltgefährdung macht an Staatsgrenzen nicht halt. Sie ist ein globales Problem. Die Verschmutzung der Weltmeere, Einwirkungen auf die Erdatmosphäre, die Zerstörung der tropischen Regenwälder und zunehmende Wüstenbildungen betreffen in ihren Folgen die gesamte Mensch-

heit. Alle Staaten stehen in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass die Umweltbelastungen einschneidend gemindert werden. Besonders skrupellos verhalten sich die multinationalen Konzerne, die stark umweltbelastende Produktionen in Länder der „Dritten Welt“ verlagern und dabei nicht einmal minimalen Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Das Ausmaß der globalen Umweltzerstörung ist ganz wesentlich dadurch bedingt, dass das vom Imperialismus ausgehende Wettrennen gewaltige Mittel an Rohstoffen, Arbeitskräften und wissenschaftlicher Kapazität verschlingt, die dann für die Entwicklung umweltschonender Techniken, für eine radikale Beseitigung bereits vorhandener Umweltschäden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wegen der zwischenstaatlichen und globalen Dimensionen der Umweltprobleme werden koordinierte Aktivitäten in internationalem Maßstab immer dringlicher. Die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist so auch deshalb notwendig, um eine systemübergreifende Kooperation auf ökologischem Gebiet zu ermöglichen. Gerade in Mitteleuropa - einer industriellen Ballungsregion mit einzigartiger Konzentration von Massenvernichtungsmitteln und Militäreinrichtungen - sind zwischenstaatliche Vereinbarungen über vermehrten Umweltschutz und deren Finanzierung durch Rüstungskürzungen besonders dringlich.

## **2. Alternativantrag zum Antrag des Parteivorstandes der DKP Frankfurt Nord-Ost**

Nach 300 Jahren Dauer und weltweiter Ausdehnung des Kapitalismus ist die Ausbeutung der Natur so weit fortgeschritten, dass sie für das Weiterleben der Menschen zur Gefahr wird.

### Rasant wachsender Naturverbrauch

Auch in vorherigen Produktionsweisen haben die jeweils herrschenden Klassen die Arbeitskraft anderer Menschen und die Natur ausgebeutet. Auch damals blieben mancherorts (etwa durch Abholzung, Entwässerung und Überweidung) Wüsten zurück, wurden Tier- und Pflanzenarten ausgerottet. Das Besondere am Kapitalismus besteht darin, dass er den rücksichtslosen Verbrauch von Natur (von natürlichen Ressourcen) erheblich beschleunigt hat. Es gelingt den Kapitalisten heute noch, die Produktivität der von ihnen ausgebeuteten menschlichen Arbeitskraft in immer neuen Wellen technischer Entwicklung und rationalisierter Organisation weiter zu steigern. Die schnell wachsende Warenproduktion geht mit wachsendem Verbrauch von Natur einher. Der Umfang des Stoffwechsels der menschlichen Gattung mit der Natur wird größer, nicht nur weil die Zahl der Menschen sehr groß geworden ist, sondern vor allem, weil die menschliche Arbeit eine viel größere Menge an Rohmaterial verarbeitet und verbraucht und entsprechend viel Material als Müll ausscheidet oder an die Natur zurückgibt als in früheren Perioden. Im Zuge dessen drohen Land, Meere und Flüsse zu verseuchen, wachsen die Wüsten, herrscht in immer mehr Regionen Wassermangel, verschwinden Wälder und Moore, Flüsse und Seen, verschwinden die Wildpflanzen und Tiere, immer mehr Arten sterben aus und die Temperatur auf der Erde nimmt zu.

### Zwei Seiten der steigenden Produktivität

Die Ausweitung des Ausbeutungsprozesses von Mensch und Natur ist aber nicht notwendige Folge steigender Produktivität der Arbeit. Produktivitätswachstum kann auch bedeuten, dass mit sinkendem Arbeitseinsatz und/oder mit sinkendem Naturverbrauch der gleiche Reichtum, also ein gleiches oder ähnlich großes Produktvolumen erzielt wird. Kann es diese Art der Produktivitätssteigerung im Kapitalismus geben? Im Prinzip und im Einzelfall ja, wenn Kapitale oder meist Monopole die Produktion einschränken und selbst in einem schrumpfenden Absatzmarkt noch gute oder sogar steigende Profite erzielen. Vermutlich ist auch der Kapitalismus zu einer solchen „Realschrumpfung“ in der Lage, bedenkt man, dass es ökonomische Krisen gibt, die eine solche Schrumpfung gewaltsam durchsetzen. Zugleich muss festgestellt werden: Es ist wider die Natur des Kapitalismus so zu agieren. Ohne äußere Schranken wird der Kapitalismus immer die Ausweitung von Naturverbrauch und Arbeitskraftausbeutung betreiben.

### Nicht Wachstumszwang sondern Kapitalismus

Die dem Kapitalismus innewohnende Ausweitung des Naturverbrauchs ist das, was andere „Wachstumszwang“ nennen. Der Ausdruck ist unglücklich, weil es in unserer so beschriebenen Gesellschaft nicht darum geht, die Löhne steigen, die Zahl der Kindergärten und Bibliotheken wachsen



und die Qualität der Obstgärten und Kommunikationsmittel besser werden zu lassen. Vielmehr ist die Vermehrung und Verbesserung dieses Reichtums nur Zwischenziel oder erkämpftes Ergebnis des eigentlichen Zwecks der Übung, der rücksichtslosen Jagd nach Profit. Weil sie und der Zwang, den größtmöglichen Profit zu erzielen, die eigentlichen Ursachen für Naturverbrauch und Naturzerstörung sind, schlussfolgern wir, dass nur in der nachkapitalistischen Produktionsweise, im Sozialismus, ein einigermaßen stabiles und nachhaltiges Gleichgewicht im Stoffwechsel der Menschheit mit der Natur möglich ist. „Im Umweltproblem kommt die geschichtliche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck“, formulierte deshalb 1986 der 8. Parteitag der DKP.

#### Umweltkampf ist Klassenkampf

Wir Kommunisten sind Realisten genug, um zu wissen, dass es bis zu einer Umwälzung der Verhältnisse zum Sozialismus noch vieler und intensiver Klassenkämpfe und vermutlich auch noch viel Zeit bedarf. Viele ökologische Fragen, z. B. der Klimawandel, die Verseuchung der Meere und der Böden, das Artensterben, sind zu dringend. Sie müssen hier und jetzt angegangen werden. Im Übrigen sind einige Umweltfragen im Kapitalismus gelöst oder zumindest gelindert worden. Zum Beispiel verfügen in entwickelten kapitalistischen Ländern viele Städte und Dörfer über funktionierende Abwasser- und Müllbeseitigungssysteme, sind viele Flüsse sauberer geworden, ist das giftige Blei aus den meisten Wasserleitungen und dem Autobenzin entfernt worden, und selbst das Ozonloch über der Antarktis scheint nicht mehr zu wachsen. Auch hierin sind Auseinandersetzungen um ökologische Fragen ähnlich den sozialen Kämpfen um bessere Lebensbedingungen und niedrigere Ausbeutungsraten. Der tägliche Klassenkampf dreht sich um den Lohn, die Rente, die Wohn- und Gesundheitssituation. Er dreht sich um Bildung und Gesundheit, sauberes Wasser, funktionierende Abwasser- und Abfallbeseitigung, feinstaub- und giftarme Atemluft, genießbare Nahrungsmittel.

#### Die Lösungen des Finanzkapitals

Ökologische Fragen sind zwar ein Feld des Klassenkampfes, aber in ökologischen Fragen sind Angehörige verschiedener Klassen und Schichten und auch große Teile der Bourgeoisie mehr oder weniger ernsthaft gewillt, für die Bewohnbarkeit des Planeten zu kämpfen. Kein Wunder, dass ökologisch orientierte Organisationen wie die Grünen oder auch Fridays4Future für die Instrumentalisierung durch das Finanzkapital offen sind. Weil sich aus der Teillösung von Umweltproblemen auch Kapital schlagen lässt, bemächtigen sich Konzerne und Finanzgruppen vieler politischer Umweltbewegungen oder organisieren sie von vornherein und lenken ihre Forderungen auf Maßnahmen, die den Interessen der breiten Masse der Bevölkerung und auch der Bewältigung der eigentlichen Umweltprobleme entgegenstehen. Besonders deutlich wird das in den sogenannten „marktwirtschaftlichen“ Lösungen. Es werden die Wasserversorgung und die Müllentsorgung privatisiert, der Zugang zu diesen Systemen sowie zu Elektrizität, Heizung und Transport, ähnlich wie bei Gesundheit und Bildung, mittels Steuern und Abgaben so verteuert, dass erhebliche Gewinne anfallen und ärmere Menschen sich diese lebensnotwendigen Güter nicht mehr leisten können. Die Abgaben fließen dann als Finanzierungssubventionen Privatinvestoren zu, damit für diese die Investition in „grüne“ Projekte lohnend wird.

#### Aufgaben der Kommunisten

Die DKP weist im Kampf für eine bessere Umwelt darauf hin, dass die gegenwärtige Politik der imperialistischen Staaten die ökologische und Klimakrise nicht löst, sondern darauf gerichtet ist, die Interessen des Kapitals, insbesondere der großen Monopole und des Finanzkapitals, zu bedienen. Kommunisten haben die Pflicht, offenzulegen, dass und wie das Monopolkapital die Lebensgrundlagen zerstört. Sie wenden sich gegen den von interessierter Seite weit verbreiteten Irrglauben, der Planet ließe sich durch individuellen Verzicht, etwa die Reduzierung des individuellen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, retten. In dieser Gesellschaft entscheiden aber nicht die Konsumenten und Käufer darüber, was auf welche Weise produziert wird, sondern das Kapital. Es wäre auch ein Fehler der Umweltbewegung, es in der großen Klimafrage weitgehend den Regierungen und den Konzernen zu überlassen, welche Maßnahmen sie gegen den Klimawandel unternehmen wollen, wie das zum Beispiel im Pariser Abkommen formuliert ist.

#### Aktuelle Mindestforderungen

Wir schlagen deshalb zunächst zwei Forderungen vor, die geeignet sind, einen Schritt nach vorn zur Lösung der ökologischen Krise zu tun:

Die erste davon ist alt, aber immer noch richtig. Die Aufrüstung muss beendet und das Führen von Kriegen verhindert werden. In Deutschland gilt es besonders, das NATO-Ziel zu verhindern, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der wirtschaftlichen Gesamtleistung des gesamten Landes, Jahr für Jahr für Aufrüstung zu verwenden.

Zweitens sollten alle Steuern und Subventionen abgeschafft werden, die geeignet sind, die Produktion und den Absatz besonders umweltschädlicher Produkte zu fördern. Für den in Deutschland besonders wichtigen und besonders umweltschädlichen Verkehrssektor heißt das die Abschaffung der Steuerfreiheit für Flugbenzin (Diese Subvention des Luftverkehrs hat in den vergangenen Jahrzehnten diese klimaschädlichste Transportart deutlich stärker als alle anderen zunehmen lassen.) die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs (Es nutzt vor allem den deutschen Autokonzernen, deren Erfolg ganz erheblich auf dem durch das Dienstwagenprivileg im Heimatmarkt geförderten Luxussegment beruht.) die Einstellung der Subventionen für Elektroautos und ihrer Infrastruktur.

#### Künftige Aufgaben

Diese Forderungen decken bei weitem nicht alle Problembereiche ab. Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, einen Aktions- und Forderungskatalog Umweltpolitik zu erarbeiten. Dabei sind vor allem folgende Themen zu berücksichtigen:

- Krieg und Militär
- Mobilität und Verkehr
- Energieversorgung
- Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion
- Wohnen und Stadtentwicklung
- Arbeitszeitverkürzung

#### Begründung:

##### Zum Antrag des Parteivorstands

Wir halten den Antragsentwurf des PV zur „Ökologischen Krise und der Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik“ für ungenügend.

Grundsätzlich hält sich der Antrag zu lang mit dem Mensch-Natur-Verhältnis und einschlägigen Zitaten von Marx und Engels auf. Er legt auch zu viel Gewicht auf die Darstellung der ökologischen Krise und ihrer möglichen Folgen. Viel zu kurz und inhaltlich schwach gerät der Teil, der die Umweltpolitik des Kapitals und seiner Regierungen kritisiert und sich mit kommunistischer Umweltpolitik befasst.

##### Zum Mensch-Natur-Verhältnis

Der erste Teil ist nicht nur zu lang. (seine ersten drei Absätze sind entbehrlich). Problematisch ist auch die Feststellung, dass im Kapitalismus das Mensch-Natur-Verhältnis „deformiert“ werde. Auch in vorangehenden Produktionsweisen war dieses Verhältnis „deformiert“. Entscheidend ist unserer Meinung nach vielmehr die sprunghaft steigende Produktivität im Kapitalismus. Sie hebt zuvor zeitlich und örtlich begrenzte Umweltschäden auf eine globale Stufe. Am Schluss des ersten Teils werden dann im PV-Entwurf für die ökologische Krise „die Monopole der Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemie- und Agrarkonzerne und der Militärisch-Industrielle-Komplex verantwortlich“ gemacht. Das ist an dieser Stelle eine unnötige und unpassende Halbkongretisierung, die auch nicht durch die Hinzufügung besser wird, dass der „Staat als ideeller Gesamtkapitalist“ deren Aktivitäten auch noch erlaube.

##### Zur ökologischen Krise und zum Klassenkampf

Der zweite Teil des PV-Antrags versucht drei Absätze lang die ökologische Krise dramatisch darzustellen. Diese Dramatisierung ist nicht nur fehl am Platz, sie wirkt auch nicht, weil die Einzelphänomene nicht in einen Entwicklungszusammenhang gestellt werden. Hier einige besonders misslun-

gene Beispiele: „Das hat zu einem Überschreiten der planetarischen Grenzen geführt.“ (Z. 76/77), „die ‚steigende‘ Erwärmung der Erdatmosphäre“ (81), der „rasante Anstieg von Treibhausgasen .... ist in der kapitalistischen Produktionsweise begründet und kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden“ (94-96). Die Aussage, dass diese Übel, wie schon im ersten Abschnitt betont wurde, auf den Kapitalismus zurückzuführen sind, wird mehrfach wiederholt. Besonders ärgerlich sind zwei Sätze am Ende dieser Passage (99-102), in denen altbekannte Übel des Kapitalismus, nämlich Krieg, Vertreibung und „der Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien“ zu sozusagen neuen Folgen der Umweltzerstörung erklärt werden.

Der zweite Absatz schließt mit der Feststellung, dass Arme von der Schädigung der Umwelt stärker betroffen sind als Reiche, dass die ökologische Krise die gesellschaftlichen Widersprüche verschärft und dass deshalb „die soziale Frage von den ökologischen Fragen nicht zu trennen“ ist. Letztere seien also ein „Gebiet des Klassenkampfes“. Wir meinen, dass man diese Schlussfolgerung einfacher und weniger verschurbelt haben kann und formulieren deshalb „Umweltkampf ist Klassenkampf“.

Zu den Vorschlägen für die Umweltpolitik der DKP

Wichtig sind die Vorschläge des PV zur Lösung der Umweltkrise: Einstieg in die gesamtwirtschaftliche Planung der Volkswirtschaft („unabdingbar“), sofortige Einschränkung der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse, Entflechtung der Monopole, umfassende gesamtgesellschaftlich und ökologisch orientierte Gegenmaßnahmen in der gesamten Industrie, in der Agrar-, Wasser-, Bau-, Verkehrs- und Transportwirtschaft (127-132). „In Zukunft muss es darum gehen, dass in einem demokratischen Prozess entschieden wird, was und wie produziert wird“ ... „Diese Entscheidungen dürfen nicht länger in den Händen des Monopolkapitals liegen.“ (150-153) Wer das liest, wird sagen, lasst die Kommunisten doch vor sich hinträumen.

Der Schlussabschnitt des PV-Papiers zu „Kommunistischer Umwelt- und Klimapolitik“ enthält auch Aktuelles: „Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben“. Diese Einschätzung ist richtig. Dass diese Maßnahmen allerdings das Ziel haben, „die notwendige Transformation des Produktionsbereiches zu finanzieren“, scheint uns ein wenig optimistisch. Verfehlt scheint uns auch der positive Bezug auf die „Beschlüsse des Pariser Abkommens“. Das Abkommen suggeriert unserer Meinung nach einen eindeutigen und linearen Zusammenhang zwischen CO<sub>2</sub>-Emissionen und Klimaerwärmung und die gute Absicht und Fähigkeit der Regierungen, die Erwärmung einzudämmen, während es ihnen die Möglichkeit offen lässt, zu diesem Zweck alle möglichen Schandtaten zugunsten der eigenen Monopolkapitalisten zu begehen. Die aktuellen und früheren Maßnahmen der Bundesregierung dienen dem Zweck, durch „CO<sub>2</sub>-Bepreisung“ die Privatisierung lebensnotwendiger Güter und der Handelbarkeit von Zugangsrechten den Finanzinvestoren neue profitable Anlagemöglichkeiten bei der Teillösung von Umweltproblemen zu eröffnen und der deutschen Industrie die mitführende Rolle auf den Weltmärkten zu sichern.

Richtig ist im PV-Papier auch die generelle Kritik an Verbrauchssteuern, deren Erhöhung die Bundesregierung im Rahmen des Klimapakets beschlossen hat. Solche Steuern belasten die Armen unverhältnismäßig. In diesem Zusammenhang taucht in dem Papier die einzige konkrete Forderung auf: „Die Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen muss mit der Forderung nach einer Reichensteuer verbunden werden.“ Auch richtig. Die Reichensteuer ist aus vielen Gründen eine sinnvolle Forderung, ebenso wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer auf Betriebe, die Erhöhung der Kapitalertragssteuer, die Wiedererhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes, die Erhöhung der Steuersätze auf Unternehmensgewinne usw., kurz alle Maßnahmen, die die Umverteilung zugunsten der Reichen der vergangenen Jahrzehnte beenden und vielleicht sogar umkehren.

Rüstung und Krieg

Eine Programmatik zur Umweltpolitik sollte unserer Meinung nach zur Sprache bringen, mit welchen staatlichen Maßnahmen die Umweltschädigung und -zerstörung gefördert wurde. Deren Abschaffung sollte im Vordergrund stehen. An erster Stelle sind da Rüstung und Krieg zu nennen. Welche umweltschädlichen Folgen sie haben, muss nicht noch einmal ausführlich erklärt werden.

### Steuer auf Flugbenzin

An zweiter Stelle ist der Flugverkehr zu nennen. Er wird durch die – international vereinbarte – Befreiung von der Verbrauchssteuer auf Treibstoff seit Jahrzehnten gefördert und ist als umweltschädlichste Verkehrsart zugleich die bei weitem am schnellsten wachsende. Die Forderung nach Abschaffung der Befreiung des Flugbenzins von der Verbrauchssteuern ist ein alter Dauerbrenner der Umweltbewegung. Die Forderung wird auch nicht deshalb falsch, weil Grüne und ihnen nahestehende Gruppen sie zurückstellten, sobald sie Regierungspositionen

### Bonus für Luxus-PKW abschaffen

Steuerliche Förderung hat in Deutschland Jahrzehnte lang die Autokonzerne und ihre Profitabilität gefördert. Eine besondere Rolle spielt dabei das sogenannte „Dienstwagenprivileg“. Privilegiert sind dabei einerseits etwas gehobene Angestellte und andererseits die Unternehmen, die beachtliche Teile der besseren Gehälter in Form einer Sachleistung (dem „Dienstwagen“) lohnsteuerfrei und ohne Sozialabgaben (auf kapitalistendeutsch „Lohnnebenkosten“) ihren höheren und zuweilen auch mittleren Angestellten zur Verfügung stellen. „Dienstwagen“ können ohne Einschränkung privat genutzt werden, der laufende Betrieb (Steuer, Versicherung, Wartung und Treibstoff) und der Preis des Fahrzeugs (bzw. die Leasinggebühren) werden vom Unternehmen gezahlt, das diese „Betriebs“-Kosten von der Gewinnsteuer absetzen kann. Das Ergebnis ist eine ungeheure Absatzsteigerung von Luxusautos. Denn weder die Unternehmen noch ihre so privilegierten Angestellten sind sonderlich preisempfindlich bei der Wahl des Fahrzeugs. Hoher Benzin oder Dieserverbrauch spielt dabei so gut wie gar keine Rolle. Etwa 50 Prozent der neu verkauften PKW im oberen und gehobenen Mittelklassensegment sind Dienstwagen. Bei den SUVs (jenen fetten, stark motorisierten Autos mit hohem Kraftstoffverbrauch) erreicht laut Zulassungsstatistik der Anteil „gewerblicher“ Kunden am Gesamtabsatz Prozentsätze zwischen 70 und 85 Prozent. Dank des so gesicherten Heimatmarktes konnten die deutschen Autohersteller Daimler, BMW und Volkswagen/Audi/Porsche die führende Stellung im internationalen Segment der besonders profitablen Luxusautos ausbauen. Das Dienstwagenprivileg stellt eine systematische Förderung CO<sub>2</sub>-intensiver Autos dar. Oder um das gräuliche Wort von der CO<sub>2</sub>-„Bepreisung“ wieder zu verwenden: Es findet im Gegenteil eine CO<sub>2</sub>-„Bebonusung“ statt. Sie sollte dringend abgeschafft werden.

### Keine Subvention von E-Autos

Die deutschen Autokonzerne setzen seit einiger Zeit auf den Verkauf von Autos mit elektrischem Batterieantrieb. Sie werden bei diesem Vorhaben von der Bundesregierung unterstützt, mit dem Argument, Elektrofahrzeuge seien im Betrieb weniger umweltschädlich als solche mit Verbrennungsmotoren. Das wird, wie sich mittlerweile herumgesprochen hat, von der besonders umweltschädlichen Produktion der Batterien (mehr als) aufgewogen. Wegen ihrer geringen Reichweite werden Elektrofahrzeuge vermutlich vor allem als Zweitwagen für den Stadtverkehr gekauft, was die Zahl der Autos insgesamt noch erhöht. Dennoch (oder deshalb) fördert die Regierung den Kauf von E-Autos mit hohen Prämien. Zugleich stellt sie Geld für diejenigen Unternehmen in Aussicht, die sich an der Ladeinfrastruktur beteiligen. Diese öffentlich geförderte Umweltverschlechterung muss unterbunden werden.

### Umweltpolitik entwickeln

Wir haben uns bei den aktuellen Forderungen auf Rüstung und Verkehr beschränkt. Wir halten diese Bereiche in Deutschland für besonders wichtig. Der Hauptgrund für die Beschränkung besteht aber in mangelnder Kenntnis der Hauptprobleme in anderen Sektoren. In diesem Punkt vertreten wir die selbe Auffassung wie die Autoren des PV-Antrags und übernehmen dessen Auftrag an den künftigen Parteivorstand, „einen Aktions- und Forderungskatalog Umweltpolitik zu erarbeiten“.

### **3. Antrag der KO Taunus-Wiesbaden** **Der Parteitag möge beschließen:**

Die DKP fordert: Dem Rat der Wissenschaften folgen und die entsprechenden Maßnahmen zu Umwelt- und besonders Klimaschutz unverzüglich umsetzen! Es ist uns klar, dass die sich zuspitzende Umwelt- und besonders auch Klimaproblematik dem späten Kapitalismus mit seinem Weltbild des grenzenlosen Wirtschaftswachstums und der Maximierung des Reibachs privater Konzerne, verbunden mit möglichst verbreiteter Desorientierung der Bevölkerung, geschuldet ist. Es ist uns klar, erst die möglichst weltweite Überwindung dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schafft die Grundlagen einer dauerhaften Stabilisierung menschlicher Zivilisation. Das Ausmaß der Bedrohung ist den regelmäßig veröffentlichten Berichten des Weltklimarats IPCC zu entnehmen. Von daher ist uns auch klar, dass größeren Katastrophen, wenn überhaupt, nur noch mit umfassenden Sofortmaßnahmen begegnet werden kann und wir nicht mehr genug Zeit haben zu warten, bis weitere oder gar alle Staaten den Kapitalismus überwinden. Wir halten breiteste Bündnisse in der Klimafrage und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen für notwendig und unterstützenswert. Es ist uns auch klar, dass der Militärapparat der imperialistischen reichen Räuberstaaten einen sehr großen Anteil an der sich zuspitzenden Problematik hat.

Deshalb fordern wir den Austritt aus der Nato und den Rückbau der Bundeswehr auf ein zur Inlandsverteidigung erforderliches Maß. Unbestreitbar hat die in den reichen westlichen Staaten bis hinein in die Arbeiterklasse verbreitete verschwenderische Lebensweise mit maximalem Frustkonsum großen Anteil an der Menschheitsbedrohung. Unter anderem aus diesen Erkenntnissen heraus halten wir es für unverzichtbar, dem Verursacherprinzip entsprechende Schritte wie eine möglichst folgekostengetreue Bepreisung des Klimagasausstoßes zu gehen. Niemand sollte das Recht haben, sich auf Kosten und zulasten der Allgemeinheit wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Es ist sinnvoll, dass der Staat dafür zu sorgen hätte, dass möglichst alle Marktpreise die ökologische Wahrheit sagen, besonders auch im Verkehrsbereich und beim ausufernden Versandhandel. Umweltschonendes Verhalten darf nicht mehr nur dem Idealismus Einzelner überlassen bleiben. Es muss auch wirtschaftliche Anreize geben, sich umweltschonend zu verhalten. Zugleich sind, wo möglich und sinnvoll, umweltschützende Verbotsregelungen unverzichtbar. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein schwarzweißes Entweder-oder-Denken muss überwunden werden. Gleichzeitig! ist dafür zu sorgen, dass alle Menschen einkommensmäßig so gestellt sind, dass ihnen ein Leben in Würde möglich ist. Dazu gehören für Niedrigeinkommen bspw. Angemessene Mietzuschüsse, solange das Recht auf Wohnen noch nicht durchgesetzt ist und es den kapitalistischen Bodenspekulationsmarkt gibt.

Im Einzelnen fordern wir darüber hinaus insbesondere:

- Alle politischen Maßnahmen sind zu ergreifen, um in Deutschland eine ökologische Kreislaufwirtschaft mit weitestgehender Müllvermeidung, allgemein eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu erreichen und insbesondere bis 2030 klimaneutral zu wirtschaften. Die reichen Räuberstaaten haben hier eine besondere Verantwortung.
- Alle (auch indirekten) staatlichen Subventionierungen umweltschädigender Wirtschaftsweisen sind schnellstmöglich einzustellen.
- Der Einfluss von Konzernlobbys und ihrer Verbände auf politische Entscheidungen ist durch geeignete Maßnahmen zurückzudrängen.
- Es ist dafür zu sorgen, dass Gebrauchsgüter möglichst langlebig und reparaturfreundlich hergestellt werden.
- Allgemeinverbindliche ökologische Standards für die Landwirtschaft und wo möglich regionale Versorgung mit kurzen Wegen sind vorzuschreiben.
- Waldschutz- und (Wieder-) Aufforstungsplanungen sind zu erstellen und umzusetzen.
- Der Neuvertrieb von Kunststoffen ist auf ein umweltverträgliches Mindestmaß zu verringern.
- Weitere Flächenversiegelungen sind weitestgehend zu unterbinden. Wohnungsmangel muss durch Strukturförderungen abseits der Ballungsgebiete und Enteignung von Bodenspekulanten begegnet werden.
- Verkehrsvermeidung durch geeignete Strukturförderung (Wohnen, Arbeiten, Versorgung gehören möglichst zusammen). Motorisierter Individualverkehr ist nichtzukunftsfähig. Wirklich sinnvoller Güterverkehr gehört weitestgehend auf die Bahn. Die Bahn ist wieder zu verstaatlichen. Stillge-

- legte Bahnstrecken und Bahnhöfe sind möglichst weitgehend wieder in Betrieb zu nehmen.
- International setzen wir uns dafür ein, dass neokoloniale Kriege (Syrien, Afghanistan,...) und Wirtschaftsblockaden (Venezuela, Kuba,...) sofort beendet werden.
  - Die ärmeren Länder des globalen Südens sind zur Erreichung ihrer jeweiligen Klimaneutralität umfassend zu unterstützen.

Begründung:

Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. (MEW, Das Kapital, Band I, Berlin/DDR 1988, S.529-530) Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern. Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind... Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen. Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben (aus einer Rede Fidel Castros auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung am 12. Juni 1992! in Rio de Janeiro, UZ/Im Bild S. 8, 20.9.19).

#### **4. Antrag der KO Solingen**

##### **Für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt – jetzt handeln!**

In den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche Bündnisse entwickelt, die mit phantasiereichen Aktionen auf die drohende Klimakatastrophe aufmerksam machen, allen voran die Schüler\*innenbewegung „Fridays for Future“. Denn die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung unserer Umwelt und damit die Zerstörung der Lebensgrundlagen aller Lebewesen lässt sich aufgrund umfangreicher wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht mehr leugnen. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sehen uns als Teil dieser Bewegung, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten tatkräftig unterstützen wollen. Wir wollen dabei deutlich machen, dass die Ausbeutung von Natur und Umwelt insbesondere durch die kapitalistische Produktionsweise entstanden und gefördert wird. So wollen wir aktiv die Diskussion um eine andere, eine sozialistische Gesellschaftsordnung forcieren, die die Grundlage für eine nachhaltige Umweltpolitik sichert.

Wir leben jedoch in Zeiten, in denen die herrschenden Machtverhältnisse sich als immer noch flexibel erweisen und eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht auf der Tagesordnung steht. Deshalb müssen wir Kommunistinnen und Kommunisten auch für die kurz- und mittelfristige Entwicklung Forderungen entwickeln. In unserem Parteiprogramm heißt es dazu:

„Die DKP geht davon aus, dass die Spielräume für soziale und demokratische Reformen infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und der Macht der Transnationalen Konzerne, der enormen Staatsverschuldung und des Wegfalls des politischen Reformdrucks mit dem Ende des realen Sozialismus in Europa heute außerordentlich eng geworden sind. (...) Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran. Ohne real erscheinende Alternativen wird kein gesellschaftlich wirksamer Widerstand entstehen und ohne Widerstand bleiben alle progressiven Reformvorstellungen reine Illusion. Deshalb muss mit den Ansätzen von Widerstand die Perspektive von Veränderungen und Reformen verknüpft werden.“ Zu diesen Reformen gehören auch die Wiederherstellung und der Schutz der Umwelt. Um diese real erscheinenden Alternativen deutlich zu machen, wollen wir auf individueller, kommunaler und gesellschaftlicher Ebene unsere Forderungen ansetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass im persönlichen Verhalten der Menschen - und damit auch bei uns selbst - umweltverantwortliches

Handeln wächst, auch wenn wir wissen, dass dieses nur ein sehr geringer Beitrag im Vergleich zu den eigentlichen Verursachern der Klimakatastrophe sein kann. Zu diesen Verursachern gehören Konzerne, die fossile Rohstoffe ausbeuten oder diese als Energieträger nutzen.

Da diese ihrer Verantwortung zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt nicht gerecht werden, bleibt die Forderung nach Vergesellschaftung der Energiewirtschaft. Auch die Agrar- und Chemiekonzerne, die mit ihren Produkten die Umwelt vergiften, werden ihre Profite nicht von selber in Frage stellen. Und insbesondere die Rüstungsindustrie, die von Kriegen, und damit der Vernichtung von Menschen und Umwelt lebt, muss in gesellschaftliche Kontrolle überführt werden, um einen Stopp der Rüstungsproduktion zu ermöglichen. Wir brauchen eine Verkehrswende weg vom Primat des Individualverkehrs hin zum Ausbau des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs. Ziel ist die Schaffung flächendeckender kostenloser Angebote. Das Schienennetz muss weiter ausgebaut und attraktiver werden, damit es mittelfristig gelingen kann, den Güterverkehr von den Straßen auf die Schienen zu verlagern. Und auch auf kommunaler Ebene gilt es unsere Forderungen zu entwickeln, wie z. B. die Entwicklung ökologischer Verkehrskonzepte, der Kampf gegen die Auslagerung kommunaler Dienstleistungen, den Erhalt und die Schaffung von Grünflächen sowie die Schaffung eines kommunalen Nachhaltigkeitskonzepte. Zentrales Element ist dabei die Sozialverträglichkeit umweltpolitischer Maßnahmen. Nicht die einfachen, arbeitenden Menschen dürfen die Last der notwendigen Ökologiewende tragen, sondern die Verursacher der drohenden Klimakatastrophe. Diese Vorstellungen wollen wir in die Bewegungen einbringen. Wir wollen deutlich machen, dass die Gesellschaftsform des Kapitalismus dafür verantwortlich ist, dass Natur und Umwelt zerstört werden, weil die kapitalistische Produktionsweise aus Profitgier zu ständigem Wachstum gezwungen ist. Produktivkräfte werden unter dem Diktat des Kapitalismus zu Destruktivkräften. Wir wollen in den Gewerkschaften dafür wirken, dass diese sich als wesentliche Triebkraft zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen entwickeln und sich aktiv in die Bewegungen einbringen. Es gilt die Arbeiterbewegung mit der Ökologiebewegung zu verbinden und die übereinstimmenden Interessen deutlich zu machen.

Wir arbeiten im Bündnis gemeinsam mit den lokalen und überregionalen Organisationen, die im Kampf zur Sicherung einer lebenswerten Umwelt mit uns aktiv sind, wie Fridays for Future, den Naturfreunden, Nabu, BUND, aber auch den zahlreichen Initiativen von Schulen, Kitas, Vereinen und Aktionen wie z. B. dem Bündnis zum Erhalt des „Hambacher Forst“. Dies sehen wir als eine unserer zentralen Aktivitäten als Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP.

### **5. Antrag der Gruppe Sonneberg Handreichung Umweltzerstörung**

Der Parteitag möge der Bildungskommission den Auftrag erteilen, eine Handreichung (im Rahmen der Reihe DKP-Praxis) zu erstellen, die es uns ermöglicht, in der Auseinandersetzung mit „Umweltschützern“ unsere Positionen zu vertreten.

Begründung:

„Die kapitalistische Produktionsweise beruht zudem auf der Umwandlung der Natur zu einer eben- solchen Quelle des Reichtums wie die menschliche Arbeitskraft. Auch die Natur wird ebenso wie die menschliche Arbeitskraft zu einer Ware und zur Quelle des kapitalistischen Profits. Darauf verwies Marx schon in seiner Kritik des „Gothaer“ Programms der 1875 neu formierten politischen Partei des deutschen Proletariats, der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

Darin kritisierte er die zu einseitige Definition der menschlichen Arbeitskraft. Diese lautete: „1: Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur ...“ Marx wandte dagegen ein: „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln ...“<sup>9</sup> In seinem ökonomischen Hauptwerk, „Das Kapital“, verdeutlichte er: „... jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. ... Die

kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“<sup>10</sup>

Diese Bewertung der Natur als zweiter Quelle des gesellschaftlichen Reichtums ist aus aktuellen Gründen, die mit der politischen Kontroverse über den Platz der Umweltpolitik in der Gesamtpolitik linker und/oder sozialistisch-kommunistischer Organisationen zusammenhängt, erneut zum wichtigen Thema auch für das Verständnis von Klassen- und Arbeiterpolitik der DKP geworden. Der damalige DKP-Vorsitzende Herbert Mies betonte auf einer Sitzung des Parteivorstands im November 1987: „Damit es keinerlei Missverständnisse gibt: Wenn wir von Arbeiterpolitik und Arbeiterkämpfen reden, dann sprechen wir natürlich nicht nur von Politik oder Kämpfen für die Gruppe der Arbeiter, sondern wir meinen Politik und Kämpfe der ganzen Klasse. Wir wenden uns dabei auch gegen die inhaltliche Einengung des Begriffs Arbeiterpolitik auf die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse. Arbeiterpolitik ist sowohl Kampf um Frieden als auch Kampf um Arbeit, ist ebenso das Eintreten für mehr Demokratie wie für den Umweltschutz.“

7 K. Marx: Kapital Band I, MEW 23: S. 647 - (Hervorhebung durch uns)

8 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Gothaer Programm (I 874. Zit. n. Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1973)

9 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. MEW 19, S. 15

10 K. Marx. Das Kapital I, MEW 23, S. 529 f.  
( aus: DKP und Arbeiterklasse heute)

#### **6. Antrag der Gruppe Berlin Tempelhof-Schöneberg Organisierung der weiteren Parteidebatte durch den Parteivorstand.**

#### **7. Antrag der BDK Südbayern Gegen die grüne Offensive des Monopolkapitals - CO<sub>2</sub>-Bepreisung stoppen!**

Zur Formierung des Widerstands gegen die grüne Offensive des Monopolkapitals organisiert die DKP eine bundesweite Aktionskonferenz mit allen fortschrittlichen Kräften, die bereit sind, gegen die CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf die Straße zu gehen und Widerstand gegen sozialreaktionäre Maßnahmen zu leisten, die unter dem Deckmantel des Klimaschutzes umgesetzt werden. Die Konferenz dient sowohl in der Partei als auch mit anderen fortschrittlich organisierten Kräften zur Verständigung über die neue, "grüne" Welle der monopolkapitalistischen Offensive zur Abwälzung der (drohenden) Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten.



## Beschluss



### **Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland – gegen Krieg, Armut und Demütigung**

Ostdeutschland – diese Bezeichnung findet sich in keiner Karte und ist kein offizieller Begriff. Dennoch wird sie umgangssprachlich, auch in der Sprache der Politik und in den Medien für die Bundesländer auf dem Gebiet der DDR genutzt, die seit dem 3. Oktober 1990 mit der Annexion der DDR an die BRD das heutige kapitalistische Deutschland ausmachen. Nach dem Versprechen der „blühenden Landschaften“ war das erste Jahrzehnt der neuen Bundesländer geprägt von einem Rollback und der Delegitimierung von allem, was möglicherweise mit der DDR zu tun gehabt haben könnte. Egal, ob es einfach nur das Recycling-System der Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen war, das weltweit vorbildliche Schulsystem, die flächendeckende Versorgung in der Kinderbetreuung oder das für die Bevölkerung kostenlos nutzbare Gesundheitssystem mit Polikliniken und Forschungseinrichtungen. Die Konterrevolution vernichtete alle sozialistischen Errungenschaften.

Auf Biegen und Brechen wurde Allem das kapitalistische Wirtschaftssystem übergestülpt. Gesellschaftliche Eliten aus staatlichen Einrichtungen, Wissenschaft und Forschung wurden ausgetauscht und verfolgt. Westdeutsche Monopole konnten via Treuhandgesellschaft mögliche Konkurrenz aufkaufen und ausschalten. Es folgte eine Deindustrialisierung einer ganzen Region – einmalig in der Geschichte Deutschlands. Gezahlt haben es die Werktätigen selbst in Ost- und West durch entsprechende Steuern.

Millionen Werktätige verloren ihre Existenz. Hauptverliererinnen waren die Frauen der DDR. Sie wurden als erste aus dem Arbeitsprozess gedrängt und verloren ihre Eigenständigkeit. Auf einen Schlag gehörten Familie und Beruf nicht mehr zusammen, waren Lohn- und Chancengleichheit abgeschafft.

Die nächsten zwei Jahrzehnte zementierten diese Zustände fast umfassend. Gleichzeitig wurde mit der so genannten „Agenda 2010“ mit Hilfe der „Hartz-Reformen“ der gesamte Arbeitsmarkt in Deutschland dereguliert, wurden Werktätige in Armut geschoben und prekäre Arbeitsverhältnisse insgesamt etabliert. Der verlorene Streik der IG Metall zur Einführung der 35 Stundenwoche führte zu einer Schwächung der Gewerkschaften. Von der Abwicklung der DDR in Verbindung mit diesem größten Sozialraub seit Kriegsende hat sich der Osten Deutschlands bis heute nicht erholt. Der „Aufbau Ost“ war ein großes Geschäft und ist gleichzeitig eine große Lüge.

Die Unsicherheit der Lebensverhältnisse hat zugenommen. Die Regierung hält an ihrer Politik der Stärkung der Starken und Schwächung der Schwachen fest, wie es dem neoliberalen Denken entspricht. Hinzu kam eine Kampagne der Herrschenden zur Delegitimierung aller gesellschaftspolitischen Strukturen oder Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik. Nichts durfte in einem positiven Licht erscheinen.

Die Wahlen der letzten Jahre machten deutlich, dass der Unterschied zwischen Ost und West, weil er dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital entspringt, wohl tiefgehender und langwieriger ist, sich sogar noch verfestigt hat. Umfragen machen deutlich, dass die Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Bindung sehr vieler Menschen in Ostdeutschland zu ihrer Vergangenheit nicht gebrochen hat und die Entwicklungen als Unrecht wahrgenommen werden. Die etablierten Parteien, einschließlich der Partei Die Linke, die einst als Protestpartei galt, haben an Glaubwürdigkeit verloren.

30 Jahre nach der Annexion der Deutschen Demokratischen Republik an die BRD ist nüchtern zu bilanzieren:

- Die Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern muss heute erleben, wie US-Truppentransporte in Richtung russische Grenze verlegt werden. Was vor 30 Jahren undenkbar war, ist plötzlich eine ernsthafte Gefahr: ein Krieg gegen Russland.
- Infolge der entschädigungslosen (!) Enteignung vom Volkseigentum der DDR-Bevölkerung und der damit einhergehenden Zerschlagung der Industrie und der Landwirtschaft durch die Treuhand ist Ostdeutschland in weiten Teilen zu einer staatlich organisierten Armutszone geworden. Bis heute bestehen deutliche Unterschiede in den Löhnen der Werktätigen und in den Renten der Menschen zwischen Ost und West.
- Junge Werktätige müssen ihre Heimat verlassen, um eine Chance zu haben, einem unwürdigen Berufsleben im Niedriglohnsektor oder als ALG-II-Aufstocker zu entgehen. Nicht selten wählen sie den Weg in die Bundeswehr, die ihr Leben aufs Spiel setzt für die BRD-Superreichen, die für die Perspektivlosigkeit verantwortlich sind.
- Der Osten Deutschlands wird vom westdeutschen Kapitalismus bis heute wie eine koloniale Bürokratie und mit Kolonialkommissaren beherrscht. Nicht einmal jede vierte Führungsposition in den östlichen Bundesländern wird von Ostdeutschen besetzt. Dies gilt für Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Zum Abräumen der DDR gehörte der Kahlschlag in der ostdeutschen Intelligenz, der anhält und tiefe Spuren hinterlassen hat.
- Die Geschichte der Menschen im Osten, die Geschichte des die Völkerfreundschaft fördernden sozialistischen Sozial- und Friedensstaates DDR, wird gezielt und von der Regierung stabsmäßig organisiert verdrängt und verächtlich gemacht – sei es durch den Abriss symbolträchtiger DDR-Architektur, wie dem Palast der Republik, westdeutsche Märchenstunden über die DDR in Gedenkstätten oder die Verwahrlosung antifaschistischer Denkmäler – ja überhaupt der Absenkung der Hemmschwelle im gesellschaftlichen und individuellen Bewusstsein gegenüber Gewalt, Rassismus, Faschismus und Krieg.

Angesichts dieser Bilanz, die sich aus dem Profitprinzip des Kapitalismus selbst ergibt, bezieht die DKP nicht nur für Ostdeutschland folgende Positionen:

1. Das Gebot der Stunde heißt: Frieden mit Russland! Weg mit den Sanktionen! Schluss mit der Russophobie! Wir wenden uns dagegen, dass Ostdeutschland als Transitstrecke für US-Truppen Richtung der russischen Grenze missbraucht wird. Wir fordern die sofortige Beendigung der Bundeswehr-Kriegseinsätze und einen sofortigen Rückzug der NATO-Truppenstationierungen an der russischen Grenze. Es hat zu gelten: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Wir wenden uns gegen die Aufrüstung der Bundeswehr – aktuell insbesondere gegen jene nach NATO-Kriterien – auf Kosten von notwendigen Investitionen unter anderem zur Bekämpfung des Pflegenotstandes in den Kliniken und des Lehrermangels und für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

2. Anhebung der Löhne und Renten in Ost und West jetzt! Schluss mit der entwürdigenden ungleichen Bezahlung der ostdeutschen Werkstätigen gegenüber ihren Westkollegen, die zusätzlich als Druckmittel gegen die Beschäftigten im Westen wirkt. Schluss mit den ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht. Bedingungslose Anerkennung aller DDR-Bildungs- und Berufsabschlüsse!
3. Wir fordern ein Recht auf Arbeit und die Durchsetzung dieses Rechtes vor Ort! Dazu brauchen wir den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Industrie in staatlicher Hand unter radikal demokratischer Kontrolle, also nicht auf die Interessen des Großkapitals fixiert, die zu spürbarer Reduzierung der im Osten doppelt so hohen Massenarbeitslosigkeit führt und die Abwanderung junger Fachkräfte und ihrer Familien eindämmt. Keine weiteren Betriebsschließungen! Ursache der gewaltigen Strukturprobleme ist die kapitalistische Grundstruktur selbst.
4. Wir fordern die Wiederherstellung der Gleichstellung der Frauen. Dazu gehören gleicher Verdienst und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten, die flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten und die Unterstützung von Familien durch zinslose staatliche Kredite. Die Paragraphen 218 und 219 müssen gestrichen werden. Der Internationale Frauentag am 8. März soll ein bundesweiter Feiertag werden.
5. Die Besetzung von Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft in kolonialer Manier durch Westdeutsche Beschäftigte ist zu beenden und durch die gezielte Förderung Ostdeutscher zu ersetzen. Die kolonialen Exzesse haben mit ihrem grenzenlosen Vernichtungswillen ein DDR-Erfahrungskollektiv aus Jung und Alt geschaffen, das die Aufhebung der fremdherrschaftskapitalistischen Produktionsweise als wesentlich betrachtet. Die Stimme dieser Erfahrung - mit der Menschlichkeit im Mittelpunkt - fehlt, um gegen die marktradikalen Konzepte zukunftsfähige Konzepte für Ost und West einzufordern.
6. Gleiche Bildungschancen für alle! Erfolgreiche Schulbildung und ein Studium dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern eine Bildungsreform, die an dem weltweit anerkannten einheitlichen Schulsystem der DDR anknüpft. Ebenso müssen qualifizierte Berufsausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsumlage zahlen. Nur so können junge Menschen auch eine Perspektive erhalten.
7. Einführung einer Reichensteuer für große Vermögen, von Steuern auf Spekulationsgewinne und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Keine Einführung und Rücknahme eines gesetzlichen Sparzwangs durch die Verankerung einer sogenannten Schuldenbremse in die Länderverfassungen! Keine Politik der „schwarzen Null“ als Hintertür für die Verweigerung von Investitionen!
8. Wiedereinführung der unentgeltlichen medizinischen Betreuung sowie der kostenlosen Abgabe von Medikamenten. Schluss mit der kommerziell bedingten Limitierung der medizinischen Betreuung. Errichtung eines Gesundheitswesens, das tatsächlich humanistischen Leitlinien statt Profitinteressen folgt. Rauf mit den Löhnen und dem Personalschlüssel für Pflegekräfte! Gegen jegliche Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern. Keine „Zwei-Klassen-Medizin“!

9. Schuldenschnitt für die Kommunen und Rücküberführung der kommunalen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand unter radikal demokratischer Kontrolle – keine Privatisierungen jeglicher Form! Wiederherstellung kostenlos nutzbarer kommunaler Dienstleistungen einschließlich kostenfreien Nahverkehrs. Wohnungsmieten, die nicht zur Verelendung und Ausdünnung der Städte führen! Schluss mit dem Abriss und der Privatisierung der von der DDR errichteten Wohnungen und Gesellschaftsbauten sowie antifaschistischen Gedenkstätten!
10. Ausbau des Nahverkehrs in der Fläche zur Erhöhung der Mobilität für breite Bevölkerungsteile in der Stadt und im ländlichen Raum, als Beitrag zum Schutz von Gesundheit und Umwelt durch Reduzierung des Autoverkehrs. Güterverkehr muss ab 50 Kilometer von der Straße auf die Schiene verlagert werden.
11. Verbot aller Organisationen mit faschistischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Zielen! Aburteilung und Enteignung ihrer häufig aus Westdeutschland stammenden Hintermänner und Geldgeber entsprechend Art.139 des Grundgesetzes. Konsequente Wiedereinführung antifaschistischer und humanistischer Lehrinhalte an allen Schulen, Hochschulen und Universitäten! Abschaffung des Verfassungsschutzes.
12. Ungehinderte und unverfälschte Verbreitung von DDR-Literatur, -Kunst und -Geschichte! Rehabilitierung aller politischen, militärischen, wissenschaftlichen und kulturellen DDR-Funktions-träger! Schluss mit der Demütigung der DDR-Biografie tausender Werktätiger – Schluss mit der Hetze gegen den ersten Friedensstaat auf deutschem Boden! Aufhebung der Privilegien, die Kultur nur für Eliten möglich macht.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind uns bewusst, dass es dafür eines langen solidarischen Widerstandes aller arbeitenden Menschen in Ost und West bedarf. Wir sind uns bewusst, dass diese Forderungen nur gegen den erbitterten Widerstand einer Minderheit von Superreichen in unserem Land durchgesetzt werden können, die über Politiker, Geheimdienste, Medien und Polizei verfügen.

Aber 30 Jahre Kapitalismus in Ostdeutschland haben gezeigt: So wie es ist, kann es nicht bleiben – unsere Solidarität gegen ihre Profite! Wir sagen es ganz unverblümt: Ohne einen neuen sozialistischen Anlauf, ohne die Lösung der Eigentumsfrage und die Lösung der Systemfrage wird es keine Perspektive für die Lohnabhängigen und Ausgegrenzten im ganzen Land geben. Dafür gilt es zu kämpfen! Es gibt für die Arbeiterklasse in Deutschland keine Orientierung im Klassenkampf, keine Überwindung ihrer materiellen und ideologischen Schwierigkeiten, ohne die richtige Einschätzung der inneren Zerrissenheit des gesamten Landes – nicht nur in Ost und West - und ohne die richtige Bestimmung ihres Verhältnisses zu Russland und auch zur DDR.

## Beschluss



### **Die Situation in den Krankenhäusern ist katastrophal – wir müssen aktiv werden für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung!**

Kapitalismus tötet und das nicht nur in Kriegen. Nach Angaben der deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene sterben jährlich in der BRD 30.000 bis 40.000 Menschen an Infektionen, die sie erst in Krankenhäusern bekommen haben. Die meisten davon wären vermeidbar, wenn entsprechende Hygienemaßnahmen eingehalten werden könnten, wofür aber oftmals das Personal fehlt. Zu späte Versorgung, das Nicht-Bemerken von Komplikationen, Wundliegen oder Lungenentzündungen durch mangelndes Personal sind weitere Auswirkungen, die das Leben kosten können. In dem überdurchschnittlich heißen Jahr 2018 sind in der BRD mehr als 8.000 alte Menschen mehr gestorben als normal. Die Todesursache war angegeben mit Herzschwäche oder ähnlichem. Real sind die meisten von ihnen gestorben, weil sie nicht ausreichend mit Flüssigkeit versorgt wurden. Auf Intensivstationen können beatmete Patienten oft genug nicht rechtzeitig und regelmäßig abgesaugt werden, weil es an Personal mangelt. Patienten äußern, dass sich das wie Waterboarding anfühlt. In den psychiatrischen Kliniken werden Menschen mit Zwangsmaßnahmen oder Medikamenten ruhiggestellt, weil das Personal für Kriseninterventionen fehlt.

Das sind nur einige Schlaglichter, wie es aktuell um die Versorgung in den Krankenhäusern bestellt ist. Die Situation in der stationären und ambulanten Altenpflege ist teilweise noch dramatischer. Allein in den Krankenhäusern fehlen mindestens 143.000 Pflegekräfte und auch in allen anderen Berufsgruppen herrscht Personalmangel. Das führt zu schlechter Versorgung, unnötigen Schmerzen und vermeidbaren Wiederaufnahmen in Krankenhäusern. Das kostet Menschenleben.

Mit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR haben sich die Kräfteverhältnisse in der BRD massiv zugunsten des Kapitals verschoben. Das Kapital hat diese Situation genutzt, um in massiver Weise die Ausbeutung auszuweiten und das Lebensniveau der arbeitenden Klasse herab zu drücken. Dazu gehören auch die Angriffe und Verschlechterungen im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Unter kapitalistischen Verhältnissen ist die Gesundheitsversorgung hauptsächlich darauf ausgerichtet, die Ware Arbeitskraft wiederherzustellen und Profit zu erwirtschaften. Sie ist ein Reparaturbetrieb und richtet sich nicht vorrangig nach menschlichen Bedürfnissen. Das Kapital hat das Interesse, die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, also die Löhne, möglichst gering zu halten.

Dazu zählen auch die Kosten für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten und Pflegepersonal in der BRD. Dem wirkt das Abwerben von fertig ausgebildetem Personal aus dem Ausland entgegen. Menschen, die davon leben ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wollen bzw. müssen dorthin gehen können, wo sie diese auch verkaufen können bzw. wo sie den höchsten Lohn erzielen können. Hier wird im Kapitalinteresse Rosinenpickerei betrieben. Es findet eine gesteuerte und kontrollierte Migration nach Kriterien der Nützlichkeit für die (Krankenhaus-) Konzerne statt, während anderen Ländern notwendiges Personal für die eigene Entwicklung entzogen wird. Dies schafft in der BRD eine Gruppe von Beschäftigten, die unter anderem durch die Kopplung ihrer Aufenthaltserlaubnis an die Beschäftigung erpressbar sind und stärker ausgebeutet werden können.

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung verringern die durchschnittliche Profitrate des Kapitals und somit die Profite aller Kapitale. Zugleich muss die Gesundheitsversorgung aber auch so bemessen sein, dass die Arbeitsleistung nicht leidet, so dass es notwendig ist, ein bestimmtes Niveau der Versorgung, zumindest für Teile der Arbeiterklasse zu halten. In einem Grundsatzpapier von 1994 fordert der BDA bereits die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten einer privaten Versicherung und der so genannten Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen. In einem Papier des BDA von 2001 wird auf dem Weg dorthin die Konzentration auf einige Kernleistungen gefordert. Wie gut oder schlecht unsere Gesundheitsversorgung unter diesen Verhältnissen ist, ist davon abhängig, was dem Kapital abgetrotzt werden kann.

Für Einzelkapitale stellt der Gesundheitsbereich auf der anderen Seite eine Quelle von teilweise überdurchschnittlichen Profiten dar. Das Akkumulationsbedürfnis des Kapitals treibt es dazu, immer neue Gebiete für die Kapitalverwertung zu erschließen. Hierzu gehören auch Bereiche, die bisher der öffentlichen Daseinsvorsorge vorbehalten waren, wie öffentliche Infrastruktur oder das Gesundheitswesen. Hohe Renditen sind für Einzelkapitale besonders im Bereich der pharmazeutischen Industrie, der Herstellung von medizinischen Geräten und Versorgungsmaterialien, der Krankenhauskonzerne und der stationären Altenpflege zu erzielen. Während der Bereich der pharmazeutischen Industrie in der BRD immer in privater Hand lag, mussten im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeheime erst die politischen und gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um hier Profite erzielen zu können. Diese Aufgabe übernahm der Staat 1985 mit der Aufhebung des Verbots der Gewinnerwirtschaftung und der Einführung der Fallpauschalen 2002. In diesem Prozess ist die Gesundheitsversorgung zu einer Ware geworden.

Die Einführung der Fallpauschalen als Finanzierungssystem für die Krankenhäuser hat zu einer massiven Verschlechterung der Gesundheitsversorgung geführt. Unabhängig von der Verweildauer der Patienten und der tatsächlichen Versorgung erhalten die Krankenhausbetreiber eine Pauschale. Je weniger Personal sie einsetzen, desto höher sind ihre Gewinne.

Innerhalb von fünf Jahren, von 2002 bis 2007, wurden in den Krankenhäusern 33.000 Stellen abgebaut. Die Verweildauer verkürzte sich von 14 auf gut sieben Tage. „Blutige“ Entlassungen von noch kranken Patientinnen und Patienten sind die Folge, genauso wie Entlassungen ohne Absicherung der Nachsorge und Betreuung. Operationen und Untersuchungen werden angesetzt, obwohl sie medizinisch nicht notwendig sind, aber eine hohe Fallpauschale bieten. Ärztinnen und Ärzte werden durch die Krankenhausträger dazu gezwungen, ihre Entscheidungen nicht mehr vorrangig nach medizinischen, sondern nach ökonomischen Gesichtspunkten zu fällen. Die Fallpauschalen haben außerdem einen enormen Privatisierungsschub ausgelöst, mittlerweile sind von ca. 1.800

Krankenhäusern mindestens 750 in Hand von privaten Betreibern. In der Hand der Privaten werden die Kliniken auf die Fachgebiete ausgerichtet und spezialisiert, die besonders hohe Fallpauschalen liefern, weniger lukrative Bereiche und Kliniken werden geschlossen. Es findet ein politisch gewollter Konzentrationsprozess statt, der unter dem Kostendruck auch zur Schließung öffentlicher und freigemeinnütziger Häuser führt.

Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten ist es, über die Profiteure im Gesundheitswesen aufzuklären und sie beim Namen zu nennen. Unsere Zielsetzung muss es sein, die Gesundheitsversorgung wieder der Kapitalverwertung zu entziehen. Hierzu ist die Abschaffung der Fallpauschalen, ein Verbot der Gewinnerwirtschaftung im Bereich der Gesundheitsversorgung und die Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips ein erster Schritt.

Krankenhäuser müssen unter demokratischer Kontrolle in öffentliches Eigentum überführt werden. Für eine menschenwürdige, an unseren Bedürfnissen ausgerichtete Gesundheitsversorgung brauchen wir außerdem eine gesetzlich verbindliche Personalbemessung für alle Bereiche des Gesundheitswesens.

Die vergangenen Kämpfe haben gezeigt, dass allein mit Petitionen und Lobbyarbeit die Forderungen nicht durchzusetzen sind, sondern dass es hierfür betrieblicher und tariflicher Kämpfe und dauerhafter, starker Gewerkschaftsstrukturen bedarf. In Ergänzung und als Unterstützung dieser Kämpfe entfalten Massendemonstrationen ihre Wirksamkeit.

Unsere Aufgabe ist es, die Gewerkschaften als Kampforganisation der Interessensvertretung der Arbeiterklasse zu stärken und innerhalb der Gewerkschaften dafür zu sorgen, dass die Verteidigungskämpfe gegen die Angriffe des Kapitals auf unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse konsequent geführt werden. Hierzu gehört auch der Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung. In den Kämpfen müssen wir den Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit verdeutlichen und auf die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Arbeiterklasse orientieren (z. B. Vertrauensleute und Betriebsgruppen). Bildungsarbeit zum Gesundheitswesen, zu den Wirkungen der Fallpauschale, zu den Interessenslagen von Krankenkassen, Krankenhausbetreibern, Pharmazie- und Geräteindustrie oder staatlichen Stellen, spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Charité haben das riesige Verdienst, für den Bereich der Krankenhäuser das Mittel des Bettenstreiks entwickelt zu haben, der es ermöglichte beim Streik in den Krankenhäusern auch ökonomisch Druck aufzubauen. Damit haben die Streikenden der Charité den Krankenhausbeschäftigten das zentrale Kampfmittel in die Hände gegeben. Als erstes Krankenhaus erstreikten sie einen Tarifvertrag, der eine verbindliche Personalbemessung vorsieht. Weitere wichtige Erfahrungen aus diesen Kämpfen waren die Einführung eines Systems von Tarifberaterinnen und -beratern und die wirksame Unterstützung durch ein Bündnis. Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurden in den folgenden Jahren zahlreiche tarifliche und betriebliche Kämpfe für eine verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern geführt. Die Streiks an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen haben gezeigt, dass selbst harte Erzwingungsstreiks geführt werden können, wenn die Kolleginnen und Kollegen selbst Subjekt der Auseinandersetzung sind.

Im Gesundheitswesen sind es die Krankenhäuser, in deren Betrieben vor Ort die höchste Anzahl von Beschäftigten konzentriert ist. Mit 35 Prozent stellen sie die größte Beschäftigtengruppe im Gesundheitswesen dar. Außerdem liegt hier die größte Möglichkeit, auch ökonomischen Druck aufzubauen. Darum muss der Schwerpunkt der Kämpfe in den Krankenhäusern liegen. Zielsetzung muss jedoch eine Verbesserung für alle Bereiche der Gesundheitsversorgung sein. Der Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung liegt nicht nur im Interesse der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Er liegt im Interesse aller lohnabhängig Beschäftigten.

So wurde die Losung der Krankenhausbeschäftigten „Mehr von uns ist besser für alle!“ überall in der Solidaritätsbewegung aufgenommen. Neben der Gründung und Weiterentwicklung von Bündnissen ist es notwendig, branchenübergreifend in den DGB-Gewerkschaften Solidarität mit den Kämpfen in den Krankenhäusern zu entwickeln. Hier sind besonders die Großbetriebe wichtig, um eine Perspektive für gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.

Die Aufgaben der Bündnisse sind aus unserer Sicht: Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der betrieblichen Kämpfe, Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb, Unterstützung von Bildungsarbeit in den Streiks und die Organisierung von solidarischen Nachbarschaften um die Krankenhäuser herum. Viele der Aktiven haben sich erstmalig organisiert und besitzen wenig politische Erfahrungen. Darum ist es auch von großer Bedeutung, Kampferfahrungen aus der Arbeiterbewegung weiter zu geben und gemeinsam neue Kampferfahrungen zu sammeln.

Eine weitere wichtige Aufgabe für uns als Kommunistinnen und Kommunisten in den Bündnissen liegt darin, deutlich zu machen, dass eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung erst unter sozialistischen Verhältnissen organisiert werden kann. Die praktischen Beispiele der DDR und Kubas geben uns hier vielfältige Möglichkeiten, dies zu veranschaulichen, wie zum Beispiel das flächendeckende Netz von Polikliniken in der DDR, die in allen Regionen des Landes eine umfassende Gesundheitsversorgung ermöglichten.

Wir stehen für einen Systemwechsel im Gesundheitssystem und gesamtgesellschaftlich. Eine umfangreiche Gesundheitspolitik, die nicht den Profitinteressen des Kapitals unterworfen ist, wird erst im Sozialismus möglich sein. Im Sozialismus ist die Gesundheit der Menschen keine Ware. Das Wohl der Menschen, sowohl der Patientinnen und Patienten als auch der Beschäftigten in der Gesundheitsbranche wird im Mittelpunkt stehen.



**Statut der  
Deutschen  
Kommunistischen  
Partei**

**DKP** 

# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP



*Kommunistische  
Standpunkte,  
marxistische Analysen –  
Woche für Woche.*

**Jetzt  
abonnieren!  
Digital &  
Print**

**[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) • [www.uzshop.de](http://www.uzshop.de)  
E-Mail: [abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de)  
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928**

# **Statut der Deutschen Kommunistischen Partei**

Der Name der Partei ist Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie ist nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut. Als marxistische Partei ist die DKP eine politische Organisation der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten.

Ziel der DKP ist der Kommunismus, eine Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, ein sorgsamer Umgang mit der Natur gesichert und die freie Entwicklung eines jeden als die Bedingung für die freie Entwicklung aller ermöglicht ist. Auf dem Weg zum Kommunismus ist der Sozialismus die historische Übergangsperiode zur neuen Gesellschaft.

Als marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung orientiert sich die DKP an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Weiterentwicklung sie fördert. Sie arbeitet gleichberechtigt und partnerschaftlich mit anderen linken und demokratischen Organisationen und Parteien zusammen. Die DKP ist bei Wahrung ihrer völligen Selbstständigkeit Teil der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung.

Der Sitz des Parteivorstandes ist Essen.

## **Artikel 1**

### **Mitgliedschaft**

Mitglied kann – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – sein, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, die programmatischen Ziele und das Statut der Partei anerkennt und regelmäßig seinen Beitrag entrichtet.

Mitglieder der DKP können nicht zugleich Parteien, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen angehören, deren Ziele gegen die Partei gerichtet sind.

Die Aufnahme eines Mitglieds erfolgt durch die zuständige Parteigliederung. Dies ist in der Regel die Mitgliederversammlung einer Parteigruppe des Kreises, in der das Mitglied lebt oder arbeitet. Die Mitgliedschaft beginnt nach Ablauf der Einspruchsfrist.

Kreis-, Bezirks- bzw. Landes- und Parteivorstand haben das Recht, gegen den Aufnahmebeschluss Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Mitteilung des Aufnahmebeschlusses an die Landes- bzw. Bezirksorganisation erfolgen. Er ist der aufnehmenden Gruppe bzw. dem Kreisvorstand gegenüber zu begründen. Über den Einspruch entscheidet die Schiedskommission der Organisationsstufe, deren Vorstand Einspruch erhoben hat. Das Nähere regelt die Schiedsordnung.

Wird die Aufnahme von der Parteigruppe abgelehnt, so hat der/die Bewerber/in das Recht des Einspruchs beim Kreisvorstand. Lehnt der Kreisvorstand den Einspruch ab, so ist diese Entscheidung endgültig.

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Streichung oder Tod. Wer aus der Partei ausscheidet, hat weder für sich noch für einen Rechtsnachfolger Anspruch auf Parteivermögen. Der Mitgliedsausweis ist Eigentum der DKP und bei Beendigung der Mitgliedschaft an die zuständige Parteigruppe zurückzugeben.

Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt durch die zuständige Parteigliederung. Sie ist nur dann möglich, wenn das Mitglied trotz schriftlicher Mahnung länger als sechs Monate keine Beiträge zahlt, ohne dass eine Stundung erfolgt ist.

Die Streichung muss mindestens zwei Wochen vorher schriftlich angekündigt werden. Sie wird hinfällig, wenn die Beiträge innerhalb von vier Wochen nach der Streichung nachgezahlt oder gestundet werden.

Die Streichung ist der nächsthöheren Parteigliederung mit Begründung unverzüglich mitzuteilen.

## **Artikel 2**

### **Rechte und Pflichten**

Alle Mitglieder haben gleiche Rechte.

Dazu gehören das Recht

- an der Erarbeitung der Politik der Partei und ihrer Beschlussfassung mitzuwirken;
- seine Meinung in allen die DKP betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern und sie im Rahmen der Möglichkeiten in Parteipublikationen zu vertreten;
- Kritik an Beschlüssen, Gremien und Mitgliedern der Partei zu üben;
- seine Meinung zu allen politischen Fragen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei muss öffentliche Kritik an der Partei und einzelnen ihrer Mitglieder oder Gremien solidarisch erfolgen und darf die Umsetzung gefasster Beschlüsse nicht gefährden;
- einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben;
- an der Entwicklung und Diskussion von Personalvorschlägen und der Beurteilung der Tätigkeit von Funktionären der DKP mitzuwirken;

- an der Wahl der Parteiorgane teilzunehmen und selbst gewählt zu werden;
- bei der Beratung aller Angelegenheiten, die das Mitglied selbst betreffen, seine persönliche Anwesenheit zu verlangen.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, am Leben und der Arbeit seiner Parteigruppe – das ist in der Regel die Parteigruppe im Betrieb, in dem es arbeitet, in der Hochschule, in der es studiert bzw. beruflich tätig ist, oder im Wohngebiet, in dem es lebt – entsprechend seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten teilzunehmen, die in den programmatischen Dokumenten festgelegten und von Parteitag beschlossenen Ziele zu unterstützen sowie die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und nach Kräften bei ihrer Umsetzung mitzuwirken.

Jedes Mitglied soll sich Kenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus aneignen, die Publikationen der Partei, insbesondere die Zeitung der Partei, lesen und verbreiten und die materiellen Grundlagen der Partei durch Beitragszahlung gemäß der Beitrags- und Finanzordnung der DKP und das Aufbringen von Spenden sichern helfen.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich in seiner politischen Tätigkeit und durch sein persönliches Verhalten gegen soziale Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Diskriminierung von Frauen, gegen Diskriminierung von Minderheiten, gegen Rassismus sowie gegen solche Verhältnisse aktiv zur Wehr zu setzen, in denen „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Karl Marx)

### **Artikel 3**

#### **Innerparteiliche Demokratie, Entscheidungsprozesse und Beschlüsse**

Die innerparteiliche Demokratie in der DKP wird geprägt von der marxistischen Weltanschauung – den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin – und der Gemeinsamkeit der

politischen Ziele. Dieses macht die Mitglieder der DKP zu einer organisiert und solidarisch handelnden Gemeinschaft von Gleichgesinnten.

Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, dass ihr gemeinsames Handeln die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke ihrer Partei ist. Darum verbindet sich in der DKP die breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion. Das erfordert: engere Einbeziehung aller Mitglieder in die Vorbereitung von Entscheidungen sowie in die Entscheidungen selbst; die Entwicklung einer konkret auf die Bedürfnisse und Interessen der Mitglieder und der arbeitenden Menschen bezogenen Politik; die Qualifizierung und Befähigung der Mitglieder zur Durchsetzung der Politik der Partei; die ständige Einbeziehung der Mitglieder in die Ganzheit der Leitungsprozesse, also auch in die Kontrolltätigkeit auf unterschiedlichen Ebenen.

Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d. h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei.

Kommunistinnen und Kommunisten treten dafür ein, dass ihr innerparteiliches Leben bestimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung des einzelnen Mitglieds, durch Kritik und Selbstkritik, durch Offenheit und Vertrauen, durch Kameradschaft und gegenseitige Hilfe.

Es gehört zu den organisatorischen Aufgaben der Partei, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Mitgliedern zu verbreiten und die Diskussion über ihre Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis auf allen Parteiebenen zu fördern. Die Partei ist verpflichtet, organisierend zur Festigung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus beizutragen und die gesicherten Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit in ihre Willensbildung eingehen zu lassen.

Wichtige politische Entscheidungen und längerfristige Handlungsorientierungen, die von Vorständen und Parteikonferenzen beschlossen werden, müssen das Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder sein.

Aufgabe der Vorstände ist es, die dafür notwendigen Diskussionsprozesse zu organisieren sowie Anregungen, Vorschläge und Entscheidungsalternativen zu erarbeiten.

Die wichtigsten Mittel, um das gemeinsame Handeln der Parteimitglieder zu erreichen, sind die politische Diskussion der Mitglieder und die Erarbeitung möglichst breiter Übereinstimmung.

Wenn es die aktuelle politische Auseinandersetzung oder die Notwendigkeit politischen Eingreifens erfordern, haben Vorstände und Parteikonferenzen das Recht zur Beschlussfassung ohne vorherige Diskussion der Mitglieder. Die spätere Begründung ist zwingend erforderlich.

Wenn trotz gründlicher Diskussion der Mitglieder keine breite Übereinstimmung erreicht wird, aber Entscheidungen politisch zwingend sind, sind Mehrheitsbeschlüsse unvermeidlich und bindend.

Beschlüsse dürfen die freie wissenschaftliche Debatte zur Erarbeitung neuer Erkenntnisse nicht behindern.

## **Artikel 4**

### **Parteigliederungen**

Die Partei gliedert sich grundsätzlich in

- Grundorganisationen
- Kreisorganisationen
- Bezirksorganisationen und/oder Landesorganisationen
- Bundesorganisation.

Sie ist nach demokratischen Prinzipien aufgebaut.

Über die Bildung neuer und die Auflösung von Grund-, Kreis-, Bezirks- oder Landesorganisationen entscheidet der Vorstand der nächsthöheren existierenden Ebene.



Die gewählten Gremien sind zur kollektiven Arbeit verpflichtet und ihrer jeweiligen Organisationsebene rechenschaftspflichtig.

Die Beschlüsse von Parteikonferenzen (Parteitag, Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz, Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung) sind Grundlage der Politik der Partei und für alle jeweiligen Untergliederungen verbindlich.

Beschlüsse der jeweils höheren Parteigremien (Partei Vorstand, Bezirks- und/oder Landesvorstand, Kreisvorstand), die die Politik der Partei auf der jeweiligen Ebene betreffen, sind für die nachfolgenden Parteigliederungen verbindlich, soweit sie nicht dem Grundsatz der demokratischen Wahlen von unten nach oben entgegenstehen.

## **Artikel 5**

### **Grundorganisationen**

Grundorganisationen sind Betriebsgruppen, Wohngebietsgruppen und Hochschulgruppen. Grundorganisationen können überall gebildet werden, wo mindestens drei Mitglieder tätig sind oder leben. Vorrang hat die Mitgliedschaft in einer Betriebsgruppe.

Je nach Zweckmäßigkeit können unter Berücksichtigung und in Absprache mit den jeweiligen Genoss/inn/en Orts- bzw. Stadtteilorganisationen gebildet werden, die in Grundorganisationen gegliedert sind. Über die Bildung solcher Untergliederungen entscheidet der zuständige Kreisvorstand.

Zur Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung neuer Betriebsgruppen können als Übergangsformen Sammelgruppen oder Betriebsaktive gebildet werden. Diese haben dann die Rechte und Pflichten von Grundorganisationen.

Gruppen im Bereich von Bundesländern, in denen es noch keine Bezirks- bzw. Landesorganisationen gibt, können Koordinierungsräte bilden. In ihrem Bereich entwickeln sie in Abstimmung mit den Gruppenvor-

ständen die Politik der DKP und vertreten sie nach innen und außen, einschließlich organisatorischer Maßnahmen. Ebenfalls vertreten sie die Partei gegenüber den Wahlleitern.

Das Leben und die Arbeit von Grundorganisationen vollzieht sich im Rahmen der Bestimmungen dieses Statuts. Sie dienen der Verwirklichung der Ziele und Beschlüsse der Partei im Rahmen der eigenen Kraft und Möglichkeiten.

Einmal jährlich findet eine Jahreshauptversammlung der Grundorganisation statt. Auf ihr gibt der Vorstand über seine Tätigkeit Rechenschaft. Zweijährlich wird die Neuwahl des Gruppenvorstands vorgenommen. Gewählt werden Sprecher/innen bzw. Vorsitzende(r) und stellvertretende(r) Vorsitzende(r) sowie weitere Mitglieder des Vorstands, deren Zahl die Jahreshauptversammlung festlegt, sowie die Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz. Sofern eine Landes- bzw. Bezirksorganisation nicht durchgängig in Kreisorganisationen untergliedert ist, werden die Delegierten zur Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz in den Jahreshauptversammlungen der Grundorganisationen gewählt. Grundorganisationen wählen zweijährlich entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel Delegierte zum Parteitag, mindestens aber eine/n Delegierte/n.

In Bundesländern, in denen sich die Organisationsstruktur der Partei erst herausbildet und sich vorerst auf Grundorganisationen stützt, beruft der Parteivorstand in Zusammenarbeit mit den Gruppenvorständen und Koordinierungsräten zur Beratung von Anträgen an den Parteitag und zur Wahl der Parteitagsdelegierten Landesmitgliederversammlungen ein. Die Wahlen finden gemäß § 10 des Statuts statt.

## **Artikel 6**

### **Kreisorganisationen**

Die Grundorganisationen in einem Kreis bilden die Kreisorganisation. Diese vertritt in ihrem Wirkungsbereich die Partei nach außen. Kreisorganisation im Sinne dieses Statuts muss nicht Kreis im Sinne der Kommunalgliederung sein.

In Kreisen, in denen eine Untergliederung zeitweilig nicht möglich ist, können die Mitglieder der DKP mit Zustimmung der nächsthöheren Parteikörperschaft eine nicht untergliederte Kreisorganisation bilden.

Kreisdelegiertenkonferenzen oder Kreismitgliederversammlungen finden mindestens zweijährlich statt. Den Delegiertenschlüssel legt der Kreisvorstand fest. Die Wahl der Delegierten erfolgt auf den Jahreshauptversammlungen der Grundorganisationen.

Kreisdelegiertenkonferenzen oder Kreismitgliederversammlungen beruft der Kreisvorstand unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von einem Monat ein. Außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenzen oder Kreismitgliederversammlungen können mit kürzeren Fristen einberufen werden. Sie sind auf Beschluss des Kreisvorstandes oder auf Antrag eines Drittels der Grundorganisationen des Kreises oder eines Drittels der gewählten ordentlichen Delegierten zur letzten ordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz oder eines Drittels der Mitglieder der Kreisorganisation einzuberufen. Der Antrag muss einen Tagesordnungsvorschlag enthalten.

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung gibt der Kreisvorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit, werden politische sowie die Arbeit der Kreisorganisation betreffende Beschlüsse gefasst und Anträge der Grundorganisationen, des Kreisvorstandes, der Kreisrevisionskommission und der Kreisschiedskommission behandelt.

Die Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung wählt zweijährlich

1. mindestens zwei gleichberechtigte Sprecher/innen oder eine/n Vorsitzende/n und mindestens eine/n stellvertretende/n Vorsitzende(n). Sie vertreten die Kreisorganisation einzeln und gemeinsam nach außen;
2. die weiteren Mitglieder des Kreisvorstands, mindestens jedoch ein weiteres Mitglied des Kreisvorstandes;

3. die Mitglieder der Kreisrevisionskommission, der mindestens zwei Personen, und der Kreisschiedskommission, der mindestens drei Personen angehören müssen;
4. die Delegierten zur Landes- und/oder Bezirksdelegiertenkonferenz;
5. wenn in der Kreisorganisation mindestens drei Grundorganisationen bestehen, zusätzlich Delegierte zum Parteitag. Ihre Anzahl beträgt  $\frac{1}{4}$  der in den Grundorganisationen gewählten Delegierten zum Parteitag.

## **Artikel 7**

### **Bezirksorganisation – Landesorganisation**

Kreisorganisationen eines Bundeslandes können eine Bezirksorganisation oder eine Landesorganisation bilden. Über die Bildung wie auch über die Auflösung von Bezirk- bzw. Landesorganisationen und über Veränderungen in ihren Strukturen entscheidet der Parteivorstand.

Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen oder -mitgliederversammlungen finden mindestens zweijährlich statt. Den Delegiertenschlüssel legt der Landes- bzw. Bezirksvorstand fest. Die Wahl der Delegierten erfolgt auf den Kreisdelegiertenkonferenzen bzw. Kreismitgliederversammlungen. Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen berufen der Bezirks- bzw. Landesvorstand unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von sechs Wochen ein. Außerordentliche Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen können mit kürzeren Fristen einberufen werden. Sie sind auf Beschluss des Bezirksvorstands oder auf Antrag eines Drittels der gewählten ordentlichen Delegierten zur letzten Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz bzw. eines Drittels der Mitglieder der jeweiligen Bezirks- oder Landesorganisation einzuberufen. Die Tagesordnung für die außerordentliche Delegiertenkonferenz muss dem Antrag entsprechen.

Auf der Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz gibt der Bezirks- bzw. Landesvorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit, werden politische

sowie die Arbeit im Organisationsbereich betreffende Beschlüsse gefasst und Anträge von Grundorganisationen, von Kreisdelegiertenkonferenzen bzw. Kreismitgliederversammlungen, des Bezirks- bzw. Landesvorstandes, der Bezirksrevisionskommission und der Bezirksschiedskommission behandelt.

Die Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz wählt zweijährlich

1. mindestens zwei gleichberechtigte Sprecher/innen oder eine/n Vorsitzende/n und mindestens eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n, die die Bezirks- bzw. Landesorganisation gemeinsam und einzeln nach außen vertreten;
2. die weiteren Mitglieder des Bezirks- bzw. Landesvorstandes, dem nicht mehr als 30 Mitglieder angehören;
3. die Mitglieder der Bezirks- bzw. Landesrevisions- und Schiedskommissionen. die jeweils aus mindestens drei Personen bestehen müssen;
4. entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel zusätzliche Delegierte in Höhe von  $\frac{1}{4}$  der in der Bezirksorganisation – Landesorganisation durch die Grundorganisationen gewählten Delegierten zum Parteitag. Soweit in einem Bundesland noch keine Bezirks- bzw. Landesorganisation besteht, beruft der Parteivorstand Landesmitgliederversammlungen ein, auf denen die Delegierten – dem Delegiertenschlüssel entsprechend – gewählt werden.

Für die DKP in einem solchen Bundesland hat der Parteivorstand festzulegen, dass die Zuständigkeit der Bezirks- bzw. Landesschiedskommission der entsprechenden Kommission einer zu benennenden benachbarten Bezirks- oder Landesschiedskommission zugewiesen wird.

5. Die Bezirks- oder Landeskonferenzen können die Teilnahme an Landtagswahlen beschließen. Beschließt der Parteivorstand die Teilnahme an Bundestagswahlen auch mit Landeslisten, entschei-

den über deren Zusammensetzung die Bezirks- oder Landeskonferenzen.

Die Wahlen finden gemäß Artikel 10 dieses Statuts statt.

Der Bezirks- bzw. Landesvorstand tagt mindestens fünfmal im Jahr. Er entscheidet unter Beachtung der Bestimmungen in Artikel 14 über die Berufung einer hauptamtlichen Geschäftsführung.

## **Artikel 8**

### **Bundesorganisation**

#### **I. Der Parteitag**

Die Bezirks- und Landesorganisationen der DKP bilden die Bundesorganisation.

Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. Parteitage der DKP finden mindestens zweijährlich statt. Sie werden vom Parteivorstand einberufen. Die Einberufungsfrist beträgt im Falle der Wahl neuer Delegierter drei Monate, ansonsten sechs Wochen.

Außerordentliche Parteitage sind auf Beschluss des Parteivorstandes oder auf Antrag eines Drittels der Bezirks- bzw. Landesorganisationen – denen mindestens ein Drittel der Mitglieder der Gesamtpartei angehören müssen –, oder eines Drittels der zum letzten Parteitag gewählten ordentlichen Delegierten einzuberufen. Der Antrag muss einen Tagesordnungsvorschlag enthalten.

Auf dem Parteitag gibt der Parteivorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit.

Der Parteitag beschließt die Politik und Programmatik, das Statut, die Beitrags- und Finanzordnung sowie die Schiedsordnung der DKP. Er entscheidet über die an ihn gerichteten Anträge der Grund-, Kreis-, Bezirks- bzw. Landesorganisationen, des Parteivorstandes, der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission.

Der Parteitag wählt

1. die/den Vorsitzende/n, mindestens eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n, oder mindestens zwei gleichberechtigte Sprecher/innen, die die Partei gemeinsam und einzeln nach außen vertreten;
2. die weiteren Mitglieder des Parteivorstands, dem nicht mehr als 40 Mitglieder angehören sollen;
3. die Mitglieder der Zentralen Revisions- und Zentralen Schiedskommission, die aus mindestens je drei Personen bestehen müssen.

Die Wahlen finden gemäß Artikel 10 des Statuts statt.

## **II. Der Parteivorstand**

Der Parteivorstand leitet die Partei zwischen den Parteitagen. Parteitage werden vom Parteivorstand einberufen. Er legt den Delegierten-schlüssel fest. Der Parteivorstand beschließt über die Frist für Anträge an den Parteitag. Die Anträge sind mindestens zwei Wochen vor Beginn des Parteitages zu veröffentlichen.

Der Parteivorstand vertritt die Partei als Ganzes nach außen, national und international.

Er entscheidet über die Aufnahme und Pflege von Beziehungen zu ausländischen Parteien und Organisationen. Internationale Verbindungen von nachgeordneten Parteigliederungen bedürfen der Zustimmung des Parteivorstands.

Der Parteivorstand tritt mindestens alle drei Monate zusammen.

Der Parteivorstand beschließt über seine Arbeitsweise und gibt sich eine Geschäftsordnung. Er fasst seine Beschlüsse auf der Grundlage von Programm, Statut, Parteitagsbeschlüssen und der Diskussion der Parteimitglieder. Er erarbeitet Entscheidungsvorschläge zu politischen Aufgaben, die von der Partei als Ganzes zu lösen sind. Falls erforderlich, organisiert

er die dazu notwendige Parteidiskussion und fasst die sich daraus ergebenden, für die ganze Partei verbindlichen Beschlüsse.

Der Parteivorstand ist der Herausgeber der Zeitung der Partei und entscheidet über ihre inhaltliche Konzeption und die Zusammensetzung der Redaktion.

Er entscheidet über den Einsatz hauptamtlicher Kräfte zur Realisierung seiner Führungsarbeit, unter Beachtung der Bestimmungen in Artikel 14.

## **Artikel 9**

### **Sekretariate**

Kreis-, Bezirks- bzw. Landesvorstände und Parteivorstand wählen Sekretariate, denen die Sprecher/innen bzw. die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden angehören. In Kreisen, in denen die zahlenmäßige Stärke der Kreisvorstände den in einem Sekretariat zu besetzenden Funktionsbereichen gleichkommt, entfällt die Wahl von Sekretariaten. Sekretariate sind Arbeitsausschüsse der jeweiligen Vorstände. Sie sind ihnen gegenüber in vollem Umfang weisungsgebunden, rechnungs- und informationspflichtig.

Die Vorstände regeln die Arbeit der Sekretariate durch eine Geschäftsordnung.

## **Artikel 10**

### **Wahlen, Abstimmungen, Mandate**

Sämtliche Wahlfunktionen auf Kreis-, Bezirks- bzw. Landes- und Bundesebene gelten in der Regel für zwei Jahre. Delegiertenmandate gelten in diesem Zeitraum auch für außerordentliche Konferenzen und Parteitage.



Zu der Zahl der ordentlichen Delegierten werden Ersatzdelegierte gewählt.

Auf allen Ebenen ist die jederzeitige Neuwahl einzelner oder sämtlicher Wahlfunktionen und Delegierten möglich.

Die Wahlen auf allen Ebenen sind geheim. Die Einzelheiten der Durchführung von Wahlen beschließen die jeweiligen Konferenzen bzw. der Parteitag in einer Wahlordnung.

Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. Auf Antrag eines Drittels der anwesenden Delegierten erfolgt die Beschlussfassung geheim. Beschlüsse zur Veränderung des Statuts und zur Auflösung der Partei bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Delegierten des Parteitags. Beschlüsse zur Auflösung der Partei bzw. zur Vereinigung mit anderen Parteien müssen darüber hinaus durch eine Urabstimmung der Mitglieder bestätigt werden.

Auf Delegiertenkonferenzen und Parteitag sind nur die anwesenden gewählten Delegierten stimmberechtigt.

Das Recht zu Wahlvorschlägen steht den Mitgliedern bzw. Delegierten der jeweiligen Parteikonferenz für die eigene und für die übergeordnete Ebene und den Vorständen der jeweiligen Ebene zu.

Das Mandat der Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen sowie des Parteitags zur Wahl der Parteigremien schließt das Recht zur Wahl der Kandidaten für die Parlamente ein. Die Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen zu den Kommunalparlamenten, zum Kreis-, Land- und Bundestag erfolgt auf den zuständigen Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen. Die Wahl der Kandidaten ist geheim. Kandidatinnen und Kandidaten für Vorstands- und Delegiertenmandate müssen der jeweiligen Gliederung als Mitglied angehören.

## **Artikel 11**

### **Konferenzen**

Parteikonferenzen können – entsprechend ihrer Aufgabenstellung – öffentlich oder nur für Mitglieder der DKP zugänglich sein. Darüber befindet jeweils der zuständige Vorstand als Einlader zu der Konferenz oder die Konferenz selbst.

Parteikonferenzen sind souverän und arbeiten auf der Grundlage der von ihnen zu beschließenden Tages- und Geschäftsordnung. Sie wählen eine Konferenzleitung.

## **Artikel 12**

### **Arbeitsgemeinschaften. Kommissionen und Tagungen**

Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und Tagungen zu einzelnen Sachgebieten oder für bestimmte Personengruppen sind Beratungsgremien der gewählten Vorstände bei der Politikerarbeit. Sie haben für das jeweilige Sachgebiet und an die Vorstände auf der Ebene, auf der sie wirken, Vorschlags- und Antragsrecht. Sie können durch die Vorstände auf allen Ebenen der Partei für die Lösung befristeter Aufträge oder für dauerhafte Tätigkeit gebildet werden. Daran teilnehmende Mitglieder sind nicht von der Mitarbeit in ihrer Grundorganisation befreit.

Genossinnen in der DKP können durch die Mehrheit ihrer Vertreterinnen der jeweiligen Organisationsebene der Partei Tagungen einberufen und Arbeitsgemeinschaften bilden.

Über die Berufung in Kommissionen bzw. Arbeitsgemeinschaften sowie die Benennung ihrer Leitungen entscheidet der Vorstand der Parteiebene, für die die Arbeitsgemeinschaft bzw. Kommission gebildet wird.

## **Artikel 13**

### **Quotierung**

Zur stärkeren Einbeziehung von Genossinnen und zur Durchsetzung der Quotierung ist eine gezielte Frauenförderung zwingend notwendig. Die Vorstände aller Parteiebenen sind verpflichtet, dazu konkrete Maßnahmen zu entwickeln und Rechenschaft darüber abzulegen.

Auf Bundes- und Bezirks- bzw. Landesebene sollen in allen gewählten Gremien der Partei 50 Prozent Genossinnen vertreten sein, mindestens aber soviel, wie ihr prozentualer Anteil an der Mitgliedschaft des jeweiligen Bereichs beträgt.

Bei der Wahl von Sprecher/innen bzw. Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden ist eine 50-prozentige Quote anzustreben.

Bei Delegiertenwahlen auf Kreisebene sollen 50 Prozent Genossinnen gewählt werden. Bei ungerader Delegiertenzahl bleibt die Wahl einer oder eines Delegierten von dieser Regelung ausgenommen.

Sollte die Quotierung nicht einzuhalten sein, muss das jeweilige Wahlorgan mit Zweidrittelmehrheit für seinen Bereich und die vorzunehmende Wahl die Aufhebung der Quotierung beschließen.

## **Artikel 14**

### **Finanzen/Finanzordnung**

1. Die Partei finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Sammlungen, Spenden und anderen Einnahmen. Einzelheiten regelt die Beitragsordnung (Anhang zum Statut der DKP).
2. Der Parteivorstand wählt eine Finanzkommission unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Bezirks- bzw. Landesvorständen. Sie ist dem Parteivorstand und dem Parteitag in vollem Umfang rechenschafts- und informationspflichtig.

3. Der Parteivorstand wählt einen Kassierer. Er ist auf der Grundlage von Finanzplänen tätig. Diese müssen auf Verlangen den Vorständen und auch Parteikonferenzen offen gelegt werden.

Die Kassiererinnen und Kassierer aller Parteigliederungen sind zu ordentlicher und einheitlicher Buchhaltung verpflichtet, und zwar:

- Auf Kreis- und Bezirksebene werden alle Finanzvorgänge in Kassenbüchern und in Form von EDV-Verwaltung in einfacher Ein- und Ausgabenform geführt, jeweils für Kasse und Bank getrennt.
  - Die jeweiligen „Kassenbücher“ werden quartalsmäßig abgeschlossen und nach Prüfung durch die jeweilige Revisionskommission an den Parteivorstand zur zentralen Buchhaltung gegeben.
  - Mit dem Abschluss eines Jahres (Geschäftsjahr: Januar bis Dezember) sind mit den Unterlagen des 4. Quartals auch die Auflistungen über Beitragseinnahmen und Spenden – namentlich mit Adressen – mitzuliefern.
  - Die Parteigruppen der Kreise und die kreisfreien Gruppen der Bezirke führen ebenfalls Kassenbücher, die von den jeweiligen Vorständen, evtl. von zwei beauftragten Mitgliedern, geprüft werden. Die Revisionskommissionen der nächsthöheren Ebene haben das Recht, sie dabei zu unterstützen.
4. Spenden sind Zuwendungen an die Partei und ihre Erfassung muss auf der Grundlage des Parteiengesetzes auf den jeweiligen Ebenen vorgenommen werden.

Zur Annahme von Parteispenden sind alle Vorstände der DKP berechtigt. Von Grundorganisationen entgegen genommene Spenden sind dem jeweils nächsthöheren Vorstand mitzuteilen, der auch die entsprechende Spendenbescheinigung ausstellt.

Vierteljährlich wird jedem Mitglied eine Spendenmarke für die UZ angeboten. Über die Werthöhe der Marke entscheidet der Parteivorstand. Diese Spendenmarken dienen der Sicherung der Herausgabe der Zeitung der DKP.

5. Mitglieder, die im Auftrage und auf Einladung des Parteivorstandes zentrale Beratungen wahrnehmen, erhalten auf Wunsch ihre Fahrgelder erstattet. Sie werden gebeten, entsprechend ihren Möglichkeiten diese Fahrgelder der Partei zu spenden
6. Dem Kassierer des Parteivorstandes sind alle Parteigliederungen zur Offenlegung der Parteifinzen verpflichtet.
7. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## **Artikel 15**

### **Revisionskommissionen**

Die Revisionskommissionen sind – durch die Direktwahl auf den Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen der Kreise und Bezirke bzw. Länder sowie auf dem Parteitag legitimierte – von den Vorständen der Partei unabhängige Gremien der Kontrolle der Finanzpolitik der Partei. Die Mitglieder der Revisionskommissionen erstatten den jeweiligen Parteikonferenzen mindestens zweijährlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit.

Die Revisionskommissionen überprüfen die Finanzführung auf der jeweiligen Ebene. Ihnen sind auf Verlangen jederzeit und uneingeschränkt die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Ihre Mitglieder sind bei der Erarbeitung des Finanzetats und größerer Finanzierungsaufgaben in Erfüllung politischer Beschlüsse, hinzu zu nehmen und über deren Entwicklung regelmäßig zu informieren.

Im Mittelpunkt der Revisionen, die regelmäßig, mindestens jedoch einmal in drei Monaten vorzunehmen sind, stehen:

- die Prüfung der Einnahmen und Ausgaben, der Bestände an Bargeld, der Bestände auf den Konten sowie der Beitragsmarken;
- die regelmäßige Kontrolle der Beitragsabrechnungen sowie die Entwicklung des Aufkommens aus Sondermarken, Sammlungen und Spenden;

- die Kontrolle über den sparsamen, effektiven Umgang mit den Mitteln und materiellen Werten der Partei.

Die/der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied der Zentralen Revisionskommission gehört der Finanzkommission des Parteivorstandes an.

Die/der Vorsitzende oder ein/e von der jeweiligen Revisionskommission benannte/r Vertreter/in nimmt an den Vorstandstagungen auf der jeweiligen Ebene der Partei mit beratender Stimme teil.

Die Kommissionen sind verpflichtet, kritischen Hinweisen aus der Partei sofort nachzugehen und ihre Ergebnisse dem jeweiligen Vorstand vorzutragen.

Die Revisionskommissionen haben Antragsrecht im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereiches.

## **Artikel 16**

### **Schiedskommissionen und Schiedsverfahren**

Die Schiedskommissionen beraten die Mitglieder und Gliederungen der Partei bei der Anwendung und Auslegung des Statuts der DKP und seiner Beachtung. Sie werden bei der Einleitung von Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte nur auf Antrag tätig. Sie sind von den Parteigremien unabhängig und keinen Weisungen unterworfen. Ihre Mitglieder dürfen Vorständen der DKP nicht angehören und weder in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen noch von ihr regelmäßige Einkünfte beziehen. Die Mitglieder der Schiedskommissionen berichten den jeweiligen Parteikonferenzen mindestens zweijährlich in angemessener Form über ihre Tätigkeit.

Parteiordnungsverfahren können gegen Mitglieder durchgeführt werden, die in schwerwiegender Weise gegen Statut oder Programm der DKP verstoßen. Ordnungsmaßnahmen sind Verwarnung, Verbot der Ausübung von Leitungsfunktionen bis zu einer Frist von zwei Jahren und Ausschluss aus der DKP. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn Mitglieder durch ihr Verhalten der Partei schweren Schaden zufügen.

Anträge auf Einleitung von Parteiordnungsverfahren können nur von der Grundorganisation, der das Mitglied angehört, dem zuständigen Kreis- oder Bezirks- bzw. Landesvorstand oder dem Parteivorstand gestellt werden. Vor jeder Entscheidung im Parteiordnungsverfahren hat das betroffene Mitglied ein Anhörungsrecht.

Über Parteiordnungsmaßnahmen entscheidet nur die Schiedskommission nach Maßgabe der Schiedsordnung. Gegen Entscheidungen der Schiedskommission kann bei der jeweils höheren Schiedskommission Einspruch eingelegt werden.

Zur Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitglieds ist die Zustimmung des Kreisvorstandes und der Gliederung der DKP erforderlich, die den Ausschluss beantragt hat. Gegen die Entscheidung steht dem Antragsteller das Recht zum Einspruch bei der Kreisschiedskommission zu.

Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte finden bei Verletzung von Rechten, die nach diesem Statut den Mitgliedern und Gliederungen der Partei zustehen, auf Antrag statt. Die nähere Ausgestaltung der in diesem Absatz vorgesehenen Verfahren regelt die Schiedsordnung.

Der Parteitag kann jede Entscheidung der Zentralen Schiedskommission aufheben oder abändern.

---

# Schiedsordnung der DKP

## Artikel 1

### Bildung von Schiedskommissionen

1. Schiedskommissionen werden gemäß dem Statut auf Kreis-, Bezirks- bzw. Landes- und Bundesebene gebildet.

Schiedskommissionen führen auf schriftlichen Antrag hin selbstständig Verfahren durch und fassen in ihnen verbindliche Entscheidungen bzw. Feststellungsbeschlüsse. Sie arbeiten auf der Grundlage von Programm, Statut und Schiedsordnung der DKP.

2. Die Schiedskommissionen wählen aus ihrer Mitte den/die Vorsitzende/n und den/die stellvertretende/n Vorsitzende/n.
3. Mitgliedschaft in mehr als einer Schiedskommission ist nicht zulässig. Mitglieder der Schiedskommissionen dürfen nicht
  - einem Vorstand der Partei angehören;
  - in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen;
  - regelmäßige Einkünfte von der Partei beziehen.

## **Artikel 2**

### **Zuständigkeit der Schiedskommissionen**

1. Schiedskommissionen sind zuständig
  - a. für Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte,
  - b. für Parteiordnungsverfahren (einschließlich Einspruch und Aufhebung von Parteiordnungsmaßnahmen)
  - c. bei Einspruch gegen Aufnahmen in die Partei.
2. Das Parteiordnungsverfahren wird von der Schiedskommission des Kreises eröffnet und durchgeführt, in welchem das betroffene Mitglied organisiert ist. Sofern eine Kreisschiedskommission nicht existiert, ist die Bezirksschiedskommission zuständig.
3. Sofortmaßnahmen regelt § 5.

Für Entscheidungen nach § 7 der Schiedsordnung sind die Schiedskommissionen zuständig, die zuletzt mit der Sache befasst waren.

4. Schiedskommissionen leisten sich gegenseitig Hilfe. Entscheidungen und Feststellungsbeschlüsse werden der übergeordneten Schiedskommission mitgeteilt.



## **Artikel 3**

### **Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte**

1. Anträge zur Durchführung von Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte können von jedem Mitglied und allen Parteiorganen der DKP eingereicht werden, die der Auffassung sind, dass ihre statutenmäßigen Rechte eingeschränkt oder verletzt worden sind. Es ergehen Feststellungsbeschlüsse.
2. Die Anträge sind mit den für einen Feststellungsbeschluss notwendigen Unterlagen schriftlich einzureichen. Dabei ist anzugeben, durch welche Gremien welche statutarischen Rechte der Antragsteller verletzt wurden.
3. Für die Durchführung des Verfahrens ist die Schiedskommission auf der Ebene des Gremiums zuständig, das die behauptete Rechtsverletzung begangen haben soll.
4. Die Schiedskommission entscheidet zunächst darüber, ob der Antrag in zulässiger Weise gestellt ist. Ist dies der Fall, so prüft sie, ob der Antrag begründet ist und entscheidet durch Beschluss.
5. Gegen Feststellungsbeschlüsse können Antragsteller und Antragsgegner Einspruch einlegen. Die Entscheidungen der Zentralen Schiedskommission sind endgültig.

## **Artikel 4**

### **Parteiordnungsverfahren**

1. Anträge auf Einleitung von Parteiordnungsverfahren können von der Grundorganisation, der das Mitglied angehört, dem zuständigen Kreis- oder Bezirks- bzw. Landesvorstand oder dem Parteivorstand gestellt werden. Bei der für das betroffene Mitglied zuständigen Schiedskommission ist der Antrag schriftlich einzureichen. In dem Antrag müssen die Beschuldigungen und Beweise dargelegt und etwaige Zeugen benannt werden.

2. Die Schiedskommission entscheidet aufgrund nicht öffentlicher mündlicher Verhandlung. Das Mitglied, gegen das ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet ist, kann in Begleitung eines Beistands aus der Mitgliedschaft der DKP erscheinen. Über die Teilnahme weiterer Personen an der Verhandlung entscheidet die jeweilige Schiedskommission.
3. Die/der Vorsitzende oder die/der stellvertretende Vorsitzende bestimmen den Verhandlungs- und Protokollführer. Diese setzen Termin und Ort der Verhandlung fest und sorgen für die schriftliche Einladung aller Beteiligten. Die Einladung muss enthalten: Termin und Ort der Verhandlung und die Namen der an der Verhandlung teilnehmenden Mitglieder der Schiedskommission. Erscheint der Betroffene nach einer ersten Einladung nicht, muss die zweite Einladung den Hinweis enthalten, dass bei unentschuldigtem Fernbleiben in seiner Abwesenheit verhandelt werden kann. Die Zustellung der Einladung muss bis 14 Tage vor der jeweiligen Verhandlung erfolgen.
4. Versäumt ein Mitglied, gegen das ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet ist, auch nach der zweiten schriftlichen Einladung, ohne sich durch triftige Gründe zu entschuldigen, die Verhandlung, kann in seiner Abwesenheit verhandelt und entschieden werden.
5. Mitglieder von Schiedskommissionen können vom Betroffenen und vom Antragsteller wegen Besorgnis und Befangenheit abgelehnt werden. Der Vorwurf der Befangenheit ist zu begründen. Befangenheitsgründe, die vor der mündlichen Verhandlung im Parteiordnungsverfahren bekannt werden, müssen spätestens drei Tage vor der mündlichen Verhandlung bei der Schiedskommission geltend gemacht werden. Befangenheitsgründe, die nach Ablauf dieser Frist entstehen, sind unverzüglich geltend zu machen.

Über das Ablehnungsgesuch entscheidet die Schiedskommission ohne Mitwirkung des abgelehnten Mitglieds bzw. der abgelehnten Mitglieder. Werden sämtliche Mitglieder der Schiedskommission abgelehnt, so entscheidet die übergeordnete Schiedskommission über das Ablehnungsgesuch. Dies gilt nicht für die Zentrale Schieds-

kommission, die über gegen sie insgesamt gerichtete Ablehnungsgesuche selbst entscheidet.

6. Der wesentliche Inhalt einer mündlichen Verhandlung ist zu protokollieren. Beschlüsse der Schiedskommission sind im Wortlaut festzuhalten. Die Entscheidung bzw. der Feststellungsbeschluss wird von der/dem Vorsitzenden oder der/dem stellvertretenden Vorsitzenden unterschrieben und von der/dem Protokollführer/in gegengezeichnet. Entscheidung und Feststellungsbeschluss müssen begründet und mit dem Hinweis auf das Einspruchsrecht versehen sein.
7. Betroffenen und Antragstellern wird die Entscheidung bzw. der Feststellungsbeschluss innerhalb von 21 Tagen zugestellt. Entscheidungen können vom Partei-, Bezirks- und Kreisvorstand veröffentlicht werden.
8. Hält die Schiedskommission die erhobenen Beschuldigungen für geringfügig, so kann sie das Verfahren auch ohne mündliche Verhandlung ohne Schuldfeststellung wegen Geringfügigkeit einstellen. Dagegen steht dem Antragsteller das Recht der Beschwerde entsprechend Artikel 6 der Schiedsordnung zu.
9. Läuft gegen einen Betroffenen ein gerichtliches Verfahren, so kann die Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens zeitweise ausgesetzt werden.
10. Mitteilungen der Schiedskommission ergehen an alle Beteiligten in der Regel über die Organisationsgliederungen.
11. Der Empfang von Einladungen für die mündliche Verhandlung und von Entscheidungen bzw. Feststellungsbeschlüssen ist dem Überbringer schriftlich zu bestätigen. Verweigert ein Teilnehmer die Entgegennahme oder die Bestätigung, wird dies vom Überbringer schriftlich vermerkt. Die Zustellung gilt dann als erfolgt.

## **Artikel 5**

### **Sofortmaßnahmen**

1. In begründeten Ausnahmefällen (Gefahr der schweren Schädigung der DKP) können Bezirks- bzw. Landesvorstand oder Parteivorstand bzw. ihre Sekretariate das Ruhen der Mitgliedschaft anordnen.
2. Die Maßnahme wird unwirksam, wenn sie nicht innerhalb zwei Wochen mit der für das Mitglied zuständigen Bezirksschiedskommission bestätigt wird. Vor der Entscheidung der Bezirks- bzw. Landesschiedskommission hat das betroffene Mitglied ein Anhörungsrecht.
3. Die Maßnahme wird ferner unwirksam, wenn nicht innerhalb eines Monats nach ihrer Anordnung ein förmlicher Antrag auf Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens bei der zuständigen Schiedskommission vorliegt.

## **Artikel 6**

### **Einspruchsverfahren**

1. Gegen die Entscheidung bzw. den Feststellungsbeschluss einer Schiedskommission können Betroffene bzw. Antragsteller schriftlich Einspruch bei der übergeordneten Kommission erheben.

Der Einspruch muss innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung der Entscheidung bzw. des Feststellungsbeschlusses eingereicht werden. Er ist schriftlich zu begründen.

2. Ergibt sich bei der Behandlung des Einspruchs, dass Bestimmungen des Statuts bzw. der Schiedsordnung nicht eingehalten wurden, kann der Einspruch ohne mündliche Verhandlung an die Schiedskommission zurückverwiesen werden, die die Entscheidung getroffen hat.

3. Wenn der Einspruch ohne Begründung oder verspätet erfolgt, wird er ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen.
4. Der Einspruch kann zurückgenommen werden. Die Zurücknahme muss schriftlich erfolgen.

## **Artikel 7**

### **Aufhebung von Parteiordnungsmaßnahmen**

Eine Verwarnung kann für hinfällig erklärt werden und die Aberkennung eines Rechtes, Leitungsfunktionen zu bekleiden, kann vorzeitig aufgehoben werden, wenn der Betroffene, seine Parteigruppe oder der zuständige Kreis- oder Bezirks- bzw. Landesvorstand oder der Parteivorstand dies bei der Schiedskommission beantragen, die zuletzt mit der Sache befasst war. Voraussetzung für die Aufhebung ist, dass die Grundlagen für die Ordnungsmaßnahmen weggefallen sind oder die Maßnahme sich als zu hart erwiesen hat.

## **Artikel 8**

### **Wiederaufnahme des Parteiordnungsverfahrens**

1. Abgeschlossene Parteiordnungsverfahren können mit Zustimmung der/des Betroffenen erneut verhandelt werden. Voraussetzungen sind Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse oder Auffassungen oder die Vorlage neuer Beweise und der Antrag durch ein Parteiorgan, das auch für die Einleitung einer Ordnungsmaßnahme zuständig wäre.
2. Zuständig für die Durchführung des Wiederaufnahmeverfahrens ist die Bezirks- bzw. Landesschiedskommission der Organisationsgliederung, in der die/der Betroffene zum Zeitpunkt des Parteiordnungsverfahrens seinen Wohnsitz hatte. Das Wiederaufnahmeverfahren unterliegt den Bestimmungen der Schiedsordnung einschließlich der dort geltenden Einspruchsrechte.

3. Wird in einem wiederaufgenommenen Parteiordnungsverfahren ein Parteiausschluss aufgehoben, so gilt die durchgehende Mitgliedschaft. Analoge Maßnahmen gelten der der Aufhebung anderer Parteiordnungsmaßnahmen.

## Beitragsordnung der DKP

1. Beiträge der Mitglieder sind auf der Grundlage des Bruttoeinkommens wie folgt zu entrichten:

bis	400,- Euro	mindestens	2,- Euro
bis	500,- Euro	mindestens	4,- Euro
bis	600,- Euro	mindestens	6,- Euro
bis	800,- Euro	mindestens	8,- Euro
bis	1000,- Euro	mindestens	10,- Euro
bis	1200,- Euro	mindestens	13,- Euro
bis	1500,- Euro	mindestens	16,- Euro
bis	1800,- Euro	mindestens	20,- Euro
bis	2300,- Euro	mindestens	25,- Euro
bis	2500,- Euro	mindestens	30,- Euro
bis	3000,- Euro	mindestens	40,- Euro
bis	3500,- Euro	mindestens	50,- Euro
bis	4000,- Euro	mindestens	60,- Euro
bis	5000,- Euro	mindestens	75,- Euro
über	5000,- Euro	mindestens	100,- Euro

Der Aufnahmebeitrag beträgt 2,- Euro

2. Die Mitgliedsbeiträge werden prozentual aufgeteilt, und zwar:

- 20 Prozent an Betriebs-, Wohngebiets- (Orts- bzw. Stadtteil-) und Hochschulgruppen

- 20 Prozent an die Kreisvorstände
- 20 Prozent an die Bezirks- bzw. Landesvorstände
- 40 Prozent an den Parteivorstand.

Entspricht der Aufbau der Partei in einem Gebiet noch nicht der vom Statut bestimmten Organisationsstruktur, so regelt der Parteivorstand in Abstimmung mit den betreffenden Gliederungen der Partei die Aufteilung der abzurechnenden Mitgliedsbeiträge.

Der Gruppen- und Kreisanteil steht grundsätzlich für die betriebliche, örtliche und regionale Arbeit zur Verfügung. Gibt es keine Kreisorganisation, dann steht den Gruppen grundsätzlich auch der Kreisanteil zu. Nur mit der Zustimmung der betroffenen Gruppen können anderslautende Regelungen in der Bezirks- oder Landesorganisation oder auf Bundesebene getroffen werden.

Die Beiträge sind monatlich abzurechnen.

3. Zusätzliche Zahlungen von Parteigliederungen an nächsthöhere Vorstände können von diesen nicht angeordnet werden.
4. Zu besonderen politischen Anlässen ist der Parteivorstand berechtigt, Spendenmarken herauszugeben. Diese werden – wenn nichts anderes beschlossen wurde – wie Beiträge an den Parteivorstand abgerechnet.

Die Spendenmarken für die UZ werden hundertprozentig abgerechnet.

---

### **Statut der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)**

Beschlossen auf dem 12. Parteitag der DKP am 16./17.01.1993 in Mannheim.  
Geändert auf dem 13. Parteitag, 02. – 04.02.1996 in Dortmund,  
auf dem 16. Parteitag, 30.11./01.12.2002 in Düsseldorf,  
auf dem 20. Parteitag, 02./03.03.2013 in Mörfelden-Walldorf  
auf dem 21. Parteitag, 14./15.11.2015 in Frankfurt/Main,  
auf dem 22. Parteitag, 02. – 04.03.2018 in Frankfurt/Main,  
und auf dem 23. Parteitag der DKP, 28.02. – 01.03.2020 in Frankfurt/Main.

Statut der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Herausgeber: DKP-Partei Vorstand

Hoffnungsstr. 18 • 45 127 Essen

Tel.: 0201 177 889-0 • Fax: -29 • E-Mail: [pv@dkp.de](mailto:pv@dkp.de)

[www.dkp.de](http://www.dkp.de) • [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)



## Beschluss



### **Zur Organisierung der Debatte strategischer und programmatischer Fragen**

Der 22. Parteitag hatte beschlossen, dass auf dem 23. Parteitag „Voraussetzungen für die Diskussion zur Überarbeitung des Parteiprogramms abgesteckt werden und Maßnahmen entwickelt werden, damit die DKP diese Voraussetzungen erreicht.“

In zwei Arbeitsmaterialien wurden Fragestellungen und inhaltliche Schwerpunkte aufgelistet, die sich aus der damaligen Debatte um den Leitantrag an den 22. Parteitags ergaben und die für die Überarbeitung des Parteiprogramms als wesentlich angesehen wurden. Diese bezogen sich auf Fragen der Klassenstruktur, des Klassenbewusstseins, der Funktionsweise des BRD-Stamokap, die Parteikonzeption und die antimonopolistische Strategie der DKP.

**Der 23. Parteitag beauftragt vor diesem Hintergrund den neugewählten Parteivorstand mit folgenden Aufgaben:**

1. Intensivierung der Grundlagenschulung zu Ökonomie des Kapitalismus, Materialistischer Philosophie, Imperialismus, Sozialismusvorstellungen und Parteikonzeption anhand von Klassikertexten. Diese Schulungsarbeit ist die Voraussetzung um strittige strategische und programmatische Fragen produktiv klären zu können

2. Der Parteivorstand organisiert gemäß der inhaltlichen Fragen und der Themenliste des 22. Parteitags sowie neuer Fragen strategisch-programmatischen Charakters die Diskussion zu unter anderem folgenden Themen:
- Entwicklung des Imperialismus
  - Funktionsweise des BRD-Stamokap
  - Entwicklung der Klassenstruktur und des Klassenbewusstsein in Deutschland
  - Einschätzung der Rolle des Opportunismus in der deutschen Arbeiterklasse
  - Einschätzung des sich weiterentwickelnden Charakters der EU
  - Bewertung der politischen Leistungen und der Geschichte des Sozialismus im osteuropäischen Raum
  - Bewertung der Entwicklungen im postsowjetischen Raum und in den heutigen sozialistisch orientierten Staaten
  - Aktuelle Bestimmung von Charakter, Aufgaben, Funktion und Struktur der marxistisch-leninistischen Partei
  - Unsere Zukunftsvorstellungen zur Überwindung des Kapitalismus
3. In der ersten Etappe bis zum 24. Parteitag sollen die inhaltlichen Voraussetzungen für eine zentral organisierte zweite Etappe zur Überarbeitung des Parteiprogramms auf der Basis des DKP-Programms von 2006 geschaffen werden. Für die erste Etappe beschließt der Parteivorstand ein zentrales Bildungs-, Diskussions- und Arbeitsprogramm.
4. Für die Erarbeitung und Umsetzung dieses Programms bildet der Parteivorstand eine Arbeitsgruppe.
5. Über Dauer und Aufgabenstellung der 2. Etappe zur Überarbeitung des Parteiprogramms entscheidet der 24. Parteitag der DKP.

**Als ergänzendes Material zum Antrag hat der 23. Parteitag der DKP folgende Unterlagen angenommen:**

- Material zum Antrag

Zur Vorbereitung einer breit angelegten Programm-Diskussion und Beschlussfassung über ein neues Parteiprogramm beschließt der 23. Parteitag der DKP als Sechsjahres-Plan für die folgenden Jahre bis 2026 die folgenden Schritte:

**1. Bis zum 24. Parteitag**

Der neugewählte Parteivorstand beruft zur Unterstützung und Beratung einen wissenschaftlichen Beirat und legt die Aufgabenstellung fest. Dieser wissenschaftliche Beirat besteht aus fachlich kompetenten Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern. Die Angehörigen des Beirats arbeiten auf der gemeinsamen ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus, pflegen den regelmäßigen Austausch untereinander und berichten an den PV.

Der WBR besteht aus den folgenden Untergruppen:

- a. Philosophischer Beirat/Aufgaben:
- Erarbeitung einer Theorie der Hegemonie der Arbeiterklasse als Leitlinie für die Strategie der DKP auf Grundlage von W. I. Lenin, A. Gramsci, H. H. Holz u. a.
  - Einschätzung der Klassenkampflage unter den Aspekten der gesellschaftlichen Hegemonie
  - Definition der Bruchstellen in der Hegemonie des Imperialismus und Stärkung der Weltanschauung der Arbeiterklasse

## b. Ökonomischer Beirat/Aufgaben:

- Erarbeitung von Leitlinien zur Analyse der Klassenkampflage unter Einbeziehung nicht nur der Hauptklassen, sondern aller Akteure, ausgehend von den Hinweisen W. I. Lenins in „Was tun?“
- Einschätzung der Klassenkampflage im internationalen, europäischen und nationalen Rahmen auf Grundlage der Arbeit von B. Landefeld zur Vorbereitung des Parteitags

## c. Historischer Beirat (Geschichtskommission)/Aufgaben:

- Erarbeitung von Leitlinien zur Analyse der Geschichte der kommunistischen Bewegung (international und national)
- Klärung des Verhältnisses von moralischer und historisch-dialektischer Betrachtung
- Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte mit dem Ziel, eine gemeinsame Sicht zu erzielen (z. B. in der „Stalin-Frage“)

**2. 24. Parteitag (2022)**

Beschlussfassung der vom WBR erarbeiteten Arbeitsleitlinien als Grundlage der programmatischen Arbeit der DKP.

**3. Bis zum 25. Parteitag:**

- Weiterarbeit des WBR am zweiten Teil ihrer Aufgabe
- Anbindung des Beirats an die Bildungskommission des PV
- Durchführung von jeweils einer theoretischen Konferenz zu den Arbeitsfeldern.
- Einbeziehung neuer (junger) GenossInnen in die Arbeit des WBR zur Kaderentwicklung
- Einrichtung von Kaderschulungen auf Grundlage der Arbeitsergebnisse (zusammen mit der Bildungskommission)
- Übernahme der Arbeitsleitlinien für die Arbeit der UZ
- Bildung einer Programmkommission
- Erarbeitung eines konkreten Fahrplans zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramm mit dem Ziel es auf dem 26. Parteitag zu beschließen

• **Material zum Antrag**

„Um größtmögliche Teile unserer Partei in die Lage zu versetzen, kontinuierlich inhaltlich an der Debatte teilzuhaben, beruft er frühzeitig lokale Konferenzen ein.“

• **Material zum Antrag**

## Faschismusanalyse

Der Parteitag beschließt die Aufgabenstellung an den neu zu wählenden Parteivorstand, eine Expertengruppe mit der wissenschaftlichen Analyse des Faschismus in der gegenwärtigen und absehbaren Phase des Imperialismus zu beauftragen. Grundlage für die Analyse müssen die Definition des EKKI (der Kommunistischen Internationale, Vortragender Dimitroff) und Lenins politisch-ökonomische Merkmale des Imperialismus sein. Es muss die Dialektik zwischen Entstehungsbedingungen in der politökonomischen Basis und den Wirkungen im politischen Überbau herausgearbeitet werden.

• **Material zum Antrag**

## Imperialismusanalyse

Der Parteitag beschließt die Aufgabenstellung an den neu zu wählenden Parteivorstand, eine Expertengruppe mit der wissenschaftlichen Analyse des Entwicklungsstandes des Imperialismus zu beauftragen. Wir als Kommunistische Partei können zur Grundlage für die Analyse nur Lenins Merkmale des Imperialismus heranziehen:

„ ... Definition des Imperialismus ... fünf seiner grundlegenden Merkmale ... :

- Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
- Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“;
- Der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.
- Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ Quelle: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus Lenin, Werke, Bd.22, S. 270F

#### • **Material zum Antrag**

Der Parteitag beschließt den Auftrag an den neu zu wählenden Parteivorstand, bis 2 Monate nach dem Parteitag einen Termin- und einen inhaltlichen Rahmenplan sowie ein qualifiziertes Kollektiv zur Erarbeitung des neuen Programms der DKP zu erstellen und bekannt zu machen.

Struktur Parteiprogramm

- Analyse der DKP und Kampfbedingungen
  - Analyse der Parteientwicklung seit 2006 (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei – DKP, Beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, 8. April 2006).
  - Analyse des Wirkungsgrades der Partei in der arbeitenden Bevölkerung.
  - Analyse von Ergebnissen und Wirkung hinsichtlich des praktizierten proletarischen Internationalismus sowie der brüderlichen Zusammenarbeit mit anderen nationalen Abteilungen der weltweiten kommunistischen Bewegung.
- Kampfauftrag der Partei
  - Die Wirkung von kommunistischer Agitation und Propaganda sowie Wirkungen von Kommunisten in anderen Organisationen des Proletariats.
  - Eingebunden in diese Analyse übt die Partei auch organisatorisch und personell konstruktive Selbstkritik.
- Entwicklung der wissenschaftlichen Weltanschauung auf Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin
  - Klassenmäßige, wissenschaftliche Analyse der internationalen und der nationalen gesellschaftlichen Entwicklung.
  - Dazu gehören die politökonomische und daraus resultierende politische Entwicklung des Imperialismus anhand Marx'scher Politischer Ökonomie und der Leninschen Merkmale des Imperialismus.
  - Beurteilungsgegenstand sind dabei Fakten der gesellschaftlichen Entwicklung zu Klassenstrukturen, imperialistischen Mächtegruppierungen, gesellschaftlichen Strömungen, zur Wirkung der geistigen und moralischen Manipulation der herrschenden Klasse und deren Machtorgane des staatlichen Überbaus.
- Die DKP ist Vorhut der Klasse des Proletariats
  - Entwicklungsmerkmale des deutschen Proletariats zur Klasse für sich, der proletarischen Kultur, der moralischen, geistigen und Bildungsreife.
  - Proletarische Lebensweise und Kultur
- Ziel, Strategie, Taktik, Organisation der DKP
  - Das Ziel muss konkrete künftige Zustandsbeschreibungen – abgeleitet aus dem Ziel der Kommunisten – sein.
  - Die Strategie legt Hauptrichtungen und -inhalte fest.

- Die Taktik bestimmt das „praktische Wie“, Hauptmaßnahmen, qualitativ und quantitativ messbare Meilensteine sowie Kampfformen.
- Die Organisation schließlich entwickelt die für die Zielerreichung nötigen organisationspolitischen Grundsätze – wiederum streng nach den Leninistischen Ratschlägen zu Parteaufbau und -entwicklung, den Leninschen Prinzipien des Parteaufbaus. Diese Aufgabe der Erarbeitung des Programms muss durch qualifizierte Genossen erfolgen und schließt Meinungsdarlegungen und Pluralismus aus. Die Genossen Mitglieder aller Ebenen und Leitungsstrukturen sind organisiert, anteilig und verpflichtend besonders zu den ersten beiden Gliederungspunkten einzubeziehen.

## Beschluss



### Internationale Arbeit der DKP

Die DKP lässt sich bei ihrer internationalen Arbeit vom Prinzip des proletarischen Internationalismus leiten. Sie erachtet die Intensivierung der Zusammenarbeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien als entscheidenden Weg zur Stärkung der revolutionären und antiimperialistischen Bewegung im globalen Maßstab. Dabei erkennt die DKP an, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen Kommunistischen und Arbeiterparteien zu einer Reihe von Fragen gibt. Diese können und müssen Gegenstand einer solidarischen inhaltlichen Debatte zwischen den Parteien sein. Die Debatte, die gemeinsame Praxis und der Austausch über die geführten Kämpfe können zu Erkenntnisgewinn führen und damit das Wirken aller Parteien, aber auch der kommunistischen Weltbewegung in der Gesamtheit, verbessern helfen.

Die DKP lässt sich von der Erfahrung leiten, dass die Stärkung der internationalen revolutionären Bewegung zugleich die Stärkung der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern einschließt. Die DKP verbindet das konsequente Eintreten für die Interessen der Werktätigen im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt. Dabei geht die DKP von dem Grundsatz aus, dass jede Kommunistische Partei ihre Politik selbständig erarbeitet. Sie trägt hierfür die Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und Gesellschaft und zugleich vor den Werktätigen aller Länder.

Wir setzen uns für die Intensivierung und Stärkung der Zusammenarbeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien ein, vor allem derer, die im Solidnet zusammengeschlossen sind und die jährlichen Beratungen der „Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ (IMCWP) durchführen. Ein offener Meinungs austausch auf der Basis von Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und freiwilliger Zusammenarbeit erweitert unsere wissenschaftliche Weltanschauung. Dabei handeln wir nach dem Prinzip, dass Kommunistische Parteien gleichrangig sind, unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Einfluss in der Gesellschaft. Die DKP übt Solidarität mit Schwesterparteien und Genossinnen und Genossen, die Verfolgung und Kriminalisierung ausgesetzt sind.

Der Kampf für den Frieden und gegen die Kriegspolitik der NATO, der USA und der EU hat auch in der internationalen Arbeit der DKP Priorität. Dabei suchen wir die Abstimmung mit unseren Schwesterparteien.

Die DKP entwickelt ihre Zusammenarbeit mit allen Kommunistischen Parteien in führender Regierungsverantwortung weiter: In der VR China, der Republik Kuba, der DVR Laos und der SR Vietnam. Eine Intensivierung des Kontakts zu Vertretern der DVR Korea ist wünschenswert um ein besseres Bild vom dortigen Gesellschaftsmodell zu bekommen. Hinsichtlich ihrer Erfolge in ihrem Bemühen, in einer kapitalistischen Welt alternative Entwicklungswege zu gehen, aber auch hinsichtlich ihrer Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau innerhalb ihrer nationalen Bedingungen müssen diese Staaten in unseren und in den wenigen fortschrittlichen Medien in diesem Land stärkere Aufmerksamkeit bekommen. Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit den Botschaften auch die Möglichkeit von Informationsveranstaltungen nutzen.

Für die DKP ist dabei die Frage, welche Entwicklungsrichtung die Volksrepublik China einschlägt, von großer Wichtigkeit. Die VR China, die zum Teil auf privatwirtschaftliche Elemente setzt, hat große Erfolge bei der Bekämpfung der Armut im Lande erzielt und hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Eine solche Entwicklung unter Führung der Kommunistischen Partei ist von großer Bedeutung für die weltweite Entwicklung und die Stärkung der fortschrittlichen Kräfte. Wir analysieren die Entwicklung dieses Landes jenseits der Vorurteile und Verfälschungen bürgerlicher Ideologen. In Deutschland stellen wir uns gegen antichinesische Hetze.

Kuba, das auf unsere Solidarität auch bei seinen neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik setzen kann, soll durch die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA und die Verschärfung durch die Inkraftsetzung von Abschnitt III und IV des „Helms/Burton-Gesetzes“ ausgeblutet und demobilisiert werden. Bereits in der Sonderperiode hat die DKP Kuba und seinen sozialistischen Entwicklungsweg mit zahlreichen Solidaritätsprojekten unterstützt. Dadurch hat sich für viele Mitglieder der DKP und für die Partei insgesamt eine hohe Verbundenheit mit der Kubanischen Revolution ergeben. Diese wollen wir auch heute nutzen, um in Abstimmung mit der KP Kubas bzw. der Botschaft der Republik Kuba konkrete Solidarität zu entwickeln.

Trotz verbaler Stellungnahmen durch EU und Bundesregierung gegen die Blockadepolitik der USA fehlen praktische Schritte fast vollständig. Wir protestieren gegen diese Blockade, der sich Kuba international ausgesetzt sieht, und wir informieren weiter über die Weiterentwicklung des sozialistischen Aufbaus in Kuba und die dortigen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ist unsere Ansprechpartnerin in der Solidaritätsarbeit.

Laos ist ökonomisch schwach und daher in einer komplizierten Situation. Mit der Revolutionären Partei des laotischen Volkes hat die DKP 2016 erste Schritte zur Vertiefung der Beziehungen einleiten können. Die soliden Kontakte zur Botschaft des Landes führen zu regelmäßigen Teilnahmen an Aktivitäten der DKP. Diese möchten wir weiter festigen.

Vietnam als das zweitgrößte Land mit sozialistischer Entwicklungsrichtung geht – ähnlich wie China – die Probleme, welche die Einführung privatwirtschaftlicher Zweige mit sich gebracht hat, offen und offensiv an. Vietnam stärkt nach langanhaltender Fremdbestimmung seine wirtschaftliche wie militärische Unabhängigkeit. Die Freundschaftsgesellschaft Vietnam und die Botschaft Vietnams können den Blick für die besondere Situation des Landes stärken, das beim sozialistischen Aufbau

eine enge Partnerschaft mit Kuba unterhält. Daher streben wir ihre regelmäßige Teilnahme an unseren Aktivitäten an.

Die DVR Korea, die von einer Arbeiterpartei regiert wird und einen nicht-kapitalistischen Weg geht, gehört zu den Ländern, die ständiger Aggression von Seiten des US-Imperialismus ausgesetzt sind. Gleichzeitig haben sich hier in den letzten zwei Jahren Bewegungen innerhalb und außerhalb der koreanischen Halbinsel ergeben, die für den Kampf gegen die Kriegsgefahr wichtig sind.

### **Europa**

Im Mittelpunkt der internationalen Arbeit der DKP steht die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien Europas. Die kontinuierliche Arbeit mit den BeNeLux-Parteien im Rahmen der Vier-Parteien-Konferenzen wird fortgesetzt. Bei der Intensivierung der Beziehungen auch zu anderen europäischen Kommunistischen Parteien aus dem EU-Raum liegt ein besonderer Fokus der Zusammenarbeit auf dem Kampf gegen die Militarisierung und die anti-soziale Politik der EU. Hier hat es in den letzten Jahren viele neue oder intensivere Kontakte gegeben. Ein Ausbau der Kontakte zu osteuropäischen Parteien außerhalb der EU ist angesichts der Kriegspolitik der NATO von großer Bedeutung.

### **Asien und Naher Osten**

Die genannte Schwerpunktsetzung wird in den nächsten Jahren durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den kommunistischen Kräften Asiens ergänzt. Diese Region ist nach wie vor zentrales Betätigungsfeld der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands, um die Zerschlagung von Staaten voranzutreiben, die ein Hindernis für die imperialistische Weltordnung darstellen. Die Ziele Syrien und Iran sind Schritte auf dem Weg zu einer Umzingelung der Russischen Föderation und der VR China, die die Gefahr einer militärischen Konfrontation erhöht.

Die Politik der Russischen Föderation hat in den letzten Jahren zu einer Stabilisierung der Situation in Syrien und zu einer Eindämmung des zerstörerischen Einflusses von USA und NATO geführt. Die DKP verteidigt die Souveränität Syriens, des Irak und des Iran und nutzt die engen Kontakte zu den Kommunistischen Parteien dieser Länder um Solidarität zu entwickeln. Wir unterstreichen die Solidarität mit Palästina und dem Kampf um einen palästinensischen Staat. Dabei weisen wir die Denunziation von Kritik an der aggressiven Apartheidpolitik der israelischen Regierung als Antisemitismus entschieden zurück.

### **Afrika und Lateinamerika**

Darüber hinaus werden gemäß unseren Möglichkeiten die ersten Ansätze von mehr Kontakten zu afrikanischen KPen ebenso fortgeführt wie die seit vielen Jahren soliden Kontakte zu den KPen und Befreiungsbewegungen Lateinamerikas. Wir begleiten solidarisch die Bemühungen einiger afrikanischer Regierungen, im Interesse ihrer Völker die Wirtschaft gegen imperialistische Einflussnahme aufzubauen.

In Lateinamerika unterstützen wir die um Wege jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik kämpfenden Völker, konkret in Venezuela, Nicaragua und Bolivien. Diese stehen unter großem Druck von Seiten des US-Imperialismus. Die derzeitige US-Aggression insbesondere gegen Venezuela richtet sich gegen jegliche fortschrittliche Entwicklung in der Region. Die DKP setzt ihre Solidarität mit der KP Venezuelas fort.



## Beschluss



### **Debatte um die Volksrepublik China**

Der Parteivorstand wird beauftragt, die im Vorfeld des 23. Parteitages begonnene Debatte in der Partei um die Volksrepublik China, ihre Errungenschaften, aber auch die Problematiken des von ihr eingeschlagenen Weges fortzuführen und zu organisieren. Dabei sollen auch Vertreter der Botschaft der Volksrepublik China mit einbezogen werden.

Begründung: Die Einschätzung der VR China und des Weges, den sie geht ist von strategisch wichtiger Bedeutung für unsere Partei. Unsicherheiten, Fragen und Unstimmigkeiten in der Frage müssen wir mit einer Debatte begegnen. Dazu hat die Beratung zu internationalen Fragen am 2. November in Frankfurt/Main einen guten Anfang dargestellt, daran muss angeknüpft werden.

## Beschluss



### **Hoch die internationale Solidarität Solidarität mit dem sozialistischen Cuba – Solidarität mit der KP Venezuelas**

Der 23. Parteitag beschließt als konkrete Projekte der internationalen Solidarität die Sammlung für den internationalen Solifonds der DKP in Höhe von 20.000,- € (zweimal 10.000,- €) bis zum Jahresende 2020.

Die Gelder dienen folgenden Zwecken:

- In Absprache mit dem ZK der KP Kubas unterstützen wir den Aufbau eines Studienzentrums, das dem Leben und Werk von Fidel Castro gewidmet ist.
- In Absprache mit dem ZK der KP Venezuelas unterstützen wir die internationale Arbeit und die Herausgabe des Zentralorgans der Partei als Printausgabe.

## Beschluss



### **Allgemeine Anträge und Material für den PV**

**Der Parteivorstand prüft ob und wie ein Podcast-Kanal für die DKP eingerichtet werden kann.**

**Rehabilitierung und Wiedergutmachung der Opfer der Berufsverbote und der Opfer der Annexion der DDR**

Die DKP fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, sich bei den vom Berufsverbot Betroffenen aus dem Bundesdienst (Bahn, Post, Zoll) für die verhängten Berufsverbote zu entschuldigen, sie politisch zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.

Diese Forderung gilt analog für die Landesbediensteten und richtet sich ebenso an die Landesregierungen (Senate) und Landtage (Bürgerschaften) sowie an die kommunalen Einrichtungen. Die Erlasse, mit denen die Berufsverbote umgesetzt wurden, sind aufzuheben. Die DKP begrüßt den von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begonnenen Dialog mit den Fraktionen, der das Ziel hat, die Berufsverbote endgültig aufzuheben.

Die Politik der Berufsverbote wurde nach 1989 bruchlos gegen viele Bürger der DDR fortgesetzt. Die DKP fordert daher die Bundesregierung und den Bundestag sowie Landesregierung und Landtage auf, sich bei denjenigen zu entschuldigen, die nach 1989 aus politischen Gründen „wegen besonderer persönlicher Nähe zum System der ehemaligen DDR“ aus dem Dienst entfernt bzw. in ihren Versorgungsbezügen beschnitten wurden. Die Opfer der verhängten Berufsverbote sind politisch zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.

**Wir beauftragen den Parteivorstand Richtlinien zur digitalen Sicherheit im Umgang mit sensiblen Daten zu entwickeln.**

### **Geschichte der DDR**

Der Parteitag beauftragt die Geschichtskommission des Parteivorstands, sich mit den Leistungen und Errungenschaften sowie den Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR und den anderen nicht mehr existierenden sozialistischen Staaten zu beschäftigen. Des Weiteren wird diese Kommission beauftragt, sich mit der Rolle der DKP in dieser Zeit kritisch auseinander zu setzen.

### **Krise der Automobilindustrie**

Im Rahmen der W&S Kommission wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit den Umbrüchen in der Automobilindustrie beschäftigt. Dabei sollen möglichst aus allen bedeutenden Standorten GenossInnen vertreten sein. Ziel dieser Arbeitsgruppe soll sein, die Situation, vor der wir stehen, zu erfassen und Vorschläge für die gesamte Branche zu entwickeln. Diese Vorschläge werden für die Arbeit der Parteigruppen vor Ort zusammengefasst.

### **Tarifauseinandersetzung ÖPNV**

Der Parteivorstand prüft, in welchem Maße sich die Partei in die 2020 kommende Kampagne der Gewerkschaften zum öffentlichen Nahverkehr einbringen kann. Inhalt der Kampagne ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, aber zugleich auch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Der Parteivorstand prüft, inwieweit eigene Forderungen entwickelt werden können, z.B. für einen kostenlosen ÖPNV.

### **Bundestagswahl 2021**

Die DKP kandidiert zur nächsten Bundestagswahl, die voraussichtlich im Oktober 2021 stattfindet. Über die Form der Kandidatur und die inhaltlichen und räumlichen Schwerpunkte des Wahlkampfes wird vom Parteivorstand ein Diskussionsprozess in der Partei organisiert, der so frühzeitig zu einer Entscheidung des Parteivorstands führt, dass eine gute Vorbereitung der Kandidatur zur Bundestagswahl 2021 in den Organisationsgliederungen möglich ist. Ein wichtiger Punkt ist dabei, diese Wahl zum Aufbau der Partei in Ostdeutschland zu nutzen.

### **Stärkung der Bildungsarbeit**

Das Bildungsbewusstsein muss angesichts der ideologischen Herausforderungen auf allen Ebenen der Partei gestärkt werden. Die Karl-Liebknecht-Schule hat dazu ein systematisches Kurssystem erarbeitet. Trotzdem und trotz der erfolgreichen Aktion der Herstellung von Bildungszeitungen findet Bildungstätigkeit nach wie vor nicht systematisch und flächendeckend statt. Der PT möge daher beschließen, dass die Mitglieder des PV als Multiplikatoren und Beispiel für die Bedeutung der Bildungsbereitschaft während ihrer Wahlperiode an einem Kurs an der Karl-Liebknecht-Schule teilnehmen.

### **Büchel Atomwaffenfrei!**

Der Ortsname Büchel ist heute ein Synonym für die aktuelle Kriegsgefahr. Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen dazu beitragen, ihn zu einem Sinnbild des Widerstands gegen die NATO-Kriegspolitik zu machen.

Die Gliederungen der DKP machen sich die Forderung „Büchel Dichtmachen!“ auf breiter Ebene zu Eigen und bringen sie als eine zentrale friedenspolitische Forderung in die gesellschaftliche Debatte ein. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind auf den entsprechenden Aktionen der Friedensbewegung sichtbar anwesend, unterstützen die Kampagne „Büchel Atomwaffenfrei“ und beteiligen uns, möglichst gemeinsam mit der SDAJ, an den Aktionswochen des Bündnisses mit einer eigenen Präsenz. Im Sinne unserer Aktionen der letzten Jahre treten wir dabei als zuverlässige, solidarische und zielstrebige Bündnispartner in der Friedensbewegung auf.

Wir streben daher an, die Kampagne auch in den Jahren 2020 und 2021 durch einen qualitativ noch einmal gesteigerten Beitrag zu unterstützen und die Mobilisierung unserer Partei zu den Aktionen im Rahmen der Kampagne auszubauen. Dazu prüfen die Gliederungen unserer Partei, ihre Möglichkeiten, die DKP-Aktionspräsenz in Büchel zu unterstützen. Der PV erstellt Materialien, die die Mobilisierung unterstützen, macht Werbung und unterstützt die Aktionstage logistisch. Büchel dichtmachen! - Abrüsten statt Aufrüsten!

## Materialien für den Parteivorstand

### Rente

Da die Bundesregierung, insbesondere die Bundesbank, eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zum Renteneintritt nicht erst jetzt fordert, hat die DKP ein weiteres Kampffeld im Klassenkampf gegen diese Angriffe durch das Kapital (EZB, Bundesbank) auf Sozialleistungen in der Bundesrepublik. Zumal offensichtlich ist, dass das auch ein Bestandteil für die Aufbringung der 2 % Rüstungskosten für die NATO bzw. für eine EU Armee ist.

Die Bundesregierung handelt hier im Auftrag der Profiteure von Banken, Unternehmen und Versicherungen. Sie hat es auf das Geld der Noch-Nicht-Rentner abgesehen.

Ein „noch höheres Renteneintrittsalter dient einzig und allein einer weiteren Kürzung der Rente“, so Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall.

Guido Zeitler, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), lehnt die Forderung der Bundesbank, das Renteneintrittsalter auf fast 70 Jahre zu erhöhen, strikt ab. „Schon heute erreichen die meisten Menschen ein Renteneintrittsalter von 65, geschweige 67 Jahren, nicht gesund in Arbeit und nicht aus einer Vollzeitstelle heraus. Steigende Lebenserwartung heißt nicht automatisch, fit für den Job zu sein“, so Zeitler.

In Branchen mit harter körperlicher Arbeit – für Kellnerinnen oder Kellner, (Köchinnen oder Köche, Zimmerreinigungskräfte) Bäcker und Bäckereifachverkäuferinnen oder am Band in der Süßwarenindustrie – sei es weltfremd, einen Renteneintritt mit fast 70 Jahren zu planen.

Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters würde deshalb das Problem der Altersarmut verschärfen. „Es käme schlichtweg einer Rentenkürzung gleich“, mahnt Zeitler.

„Auch Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder ältere Erwerbslose brauchen Perspektiven für einen auskömmlich bezahlten Arbeitsplatz.“

Die von der Bundesbank behaupteten wesentlichen Stellschrauben der Rente sind keineswegs nur

- Rentenhöhe,
- Regelaltersgrenze,
- Beitragssatz und
- Höhe des Steuerzuschusses des Bundes.

Mit Absicht verschwiegen werden

- Produktivität,
- Anzahl der Einzahler,
- Höhe der Einkommen und
- die Möglichkeiten, die eine wirkliche paritätische Finanzierung bringen würde.

Die Arbeitsproduktivität wächst enorm.

Die Anzahl der Einzahler würde erhöht, wenn

1. durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich mehr Menschen in Beschäftigung kämen, und
2. mehr Menschen in die solidarische gesetzliche Versicherung einzahlten würden, wie beispielsweise Politiker, Manager und Selbstständige.

Mehr Einzahler und höhere Löhne erhöhen die Einnahmen.

Dafür muss die Regierung

- Tariffucht und prekäre Arbeitsverhältnisse verbieten,
- ein Allgemeinverbindlichkeitsgesetz,
- höheren Mindestlohn,
- Arbeitszeitverkürzung und
- volle paritätische Beteiligung der Unternehmer einführen.

Ein höherer Bundeszuschuss ließe sich leicht durch Umschichtung aus dem Rüstungshaushalt in die Rente ermöglichen.

Eine Angleichung der Rente Ost an West und die Beseitigung der Strafrenten für DDR Bürger ist ebenfalls eine unterstützungswürdige Forderung durch die DKP.

Der Klassenkampf nicht nur der Rentnerinnen und Rentner, sondern vor allem der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften steht auf der Tagesordnung für eine paritätische, umlagefinanzierte gesetzliche Rente und gegen Altersarmut.

### **Vorbereitung Parteitage**

1. Die Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen zur Wahl der Delegierten für die regelmäßigen Parteitage und für die Beratung der Anträge zum Parteitag finden von unten nach oben (von den Grundorganisationen, über die Kreise bis hin zu den Bezirks- oder Landesorganisationen) statt. Die Bezirks- oder Landeskongressen müssen rechtzeitig vor dem Antragsschluss für den Parteitag stattfinden.

2. Nach den regelmäßigen Parteitagen finden die Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen von oben nach unten (von den Bezirks- oder Landesorganisationen über die Kreise bis hin zu den Grundorganisationen) statt. Entsprechend dem Statut wird dort Rechenschaft gegeben, die Aufgaben der nächsten Zeit auf der Grundlage der Beschlüsse der übergeordneten Organisationsebene beraten und beschlossen und die Wahlen zu den Leitungsgremien durchgeführt.

### **Als Material zum internationalen Antrag:**

Einige unserer Schwesterparteien haben auch in Deutschland Parteistrukturen (z.B. die KKE und die TKP). Die Bezirke sind aufgefordert Kontakte mit diesen in Deutschland existierenden Parteilgruppen aufzunehmen bzw. diese Kontakte zu pflegen und auszubauen, insbesondere durch regelmäßigen politischen Austausch, gemeinsame Veranstaltungen und gemeinsame Auftritte in der Öffentlichkeit.

## Beschluss



### **Handlungsorientierung für Grundorganisationen**

Organisationspolitische Stärkung der DKP erfordert weiterhin eine Stärkung unserer Grundorganisationen. Sie sind der Ort, wo die Orientierung in der Praxis umgesetzt werden muss, wo wir Politik und kommunistische Persönlichkeiten entwickeln und nach außen gehen. Die Konzentration unserer wenigen Kräfte auf unsere Wohngebiets- und Betriebssammelgruppen stärkt uns als bundesweite Organisation nur dann, wenn wir es schaffen vor Ort so zu wirken, dass wir als organisierte Kommunistinnen und Kommunisten wahrgenommen werden. Unsere bundesweiten Orientierungen müssen sich also in der lokalen Arbeit widerspiegeln und dürfen nicht in der Schublade verschwinden. Zum Erhalt und Aufbau unserer Partei müssen wir uns unsere Kollektivität neu erkämpfen: Gemeinsame Diskussion, gemeinsame Beschlussfassung, gemeinsames Handeln – ausgerichtet an gemeinsamen Zielen. Wir sind uns der Unterschiedlichkeit unserer Grundorganisationen bewusst. Es ist daher unerlässlich, dass die Kreis-/Bezirksebenen ihrer anleitenden Aufgabe gegenüber den Grundorganisationen aktiver wahrnehmen. Ihre Scharnierfunktion zwischen PV und GOs zur Politikentwicklung der DKP gilt es auszubauen.

Drei zentrale Bestandteile bilden die Handlungsorientierung für die Grundorganisationen, die als Gerüst für die Arbeitsplanung in den Gruppen dient.

## **1. Bundesweite Kampagnen müssen zu Mitgliederkampagnen gemacht werden**

Politische Kampagnen (zuletzt zu „Abrüsten statt Aufrüsten“) dürfen nicht nur dazu führen, dass wir unsere Kräfte gezielt einsetzen, sondern auch, dass wir neue Kräfte sammeln. So wie die Umsetzung der Kampagne nur vor Ort passieren kann, kann auch die Stärkung durch eine Kampagne nur vor Ort realisiert werden. Obwohl wir kein Wahlverein sind, ist die lokale Arbeit zu den zentralen Friedens-Protesten in Büchel oder zum UZ-Pressefest bei weitem nicht so sehr in der Fläche zu sehen, wie z.B. zu bundesweiten Wahlen. Das muss sich ändern. Wir müssen vor Ort diskutieren, wie sich die Aktivitäten verbinden lassen, z.B. in dem wir die Genossen aus Büchel als Redner auf die lokale Friedenskundgebung einladen. Denn die Kampagnen sollen auch schwach aufgestellten Gruppen dabei helfen sich nachhaltig zu stärken.

- Bei jeder kampagnenhaften bundesweiten Orientierung berät jede Grundorganisation darüber, wie sie die Kampagnenaktivität in die laufende Arbeit der Gruppe einbinden kann. Was für Anknüpfungspunkte hat die bundesweite Aktivität für unsere lokale Schwerpunktarbeit und unser reales Umfeld? Wen könnten wir über die Kampagnen wieder aktivieren?
- Mindestens zweimal im Jahr findet ein Schwerpunktgruppenabend statt, in dem die Gruppenleitung Rechenschaft über die aktuelle Umsetzung der beschlossenen Schwerpunkte zieht und die Gruppe sich kollektiv darüber berät, ob und wie die Aktivität der Grundorganisation zur politischen Stärkung der DKP beiträgt. In diesem Zuge sollte sich gezielt über die Zusammenarbeit mit der SDAJ vor Ort ausgetauscht werden.
- Auf dem gleichen Gruppenabend wird sich über die Mitgliederentwicklung ausgetauscht. Es muss diskutiert werden, ob wir Sympathisantinnen und Sympathisanten haben? Wenn nein: Was können wir zu Gewinnung tun? Wenn ja: Wurden sie auf eine Mitgliedschaft angesprochen und können wir etwas Konkretes anbieten, um sie in die Arbeit der DKP einzubinden?

## **2. Unsere Bildungsarbeit zu verstärken, heißt Grundlagenwissen zu vermitteln**

Die Grundorganisationen müssen weiter zum zentralen Ort der Vermittlung und Diskussion unserer ideologischen Grundlagen werden. Unsere Bildungsarbeit als Partei steht vor allem auf vier Säulen: Der eigenständigen Bildungsarbeit in den Gruppen, den zentralen Schulungen in der Karl-Liebknecht Schule, den zentralen Bildungsheften und Materialien des PV und der Weiterentwicklung von Genossinnen und Genossen in Leitungsfunktionen. Die Vermittlung unserer weltanschaulichen Grundlagen ist immer auch Diskussion und Korrektiv über zentrale Orientierungen und über Anforderungen an uns als DKP.

- Die vom PV erarbeiteten Bildungszeitungen werden in allen Grundorganisationen diskutiert. Die Gruppen entscheiden selber, auf wie vielen Gruppenabenden sie die Texte diskutieren und ob diese dort gemeinsam gelesen werden. Gruppen, die sich nur monatlich treffen, sollten prüfen, ob sie einen zweiten Termin im Monat für einen Bildungs-Abend einrichten können. Ziel soll es sein, alle Mitglieder einzubeziehen, Wochenend-Seminarstage zur Durchführung der Bildungszeitung können nur die zweite Wahl sein. Durch die Verzahnung von Theorie und Praxis werden die Gruppenabende durch die Diskussion der Bildungszeitung inhaltlich bereichert und jedes Mitglied in die Grundlagenbildung integriert.
- Jährliche Klausurtagungen der Gruppenleitungen, in der die laufende Arbeit anhand der beschlossenen Zielstellungen auf Gruppen-, Kreis-, Bezirks- und Bundesebene geprüft wird. Anhand der Probleme in der Arbeit muss über inhaltliche Schwächen gesprochen werden. Welche Themen müssen wir also demnächst diskutieren, um uns für aktuelle Kämpfe zu qualifizieren? Wer soll dem Bezirksverband zur Teilnahme an einem zentralen Seminar der Karl-Liebknecht-Schule vorgeschlagen werden?
- Alle Gruppenleitungen werden sich in der kommenden Legislaturperiode mit dem neuen Handbuch für Gruppenleitungen auseinandersetzen. Ob im Selbststudium oder im kollektiven Lesekreis: Jede Gruppenleitung diskutiert, wie sie das Handbuch liest und in ihre laufende Arbeit einbindet. In diesem Zuge soll auch geprüft werden, welche Anforderungen sie an die Anleitung der übergeordneten Gremien stellt und wie diese verbessert werden kann.



### 3. Bessere Verankerung in der Klasse geht nur mit besserer Öffentlichkeitsarbeit

Ob bei lokalen Protesten und Bürgerinitiativen, bei kommunalen Wahlkämpfen oder bei der Umsetzung einer zentralen Kampagnentätigkeit vor Ort, unsere Grundorganisationen sind vielfältig aktiv. Jede Aktivität der DKP ist auch Öffentlichkeitsarbeit für die DKP. In dem wir sagen, was ist, zeigen wir auch dass es uns gibt. In dem wir uns zeigen, schaffen wir ein Angebot zur Diskussion. Bei unserer organisationspolitischen Schwäche ist die Öffentlichkeitsarbeit der zentrale Hebel um unsere politisch-weltanschauliche Stärke zu präsentieren.

- Ziel darf es nicht sein, auf allen Hochzeiten tanzen zu wollen. Wir müssen uns auf Schwerpunkte konzentrieren. Alle Gruppen arbeiten deswegen zu einem kommunalen oder zu einem betrieblichen Thema. Jährliches Mindestziel sind Infostände, eine Veranstaltung und ein eigenes lokales Flugblatt zum Thema.
- Zentrales Material unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die UZ. Alle Genossinnen und Genossen sollten sie lesen und diskutieren diese in ihrer Grundorganisation. Alle Gruppen diskutieren einmal im Jahr auf einem Gruppenabend darüber, wie wir die UZ stärken können. Dabei wird geprüft, welche Rolle die UZ tatsächlich in unseren Aktivitäten spielt: Nutzen wir unseren kollektiven Agitator auch als Organisator im Betrieb, beim Gewerkschaftsgremium oder im Friedensbündnis? Es wird geprüft wie die Gruppe mit UZ und mit zentralen Flugblättern arbeiten wird: Wer bestellt UZ-Ausgaben für die nächste Großdemo, wer organisiert die Verteilung von zentralen DKP-Infos?
- Jede Grundorganisation prüft im Laufe der kommenden Legislatur ob sie ihre Schwerpunkt-Arbeit mit einer eigenen lokalen Kleinzeitung begleiten kann. Die lokale Kleinzeitung ist das beste Mittel, um unsere Standpunkte gezielt an ein ausgewähltes Publikum heranzutragen und dabei zu zeigen, dass wir uns selber und unabhängig für unsere Interessen einsetzen können. Statt wie die bürgerlichen Parteien auf Pressemitteilungen zu setzen, setzen wir auf Gegeninformation von unten. Die lokale Kleinzeitung ist zeitgleich ein guter Gradmesser um zu prüfen, was wir für Schwächen/Fehler aber auch für Kapazitäten/Fähigkeiten haben. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Erarbeitung und gründlichen Diskussion einer längerfristigen Handlungsorientierung für die Gesamtpartei. Grundlage dafür ist neben diesem Beschluss das Ergebnis der Debatte zum Thema Parteistärkung auf dem Parteitag.

## Beschluss



### **21. UZ-Pressfest - Volksfest der DKP**

Die Auswertung des 20. UZ-Pressfestes mit seiner positiven politischen Ausstrahlung nach innen und außen bestärkt uns, trotz der großen Kraftanstrengung und des Einsatzes von erheblichen Finanzmitteln, das 21. UZ-Pressfest vom 28. – 30. August 2020 in Dortmund durchzuführen. Wir kämpfen für ein erfolgreiches 21. UZ-Pressfest, für ein Fest des Friedens und der Solidarität!

## **Solidarität mit der VVN-BdA - Antifaschismus ist gemeinnützig**

### **Wir, die Delegierten des 23. Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei**

verurteilen auf das Schärfste den auf der Grundlage von Verfassungsschutzberichten gefassten Beschluss der Berliner Finanzbehörde, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Wir verweisen auf das Ende der Weimarer Republik vor Beginn der Naziherrschaft, als schon einmal gegen Organisationen vorgegangen wurde, die den Herrschenden nicht passten.

Die DKP fordert die sofortige Einstellung der Beobachtung der VVN-BdA durch den Verfassungsschutz und die Rücknahme dieser fatalen Entscheidung der Finanzbehörde. Wir versichern, dass wir im Kampf gegen Faschismus und Krieg nicht nachlassen werden.

Hierbei beherzigen wir die Lehren der kommunistischen Widerstandskämpfer:

Ein Antifaschist, der nur die radikale Erscheinung bekämpft und nicht die gesellschaftlichen Wurzeln der Neonazis und des Faschismus, bleibt auf halber Strecke stehen.

Richtschnur unseres Handelns war und bleibt, was Kurt Bachmann, Widerstandskämpfer, Mitbegründer der VVN-BdA, erster Vorsitzender unserer Partei angesichts der Wahlerfolge der NPD Ende der 1960er Jahre deutlich machte:

*„Der Neofaschismus erfüllt im System der Herrschenden eine ganz bestimmte Funktion: er dient als Auffangbecken für Unzufriedene, als Stoßtrupp für die Verbreitung nationalistischer Ideologien und innenpolitischer Diffamierungs- und Terrorkampagnen sowie als Alibi und Tarnmantel für die eigene nationalistische Politik der Herrschenden unseres Landes. (...) Da die Regierung ihre verfassungsmäßige Pflicht nicht tut, ist die Selbsthilfe der Arbeiter und aller Demokraten notwendig, um das Auftreten der Neofaschisten zu verhindern. Aber selbstverständlich kann der Kampf gegen den Neonazismus nicht auf die NPD beschränkt werden; er muss den ganzen politischen und gesellschaftlichen Hintergrund, aus dem heraus die Entwicklung des Neofaschismus überhaupt erst möglich ist, sichtbar machen, vor allem die faschistischen Tendenzen und die Rechtsentwicklung in der Regierungspolitik und den etablierten Parteien selbst.“*